G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Tendenzen der internationalen Politik und Kriterien der friedlichen Koexistenz

Theo Schiller
Anmerkungen zur Lage der FDP

Karl Unger
Imperialismus der EWG?
Zur Assoziationspolitik gegenüber Afrika

Hartmut Elsenhans und Gerd Junne
Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise

Martin Hall
Die USA am Ende des Jahres 1973

Niels Beckenbach und Rüdiger Seltz
Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz

12'73

Dezember 1973 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1973

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1973 1261

KOMMENTARE UND BERICHTE

Ölkrise? . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1264

Zum Parteitag der CDU . . . . . *Klaus Ehrler* 1267

Zum Parteitag der DKP . . . . . *Erasmus Schöfer* 1271

Zu den Ereignissen in Griechenland . . . . . *Pavlos Bakojannis* 1273

HAUPTAUFSÄTZE

Tendenzen der internationalen Politik und Kriterien der friedlichen Koexistenz . . . . . *Gunnar Matthiessen* 1276

Anmerkungen zur Situation der FDP . . . . . *Theo Schiller* 1285

Imperialismus der EWG? Zur Assoziationspolitik gegenüber Afrika . . . . . *Karl Unger* 1291

Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise . . . . . *Hartmut Elsenhans und Gerd Junne* 1305

Die Darstellung der Geschichte Sowjetrußlands 1917 bis 1941 in Schulbüchern der BRD . . . . . *Heiko Haumann* 1318

Die USA am Ende des Jahres 1973 . . . . . *Martin Hall* 1336

Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz . . . . . *Niels Beckenbach und Rüdiger Seltz* 1342

BÜCHER

Christian/Fuchs u. a., Polytechnik in der Bundesrepublik Deutschland? . . . . . *Reinhard Stöcker* 1356

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 1358

MEDIENKRITIK

Genres und Gebrauchswert (2: Die Jagd) . . . . . *Günter Giesenfeld und Wulf D. Hund* 1359

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der neun EG-Staaten zur Lage im Nahen Osten, abgegeben nach einer Sitzung der Außenminister in Brüssel am 6. November 1973 (Wortlaut) 1360

Dokumente der Vierten Konferenz der blockfreien Länder in Algier vom 4. bis 9. September 1973 (II): Deklaration über den Kampf um nationale Befreiung (Wortlaut) 1361

JAHRESREGISTER 1973 . . . . . I-XII

Kommentare und Berichte

Ölkrise?

Die Intervalle zwischen den Krisen werden kürzer. Nach der Rezession 1966/67, nach der permanent gewordenen Krise des westlichen Währungssystems nun also die Ölkrise. Diese jüngste Krise allerdings ruft auf besondere Weise Zweifel wach.

Gibt es überhaupt eine „Ölkrise"? wird bereits gefragt. Ist, erstens, das Öl tatsächlich knapp? Gehen die Ölvorräte der Welt zu Ende? Kommt, zweitens, eine allgemeine Wirtschaftskrise auf uns zu? Müssen deshalb „wir alle den Gürtel enger schnallen"? Ist, drittens, Schuld an alledem letztlich eine erpresserische Politik der „Ölscheiche"? Oder wo liegen die wirklichen Ursachen des Problems, und wie kann man ihnen wirksam begegnen?

Auf die erste Frage ist klar zu antworten: Eine wirkliche Ölknappheit gibt es in der Bundesrepublik z. Z. nicht. Tanks und Vorratslager sind voll, das Öl fließt, bisher offenbar sogar so gut wie unvermindert. Soweit es tatsächlich eine Verknappung der Energieversorgung gibt, wurde sie künstlich herbeigeführt. Unter dem Vorwand von Lieferschwierigkeiten, die auf bisher noch gar nicht wirksam gewordene Boykottdrohungen „der Scheiche" zurückgeführt werden, erzwingen die Ölkonzerne permanente Preissteigerungen.

Was die künftige Versorgung angeht: Allein die heute bereits bekannten Ölvorräte reichen, obwohl sie natürlich nicht unbegrenzt sind, zumindest noch für Jahrzehnte, von anderen Energieträgern einmal ganz abgesehen (vgl. den Artikel von Elsenhans/Junne in diesem Heft).

Verglichen mit der inzwischen bereits eher akademisch wirkenden Frage, ob das Öl tatsächlich knapp geworden sei, geht die zweite Frage allerdings unmittelbar unter die Haut: Treiben wir in eine Wirtschaftskrise? Feststeht: Die internationalen Konzerne haben deutlicher als je zuvor aller Welt demonstriert, daß sie in der Lage sind, Energiezufuhr und Energiepreise nach Gusto zu manipulieren, ohne daß die Regierungen kapitalistischer Länder wirksame Kontrollmaßnahmen ergriffen. Die Bundesregierung hat sogar, ohne zuverlässigere Grundlage als die Angaben der Konzerne selbst, durch „Vorsorgemaßnahmen", die die breite Bevölkerung belasten und in ihrer Krisenangst bestärken müssen, die Ölmanipulationen unterstützt und alle Forderungen, gegen die Monopole vorzugehen, brüsk abgelehnt. Sollte diese Politik anhalten, sollte die fingierte Ölknappheit sich in eine reale Gefährdung der Versorgung umwandeln, dann wäre in der Tat eine schwere Wirtschaftskrise unausweichlich. Ernsthafter Energiemangel muß zu Produktionseinschränkungen führen und damit zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit; Einkommensverluste, verstärkt durch anhaltende Inflation, durch überhöhte Heiz- und Benzinkosten, durch hinter der Teuerung zurückbleibende Tarifabschlüsse müßten Absatzschwierigkeiten potenzieren.

So unverkennbar die Neigung der Industrie ist, die gegenwärtige Krisenstimmung kräftig zu nutzen — eine reale Wirtschaftskrise bewußt herbeizuführen, dürfte denn wohl doch nicht ihr Interesse sein. Es ist allerdings daran zu erinnern, daß bereits seit Monaten, lange vor dem „Ölboykott", Krisenanzeichen in verschiedenen Wirtschaftszweigen sich mehrten, vor allem in der Bau- und der Textilindustrie (andere Branchen, z. B. die Eisen- und Stahlindustrie, stehen dagegen mitten im Boom). Allen Apologeten der „Marktwirtschaft", darunter nicht zuletzt den Verantwortlichen für die Wirtschaftspolitik, kommt insofern die jüngste Entwicklung wie bestellt, bietet sie ihnen doch neue Gelegenheit, die

immanente Krisenhaftigkeit des Systems zu verschleiern und Kritikern einen neuen Sündenbock zu präsentieren: eben die Araber im allgemeinen und — unter demagogischer Spekulation auf antifeudalistische Einstellungen — die „Scheiche" im besonderen. Eingewickelt in eine neuangefachte „Volksgemeinschafts"-Stimmung, die geradezu an Nazitöne erinnert und derzufolge hierzulande nunmehr in der Abwehr der übermächtigen Ölscheiche „alle in einem Boot" säßen, soll die Bevölkerung schließlich selbst glauben, was Unternehmerverbände und in ihrem Gefolge Regierungsvertreter ihr einzureden versuchen: Daß gewerkschaftliche Lohnforderungen, falls überhaupt noch, dann nur in viel geringerem Umfang als bisher tragbar seien, ja daß eine Zeit sinkenden Lebensstandards anbreche. („Ohne Reibung und ohne eine Senkung des Lebensstandards" sei die „Ölkrise" nicht zu bewältigen, schreibt z. B. die „Süddeutsche Zeitung" am 27. November 1973.) „Maßhalten" also wieder einmal. Es ist nicht anzunehmen, daß dies schon unter Erhard gescheiterte Rezept heute größeren Erfolg verspricht als 1966.

Außer den Profitschneidern machen sich zugleich die verschiedensten Spannungs- und Notstandsexperten den Energie-„Notstand" zu eigen, um erleichtert festzustellen, jetzt müsse doch jeder die Notwendigkeit einsehen, den „Ernstfall" vorzubereiten und zu proben. Der soziale Besitzstand, wie lükkenhaft auch immer, den die arbeitende Bevölkerung und ihre Gewerkschaften in den letzten Jahren der Kapitalseite abgerungen haben, die Verminderung der akuten Kriegsgefahren in Europa, die durch eine gegen erbitterte Reaktion erkämpfte Entspannungspolitik erreicht wurde — das alles seien vergängliche Konzessionen an den Zeitgeist, Illusionen einer „Schönwetter-Gesellschaft" gewesen. Jetzt hingegen soll es ernst werden. Einer Bevölkerung, über deren zunehmende Demokratieforderungen, sich verbreiternde Aktivität für die eigenen Interessen, wachsende „Wehrmüdigkeit" die Klagen der Herrschenden sich häufen, soll bei einer derart passenden Gelegenheit wie der gegenwärtigen wieder eingetrichtert werden, wie lebensnotwendig Notstandsgesetze, Bundeswehr, Staatseingriffe in den Lebensstandard usw. seien. „Kein schlapper Staat" dürfe die Bundesrepublik sein, bramarbasiert der sozialdemokratische Bundeskanzler. Von „Schweiß" und „Opfern" reden seine Minister. Und die Opposition steht nicht an, in dieser schwarzgemalten Lage ihre Unterstützung für „unpopuläre Maßnahmen" der Regierung anzudienen. Wieder einmal zeichnet sich eine „Allparteien"-Notstandskoalition zwischen den Führungen von SPD, FDP und CDU/CSU ab.

Aber — dies ist die dritte eingangs gestellte Frage, die bisher ausgeklammert blieb — droht nicht in der Tat eine Abschnürung unserer Ölquellen durch die arabischen Staaten, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen?

Den Erzeugerländern ist es in den letzten Jahren, nachdem sie lange Zeit Spielball der Kolonialmächte bzw. der internationalen Konzerne, die deren Erbe antraten, gewesen waren, gelungen, durch Verstaatlichungen, durch Mehrheitsbeteiligungen, durch gemeinsame Interessenpolitik in der OPEC eigenen Einfluß auf die Verwertung ihrer nationalen Rohstoffvorräte zu erringen. Da das Öl bisher vielfach die einzige Existenzgrundlage dieser Länder, aber kein unbegrenzt verfügbarer Reichtum ist, versuchen einige Regierungen, dem bisherigen Raubbau der Konzerne ein Ende zu machen und den Ölreichtum für die Entwicklung auch der eigenen, bisher unterentwickelt gehaltenen Länder nutzbar zu machen. Preis- und Förderpolitik werden stärker auf dies Interesse abgestimmt. Dies läßt sich nicht dadurch entkräften, daß sich auch reaktionäre Scheichtümer, die nichts weniger als sozialen Fortschritt im Sinn haben, an die Entwicklung ange-

hängt haben, um ihre Einnahmen zu erhöhen.

In jedem Fall kommt es darauf an, die Proportionen nicht aus dem Auge zu verlieren: Den Löwenanteil des Öl- und Benzinpreises, den die Bevölkerung in unserem Land zahlen muß, kassieren nach wie vor nicht irgendwelche „Scheiche", sondern die internationalen Konzerne und der Staat (Mineralölsteuer).

Ernsthaft nicht bestritten, auch nicht von der Bundesregierung, wird bisher, daß die Erzeugerländer durchaus bereit sind zu Verhandlungen darüber, wie die Energiebedürfnisse der Industrieländer mit den eigenen Entwicklungsinteressen auf eine für beide Seiten annehmbare Weise abgestimmt werden können. Es ist aber für die Regierungen im Westen an der Zeit, zu begreifen, daß eine solche Einigung die Abkehr von einer neokolonial gefärbten Superioritätspolitik erfordert, die glaubt, Entwicklungsländern auch künftighin die Handelsbedingungen unmittel- oder mittelbar diktieren zu können. Solche, imperialistisch zu nennenden, Attitüden aber feiern augenblicklich bei uns fröhliche Urständ. Da bläst die Wochenzeitung der Kanzlerpartei, der „Vorwärts" (im Leitartikel vom 29. November 1973), zu einer Art wirtschaftspolitischem Präventivkrieg gegen die Entwicklungsländer im allgemeinen, der den vielbeschworenen „Nord-Süd-Konflikt" geradezu herbeiprovozieren müßte: „Denn, was den Arabern heute möglich ist, könnte anderen Rohstoff-Ländern morgen nützlich erscheinen. Hier muß — zusammen mit unseren EG-Partnern — beizeiten Paroli geboten werden." (Zum Charakter der Beziehungen zwischen EWG und Entwicklungsländern vergleiche den Artikel von Karl Unger in diesem Heft.) In die gleiche Richtung weist die als liberal geltende „Süddeutsche Zeitung", wenn sie, eine Warnung des Senators Fulbright zitierend, sublim Interventionsdrohungen andeutet: „Militärisch seien die Araber Gazellen, die Industrienationen dagegen Löwen. Ölhungrige, von inneren Zuckungen gequälte Löwen aber könnten zu gefährlichen Abenteuern bereit sein. Die Auswirkungen der Ölwaffe sind unkontrollierbar — auch für die Scheichs (22. November 1973).

Die gleiche Geringschätzung der arabischen Länder, die gleiche Mißachtung ihrer Souveränität und des Völkerrechts, wie sie aus den eben zitierten Äußerungen spricht, haben vor allem die USA, aber leider auch die BRD und einige andere EWG-Länder in den vergangenen Jahren gezeigt, wenn es um die Verwirklichung der mittlerweile seit über sechs Jahren ihrer Verwirklichung harrenden UN-Sicherheitsratsresolution 242 ging, um die Räumung der 1967 von Israel widerrechtlich okkupierten arabischen Gebiete. Ungerührt wurde die Unterstützung der israelischen Aggressionspolitik fortgesetzt. Wer hat da ein Recht, sich zu entrüsten, wenn die Betroffenen der Aggression, die Araber, dem Rechtsbruch nicht länger schweigend zusehen, sondern sich zu überlegen beginnen, wie sie sich wehren können?

Bisher blieb die Bundesrepublik, angesichts der die Rechtslage anerkennenden EG-Staatenerklärung zur Nahostfrage (vgl. Dokumente dieses Heftes), von Liefereinschränkungen seitens der arabischen Staaten weitgehend verschont. Unsicher bleiben muß die Lage für uns aber zwangsläufig, solange die Haltung der Bundesregierung zwielichtig bleibt. Einerseits erklärt sie, im Nahostkonflikt neutral zu sein. Andererseits fährt Ministerpräsident Kühn nach Tel Aviv und verkündet dort nicht nur der Springer'schen „Welt": „Meine Entscheidung vom Herzen und vom Gewissen her gehört dem Selbstverteidigungskampf des israelischen Volkes ... Ich bin der Auffassung, daß es die Aufgabe auch gerade der Bundesrepublik ist, mitzuhelfen" („Die Welt" v. 16. November 1973). Der Bundeskanzler hat sich mehrfach in analogem Sinn geäußert. Wenn die Geduld arabischer

Regierungen gegenüber solch provokativer Parteinahme eines Tages zur Neige gehen sollte, fällt dann nicht — für jeden unvoreingenommen Urteilenden — die Schuld voll auf die Bundesregierung zurück? Und auf jene heute wieder so lautstarken Strategen, deren Sprachrohr z. B. die „Frankfurter Allgemeine" ist, die da unter der Überschrift „Frieren für Holland?" aufruft: „Frieren wir uns zusammen und erfrieren wir uns Einfluß". Und: „Europa hat das größte Interesse daran, den amerikanischen Einfluß im Vorderen Orient zu verstärken, wenn es schon nicht selbst dort eigenen Einfluß auszuüben weiß." Der Kreis schließt sich, wenn der Militärexperte der gleichen Zeitung, Weinstein, aus der „Ölkrise" folgert, der Sowjetunion „sollte demonstriert werden, daß der Westen auch Hagel schicken kann" (23. November 1973).

Fassen wir unsere Feststellungen zusammen. Was oft blasse Theorie der Systemkritiker scheinen mochte, nicht nur Begriffe wie „Staatsmonopolistischer Kapitalismus", auch ihre außenpolitischen Gegenstücke wie „Imperialismus", „Neokolonialismus" und „Antisozialistische Globalstrategie" nimmt über Nacht für breite Kreise sinnlich faßbare Gestalt an.

Die Konsequenzen zeichnen sich ab, und hier dürfte der Grund liegen, wenn aus Unternehmer- und Regierungskreisen hier und da schon erste Abschwächungs- und Beschwichtigungszeichen zu hören sind, Versuche, die Krisendrohung zurückzuschrauben. Denn Reaktionen und Rufe nach Aktionen mehren sich, die die Krisenmacher nicht einkalkuliert haben dürften. Aus Gewerkschaften, aus Kreisen der SPD, der DKP, aus der Jugend kommen, rasch zunehmend an Intensität, Forderungen, die an die Wurzeln der Krise greifen, weil sie deren realen Ursachen und Hintergründe erkannt haben.

Über Preis- und Gewinnkontrolle, über den Ruf nach „gläsernen Taschen" der Konzerne hinaus gewinnt die Forderung nach Kontrolle der internationalen Konzerne, nach Verstaatlichung der Ölmonopole in der Öffentlichkeit rasch an Boden. Mancher, der bisher gerade in den großen Konzernen eher so etwas wie zwar gewiß nicht uneigennützige, aber doch auch für die Allgemeinheit nützliche Sachwalter des wirtschaftlichen und technologischen Fortschritts gesehen hat, denkt heute über den zwangsweise genossenen Anschauungsunterricht von der unkontrollierten Macht der Monopole nach, über den jeden Einzelnen treffenden Schaden, den sie anzurichten vermögen, und über mögliche Gegenmaßnahmen. Die am klarsten durchdachte Konsequenz artikuliert sich heute in der Forderung nach Verstaatlichungen, deren Wirksamkeit im Interesse der Bevölkerung durch demokratische Kontrolle, Kontrolle durch die Beschäftigten und die Öffentlichkeit, gesichert werden muß. Gewiß ist das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik nicht über Nacht so umgeschlagen, daß die Regierung sich den Forderungen nach einer antimonopolistischen Neuorientierung ihrer Politik schon nicht mehr entziehen könnte. Aber gewiß ist auch, daß Forderungen nach Eindämmung der Macht der Monopole, nach antiimperialistischen Korrekturen und konsequent koexistentieller Orientierung der äußeren, nach Demokratisierung der inneren Politik kräftige neue Impulse erfahren und ihre brennende Aktualität erweisen.

Karl D. Bredthauer

Zum Parteitag der CDU

Der parteipolitische Alleinvertretungsanspruch der CDU für die bundesdeutsche Gesellschaft als Ganzes hat zwar nicht erst mit dem Verlust der Kanzlerschaft und ihrer Übergabe an die SPD im Herbst 1969 seine Geltung verloren, fand aber mit diesem spektakulären Er-

eignis sein für alle sichtbares Ende. Eine zwanzigjährige Identität als Kanzlerpartei hat die CDU mit dem annähernd zum Dauerabonnement verfestigten Besitz der höchsten Macht im Staate um das Minimum an Sensibilität für neue Tatsachen und Verhältnisse gebracht, ohne welches auch eine Regierungspartei nicht lange auskommt. Was den noch immer Unbelehrbaren in der CDU 1969 nur als ein wahlarithmetischer Betriebsunfall erschienen war (da die NPD die 5%-Hürde nur knapp verfehlt hatte), erwies sich 1972 nach den gescheiterten machtpolitischen Kraftakten des Konstruktiven Mißtrauensvotums gegen den SPD-Kanzler und der obstruktionstaktisch erzwungenen Vorverlegung der Bundestagswahl um elf Monate als Ausdruck eines tiefsitzenden Dauerschadens, dessen Spuren mindestens bis in die Zeit der zweiten Kanzlerschaft Adenauers (als 1956 die FDP-Fraktion das Koalitionsbündnis aufkündigte) zurückreichen.

Die reformwilligen Gruppen der CDU, vor allem die Sozialausschüsse, hatten schon 1970 die Abhaltung eines Parteitages gefordert, der nicht den taktischen Machtfragen, sondern vor allem den gesellschaftspolitischen Veränderungen und Erfordernissen gewidmet sein sollte, deren Vernachlässigung letztlich den Machtverlust der CDU verursacht hatte und darum die Modernisierung ihres Basisprogramms, nicht aber nur taktische Anpassungen ihrer Aktionsformen notwendig machte. Dieser Reform- und Programmparteitag sollte im Herbst 1970 in Hamburg stattfinden, wurde aber auf Ende Januar 1971 nach Düsseldorf verlegt, um dort mit der spektakulären Verwerfung des gemäßigten Mitbestimmungsmodells der CDU-Sozialausschüsse alle kurzfristigen Programmhoffnungen des Reformflügels der Partei zu begraben. Erst der nach dem Wahldesaster vom November 1972 für die ausschließlich am Erfolg ihrer Spitzenpolitiker orientierte CDU/CSU unvermeidliche Führungswechsel in Fraktion und CDU (Mitte Juni 1973) machte den Weg zu innerparteilichen Reformdiskussionen größeren Ausmaßes frei, die von dem für Oktober 1973 vorgesehenen Hamburger Parteitag mehr als nur die Bestätigung alter Positionen oder die Akklamation für neue Führungsfiguren der Partei erwarten ließen.

Der neue CDU-Vorsitzende Helmut Kohl sorgte mit Rücksicht auf eine entsprechende Einarbeitungszeit der neuen Parteispitze für die weitere Verschiebung des Reformparteitages auf Mitte November; zu diesem Zeitpunkt aber hatte sich infolge der Nahost- und insbesondere der Energiekrise der äußere Rahmen des Parteitages wiederum so rasch verändert, daß viele Erwartungen und Befürchtungen gegenstandslos wurden und die CDU sich noch vor den wichtigen Auseinandersetzungen um die überfälligen Grundsatzentscheidungen der Versuchung gegenübersah, es doch bei den alten Methoden und Konzepten zu belassen, zumal die Allensbacher Demoskopie innenpolitischen Aufwind für die Oppositionsparteien CDU und CSU (49 %) meldete.

Die Stagnation der Entspannungspolitik, das unsichere Lavieren der Bundesregierung in der Nahostkrise, der schockierend wirkende Einbruch der Energieversorgungskrise mit ihren direkten und indirekten, vor allem die Arbeitsplatz-Sicherung belastenden Konsequenzen, nicht zuletzt auch die energiepolitisch bedingten oder ölwirtschaftlich manipulierten Preissteigerungen haben innerhalb weniger Wochen das Ansehen fast ausschließlich der SPD (weniger der Koalition insgesamt) so beeinträchtigt, daß die CDU sich Hoffnungen machen kann, auch ohne einschneidende gesellschaftspolitische oder gar außenpolitische Kurskorrekturen wieder in Greifnähe des Machtbesitzes zu geraten. Die Versäumnisse der Bundesregierung mit Kanzler Willy Brandt an der Spitze wurden besonders in der Ost- und in der inneren Reformpolitik allgemein spürbar: das Scheitern

des Vertragsabschlusses mit der CSSR entsprach ebensowenig den nach dem Wahlsieg vor Jahresfrist gehegten Erwartungen wie die Politik der Berufsverbote im Rahmen jener dubiosen Ministerpräsidentenbeschlüsse vom Januar 1972, die damals unter dem Aspekt des drohenden Mandatsschwundes der Bonner Koalitionsparteien vor Barzels Konstruktivem Mißtrauensvotum der Bundesregierung eine taktische Entlastung ermöglichen sollten, aber nach einem so eindeutigen Wahlerfolg wie dem vom November 1972 keinesfalls festgeschrieben werden durften. Wenn die Trendbewegungen der Innen- und der Außenpolitik derart retardierende Richtungen einschlagen, muß sich dies parteipolitisch auf die Dauer zugunsten der diesen Orientierungen entsprechenden Parteien, CDU und CSU, auswirken, selbst wenn sie diese Änderungen aus der Opposition und noch nicht aus einer Regierungsverantwortung heraus erzwungen haben.

Die Zuspitzung der internationalen Lage, die in der hektischen Reisediplomatie Henry Kissingers und in den Oktober-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates (338, 339, 340) ebenso ihren Widerhall fand wie in der neuen Ölverkaufs-Strategie der um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfenden arabischen Staaten, versetzt besonders mit ihren kurzfristigen energiepolitischen Auswirkungen jetzt die CDU während der umständlich eingeleiteten und kaum begonnenen Vorbereitungen für ihren längst fälligen reformpolitischen Bußgang unerwartet vorzeitig in den Stand des Anklägers gegen eine zu zaghaft, zu unentschlossen und an falschen Stellen kompromißbereite Regierungspolitik. Damit erweist sich auch die letzte Verschiebung des Hamburger Parteitages trotz mancher zunächst negativen Vorzeichen für seine Hauptveranstalter als eine wenn auch in den Einzelheiten nicht vorauskalkulierbare wichtige Voraussetzung ihres jetzt erreichten innerparteilichen wie innenpolitischen Machtzuwachses. Der Blick auf die Landtagswahlen von 1974 in Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern zeigt, daß die Gefahr einer Positionsverschlechterung der Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP im Bundesrat weitaus größer ist als die Chance einer Umkehrung seiner Mehrheitsverhältnisse, die nur im Falle einer Wahlniederlage der CSU in Bayern bei gleichzeitiger Fortsetzung der SPD-geführten Landesregierungen in den anderen drei Bundesländern realisierbar ist. Die Wichtigkeit eines eindrucksvollen Wahlerfolges der CSU 1974 speziell für Strauß, und zwar sowohl gegen die bayerische SPD als auch gegenüber dem Abschneiden der drei Landesverbände der CDU, schließt es nicht aus, daß der CSU-Vorsitzende auf seinem Marsch nach Bonn den Umweg über München und die bayerische Ministerpräsidentschaft einschlägt, weil ihm dann bis 1976 der Status eines Regierungs-Chefs das Odium der im Abseits stehenden Opposition nähme und die rang- wie prestigemäßige Gleichstellung mit seinen CDU-Kollegen und -Konkurrenten Kohl und Stoltenberg brächte.

Der von den CDU-Sozialausschüssen und neuerdings auch der Jungen Union energisch vorbereitete und vertretene Reformkurs der linken Flügelkräfte hat der Partei besonders nach der Zustimmung, die die Mitbestimmungskonzeption beider Gruppen von den Landesparteitagen im Rheinland und in Westfalen-Lippe erhalten hat, in einem kaum erwarteten Ausmaße den Anschein reformpolitischer Aufgeschlossenheit verliehen. Ohne die Gunst der weltpolitischen Stunde hätte die neue Parteispitze Kohl-Carstens-Biedenkopf den Paritätsforderungen des linken CDU-Flügels, der seine Hauptargumente aus der Wahlniederlage von 1972 ableitete, mehr Rechnung tragen müssen. So aber konnte Heinrich Köppler den bevorstehenden „härtesten Winter seit zwanzig Jahren" als Schreck- und Ablenkungsgespenst beschwören und da-

mit die von dem neuen CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf ausgearbeitete nichtparitätische, auf ein 6:5-Modell hinauslaufende Mitbestimmungskonzeption des CDU-Vorstandes durchsetzen helfen. Gegenüber der alten 7:5-Nichtparität des Düsseldorfer Parteitages nimmt sich das neue Modell zwar arbeitnehmerfreundlicher aus, ändert aber doch nichts an der bisherigen Machtstruktur der Unternehmensführungen.

Auch in der Vermögensbildungspolitik, einem alten gesellschaftspolitischen Steckenpferd der CDU, gab es keine weiterführenden Neuerungen. Die Bildung betrieblicher oder gar überbetrieblicher Vermögensfonds wurde abgelehnt, es blieb bei der alten Burgbacher-Version des Beteiligungslohnes, der wie Rentenzahlungen individuell gebunden bleibt und gruppen- oder gewerkschaftspolitisch relevante Vermögensbildungen mit Einfluß auf die gesamtgesellschaftliche Vermögenspolitik von vornherein ausschließt.

In der Bodenrechts-Neuordnungsvorlage gab der Hamburger Parteitag sogar einer gegen zu große Spekulationsauswüchse gerichteten Vorstandsvorlage das Nachsehen und ließ zur Überraschung derjenigen Beobachter, die sich durch Energiekrise und Aufregungen um den Mitbestimmungsstreit nicht ablenken ließen, sogar die Entscheidung des CSU-Parteitages vom September 1973 links (!) hinter sich, indem er den gesetzlich geregelten Planungswertausgleich ablehnte, der der Privatisierung gesellschaftlich erarbeiteter Bodenwertsteigerungen einen juristischen Riegel vorschieben soll.

Obwohl die Außenpolitik vom Hamburger Parteitag nur kurz behandelt wurde, blieben deutliche Akzentverschiebungen nach rechts hin unverkennbar. Die Wirkung, die die reaktionäre und geradezu entspannungswidrige Begründung des Karlsruher Urteilsspruchs zur Frage der Konformität des Grundlagenvertrages BRD—DDR mit dem Bonner Grundgesetz auf die Politik der Bundesregierung und damit auf die gesamteuropäische Verständigungspolitik überhaupt ausgeübt hat und weiterhin ausübt, muß geradezu als katastrophal bezeichnet werden. Der Alleingang der CSU nach Karlsruhe, dem praktisch bisher zumindest der Vertrag Bonn—Prag und ein positiverer Fortgang der Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR, aber nicht zuletzt auch der großzügige Toleranzspielraum des Besucherverkehrs von Westberlin aus in die DDR zum Opfer gefallen ist, ohne daß Bundesregierung und Westberliner Senat es wagten, diese Zusammenhänge beim Namen zu nennen, erweist sich als höchst passendes Element in der Strategie Henry Kissingers, die in ihrer Ambivalenz Konfrontationen sowohl zu steuern als auch zu begrenzen, in keinem Falle aber prinzipiell zu überwinden oder gar zu erübrigen sucht. Innen- und parteipolitisch bedeutet das zumindest mittelfristig eine Verbesserung der Chancen einer Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der im Zusammenspiel mit dem sich modern gebenden, aber im Grunde konservativen CDU-Generalsekretär Biedenkopf das Modell einer reformerisch verkleideten neuen Machterweiterungspolitik im Sinne seines „Entwurfes für Europa" durchzusetzen beginnen könnte. Nach den von seinem ghostwriter der Jahre 1964—68, Klaus Bloemer, mitgeteilten Details zu seiner, der Straußschen, Konzeption von Außenpolitik erscheint es sogar als möglich, daß die Politik der westeuropäischen „Säulenbildung" zwischen Asien und Amerika, die wieder eine stärkere Konfrontation mit dem sozialistischen Staatensystem Mittel- und Osteuropas zulassen soll, auch oder gerade im Rahmen einer (neuen) Großen Koalition SPD/CDU oder — wenn es nach Strauß ginge: — CDU/-CSU-SPD zum Tragen kommen könnte.

Die Ernüchterung im „Liebeswerben" der CDU um die FDP hat vielleicht auch in der Verstärkung dieser Zielbildent-

wicklung bei der CSU und dem rechten Flügel der CDU eine Wurzel. Die Zuspitzung der sozial- und tarifpolitischen Situation in einer von Energiekrise und Schrumpfung der Zahl der Arbeitsplätze gekennzeichneten innenpolitischen Entwicklung würde es wie in der Krisenlage der Rezession von 1966/67 auch den Unternehmerverbänden leichter machen, sich mit einer weiteren, wenn natürlich durchaus beschnittenen Regierungsbeteiligung der SPD abzufinden.

Die beim Münchner CSU-Parteitag von Strauß vorgetragene These, die CDU/CSU müsse um die ganze Macht kämpfen und dürfe nicht nach der FDP schielen, erweist sich in diesem Zusammenhang als mindestens zweideutig: eine kleine Koalition mit der FDP bedeutete weniger Machtanspruch als der Besitz der absoluten Mehrheit oder aber als die kompakte Übermacht einer Großen Koalition, in der die CSU Schlüsselstellungen innehätte.

Gegenüber dieser langangelegten und jetzt auch auf die US-Außenpolitik eingestellten Konzeption wirkt die etwas zu weltfremd in schwarz-weiß-roter Konservativität eingebettete Orientierung der außenpolitischen Vorstellungen von CDU/CSU-Fraktions-Chef Karl Carstens blaß und vordergründig. Die Unentschiedenheit der Frage der Kanzlerkandidatur der CDU, an der auch der Verlauf des Hamburger Parteitages nichts geändert hat, kommt wiederum in erster Linie Franz Josef Strauß zugute. Sowohl die diplomatisch vollzogene, nicht allzu demütigende Abbremsung der Sozialausschüsse und ihres paritätischen Mitbestimmungsmodells als auch das Ausbleiben tragfähiger, auf Entspannung orientierter und durchaus konservativ motivierbarer Konzepte von künftiger Außenpolitik hat letztlich die seit 1956 schwelende Konzeptionskrise der CDU am Leben erhalten, deren Beendigung sich die Kanzlerpartei der Jahre 1949—69 so oft vorgenommen hat, um wieder die Zügel der altgewohnten Macht ergreifen zu können. Sie hat versucht, einen neuen Weg zu finden, die Ziele aber sind offensichtlich noch die alten.

Klaus Ehrler

Zum Parteitag der DKP

Der dritte Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei zeigte ein Bild, das von Jugend — man möchte sagen: strotzte, und zeigte doch auch, auf jeder Delegiertentasche, jeder Pressemitteilung, den Kopf des Hamburgers Thälmann, mithin das Bild der kämpferischen marxistischen Tradition, die dem Elan den Plan zuordnet. Die Dualität schien auf diesem Parteitag keine zu sein — mit Enthusiasmus wurden Erfolge wie Aufgaben von den Delegierten begrüßt, aber beide waren konkret, an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den Bedürfnissen der Bevölkerung meist sehr unmittelbar festgemacht. Ein Langzeitprogramm, das es nahelegt, über den kühnen Entwürfen die unmittelbaren Erfahrungen des Klassenkampfes zu übersehen, gab es nicht. So unmittelbare Aufgaben wie die Verbreitung der Tageszeitung „Unsere Zeit", die Unterstützung der entlassenen Mannesmann-Arbeiter, die Entwicklung der Betriebsgruppen und -zeitungen der DKP, standen nicht nur zeichenhaft im Vordergrund des Interesses und bedeuteten offensichtlich, daß es dieser in der Bundesrepublik nicht etablierten, auf vielen Wegen behinderten Partei darum zu tun ist, Kraft zu zeigen bei der unmittelbaren Vertretung der Arbeiterinteressen gegen die Aggressionen des herrschenden Kapitals.

Und Vertretung heißt hier schon erst einmal: öffentlich machen, formulieren, auf den gesellschaftlichen Grundwiderspruch projizieren — als erste Stufe des Machtgebrauchs, solange nämlich die wirksameren Hebel, die ökonomi-

schen, juristischen, administrativen vom Gegner besetzt sind. Wie dieses Öffentlichmachen über die Solidarisierung der Vertretenen in konkrete Macht und unmittelbare Erfolge sich umsetzt, das allerdings mußte nicht nur erschlossen werden: es wurde deutlich in den vielen Delegiertenberichten aus dem Bereich, wo die DKP denn doch bereits wirksame Positionen errungen hat: in den Betrieben. Daneben konnte das bisher enttäuschende Abschneiden bei Parlamentswahlen und auch die den zahlengewohnten Bürger gewiß nicht überwältigende Zunahme der Parteimitglieder seit dem Düsseldorfer Parteitag um etwa zehntausend gut in den Hintergrund treten. Zumal niemand gesagt werden brauchte, unter welchen Bedingungen diese Zahlen zustandegekommen sind und was sie mithin, als absolute, denn doch bedeuten. „Kader im Wartestand" schrieb „Die Zeit" nicht völlig daneben: Als am zweiten Abend der kilometerlange Zug der Genossen sich durch die Straßen Eidelstedts wand, in denen 1923 die Barrikaden gestanden hatten, waren die Fenster voller Arbeiterfamilien — ihr Schweigen war nicht feindlich. Mir schien eher: die hielten den Atem an, betroffen.

Ist hervorzuheben die Stärke in den Betrieben, in der Jugend, also klassenkundige Kampfkraft und Optimismus, so war doch auch das ganze gesellschaftliche Gruppen- und Interessenspektrum im Ansatz und Anspruch vertreten: das ging von den Seeleuten bis zu den Landwirten, den Beamten und Lehrern bis zu den Kleingewerblichen und Büroangestellten. Gezielter Ausdruck des antimonopolistischen Bündnisses als innenpolitisches Programm zur Verteidigung der demokratischen Positionen des Grundgesetzes und zur Verteidigung der Bevölkerung gegen die allgemeingesellschaftlich offenbar gewordenen Lebensbeschädigungen durch die ungehemmte Profitwirtschaft der Konzerne. Deutlicher übrigens auch als bei den beiden ersten Parteitagen, schon in Kurt Bachmanns kurzem Eröffnungswort und dann ausdrücklich im Rechenschaftsbericht des Parteivorstands angesprochen, die Bedeutung der Überbaubereiche der Gesellschaft für die Entfaltung des Klassenkampfes. Also nicht nur Bildung — auch Kultur, Kunst, Unterhaltung. Und nicht nur verbal: ich wüßte keinen Parteitag, der seine Konferenzvorräume mit den Bildern der parteiverbundenen Künstler schmückte und die Delegierten in eine Veranstaltung schickte, auf der sich Literatur und Musik vorführten; als kämpfende Kunst der Arbeiterklasse, versteht sich. Da wurde versucht, das Bündnis von Arbeiterklasse und fortschrittlicher Intelligenz sinnlich faßbar zu machen.

Sagt man antimonopolistisches Bündnis als unmittelbare Organisations- und Kampfaufgabe und kein Langzeitprogramm mit dem Entwurf der Gesellschaft von 1985, so ist dies richtig und doch falsch. Denn unverkennbar steht dahinter marxistische Analyse und Theorie. Sie drückte sich hier am sichtbarsten aus in der Orientierung an der Koexistenz- und Friedenspolitik der sozialistischen Länder, also an einer global gezielten Strategie zur Eindämmung des Imperialismus, zur Stärkung der sozialistischen Kräfte. Proletarischer Internationalismus ist natürlich für eine kommunistische Partei nichts Neues. Aber die Kommunisten der Bundesrepublik hatten Grund, mit Genugtuung darauf hinzuweisen, daß ihre Forderung nach Anerkennung der Nachkriegsrealitäten in Mitteleuropa als Voraussetzung für eine entspannende und nutzbringende Entwicklung nicht nur der zwischenstaatlichen Beziehungen durchgesetzt wurde und für die Bevölkerung bereits sichtbare Früchte trägt. Dabei ist das Reisen wohl der kleinste Faktor, die Stärkung der marxistischen Positionen auch in der BRD durch die anerkannte Existenz des sozialistischen deutschen Staates DDR der gewichtigste. Daß damit zugleich

der Frieden in Mitteleuropa sicherer wurde — und die dafür gewürdigte Regierungskoalition die Ostverträge auch unstreitig aus diesem Grunde abschloß —, ist der beste Beleg für die Sätze aus dem Referat von Herbert Mies: „In Wahrheit bietet der Friede die günstigsten äußeren Bedingungen für das weitere Erstarken der revolutionären Hauptkraft unserer Zeit, der Staaten des Sozialismus. Er fördert unseren Kampf um die politischen und sozialen Rechte des Volkes ... So verstehen wir den Kampf um den Frieden als wahrhaft revolutionäre Politik." Und eben nicht als Beschwichtigung oder Verschleierung der Klassengegensätze: „Das Leben beweist, daß jeder Schritt zum Frieden dem Imperialismus abgerungen werden muß. So ist Kampf um den Frieden immer Klassenkampf."

Von daher war die Unversöhnlichkeit mit den vor allem in der CDU/CSU organisierten Kräften des deutschen Monopolkapitals und der revanchistischen Militärs ebenso klar wie auf internationalem Gebiet die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den vom amerikanischen und europäischen Imperialismus unterdrückten Ländern. Es war, jedenfalls für mich, der bewegendste Augenblick auf diesem Parteitag, als To Huu, der Abgesandte der siegreichen Partei der Werktätigen Nordvietnams, und Alexandro Ianes, der Vertreter der verfolgten und kämpfenden Unidad Popular und KP Chiles, sich spontan und wortlos umarmten.

Die bürgerliche Presse monierte die „perfekte Regie" dieses Parteitags. Die DKP gab zurück, daß sie die Geschlossenheit ihrer Strategie und der Überzeugung ihrer Mitglieder nicht um des journalistischen Sensationsbedürfnisses willen künstlich aufsplittern muß. Sicher richtig. Und richtig auch, daß auf allen Ebenen der DKP hart diskutiert wird. Aber es gab kaum frei gesprochene Diskussionsbeiträge, kaum einen Redner, der den Beitrag eines anderen Genossen aufnahm, variierte, kritisierte. Dieser Eindruck kann den vorwiegenden von einer Demonstration solidarischer Geschlossenheit nicht verdrängen. Es wäre aber sicherlich kein Schwächezeichen, wenn Überzeugung, Kenntnis und Erfahrung — Eigenschaften, mit denen diese noch sehr junge Partei in Hamburg nicht wenige Beobachter beeindruckte — häufiger auch spontane Worte fänden.

Erasmus Schöfer

Zu den Ereignissen in Griechenland

Wie ein Kartenhaus ist das Regime des Obersten Papadopoulos in einer Nacht zusammengebrochen. Für den Mann, auf den die sogenannten Alliierten Griechenlands große Hoffnungen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Land der Griechen gesetzt hatten, ist nicht ein einziger Schuß gefallen. Und nicht nur das: Viele von denen, die ihn bis gestern als den Retter hochpriesen, entdeckten jetzt plötzlich, daß er ein Trujillo, ja ein Tyrann gewesen war, von dem die Armee das Land befreite; die gleichen Kräfte also, die ihn an die Macht brachten.

Es steht außer Zweifel, daß ein Gefühl der Erleichterung das Volk der Griechen erfüllte, als die Nachricht vom Sturz Papadopoulos' kam. Schnell aber ist das in ein Gefühl der Unsicherheit und Furcht umgewandelt worden, als man sah, wer die Männer waren, die den Diktator stürzten: seine Mitputschisten vom 21. April 1967.

Die ersten Proklamationen und Erklärungen der Putschisten waren von den gleichen verworrenen und überholten Ideen erfüllt wie die vom 21. April 1967. Eine konkrete Ideologie oder ein bestimmtes Programm konnten sie auch

jetzt nicht vorweisen. Dies und die Tatsache, daß sie bis zuletzt ihre Dienste Papadopoulos zur Verfügung gestellt hatten, macht sie unglaubwürdig, wenn sie ihm „Verrat" an den „Idealen der Revolution vom 21. April" vorwerfen.

Etwas Neues hatten sie jedoch auf Lager: sie kamen mit der Parole der Aussöhnung zwischen Volk und Armee. Sie werfen Papadopoulos vor, er habe die Kluft zwischen Volk und Armee verschuldet. Dabei übersehen sie aber, daß diese Kluft nicht etwa dadurch entstanden ist, weil Papadopoulos an der Macht blieb, sondern einfach deswegen, weil die Armee am 21. April 1967 die Volkssouveränität abschaffte und an ihre Stelle das Regime des Oberst Papadopoulos setzte und es an der Macht hielt. So konnten sich vielleicht die Putschisten vom 21. April ihres Führers entledigen, nicht aber auch der Verantwortung für die letzten sechseinhalb Jahre.

Wer steht hinter dem neuen Putsch in Griechenland? Vieles spricht dafür, daß die Amerikaner mit der Zeit zu der Erkenntnis kamen, daß Papadopoulos für sie eine unsichere Karte geworden ist. Der Volksaufstand am 17. November in Athen bewies es.

Von Amerikas Standpunkt aus könnte eine Verunsicherung der gesamten Sphäre im Mittelmeerraum entstehen, wenn sich die heutige Situation in Griechenland und der Türkei ändern würde oder eines Tages durch den Tod Titos Jugoslawien auseinanderbräche. Der Mittelmeerraum soll nach der amerikanischen Konzeption eine Sphäre des Handels- und Militäreinflusses der USA sein, und zwar, wenn es geht, deutlich getrennt von Westeuropa. Die Energiekrise macht diese Konzeption noch akuter.

So kann den Amerikanern nichts lieber sein als ein gefestigtes Sattelitenregime, etwa wie in der Türkei, wo der Einfluß der Militärs insgesamt sicher ist. Also ein Regime, das den Anschein einer Demokratie hat, damit die „demokratische Empfindlichkeit" mancher benachbarten Westeuropäer nicht total strapaziert wird. Eine Variation mancher lateinamerikanischen Republiken, eine Art mediterraner „Bananenrepublik".

Es handelt sich in großen Zügen um das System, das man in der Türkei erprobt hat, natürlich unter Berücksichtigung der nach den bisherigen Erfahrungen notwendig gewordenen Korrekturen, damit frühere Peinlichkeiten vermieden werden können. Die Militärführung ist dabei eine Art Vormund des Präsidenten der Republik.

Gerade das aber war bis jetzt in Griechenland nicht der Fall. Das Regime entwickelte sich mit der Zeit zu einer Art Satrapenrepublik. Die herrschende Junta war durch die korrupte Machtausübung den Streitkräften ständig verdächtig. Beiderseitiges Mißtrauen war die Folge. Dazu kamen die Inflation, die Studentenunruhen, der Widerstand — trotz Verhaftungen und Folterungen.

Diese Situation hat auch das Image und die Position Papadopoulos' sehr in Mitleidenschaft gezogen, in einem Ausmaß, das seine Führungsrolle innerhalb der Junta in Frage stellt.

Alle diese Entwicklungen scheinen den Amerikanern die Möglichkeit gegeben zu haben, ihrem eigentlichen Ziel näher zu kommen: die Übergabe der Macht an die Führung der Streitkräfte insgesamt, die nach der amerikanischen Konzeption Garant der Entwicklungen in der Zukunft sein soll. An Stelle der bisherigen Junta und ihrer führenden Glieder soll der gesamte Apparat der Militärführung treten. Die Streitkräfte werden in Zukunft die Kontrolle der Macht haben, sie werden sie jedoch nicht direkt ausüben.

Ob in diesen Überlegungen die Komponente Volk und seine möglichen Reaktionen miteinkalkuliert sind, steht dahin. Diese Komponente zu ignorieren,

könnte für die Akteure, wie die Ereignisse vom 17. November gezeigt haben, fatale Folgen haben. Denn die Griechen haben in den letzten sechseinhalb Jahren ihre Erfahrungen gemacht. Es hat sich erwiesen, daß die Armee wohl in der Lage ist, Putsche zu organisieren und mit Panzern zu intervenieren, das Land regieren kann sie jedoch nicht. Es ist für die Armee leicht, die Macht zu ergreifen, aber kann sie sie halten?

Die neuen Putschisten stehen heute in Griechenland vor zwei großen Problemen, mit denen sie fertig werden müssen: sie haben mit einer Wirtschaft zu operieren, die vor dem Zusammenbruch steht, und sie müssen einem Volk begegnen, dem bewußt geworden ist, daß bei der ersten Erhebung ein Diktator stürzen kann.

Welche diktatorische Festung sie immer aufbauen, sie wird genauso auf Sand gebaut sein wie die von Georgios Papadopoulos. Die Militärs in Griechenland müssen sich über eines klar werden:

Auch wenn sie die Demokratie nicht wollen, können sie die Diktatur auf die Dauer nicht aufrechterhalten.

Pavlos Bakojannis

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

31 *Rau,* Koexistenz und Revolution. Zur Dialektik sozialistischer Aktion. 200 S. DM 12,80

32 *Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus. 216 S. DM 9,80

33 *Hervé,* Studentinnen in der BRD. Eine soziologische Untersuchung. 206 S. DM 12,80

34 *v. Bredow* (Hrsg.), Zum Charakter internationaler Konflikte. Studien aus West- und Osteuropa. 195 S. DM 9,80

36 *Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der „Bund der Religiösen Sozialisten", Vorwort von Wolfgang Abendroth. 296 S. DM 14,80

37 *Altvater/Brentano/Frister/Fülberth/Jens/Kühnl/Rendtorff/Stuby* u. a., Protokoll des Kongresses „Wissenschaft und Demokratie". 142 S. DM 9,80

38 *Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1917– 1933. 304 S. DM 14,80

40 *Abdel Hadi/ El-Labadi/Paech/Sommer/Weingartz,* BRD, Israel und die Palästinenser. Eine Fallstudie zur Ausländerpolitik. 208 S. ca. DM 9,80

42 Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Medizinerkongresses am 20./21. Januar 1973. 424 S. DM 14,80

43 *Bethge/Roßmann* (Hrsg.), Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. 384 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Tendenzen der internationalen Politik und Kriterien der friedlichen Koexistenz

Von Gunnar Matthiessen

I

Eine Bilanz zum Jahresende zu ziehen und einen Ausblick in die nächste Zukunft zu versuchen, ist ein übliches und dann legitimes Verfahren, wenn es geeignet ist, wesentliche von zufälligen Ereignissen zu scheiden, auf Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung und die ihnen entsprechenden Schritte der Politik zu orientieren. Gebräuchliche Praxis in Fernsehen, Funk und Presse hingegen ist die zumeist summarische Aufzählung aller denkbaren Tatsachen, eine Auswahl, die eher nach Gesichtspunkten der Dramatik oder reiner Tagesaktualität getroffen wird, die Isolierung der Ereignisse aus ihren Zusammenhängen und von ihren Ursachen und eine wenig sorgfältige Unterscheidung zwischen bedeutenden und Randereignissen. So entsteht dann ein verwirrendes Bild, in dem die Tatsachen unentscheidbar beieinander liegen und zufällige Schlußfolgerungen zulassen.

Zudem lassen weder der Stand noch die Entwicklungstendenz der internationalen Beziehungen, die mit der sich systematisch durchsetzenden Politik der friedlichen Koexistenz eine neue Qualität erhalten, sich sinnvoll und hinreichend im begrenzten Zeitabschnitt des Jahres verstehen. Die bilateralen Verträge und multilateralen Abkommen Ende der 60er Jahre schufen geeignete Grundlagen zur Normalisierung der Verhältnisse zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen in Europa. In ihnen wurden, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung in den einzelnen Verträgen, die wesentlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz formuliert. Zu diesem Zeitpunkt konnte keineswegs bereits als gesichert angenommen werden, daß sich ihre Geltung auch über den Kontinent hinaus auf die internationalen Beziehungen und insbesondere auf die Beziehungen zwischen den beiden führenden Mächten der entgegengesetzten Weltsysteme ausdehnen ließe. Die Vereinigten Staaten verschärften ihre Aggression gegenüber dem vietnamesischen Volk und ließen auch keinen Zweifel an ihrer Skepsis und ihrem Widerstand gegenüber dem Projekt einer gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit. Die Festigung der Prinzipien in Europa selbst konnte keineswegs als gesichert betrachtet werden. Die Aktivitäten der berufsmäßigen Entspannungsgegner nahmen ein beträchtliches Ausmaß an. Die Politik der Herstellung außenpolitischer Junktims, so z. B. zwischen dem Abkommen über Westberlin, der Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages und der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz wie auch zwischen dieser Konferenz und einer Konferenz über die Reduzierung von Rüstungen, mußte die erst begonnenen Ansätze zur Normalisierung ernsthaft belasten und sein aktuelles Scheitern befürchten lassen. Die Koppelung verschiedener, in der Kompliziertheit sehr unterschiedlicher Probleme hätte die einzelnen politischen Initiativen verhindern können, bei denen Vereinbarungen bereits möglich waren. Erst die Ereignisse und Fortschritte, die in dem vergangenen Jahr, 1972, erzielt wurden, entschieden den Durchbruch zu einer Politik der friedlichen Koexistenz in Europa.

Mit einigem Recht läßt sich daher das Jahr 1972 als das Geburtsjahr einer Politik der friedlichen Koexistenz in Europa bezeichnen. Eine solche Einschätzung aber kann nicht von der unrealistischen Hoffnung ausgehen, daß ab jetzt ein widerspruchsfreier und komplikationsloser Prozeß in der Entspannung, Zusammen-

arbeit und Abrüstung folgen müsse. Eine solche Einschätzung kann lediglich besagen, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Europa begonnen haben, die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wesentlich zu bestimmen. Widerstände und Rückschläge sind keineswegs ausgeschlossen — und ebensowenig die potentielle Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes, in dessen Folge ein atomarer Vernichtungskrieg entstehen müßte. Allein die angehäuften Militärpotentiale widersprechen der Hoffnung, die friedliche Koexistenz in Europa sei bereits unwiderruflich gesichert. Diese Sicherung zu leisten, haben nur die Völker und die öffentliche Meinung der Länder die Kraft: dann, wenn sie sich unmißverständlich hinter die Festigung und Fortsetzung dieser ersten Ansätze qualitativ neuer Beziehungen in Europa stellen.

1973 konnten diese entscheidenden Erfolge gefestigt und auch ausgebaut werden. Die Unterzeichnung des Pariser Abkommens zur Beendigung des Krieges in Vietnam, die Abmachungen über die Beendigung der Aggressionen gegen Laos und die erzwungene Einstellung des Luftterrors über Kambodscha haben verdeutlicht, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz ebenso unteilbar sind wie der Frieden. Sie können nicht nur Angelegenheit einzelner Länder sein und beschränkt bleiben auf einzelne Kontinente. Wenn die Entwicklung von Europa ausging, dann ist dies insofern naturgemäß, als die beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme sich in Europa in ihrer entwickeltesten und ausgereiftesten Form entgegenstehen. Sie werden sich sicherlich mit unterschiedlichem Tempo und wechselnder Intensität auch auf die anderen Kontinente erstrecken, je nach dem politischen und materiellen Reifegrad, den die Völker in ihrem Kampf um Frieden, nationale Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit erreicht haben. So ist, insbesondere auf Initiative von Indien, im südöstlichen Asien in jüngster Zeit ein ganzes Netz von intensiven Konsultationen, Abkommen und Vereinbarungen getroffen worden, die auch für diese Region den auf ein System kollektiver Sicherheit gerichteten Fortschritt signalisieren, ein Sicherheitssystem, in dem die Unabhängigkeit, die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Gewaltverzicht, die Nichteinmischung und die Souveränität garantiert werden müssen. Auch die nationale Unabhängigkeitsbewegung konnte sich stärken und neuen internationalen Spielraum gewinnen. Der jüngste Staat Afrikas, die Republik Guinea-Bissao, ist bereits von über sechzig Ländern anerkannt.

Ein wesentlicher Impuls, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu internationalisieren und zu festigen, ging von dem Besuch Breschnews in den Vereinigten Staaten und den dort geschlossenen Verträgen, insbesondere dem Abkommen über die Verhinderung eines Nuklearkrieges, aus. Mit diesem Abkommen ist die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges gewiß nicht beseitigt, aber merklich herabgestuft. Es dokumentiert zudem, daß die internationale Sicherheit nicht unter Bedingungen forcierter atomarer Abschreckung und Bedrohung, sondern nur durch deren Herabstufung und endgültige Beseitigung zu erreichen ist.

Vor dem Hintergrund der intensivierten Beziehungen zwischen den beiden Hauptmächten der Weltsysteme konnte der Prozeß der friedlichen Koexistenz auch in Europa weiter entwickelt werden. Die Anstrengungen, dies zu leisten, finden ihren konzentriertesten Ausdruck in der Einberufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in Helsinki auf der Grundlage der bestätigten Arbeitsergebnisse der Vorbereitungsetappe ihre erste Phase auf der Ebene der Außenminister erfolgreich zu Ende führte und nun seit einem Vierteljahr in Genf die gewiß weniger auffällige, aber gleichwohl äußerst bedeutende zweite Phase durchführt, in der im Rahmen von Kommissionen die Schlußdokumente vorbereitet werden. Parallel dazu haben in Wien am 31. Oktober die Ver-

handlungen über den Abbau von Rüstungen und Truppen begonnen. Beide Konferenzen sind aufeinander verwiesen, da politische Entspannung, der Priorität zukommt, mit militärischer gekoppelt und durch sie ergänzt und konkretisiert werden muß.

Überdies sind, zumeist auf bilateraler Ebene, neue Elemente wirksam geworden, die den vorjährigen Durchbruch festigten und begonnen haben, der friedlichen Koexistenz eine materielle Grundlage zu schaffen. Die Theorie, daß friedliche Koexistenz auf einem nur formalen Nebeinander der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme beruhe und allenfalls einen Modus vivendi zwischen ihnen erlaube, ist durch Verlauf und Ergebnisse der Besuche Breschnews in der Bundesrepublik und in Frankreich korrigiert worden. Friedliche Koexistenz schließt Harmonie und Konvergenz der Systeme in der Tat nicht ein, freundschaftliche Zusammenarbeit und intensivierte politische Verständigung zwischen den Völkern und Staaten aber keineswegs aus. Sie setzt sie als ihre notwendige materielle Grundlage voraus, da allein durch sie der Gegensatz der Systeme auf eine friedliche Ebene gehoben werden kann und die alternative Möglichkeit einzig in der militärischen Konfrontation bestünde. Freundschaftliche Zusammenarbeit und Wettrüsten sind mithin sich ausschließende Elemente entgegengesetzter politischer Konzeptionen.

II

Dieser Wandel des europäischen und des Weltklimas hat gewiß die Erfolge der X. Weltjugendfestspiele und des Weltkongresses der Friedenskräfte, der Ende Oktober in Moskau stattfand, gefördert. Beide Veranstaltungen sind als bedeutende Ereignisse auf dem Wege zu einer Politik der friedlichen Koexistenz zu werten, da gerade in den letzten Jahren der Anteil deutlicher sichtbar wurde, den die Völker und die unterschiedlichen sozialen Kräfte an der Verwirklichung des Weltfriedens haben. Der Weltkongreß der Friedenskräfte *), der zu Recht aufgrund seiner umfassenden politischen Zusammensetzung als erster Kongreß der Völker bezeichnet wurde, fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem sich zwar der Übergang zu einer internationalen Politik der friedlichen Koexistenz als gesetzmäßig abzeichnete, als aber auch durch den faschistischen Umsturz in Chile und den neuen Nahostkrieg diese Entspannung sich als noch äußerst anfällig und gefährdet erwies.

Auch die allzu bekannten Dementis der amerikanischen Regierung lassen keinen Zweifel daran, daß die Errichtung einer Militärdiktatur in Chile nicht eine ausschließlich innenpolitische Angelegenheit darstellt, sondern vielmehr den unveränderten Versuch einflußreicher amerikanischer Konzerne und des amerikanischen Geheimdienstes, unter völliger Mißachtung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker den geschichtlichen und sozialen Fortschritt überall dort, wo sich eine Möglichkeit bietet, mit brutalster Gewalt zu verhindern. Kaum zwei Ereignisse konnten stärker die Komplikationen, Widersprüchlichkeiten und Widerstände ins Bewußtsein rufen, mit denen noch auf dem Wege zur endgültigen Sicherung des Weltfriedens zu rechnen ist. Die Gefahr eines unmittelbaren Umschlagens des Nahostkrieges in einen Weltkrieg hat all jene Überlegenen widerlegt, die insbesondere in Europa die Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz für abgeschlossen halten und nun die Orientierung auf andere Prioritäten fordern.

*) Die Materialien des Kongresses und die Berichte der 14 Kommissionen können beim Initiativkreis Europäische Sicherheitskonferenz, 5 Köln 80, Postfach 850 236, bestellt werden; der Preis wird ca. 3,— bis 5,— DM betragen. D. Red.

Die Idee des Weltfriedens ist aus dem Bereich der Utopie getreten und reale Möglichkeit geworden. Sie steht gleichwohl erst am Anfang ihrer Verwirklichung. Von den Lehren des Nahostkrieges ist noch eine andere zu betonen. Unter den Bedingungen neuer internationaler Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Weltsystemen, unter den Bedingungen auch, daß sich die beiden Weltsysteme immer stärker in allen Bereichen des internationalen Lebens berühren und aufeinandertreffen, in Anbetracht des angehäuften militärischen Vernichtungspotentials und unter der Bedingung, daß die Völker im Kampf um den Fortschritt immer nachdrücklicher den Krieg als politisches Mittel verdammen, liegt die einzig reale Möglichkeit der Sicherheit auf politischem, nicht auf militärischem Gebiet.

Von dieser Erkenntnis allerdings, die der Nahostkrieg erneut bestätigte, sind all jene weit entfernt, die nach wie vor die internationale Sicherheit mit einem „Gleichgewicht des Schreckens" verbunden wissen wollen. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist kaum geeignet, als schlichte Ergänzung der traditionellen Mittel definiert zu werden, die auf Gewaltandrohung basieren. Der Verzicht auf Anwendung und Androhung von Gewalt als ein hervorragendes Prinzip der neuen internationalen Beziehungen kann nicht ohne Konsequenz für jene Instrumente bleiben, die Gewaltanwendung und -drohung ermöglichen. Die Existenz der materiellen Bedingungen der Gewaltanwendung, die Rüstung, stellt als solche bereits eine ständige Gefährdung des völkerrechtlich verbindlich gewordenen Gewaltverzichts dar. Friedliche Koexistenz also, durch deren Anerkennung heute einzig der Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu garantieren ist, kann auch nicht negativ definiert werden als physische Abwesenheit von Gewalt. Sie umfaßt, wie es im Bericht der Kommission „Internationale Sicherheit und friedliche Koexistenz" des Weltkongresses heißt: „positive Ideen und ein konstruktives Programm zur ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit ohne jegliche Diskriminierung. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik erfordert gebieterisch, die heute vor der Menschheit stehenden dringenden Probleme zu lösen. Solche Probleme sind die Beseitigung von Armut und Hunger, die Vorbeugung gegen und die Ausrottung von Krankheiten, der Umweltschutz, die Erschließung von Energie- und Rohstoffquellen, die Eroberung des Kosmos zu friedlichen Zwecken sowie die Nutzung des Reichtums der Meere und Ozeane ... Da der Frieden kein statischer Zustand ist, muß man ihn als einen offenen, dynamischen, permanenten und sich ständig verändernden Prozeß betrachten. Der Frieden muß entsprechend geplant, gewährleistet, gefestigt und entwickelt werden."

Friedliche Koexistenz als demokratisches Prinzip im Zusammenleben der Völker wirkt tief auch in ihr innenpolitisches Leben hinein, erfordert ein neues Denken und demokratische Verhältnisse, die solches Denken tragen und fördern. Friedliche Koexistenz als zwischenstaatliches Prinzip von Systemen entgegengesetzter sozialer Ordnung ist unabdingbar verknüpft mit dem Weg zu Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit. Mithin schließt friedliche Koexistenz Revolutionen, Klassenkampf und den Kampf um nationale und soziale Befreiung nicht aus, sondern ein. Friedliche Koexistenz verträgt sich nicht mit Unterdrückung, Diskriminierung, Verletzung der Gleichheit, der elementaren Menschenrechte und des Rechts der Völker, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Der Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt verlief und verläuft ungleichzeitig mit dem Ergebnis, daß heute zwei Gesellschaftssysteme existieren, die unterschiedliche Epochen der Geschichte repräsentieren. Sie sind gleichwohl gezwungen, miteinander friedlich zu leben, ohne sich miteinander abfinden zu können, da Geschichte sich nicht abfinden läßt.

Friedliche Koexistenz ist ihrem Inhalt nach notwendig gebunden an die Existenz zweier Gesellschaftssysteme. Sie hat sich konkretisiert im Verlaufe der Auseinandersetzung zwischen diesen Systemen und im Verlaufe eines zunehmenden Kräftegleichgewichts zwischen ihnen. Sie wird sich weiter konkretisieren in dem Maße, wie der Kampf um sozialen Fortschritt zunimmt. Friedliche Koexistenz schließt mithin ideologischen Gegensatz nicht aus. Sie ist dessen Widerspiegelung auf der Ebene internationaler Beziehungen.

III

Die Leugnung des geschilderten Tatbestandes wird von sehr unterschiedlichen Positionen aus vorgetragen, wobei merkwürdig anmuten muß, daß solche Positionen häufig ein und denselben Träger haben. Zum einen wird gerne vom grundsätzlichen Charakter unserer Epoche abgesehen, die durch die Entgegensetzung der beiden Weltsysteme bestimmt ist. Um die friedliche Koexistenz zu einem Völkerrechtsprinzip zu erklären, das nicht die konkreten historischen Beziehungen der Völker widerspiegelt, nämlich von Völkern, die in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen leben, wird sie identifiziert mit internationalen Beziehungen schlechthin, die Gültigkeit für alle Staaten hätten. Nun aber zeigt sich, daß es sehr wohl auch andere Arten internationaler Beziehungen gibt, die von unterschiedlichen politischen und gesellschaftlich bedingten Prinzipien her geprägt sind. So ist es wenig sinnvoll, von den Beziehungen unter den kapitalistischen Staaten wie unter den sozialistischen Staaten als Beziehungen nach Art der friedlichen Koexistenz zu sprechen. Wer dies dennoch tut, vertritt zumeist die Auffassung, daß friedliche Koexistenz als übergreifendes internationales Prinzip einen Wandel durch Annäherung im Sinne der Konvergenz der Systeme zum einen impliziere und zum anderen die formale Gleichheit der Beziehungen der Staaten untereinander, einerlei, welcher Gesellschaftsordnung sie sind und ungeachtet der spezifischen Prinzipien und Verpflichtungen zu anderen Staaten mit gesellschaftlich gleicher Grundlage. Speziell beziehen sich solche Konzeptionen auf den proletarischen Internationalismus, der dergestalt der friedlichen Koexistenz untergeordnet und gleichsam in sie aufgelöst werden soll. Die andere Konzeption nun stellt den ideologischen Gegensatz fest und auch in Rechnung, zumeist dann, wenn es die innerpolitische Auseinandersetzung mit marxistischen Strömungen und kommunistischen Organisationen erforderlich zu machen scheint.

Im Namen der Abgrenzung wird ein Antikommunismus betrieben, der in nichts zu identifizieren ist mit ideologischer Auseinandersetzung. Antikommunismus ist eine politische und geistige Grundhaltung, die auf höchst unwissenschaftliche Weise die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch Methoden der Diffamierung, der Verhetzung und nicht selten einer emotional aufgeladenen Gehässigkeit zu überstehen hofft, ganz zu schweigen von den brutalsten Unterdrückungsmethoden. Friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit erfordern aber Objektivität und die umfassende Kenntnisnahme dessen, was insgesamt im entgegengesetzten System ökonomisch, sozial, politisch und ideologisch geleistet wird. In diesem Sinne sind die Kampagnen für Sacharow und Solschenizyn gerade deswegen als Antikommunismus zu deklarieren, weil in ihnen nirgends nur annähernd das Bemühen festzustellen ist, ein objektives, umfassendes Bild des kulturellen Lebens und der Menschenrechte in der Sowjetunion zu geben. In den Kontext undemokratischer Konzeptionen der Systemauseinandersetzung zählen auch die von den Ministerpräsidenten der BRD dekretierten Berufsverbote, die gerne als notwendige Konsequenz einer innenpolitischen Abgrenzung ausgewiesen werden. Ohne das Bemühen eines konkreten Nachweises werden gerade jene

als Verfassungsfeinde deklariert, die real gegen die Liquidierung der Verfassung durch eine formierte Gesellschaft, durch Notstandsgesetze, „Wahlrechtsreformen" und durch „Parlamentsreformen" aktiv geworden sind, die auf die umfassende Entmündigung und Liquidierung des Parlaments zugunsten von „Expertenausschüssen" abzielen. Friedliche Koexistenz schließt ideologische Auseinandersetzung, nicht aber Unterdrückung ein. Abgrenzung, ein Begriff, der nicht subjektiv ist, sondern einen objektiven Tatbestand ausdrückt, ist nicht unvereinbar mit Zusammenarbeit in übergreifenden Fragen des Friedens, weder international noch national, weder auf Regierungsebene noch auf der Ebene der gesellschaftlichen Kräfte. Der Weltkongreß der Friedenskräfte hat hierzu den eindrucksvollsten Beweis erbracht. Differierende Auffassungen über die soziale und moralische Qualität entgegengesetzter Gesellschaftsordnungen lassen sich nur auf dem Wege eines friedlichen Wettbewerbs austragen, was sowohl den Krieg als auch solche Unterdrückungsakte wie die Berufsverbote ausschließt. Diese als Folge einer Politik der friedlichen Koexistenz auszugeben, ist schizophren; sie sind vielmehr ein Hindernis für die freundschaftliche Zusammenarbeit.

Friedliche Koexistenz als eine spezifische Art, wie Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ihre Beziehungen zueinander gestalten, entwickeln und ausbauen, mit dem Ziel, kriegerische Verwicklungen untereinander zu verhindern und zu einem garantierten Frieden zu kommen, bleibt mithin ein offener dynamischer Prozeß, der nicht unabhängig, sondern in Entsprechung zu der sich zuspitzenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftssystemen verläuft. Deshalb sind Überlegungen, nunmehr andere Prioritäten ins Spiel zu bringen, wie z. B. die westeuropäische politische Union, sowohl der Sache wie auch der Methode nach falsch. So lange der Weltfrieden nicht gesichert, so lange das Wettrüsten und die militärische Konfrontation fortdauern und so lange unsere Zeit vom Widerspruch der beiden Systeme geprägt ist, so lange auch wird die Politik der friedlichen Koexistenz ihre zentrale Bedeutung behalten. Gleichzeitig werden gewiß Entwicklungsprozesse innerhalb der Systeme und zwischen ihren Staaten stattfinden, niemals aber als Alternative zur friedlichen Koexistenz. Sie kann ebenso wenig hinwegdisputiert werden wie die Existenz der beiden Systeme und die Notwendigkeit ihrer friedlichen Beziehung. Gleichfalls bedeutet dies, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nicht ein an einem beliebigen Punkt aufkündbarer Prozeß ist, sondern stets in die politische und ideologische Auseinandersetzung praktisch und theoretisch einbezogen bleibt.

Das Jahr 1973 hat, ohne daß hiermit allzu voreilig Trennungsstriche gezogen werden sollen, eine erste Zäsur gebracht. Auf den entscheidenden Ebenen ist der Durchbruch zu einer Politik der friedlichen Koexistenz erfolgt, so daß es nun erforderlich wird, neue Ziele und Aufgaben zu formulieren und sich, wie es der Weltkongreß der Friedenskräfte unternahm, über die Richtung zu verständigen, in die die Entspannungspolitik fortgeführt werden muß. Der erfolgreiche Verlauf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in den ersten beiden Phasen mag den Anschein erwecken, daß prinzipielle Schwierigkeiten nun nicht mehr zu erwarten sind und einzig die Hoffnung und die Forderung bleibt, daß die Regierungen der beteiligten Staaten auch künftighin einen konstruktiven Beitrag leisten möchten. Da die gesamteuropäische Konferenz einen qualitativen Umbruch in Europas Geschichte und speziell seiner Nachkriegsgeschichte einleitet und markiert, da auf ihr sehr unterschiedliche Erwartungen über den künftigen Entwicklungsweg Europas aufeinandertreffen, wird sie unter sehr komplizierten Bedingungen zwei Aufgaben zu erfüllen haben. Einerseits gilt es, die Probleme Europas, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges entstanden sind, endgültig zu lösen

und durch die Anerkennung der existierenden Verhältnisse und die Erarbeitung entsprechender politischer Prinzipien gesamteuropäisch von der Konfrontation zu einem friedlichen Miteinander überzugehen. Der bisherige Verlauf der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz hat den Nachweis erbracht, daß heute die Bedingungen herangereift sind, die Nachkriegsprobleme im allseitigen Interesse zu lösen. Möglich war dies allein dadurch, daß alle beteiligten Staaten graduell zwar unterschiedlich, aber dennoch insgesamt konstruktiv sich bemühten, die Konflikte beizulegen, Kompromisse zu finden und eine tragfähige völkerrechtsverbindliche Grundlage für die friedliche Kooperation in Europa zu erarbeiten. Andererseits aber können die Ergebnisse, die in diesem Sinne auf der gesamteuropäischen Konferenz erzielt werden, nicht als Ende, sondern nur als ein Anfang umfassender politischer Verständigungen und Zusammenarbeit in Europa betrachtet werden. Die Unterschiedlichkeiten und Gegensätzlichkeiten, die es aber im Hinblick auf diese längerfristige Perspektive der europäischen Politik gibt, wirken sich unmittelbar auf die Arbeit und die Ergebnisse der Konferenz aus, so insbesondere im Zusammenhang mit dem vierten Tagesordnungspunkt, in dem über die Fortführung der Konferenz durch die Bildung entsprechender Gremien beraten wird. Ob ein allseits konstruktives Herangehen und das Bemühen aller Staaten vorliegt, den Übergang zu einer neuen Ära europäischer Geschichte konsequent zu Ende zu denken, ist daher schon eine andere Frage. Die Verwirklichung neuer Qualitäten politischer Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen in Europa beinhaltet keineswegs automatisch den Übergang auch zu neuem politischen Denken. Die gegenwärtigen Veränderungen zeugen davon, daß sie auf politischer Ebene möglich sind, ohne begleitet zu werden durch eine entsprechende Veränderung der Denkkategorien, was davon zeugt, daß solcher Wandel bei einem großen Teil der beteiligten Staaten nicht auf eigener Erkenntnis, sondern auf äußeren Umständen beruht.

Das Verharren aber in den traditionellen Denkschemata der Machtpolitik und der Konfrontation ist an sich eine Gefährdung stabiler koexistentieller Verhältnisse in Europa und in der Welt. Bei den Überlegungen, die Konferenz fortzusetzen durch die Bildung entsprechender Gremien für alle Bereiche, die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen und auch politischen, begegnen sich gegenwärtig noch zwei einander widersprechende Konzeptionen. Die sozialistischen Länder sind der Überzeugung, daß die Herstellung neuer Qualitäten in den politischen Beziehungen radikale Konsequenzen für das Zusammenleben der Völker Europas haben muß. Sie vertreten die Auffassung, daß, ausgehend von der gesamteuropäischen Konferenz, systematisch ein Netz von Konsultationen, Institutionen, Organisationen und Vertragsmechanismen geschaffen werden muß, die in ihrer Gesamtheit ein System kollektiver Sicherheit für Europa darstellen und an die Stelle der Militärblöcke treten müssen. Diese Idee hat auch starken Anklang in den westlichen Ländern gefunden, insbesondere bei den Gewerkschaftsbewegungen und bei großen Teilen der demokratischen Öffentlichkeit, der Friedensforschung und der politischen Parteien, die in der Fortdauer des Wettrüstens keine geeignete Grundlage für eine garantierte Sicherheit Europas und zudem aufgrund wachsender ökonomischer und kultureller Engpässe in ihren Ländern in der universalen Abrüstung ein Mittel sehen, den Bedingungen des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts besser gerecht zu werden. Demgegenüber bemühen sich gegenwärtig die Spitzengremien der NATO und die Regierungen der meisten westlichen Länder, auch der Bundesrepublik, um den Nachweis, daß ein künftiges europäisches Sicherheitssystem auf die militärische Abschreckung nicht verzichten könne und das Gleichgewicht des Schreckens zu seiner Voraussetzung habe. Sie plädieren für einen zwar reduzierten, aber prinzipiell fortdauernden Rüstungs-

wettlauf zwischen Ost und West. Aus diesen Erwägungen auch formulieren sie die Skepsis gegenüber der Schaffung gesamteuropäischer Institutionen, die ihren Auffassungen nach und nach die Legitimationsgrundlage entziehen würde. Alle bisherige Entwicklung aber hat erbracht, daß Rüstungen das Gegenteil von Sicherheit bewirken und eine enorme Instabilität in die internationalen Beziehungen einbringen. Sie stellen in der Tat, wie Breschnew in seiner Rede auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte hervorhob, die materielle Grundlage für die Kriegsvorbereitung dar und sind ihrer Natur nach einer vertrauensvollen politischen Zusammenarbeit entgegengesetzt.

Im Widerspruch zu einer öffentlichen Meinung, die mehr und mehr zu derselben Einsicht kommt, bemühen sich gegenwärtig die führenden NATO-Kreise und politischen Kräfte der westeuropäischen Länder nicht nur um die Stabilisierung der bestehenden militärischen Instrumente, deren Entstehung durch den Kalten Krieg verursacht wurde und mit ihm eigentlich selbst hinfällig werden sollten. Sie bemühen sich vielmehr, nun schon in einem offenen Gegensatz zum sich anbahnenden europäischen Entspannungsprozeß, diese militärischen Instrumente mit neuen Funktionen zu versehen oder gar durch neue umfassendere militärische Instrumente und Organisationen zu ersetzen. Als äußerst bedrohlich für den begonnenen Prozeß der friedlichen Koexistenz in Europa muß die gegenwärtig forcierte Diskussion über die Schaffung einer westeuropäischen Atomstreitmacht im Rahmen der politischen Union gewertet werden. Was während der ganzen Etappe des Kalten Krieges zu niemandes Schaden und Kosten verhindert wurde, nämlich die Beteiligung der Bundesrepublik an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, soll nun trotz des ratifizierten Atomwaffensperrvertrages auf dem Umweg über die politische Union Westeuropas realisiert werden. Die negativen Auswirkungen, die nicht nur aus der Verwirklichung, sondern bereits aus der Absicht selbst folgen, sind heute schon sichtbar in der Verschärfung der Auseinandersetzung und in der merklichen Abkühlung des Dialogs, wenn es um diese Fragen der weiteren, in nichts als notwendig auszuweisenden Militarisierung geht.

IV

Wie bedeutungsvoll die politische Verständigung als Basis für Abrüstungsmaßnahmen ist, erweist sich an der Rückwirkung, die die unterschiedlichen Konzeptionen für die Zukunft Europas auf die gegenwärtig laufenden Verhandlungen in Wien haben.

Der Streit, ob nur Truppenreduzierung oder auch Reduzierung von Rüstungen Verhandlungsgegenstand sein soll, widerspiegelt das unterschiedliche politische Herangehen einerseits der sozialistischen Länder, die die Maßnahmen dieser Art als Elemente und Schritte auf die allgemeine und vollständige Abrüstung hin begreifen, und der NATO-Staaten andererseits, die auf einem, wenn auch reduzierten, Rüstungswettlauf bestehen und das „Gleichgewicht des Schreckens" als angebliche Basis der europäischen Sicherheit gewahrt wissen wollen. Eine Ausdehnung der Reduzierungsverhandlungen auf taktische Atomwaffen und insbesondere auf die Systeme vorwärtsgerichteter taktischer Atomwaffen (FBS) ist ihrer Auffassung nach unvereinbar mit einer einheitlichen transatlantischen Abschreckungsstrategie. Die Einschränkung der Abrüstungsgespräche auf den Bereich des Personalbestandes ist aber aus einem militärischen und einem prinzipiellen Grund im Interesse der politischen Stabilität und der ungeteilten Sicherheit nicht denk- und annehmbar. Politische Stabilität bewirken Abrüstungsvereinbarungen in der gegenwärtigen Situation nur unter der Bedingung, daß beide

Seiten ihre Sicherheitsinteressen wahren. Benachteiligung oder Übervorteilung würde eine starke Instabilität in den Entspannungsprozeß einbringen. Da aber die vorhandenen militärischen Paritäten nicht absolut, sondern nur relativer Natur sind und nur gemessen werden können an der Gesamtheit des vorhandenen Potentials, bedarf es der Bündelung verschiedener Faktoren, wie das bereits bei SALT I erfolgreich geschah, um durch Abstriche in einer Reihe dieser Sektoren eine für beide Seiten gleich wirksame Abrüstung zu erzielen. Zum anderen ist die Erweiterung auf den Bereich von Rüstungen, speziell taktischen Atomwaffen, gerade deswegen notwendig, um zu verhindern, daß Reduzierungen auf der einen Seite genutzt werden, den Rüstungswettlauf auf anderen Ebenen forciert fortzusetzen. Diese Befürchtung muß gerade durch die Überlegungen in NATO-Kreisen nahegelegt werden, die im Rahmen ihrer Strategie-Diskussion vorschlagen, bei reduziertem Personenbestand die Atomschwelle zu senken und mehr kleinere Einheiten mit taktischen Atomwaffen auszurüsten. Wirkliche Abrüstung aber kann niemals Umrüstung bedeuten.

Mithin bleibt die Diskussion um und die Forderung nach konstruktiven politischen Alternativen zum bisherigen System des Kalten Krieges mit all seinen Institutionen und Folgewirkungen die bedeutendste Aufgabe, um in Europa die Fortführung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zu gewährleisten, den angebahnten Prozeß der friedlichen Koexistenz zu sichern und auszubauen und politische Sicherheitsverhältnisse zu schaffen, die einen garantierten Frieden ermöglichen anstelle des Zustandes eines Nichtkrieges ohne Gewähr.

Nach erfolgreichem Durchbruch zur Politik der friedlichen Koexistenz im europäischen und in ersten Ansätzen auch weltweitem Maßstab wird es ohne Zweifel im nächsten Jahr darum gehen, sich verstärkt darauf zu konzentrieren, diesen Prozeß durch Abrüstungsvereinbarungen zu ergänzen und vielfältige Initiativen zu entwickeln, wie sie bereits, ausgehend vom Weltkongreß der Friedenskräfte, für die Woche vom 24. bis zum 28. April 1974 vorgeschlagen wurden. Die Gefahr eines thermonuklearen Krieges ist noch keineswegs gebannt, und die Kräfte, die auf die Methoden des Krieges zur Durchsetzung ihrer Interessen setzen, verfügen noch über erheblichen internationalen Einfluß. Der Weltkongreß der Friedenskräfte hat auf seiner abschließenden Plenartagung die vorrangigen Ziele erarbeitet, deren Verwirklichung in gemeinsamen und koordinierten Aktionen gefordert werden sollte:

„— die Anerkennung und Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Einklang mit der internationalen Sicherheit und auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit auf allen Gebieten;

— allgemeine und vollständige Abrüstung, Auflösung aller militärischen Stützpunkte und Abzug aller ausländischen Truppen, Beseitigung aller militärischen Bündnisse;

— Abschluß einer internationalen Konvention, die den Einsatz von nuklearen Waffen, ihre Herstellung, Erprobung und Lagerung verbietet;

— die Beendigung aller Formen der Aggression und die Einstellung aller Versuche, sich das Territorium anderer Staaten gewaltsam einzuverleiben;

— die Verwendung der bisher für kriegerische Zwecke benutzten Ressourcen zur Beseitigung von Armut, Unwissenheit und Krankheit und der Schaffung besserer Bildungsmöglichkeiten, besserer Gesundheitsfürsorge und sozialer Einrichtungen;

— die Beseitigung von Ungerechtigkeiten und einen wirksameren Schutz der Menschenrechte;

— das Recht aller Völker, selbst über ihre Naturreichtümer zu verfügen und nach eigenem Ermessen soziale und wirtschaftliche Reformen durchzuführen;

— die Durchsetzung der für die Sicherung von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit erforderlichen UNO-Beschlüsse."

Anmerkungen zur Situation der FDP

Von Theo Schiller

Die FDP muß heute als eine weitgehend „geschlossene" Partei gelten. Aber was sie wirklich umschließt, ist alles andere als eindeutig. So viel jedenfalls hat der Wiesbadener Parteitag Mitte November klargemacht. Die Beschäftigung mit diesem Parteitag, der sicherlich kein politisches „Ereignis" war, kann daher nicht durch spektakuläre Wendungen, Konflikte oder Brüche motiviert sein, sondern bietet sich allenfalls für eine Betrachtung der FDP in Normallage, sozusagen in Ruhestellung, an. Nachdem sich die Partei konsolidiert hat, die Zerreißproben beim Wechsel von Mende zu Scheel überstand, die Wahlniederlage von 1969 und die Überläufer-Dauerkrise zwischen 1969 und 1972 überlebte, ist zu fragen, woraus die konsolidierte Substanz nun eigentlich besteht, was die FDP politisch repräsentiert und was von ihr in der Zukunft zu erwarten ist.

Von diesem Wiesbadener Parteitag ging nichts Richtungweisendes aus. Signalwirkungen, wie 1967 in Hannover für die Ostpolitik oder wie in Freiburg 1971 für die Gesellschaftspolitik, fehlen. Das Wiesbadener Schwerpunktthema, die Medienpolitik, konnte solche Signale nicht setzen, weil es weder auf brisante Weise beantwortet wurde, noch für die Spannung der Parteiblöcke signifikant ist, noch mit den gesellschaftlichen Grundkonflikten derzeit auf populäre Weise vermittelt werden kann. Noch wichtiger dürfte sein, daß die FDP, die ihre politische Identität wesentlich nur im Kontext von Koalitionen markieren kann, für solche demonstrativen Akte vorerst keinen Bedarf hat. Mit ihren Stellungnahmen zur Ost- und Deutschlandpolitik sowie zur Notstandspolitik Ende der 1960er Jahre und mit ihrem Freiburger Programm 1971 hatte sie vor allem ihre Abkoppelung von der CDU und ihr Einschwenken zur SPD auf programmatischer Ebene eingeleitet bzw. nachvollzogen. Nachdem sie seit vier Jahren eine Koalition mit den Sozialdemokraten bildet und eine Abwendung weder opportun erscheint noch von der Parteibasis gebilligt würde, ist von der FDP programmatisch nichts Spektakuläres zu erwarten. Dies wird am ehesten dann wieder der Fall sein, wenn Veränderungen der beiden großen Parteien und die Logik des Parteiensystems angesichts von Verschiebungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ein neuerliches Wechselspiel der Koalitionen nahelegen. Daß Scheel und

Genscher für diesmal der CDU Absagen erteilten, muß noch nicht einmal zwingend die Regierungsbildung 1976 präjudizieren und dient im übrigen vor allem der Vermeidung von Zwielicht, von dem die FDP sicher nicht profitieren könnte. Das Fehlen von Signalen heißt also primär, daß noch keine andere Richtung eingeschlagen wurde, ohne daß dies dauerhaft beruhigen könnte.

Die zentralen Themen (Ost- und Deutschlandpolitik, Mitbestimmung, Bodenrecht, Vermögensbildung), mit denen sich die FDP in der Ära Scheel als sozialliberale Partei profiliert hat, spielten in Wiesbaden keine Rolle mehr. Die konsolidierte FDP wird diese Teile ihres Programms zwar nicht fallenlassen, aber doch nur noch mehr oder weniger verwalten und exekutiv bzw. legislativ „vom Tisch bringen", wobei in der Realisierungspartnerschaft mit der SPD die restriktiven Akzente stärker hervortreten werden. Hieraus ergeben sich wichtige Rückschlüsse für die Stellung der linksliberalen Kräfte innerhalb der FDP: ihre politische Stärke hat sich mit der Durchsetzung dieser Programmpunkte und mit der Stabilisierung des Bündnisses mit der SPD jedenfalls zunächst weitgehend erschöpft. Sie können derzeit keine wesentlichen Initiativen zum Ausbau fortschrittlicher Positionen unternehmen und mußten sich in Wiesbaden völlig darauf konzentrieren, die Gefahr rückschrittlicher Tendenzen einzudämmen. Jeder Versuch, fortschrittsrelevante Themen zu forcieren, hätte die Möglichkeit erheblicher Rückschläge provozieren können. Den Hintergrund dafür bildet das weiterhin eindeutige vorherrschende Funktionsverständnis der FDP in der Parteienkonstellation, nämlich die Partei der „Mitte" zwischen SPD und CDU zu sein, wenn auch derzeit im Koalitionslager mit der SPD angesiedelt und hier eine Korrekturfunktion ausübend. Gegen diese Rollendefinition sind auch die linksliberalen Kräfte, soweit sie ihr überhaupt kritisch gegenüberstehen, vollkommen machtlos. Sie verschafft aber denen, die die Abgrenzung gegenüber der SPD am vehementesten betreiben und die Abkehr von fortschrittlichen Positionen propagieren, einen bedeutenden und längerfristig noch wachsenden Machtvorteil. Solange die progressiven Kräfte dieses Rollenverständnis nicht aus den Angeln gehoben haben, d. h. solange sie nicht die Funktionsbestimmung der FDP im System der *Parteiengeometrie* durch eine im *gesellschaftlichen Kräfteverhältnis* verortete Bündniskonzeption ersetzt haben, sind sie auf die Dauer zu weitgehender Ohnmacht verurteilt.

Bei einem solchen Unterfangen wird man sich sehr grundsätzlich mit der in Genschers Parteitagsrede getroffenen Feststellung auseinandersetzen müssen, die FDP habe die Gefahr überwunden, Vertreterin bestimmter Gruppeninteressen zu sein. Nachdem die FDP zur Zeit verstärkt Anlaufstelle der Wirtschaftsinteressen ist (vor allem die Wirtschaftsministerien in Bonn und Düsseldorf), muß diese These ohnehin dahin relativiert werden, daß es der FDP gelungen ist, das Image der Interessenpartei abzustreifen. Aber selbst wenn die Aussage vollauf zutreffen würde, bliebe sie äußerst ambivalent. Ihre positive Seite besteht darin, daß der Freiheitsbegriff auch von der FDP nun nicht mehr, wie zu Zeiten der Mende-FDP, umstandslos auf die Freiheit des Kapitals und der Unternehmer reduziert werden kann und daß die Wirtschaftsinteressen der FDP nicht mehr ohne weiteres eine arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Haltung aufdrängen können. Die problematische Seite liegt in der Illusion bzw. der Ideologie einer gesellschaftlichen Neutralität einer liberalen Partei, die keine gesellschaftlichen Gruppen mehr kennt, wie traditionell der deutsche Staat angeblich keine Parteien kannte. Diese Neutralitätsideologie ist im gegenwärtigen Liberalismus weit verbreitet; sie hat insbesondere auch bei Werner Maihofer und der von ihm geprägten Konzeption des Freiburger Programms einen hohen Stellenwert, nicht zuletzt ablesbar an der Zuweisung wichtiger Machtpositionen an die leitenden

Angestellten. Diese Gruppe wird als rein „sachorientiert" und zur „Objektivität" jenseits der „Interessen" von Arbeit und Kapital fähig hingestellt, obwohl sie doch nichts anderes darstellt als eine Kadertruppe von Kapitalfunktionären, die in den bürokratisierten Großunternehmen die objektiv notwendigen Dispositionsentscheidungen erarbeiten. Der Übergang von einem Interessengruppenliberalismus zu einem Liberalismus jenseits der Gruppen kann daher zunächst nichts anderes reflektieren als den Wandel vom Unternehmerkapitalismus zu einem (hier nicht näher zu bestimmenden) Systemkapitalismus, begleitet von dem Zurücktreten partikularer „Interessen" hinter die keineswegs notwendig weniger partikulare Rationalität eines aktuell bestehenden Ganzen. Die Neutralitätsideologie überwindet zwar die vordergründige, unmittelbar sichtbare Identifikation von Liberalismus und Unternehmerinteressen, aber sie verbleibt voll im Bannkreis des nunmehr aus dem Hintergrund hervortretenden systematischen Wirkungszusammenhangs kapitalistischer Gesellschaftsstruktur. Ein konsistent *sozialer* Liberalismus, also ein Liberalismus, der die soziale Frage als Kapitalfrage aufwerfen würde, kann auf dieser Neutralitätsideologie nicht aufgebaut werden, sondern ist nur in Auseinandersetzung mit und als Überwindung dieser Neutralitätsideologie zu entwickeln. So weit dürfte Genscher nicht gedacht haben, als er in Wiesbaden formulierte: „Wer sagt, er sei ein Liberaler, der muß auch sagen, daß er für mehr Freiheit ist — mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben." Daß der scheinbar neutrale, an der Rationalität eines Systemganzen orientierte, keine Gruppeninteressen mehr kennende Liberalismus heute zwar als Partei organisatorisch konsolidiert ist, aber programmatisch und theoretisch noch auf sehr schwachen Füßen steht, spürt die Führung der FDP offenbar doch recht deutlich. Es ist bemerkenswert, daß in den beiden Hauptreden von Scheel wie von Genscher ein Bedarf nach liberaler Theorie zum Ausdruck gebracht wurde. Daran wird zweierlei deutlich. Einmal, daß der (teils vorübergehende) Zuzug von Universitätsprominenz zur FDP in den Personen Ralf Dahrendorf und Werner Maihofer eine solche theoretische Qualifizierung des Liberalismus nicht hinreichend leisten konnte; die Lücke, die der Tod von Karl-Hermann Flach riß, liegt ohnehin weniger hier als in der Repräsentanz der erneuerten FDP, ihrer pragmatischen Integration und ihres Koalitionskurses. Zum anderen, wie sehr die FDP gegenwärtig ihre öffentliche Glaubwürdigkeit und Sympathie aus Personalisierung bezieht und wie schwankend ein solcher Boden auch in den Augen derer sein muß, an die sich diese Personalisierungen heften.

Hinzu kommt, daß der Schritt von Interessenliberalismus zur Systemrationalität eine enorme Ausweitung der Denk- und Handlungsperspektive verlangt, um die aktuellen politischen Problemlagen in einen langfristigen und komplexen Zusammenhang integrieren zu können. Inwieweit die Parteiführung selbst Anstrengungen unternehmen wird, dieses Defizit an (nach dem Gesagten von vornherein ideologiegefährdeter) Theorie auszufüllen, oder ob in Wiesbaden nur ein Unbehagen artikuliert wurde, ist im Augenblick nicht endgültig einzuschätzen. Wenn die konkreten Programmpunkte von Freiburg durch die Regierungskoalition „abgehakt" sein werden, dürfte freilich die Notwendigkeit wachsen, den FDP-Liberalismus wesentlich stärker zu systematisieren und die Ebenen zwischen dem Maihoferschen Kantianismus und den leitenden Angestellten allmählich auszufüllen. Daß Theorie nun nicht mehr schon vorab, allein wegen ihres systematischen Charakters, als Ideologie denunziert werden kann, begründet eine nicht zu unterschätzende Chance für die fortschrittlichen Teile innerhalb der FDP, der Diskussion eine Richtung im Sinne eines genuin sozialen Liberalismus zu geben. Dabei wird es notwendig sein, die Fragestellungen, Diskussionen und Ergebnisse der Gesellschaftsanalyse einschließlich der Strukturanalyse und Kritik

der politischen Ökonomie in umfassender Weise einzubeziehen und somit das Freiheitsproblem in seiner vollen Komplexität aufzurollen. Die ideologischen Elemente des Liberalismus werden nur dann zurückgedrängt werden können, wenn es zunächst gelingt, das *analytische* Defizit entscheidend zu verringern. Denn ein politisches Denken, das nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit analytisch durchdringt, um sie im Sinne seiner zentralen Motive und Ideen zu verändern und umzugestalten, verdient nicht den Namen Theorie, bleibt hilflos, wenn nicht affirmativ. Wer die Unfreiheit nicht dingfest machen kann, wird von Freiheit vergeblich reden.

Es wird also für den Liberalismus, der sich sozial nennen will, darauf ankommen, die gesellschaftlichen Widersprüche zu entziffern und politisch aufzuarbeiten. Im Mittelpunkt der gegenwärtig vorherrschenden Perspektive der Partei steht freilich immer noch das Bemühen, die Gesellschaft, so wie sie ist, politisch zusammenzuhalten und Spannungen durch Reformen abzubauen, damit die Widersprüche nicht greifen und nicht greifbar werden. Das prägt sich neben der Neutralitätsideologie auch aus in der von FDP-Repräsentanten ständig reklamierten Sachlichkeit, ihren pauschalen Verdikten gegen „Ideologien", vor allem aber in der Rhetorik der „Mitte" — nicht nur zwischen CDU und SPD, sondern auch zwischen den „ideologischen Extremen", zwischen „falsch verstandenem (!) Konservativismus und Sozialismus", die „beide unser Land spalten könnten" (Scheel in Wiesbaden). Doch die Widersprüche, die die Partei der „mittesten Mitte" (Riemer) überbrücken möchte, schlagen bis zur Schizophrenie bis in die Rede des Parteivorsitzenden Scheel durch, der einerseits erklärte: „Unser Land ist in Ordnung ... Die Bürger sind nicht zerstritten ... Wir haben die wenigsten Streiks." Andererseits sah er sich genötigt, unter Hinweis auf den badenwürttembergischen Fließband-Streik festzustellen: „Unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum, rücksichtslose Rationalisierung, schnellere Bandgeschwindigkeiten, kürzere Produktionszeiten, höhere Stückzahlen schlagen ins Unmenschliche um ... Kurz: Die Wirtschaft floriert, bis der Mensch kaputt geht." Kann ein Land in Ordnung sein, in dem der Mensch kaputt geht?

Die in Scheels Parteitagsrede zum Ausdruck gekommenen Widersprüche markieren zum Teil auch, bei aller „Geschlossenheit" der FDP, verschiedenartige innerparteiliche Positionen und das Problem ihrer Integration. Noch kann diese Integration relativ leicht gelingen, da die Positionsunterschiede nur in allerersten Ansätzen spürbar und programmatisch fast noch gar nicht ausgearbeitet sind, so daß sie sich noch nicht zu Konfliktstrukturen verdichtet haben. Aber nachdem die Deutschen Jungdemokraten ein Selbstverständnis entwickelt haben, das sich primär an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert [1]), ist es langfristig unvermeidlich, daß diese Differenzen im Grundsätzlichen und im Detail konzeptionell zur Ausprägung kommen und in Konflikten verarbeitet werden. Denn auf der anderen Seite zeichnet sich bereits deutlich genug eine wieder offen kapitalorientierte Richtung ab, die in den letzten Jahren durch den NRW-Wirtschaftsminister Riemer symbolisiert wurde, nunmehr aber in Bundeswirtschaftsminister Friderichs und dem enorm einflußreichen Bankenvertreter Graf Lambsdorf wesentlich umsichtigere, wirksamere Repräsentanten gefunden hat.

In der Bundestagsfraktion ist die Resonanz dieser Richtung besonders groß, nachdem die wegen ihrer Ausschußerfahrung für unentbehrlich gehaltene Mehrheit unübersehbar Traditionsliberalismus konserviert und die jüngeren progressiven Kräfte weitgehend ohnmächtig und isoliert sind. Im Bundesvorstand sieht die Lage nur wenig günstiger aus. In einigen Landesverbänden konnte hingegen

[1]) Vgl. Friedrich Neunhöffer, Jungdemokraten, F.D.P. und Arbeiterbewegung, in: „Blätter", 5/1973, S. 498 ff.

die vorige Jungdemokratengeneration, die mit der jetzigen immerhin sympathisiert und in zahlreichen Einzelfragen kooperiert, wichtige Positionen erringen, so vor allem in Berlin und in Hamburg (wo sie erst neulich die bisherigen Fraktions- und Senatsmitglieder nahezu vollständig aufs Altenteil abschob), aber auch in Schleswig-Holstein und zum Teil in Hessen. Zusammen mit relevanten Minderheiten aus Baden-Württemberg und auch Bayern, in geringstem Maße aus Rheinland-Pfalz und NRW, erweist sich diese „linke Mitte" auf Bundesparteitagen immerhin als teilweise mehrheitsfähig. Dabei wirkt die „Geschlossenheit" der FDP und der geringe Artikulationsgrad ihrer Konfliktpotentiale insofern begünstigend, als innerhalb der Delegiertenschaft ein nicht zu unterschätzendes fluktuierendes Element vertreten ist, das durch überzeugende Argumentationen gewonnen werden kann, allerdings nur im Hinblick auf Einzelfragen. Deshalb muß realistischerweise festgehalten werden, daß diese Möglichkeiten der Mehrheitsbildung (sofern sie angesichts der selten respektierten Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen überhaupt relevant sind) in dem Maße problematischer werden, in dem die als konsequent sozialliberal sich abzeichnende Richtung an programmatischer Kontur und organisatorischer Identität gewinnt. Diese zunehmenden Schwierigkeiten werden nur abgemildert werden können, wenn diese Richtung parallel zu ihren theoretischen und programmatischen Anstrengungen in der Mitgliedschaft, in den Kreisverbänden und damit in der Delegiertenschaft zu einer erheblichen Verbreiterung ihrer Basis gelangen kann. Wenn dieser Zusammenhang von theoretischer Arbeit und organisatorischer Tätigkeit nicht praktisch hergestellt werden kann, wird es den fortschrittlichen Teilen innerhalb der FDP nicht gelingen, die aktuellen Erscheinungen gesellschaftlicher Widersprüche in innerparteiliche Diskussionsprozesse und programmatische Erfolge zu übersetzen. Sie dürften sich ohnehin darüber im klaren sein, daß die Situation im Augenblick noch relativ günstig ist, sich aber bei weiterem Näherrücken des Wahltermins von 1976 und bei zunehmender Dauer der Koalition mit der SDP nur verschlechtern kann.

Diese jetzt noch relativ günstige Ausgangsposition konnte in Wiesbaden nicht wesentlich verbessert oder abgestützt werden, hat sich aber doch in einigen Beschlüssen niedergeschlagen, deren mangelnde öffentliche Resonanz schon sehr deutlich darauf hinweist, daß im öffentlichen Bewußtsein zunehmend die Erwartungen und das Interesse an signifikanten Kehrtwendungen und Rechtsprofilierungen der FDP dominiert — ein Sog, den einige Spitzenpolitiker teils selbst erzeugt haben und dem sich einige mit Gusto hingeben werden, während andere erfahrungsgemäß seiner zwingenden wahlpolitischen Logik folgen dürften. (Was in Wiesbaden wirklich aufhorchen lassen mußte, war nicht die „Absage an die CDU", sondern daß hierfür überhaupt schon eine Notwendigkeit bestand.) Der eine dieser Beschlüsse betrifft die durch den Ministerpräsidentenerlaß vom Januar 1972 in angeblicher Auslegung des Beamtenrechts eingeführten Berufsverbote. Der Parteitag bekräftigte hier die Erklärung des Bundesvorstands vom August, die am 20. September 1973 zu dem Beschluß der Ministerpräsidenten führte, eine gesetzliche Regelung anzustreben (ohne daß sie deshalb in Konsequenz ihrer eigenen Logik den Erlaß von 1972, der offensichtlich unhaltbar geworden war, aufgehoben hätte). Der Wiesbadener Parteitag hat über die 10 Bundesvorstands-Punkte hinaus ausdrücklich beschlossen, daß die Mitgliedschaft *und* die Funktionsträgerschaft in einer nicht-verbotenen Partei keinerlei Zugangsschranken zum öffentlichen Dienst rechtfertigen dürfen, daß also das Parteienprivileg voll gewahrt werden muß. Bei der dann noch verbleibenden Einzelfallprüfung hat der Parteitag den Anstellungsbehörden die volle Beweislast auferlegt. Außerdem wurden die Ministerpräsidenten aufgefordert, bis zum

Vorliegen einer gesetzlichen Regelung der „Rechtsstaatlichkeit gegenüber Bewerbern zum öffentlichen Dienst", die den FDP-Grundsätzen entspricht, nicht mehr nach dem Erlaß vom Januar 1972, sondern ausschließlich nach diesen Grundsätzen zu verfahren. Darin liegt immerhin die *Aussetzung* aller Berufsverbote. Freilich ist die Gefahr nicht gebannt, daß die sehr komplizierten Kompromißformeln einen versteckten Dissens enthalten könnten, der von Weyer, Genscher und Riemer mit einiger Wahrscheinlichkeit beabsichtigt war und zu einer Fortsetzung ihrer bisherigen verfassungswidrigen Politik ausgenutzt wird. Es wird daher darauf ankommen, Geist und Buchstaben des Parteitagsbeschlusses auch solchen Versuchen gegenüber endgültig durchzusetzen.

Der zweite Beschluß, der eigentlich hätte selbstverständlich sein müssen, betrifft den Militärputsch in Chile. Nachdem die Parteiführung bis zum Parteitag ein bestürzendes Desinteresse an dieser Frage gezeigt hatte, muß es doch als relativ beachtlich gelten, daß in Wiesbaden mit überwiegender Mehrheit eine sehr klare Verurteilung des Putsches ausgesprochen wurde. Außerdem entsprach der Parteitag der Notwendigkeit, die verheerende Politik der Untätigkeit des Auswärtigen Amtes, die inzwischen durch geschmacklose Gesinnungsprüfungen durch eine in Chile weilende AA-Delegation fortgeführt wird, implizit dadurch zu kritisieren, daß eine unrestringierte Asylpolitik gefordert wurde. Damit hat der Parteitag wenigstens jenes demokratische Minimum gegenüber faschistoiden Diktaturen wahren können, das einer Partei geziemt, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

Schließlich soll noch vermerkt werden, daß in den Abstimmungen über das Medienpapier der freilich nur mit halber Kraft unternommene Versuch des NRW-Vorsitzenden Riemer, durch Vorschicken von Rudolf Augstein eine Verwässerung zugunsten der Verleger zu erreichen, abgewehrt werden konnte. Riemers Stellung dürfte dadurch etwas geschwächt worden sein, was aber angesichts der Übernahme seiner Funktion durch Friderichs niemanden beruhigen sollte.

Insofern sind also in Wiesbaden die Ansätze fortschrittlicher Positionen gewahrt, in einigen Punkten auch verdeutlicht worden. Es spricht für den Realismus der Jungdemokraten und der mit ihnen zusammenarbeitenden Kräfte, daß sie daraus weder Siegesrhetorik hergeleitet haben, noch sich durch die Bescheidenheit der Ergebnisse in Apathie haben abdrängen lassen. Diese realistische Haltung wird sich aber in der praktischen Umsetzung der Erkenntnis zu bewähren haben, daß nur verstärkte theoretische und organisatorische Anstrengungen die zu erwartende Verschlechterung der Arbeits- und Diskussionsbedingungen kompensieren können.

Imperialismus der EWG?

Zur Assoziationspolitik gegenüber Afrika

Von Karl Unger

Rechtzeitig bevor die aus der Erweiterung der europäischen Gemeinschaft erwachsenden Probleme hinsichtlich der jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas sowie der Staaten Lateinamerikas Gegenstand aktueller politischer Auseinandersetzungen werden, legte die Kommission der europäischen Gemeinschaft in Brüssel ein Memorandum [1]) vor, das erstmals einen zusammenfassenden Überblick über die Beziehungen zwischen der EWG und den Entwicklungsländern, im besonderen natürlich über die Politik gegenüber den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar (AASM), gibt. Mit diesem Memorandum will die Kommission in Erinnerung rufen, „daß die europäische Einigung als eines ihrer wesentlichsten Ziele die gerechtere Verteilung des Wohlstandes und der Reichtümer in der Welt anstrebt" [2]).

Dieser Anspruch wurde bereits in Artikel 131 der Verträge von Rom festgehalten und auf die damals zwangsassoziierten Länder konkretisiert: „Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der (überseeischen, K. U.) Länder und Hoheitsgebiete ... Die Assoziierung (soll) in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen" [3]). Während man in Brüssel keinen Zweifel darüber hegt, daß die Assoziierungspolitik „für die Gemeinschaft zugleich Experiment und Beweis ihres politischen Willens war, ihre Pflichten gegenüber allen Entwicklungsländern in immer größerem Umfang wahrzunehmen" [4]), will die Kritik an der Effektivität und der propagierten Uneigennützigkeit der Assoziierungspolitik nicht verstummen.

Leiten die einen aus der Leninschen Feststellung, daß „die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär (sind)" [5]) ab, daß dann auch die Beziehungen zu den Entwicklungsländern reaktionär sein müssen und daher bereits das erste Assoziierungsabkommen ein „Musterbeispiel eines neoimperialistischen Vertrages" [6]) sei, so verweisen die anderen — vor allem Vertreter aus den Entwicklungsländern selber — auf die praktischen Schwächen dieser Politik.

Im folgenden soll daher versucht werden, Form und Inhalt der Beziehungen zwischen der EWG und den AASM zu untersuchen, um zu prüfen, inwieweit die Kritik an der Politik der europäischen Gemeinschaft berechtigt ist und inwiefern es sich bei auftretenden Mißständen um periphere „Betriebsunfälle" handelt oder um dieser Politik notwendigerweise innewohnende Momente.

Dabei beschränkt sich aber die Analyse vornehmlich auf die AASM, da das Verhältnis zu den anderen Entwicklungsländern — vornehmlich in Asien und Lateinamerika — ein zu umfangreicher Komplex ist, der einer eigenen systematischen Untersuchung bedarf.

---

1) Kommission der europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Memorandum über eine gemeinschaftliche Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, o. O., 1972.
2) Ebd., S. 11.
3) Zit. nach Handbuch für europäische Wirtschaft, Baden-Baden, I A 59, S. 10, 109. Lieferung, August 1971.
4) Memorandum, op. cit., S. 15.
5) W. I. Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: ders., Ausgewählte Werke Bd. 5, Wien 1933, S. 131—135, hier: S. 132.
6) Pierre Jalée, Die Ausbeutung der Dritten Welt, Frankfurt/M 1968, S. 95.

Entstehung und Bedeutung der AASM

Um das Phänomen der Entstehung der AASM und ihre Bedeutung für das Europa der Sechs richtig verstehen zu können, muß man sich einige allgemeine Entwicklungstendenzen im Bereich von Politik und Ökonomie vergegenwärtigen. Als wesentlicher Einschnitt in der Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab muß die Depression von 1929 und die mit ihr verbundene Entwicklung zu einem verstärkten Staatsinterventionismus angesehen werden, sowohl im faschistischen Deutschland wie auch im „New Deal" in den USA, und der von den Faschisten provozierte Kampf um die Neuaufteilung von staatlichen und monopolistischen Einflußsphären.

Die Zerschlagung des Faschismus führte zu einer tiefgreifenden politischen und ökonomischen Veränderung auf der ganzen Welt, die noch bis heute die Entwicklung der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme und des historischen Sonderfalls, den die Entwicklungsländer darstellen, sowohl in deren innerer Struktur als auch in den Beziehungen zwischen den einzelnen Systemen beeinflussen.

Im wesentlichen handelt es sich dabei um drei verschiedene Komplexe, die einer tiefgreifenden Veränderung unterlagen:

1) Der Herrschaftsbereich des Sozialismus dehnte sich von einem Nationalstaat auf eine ganze Region aus. Dadurch wurde das Kräfteverhältnis zwischen den sich antagonistisch gegenüberstehenden Gesellschaftssystemen deutlich zugunsten des sozialistischen verbessert. Dies nicht nur, weil der Sozialismus dadurch einen Territoriums- und Menschengewinn erzielte, sondern weil auch seine ökonomischen und damit vermittelt auch die politischen und militärischen Potenzen qualitativ zunahmen, bei gleichzeitig erhöhten Realisierungsschwierigkeiten für die kapitalistische Region, da diese bei zunehmender Bedeutung von Kapital- und Warenexport für den Akkumulationsprozeß reale und potentielle Regionen für die Außenwirtschaftsaktivitäten verlor. Die Konkurrenz zwischen diesen beiden Systemen ist seither der determinierende Faktor [7]) für die politischen und ökonomischen Entwicklungen innerhalb der imperialistischen Länder selbst und deren Beziehungen zu den Entwicklungsländern [8]).

2) Schon 1847 hatte Karl Marx darauf hingewiesen, daß „der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ... zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen (ist)" [9]). Dieser prophetische Satz bewahrheitete sich nach 1945, wenn auch in modifizierter Weise, als zuerst die asiatischen und danach die afrikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit erkämpften. Die Erringung der politischen Souveränität, wenn auch nicht der ökonomischen Selbständigkeit dieser Länder stellte die ehemaligen Mutterländer vor das Problem, ein neues Instrumentarium auszuarbeiten, wenn die bestehenden Möglichkeiten der Kapitalverwertung in jenen Ländern aufrechterhalten werden sollten.

3) In den imperialistischen Kernländern selbst führten die wachsende Konzentration des Monopolkapitals und die zunehmende Bedeutung des Staates für

7) Die Feststellung, daß die Systemkonkurrenz der determinierende Faktor auch für die Veränderung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der spätkapitalistischen Industriegesellschaften sei, ist in der Literatur noch sehr umstritten. Ohne Zweifel gilt auch heute noch die Feststellung von K. Marx, daß das zentrale Gesetz, das alle Entwicklung im Kapitalismus bestimmt, das des Tendenziellen Falls der Profitrate ist. Nur unterliegt auch dieses Gesetz heute allgemein Modifikationen, die aus dem Einwirken der sozialistischen Staaten herrühren. Insofern kann dann gesagt werden, daß das erste Gesetz das allgemeinste ist, weil es für die ganze Epoche des Kapitalismus gilt, während das andere ein besonderes ist, da es nur für einen begrenzten Zeitraum dieser Epoche gilt. In diesem Zeitraum aber ist es ein allgemeines Gesetz. Von daher ist es durchaus berechtigt, die Systemkonkurrenz als den determinierenden Faktor zu betrachten.

8) Es gibt bis heute leider noch keine Studie, die versucht hätte, die quantitativen und qualitativen Aspekte der Systemkonkurrenz zu untersuchen. Erste Ansätze bieten: Kurt Steinhaus, Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, in: Anne Hartmann u. a., BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971; und S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus, Köln 1972.

9) Karl Marx, Rede über Polen, in: Marx/Engels-Werke, Bd. 4, Berlin (DDR) 1969, S. 416—417, hier: S. 416.

den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß [10]) sowie eine verschärfte Legitimationskrise des Systems insgesamt zu einer Reihe neuer Erscheinungsformen. Die zunehmende Konzentration und Zentralisation der Kapitale ist Ergebnis wie Bedingung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Dieser zwingt die Monopole, in ihrem Konkurrenzkampf so schnell wie möglich neue, forschungsintensive Produkte und Verfahren auf breiter Ebene industriell und kommerziell auszuwerten.

Die dabei vorauszusetzende Akkumulationskraft übersteigt aber in vielen Fällen den Rahmen eines einzelnen Monopols ebenso wie die politischen und ökonomischen Möglichkeiten des Staatsapparates, für ein einzelnes Monopol oder eine Gruppe zu intervenieren. Dies fördert die transnationale Integration einzelner Monopole auf allen Ebenen und die verstärkte Kooperation der westlichen Industrieländer.

Dem entgegen wirkt aber gleichzeitig eine andere Tendenz: Die durch die territoriale und politisch-ökonomische Einengung des imperialistischen Herrschaftsbereiches bedingte verstärkte Rivalität und Konkurrenz einzelner Staaten und Monopolgruppen.

Dabei geht aber diese Konkurrenz des Kapitals auf internationaler Ebene heute nicht mehr einfach nur um Rohstoffquellen und Absatzmärkte, sondern sie geht als Konkurrenz des Kapitals direkt in die Monopolgruppen hinein.

Die Internationalisierung der Produktion und andere Integrationsformen sind unter diesem Gesichtspunkt also nur neue und komplexere Formen der Aufteilung des kapitalistischen Weltmarkts.

Die Integration ist auch insofern eine neue Methode der Neuaufteilung der Einflußsphären, als, bedingt durch die ungleichmäßige Entwicklung der westlichen Industrieländer, der Kampf um Einflußgebiete permanent ist und der Logik des Systems gemäß zu einem neuen Weltkrieg führen müßte. Dies ist jedoch, bei Strafe des Untergangs des eigenen Gesellschaftssystems, unter der Existenz eines sozialistischen Weltsystems nicht möglich.

All diese, hier nur kursorisch angedeuteten, allgemeinen Bedingungen zwangen die westeuropäischen Länder und die USA, Form und Inhalt ihrer Beziehungen zu den Entwicklungsländern neu zu bestimmen. Das dabei entwickelte System ökonomischer, politischer und ideologischer Mittel und Methoden wird allgemein als Neokolonialismus bezeichnet. Seine ökonomische Grundlage ist der Kapitalexport in seinen verschiedenen Formen. Das Ziel ist die Zurückdrängung des Einflusses des sozialistischen Weltsystems und die Nivellierung der Kampfkraft der nationalen Befreiungsbewegung in ihrer zweiten Etappe (d. h. dem Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit) bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Herrschaftsbereiche der imperialistischen Staaten und Monopole in den Ländern, die ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, zur Sicherung und Verbesserung der Kapitalverwertung insgesamt, wobei der Kampf um die Neuaufteilung von Einflußgebieten permanent weitergeht, jedoch in Inhalt und Form von den allgemeinen Zielen determiniert wird [11]).

Als 1958 die Verträge von Rom in Kraft traten, war der allgemeine Übergang zum Neokolonialismus noch nicht vollständig vollzogen, aber die wesentlichsten Erscheinungsformen hatten sich bereits herausgebildet.

10) Vgl. dazu vor allem Paul Boccara u. a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M 1972.
11) Hierbei handelt es sich um eine Weiterentwicklung der Definition des Neokolonialismus. Zur ursprünglichen und deren Ableitung siehe: Jürgen Ostrowsky und Karl Unger, Zur Theorie des Neokolonialismus und der Spezifik des südlichen Afrika, in: „Sozialistische Politik", H. 23.

Dies stellte auch die EWG vor die Aufgabe, ihre Beziehungen zu den Kolonien der einzelnen Mitgliedstaaten so zu gestalten, daß unter Vermeidung größerer Brüche und Reibungsverluste der notwendige Übergang von kolonialistischer zu neokolonialistischer Politik vollzogen werden konnte. Dabei waren aktuell zwei Momente ausschlaggebend:

Die größte Kolonialmacht innerhalb der Sechsergemeinschaft, Frankreich, hatte seine Möglichkeiten erschöpft, allein sein Kolonialreich aufrechtzuerhalten. Die kostspieligen Kolonialkriege gegen das algerische und gegen die indochinesischen Völker hatten die finanziellen Möglichkeiten des Staates bezüglich der Kolonialpolitik erheblich eingeschränkt. Außerdem hatten sie zu einer allgemeinen moralischen Diskreditierung des französischen Kolonialismus geführt.

Für die anderen Staaten der Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere die BRD, ergaben sich dadurch Möglichkeiten einer Neuaufteilung der afrikanischen Einflußsphäre [12]). Für die BRD hatte dies vor allem den Vorteil, daß sie an kolonialer Ausbeutung partizipieren konnte, ohne direkt als Kolonialmacht in Erscheinung zu treten, und somit nicht ihr wichtiges positives Image als traditionelle europäische Nicht-Kolonialmacht verlieren mußte.

Waren in den Verträgen von Rom alle abhängigen Gebiete der europäischen Mächte einbezogen worden, ohne daß die Kolonien darüber in irgendeiner Weise zu befinden hatten, zeigte sich bereits nach der Erlangung der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten der Erfolg dieser kollektiven Politik: Mit Ausnahme Guineas waren alle anderen ehemaligen Kolonien zu einem Assoziierungsabkommen bereit.

Am 20. Juli 1963 wurde in Jaunde das erste Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und den Staaten Burundi, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, VR Kongo (damals Kongo-B), DR Zaire (damals Kongo-L), Elfenbeinküste, Dahome, Gabun, Obervolta, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Rwanda, Senegal, Somalia, Tschad und Togo [13]) abgeschlossen. Dieses Abkommen hatte eine Laufzeit von fünf Jahren und wurde danach durch das Abkommen von Jaunde II vom 29. Juli 1969 ersetzt.

Welches waren von afrikanischer Seite die Gründe, daß diese Abkommen unterzeichnet wurden?

Erstens waren mit der Erreichung der politischen Unabhängigkeit die wirtschaftlichen Bindungen an das ehemalige „Mutterland" nicht verschwunden. Es blieben nicht nur die Positionen ausländischer Firmen in diesen Ländern erhalten, sondern auch die Abhängigkeit dieser Staaten von den Märkten der früheren Kolonialmächte. Die Anwendung des EWG-Außenzolls für Drittländer hätte somit katastrophale wirtschaftliche Folgen gehabt.

Dies auch, weil zweitens die AASM infolge ihrer niedrigen wirtschaftlichen Entwicklung zur Lösung ihrer Akkumulationsprobleme im hohen Maß auf den Beitrag der Außenwirtschaft angewiesen sind.

Drittens erhofften sich die assoziierten Staaten aus der Zollunion Konkurrenzvorteile gegenüber den anderen Entwicklungsländern, da sie infolge des niedrigen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte ohne Vorzugsstellung im Handel

12) Auf dieses Phänomen hatte Lenin schon 1915 hingewiesen, als er schrieb: „Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen ist jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich" (Lenin, op. cit., S. 133).

13) Zwei britische Treuhandgebiete, Südkamerun (heute zu Kamerun gehörig) und Somaliland (jetzt zu Somalia gehörig), gehörten von Anfang an ebenfalls zu den Assoziierten.

nicht mit den ehemaligen britischen Kolonien oder den lateinamerikanischen Staaten konkurrieren konnten.

Viertens versprach die EWG, das französische Preisstützungssystem bei jenen Waren zu übernehmen, die in den AASM zu Selbstkosten produziert werden, die über den Weltmarktpreisen liegen. Gleichzeitig war die EWG bereit, Produktionshilfen zu gewähren, damit diese Produktionen effektiviert würden und so die Kosten zurückgingen und die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt verbessert würde. Insgesamt gesehen, bot sich also für diese Staaten durch die Assoziierung eine Reihe von Vorteilen. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß es sich bei diesen Vorteilen um kurzfristige handelt und nicht um solche, die in der Perspektive zur Erlangung der wirtschaftlichen Selbständigkeit führen.

Gleichzeitig war aber mit der Assoziierung auch eine flexible Form zwischenstaatlicher Beziehungen gefunden, die den EWG-Ländern eine Reihe von Vorteilen brachte.

Erstens waren damit diese afrikanischen Staaten weiterhin relativ eng an ihre ehemaligen kolonialen Ausbeuter gebunden, so daß sich für die Monopole in der EWG durch die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit keine oder nur geringe ökonomische Nachteile ergaben und konkurrierendes britisches oder US-amerikanisches Kapital keine entscheidenden Gewinne von Marktanteilen buchen konnten. Vielmehr war klar, daß die AASM durch die handels- und finanzpolitischen Vorteile, die ihnen gewährt wurden, noch enger an die sechs europäischen Mächte gebunden würden. Zweitens bedeutete die Assoziierung eine Spaltung der Entwicklungsländer in privilegierte und unterprivilegierte. Dies ist um so bedeutsamer, als die EWG, wie Tabelle 1 zeigt, für alle Entwicklungsländer ein sehr bedeutsamer Markt ist.

Tabelle 1:
Anteil der EWG am Export der Entwicklungsländer (in Mio US-Dollar, fob) [14])

Jahr	*Gesamtexport der EL*	*Davon nach der EWG*	
		absolut	*in %*
1964	*34 610*	*8 390*	*24,2*
1966	*38 740*	*9 430*	*24,3*
1968	*44 420*	*10 730*	*24,2*
1970	*54 160*	*13 480*	*24,8*

Mit dieser Politik erreichte die EWG zweierlei: Einerseits wurden die Ansätze und Möglichkeiten, eine solidarische Politik der Entwicklungsländer insgesamt zu entwickeln, erschwert. Damit schwächten sie aber natürlich ihre politische und ökonomische Position im Kampf um die Erringung der ökonomischen Selbständigkeit. Zum anderen schuf sich die EWG damit die Möglichkeit, jene Länder, für die eine engere Bindung an die EWG in Form von Assoziation oder anderen Kooperationsformen notwendig war, eng an die politische Ausrichtung der EWG (Atlantisches Bündnis, Ost-, Deutschlandpolitik etc.) zu binden.

Drittens engt die Assoziierung die EWG-Staaten in ihrem politischen Spielraum nicht ein, da die AASM zwar an die EWG-Politik gebunden sind, aber als nichtgleichberechtigte Mitglieder ihre divergierenden politischen Ansichten und Ziele

14) Quelle: Hans-Ullrich Walter, Zur diskriminierenden Außenwirtschaftspolitik der EWG gegenüber den jungen Nationalstaaten Afrikas, in: „Deutsche Außenpolitik", Berlin (DDR), H. 4/1972, S. 713—737, hier: S. 731.

nicht im Rahmen der EWG durchsetzen können. Die Assoziierungspolitik verdeutlicht auch die prinzipielle Stoßrichtung der neokolonialistischen Politik der westeuropäischen Staaten: Die Einbeziehung des Mittelmeers und Afrikas in den unmittelbaren ökonomischen und politischen Aktionsradius der EWG. Das Bild wird in dieser Beziehung noch klarer, wenn man bedenkt, daß außer mit diesen 18 Staaten noch mit Tansania, Uganda, Kenia, Marokko, Tunesien, Israel, dem Libanon und der Türkei Assoziierungsabkommen bestehen.

Diese Stoßrichtung ist Produkt mehrerer Faktoren:

Erstens spielt dabei die historische Durchdringung des afrikanischen Kontinents durch die europäischen Kolonialmächte eine gewichtige Rolle. Damit wurden bereits sehr früh die Voraussetzungen geschaffen, daß das europäische Kapital auch auf diesem Kontinent agieren konnte. Dieser historisch geschaffene Zustand hat sich inzwischen gefestigt und ist von der Ebene des Einzelkapitals wie auch von der Ebene der Reproduktion der westeuropäischen Gesellschaften überhaupt gesehen zu einer partiellen Notwendigkeit geworden. Der zweite entscheidende Faktor wird gebildet durch das immense Potential dieses Kontinents an Rohstoffen jeglicher Art und an seiner ungeheuren Reserve an Arbeitskräften. Beide Momente bilden im Kampf der Monopole gegen den Tendenziellen Fall der Profitrate ein wichtiges Gegengewicht. Der dritte Faktor ist politischer und militärstrategischer Natur. In dem Bericht der Kommission wird dies folgendermaßen ausgedrückt: „Das Mittelmeer ist einer der Punkte, an denen die Sicherheit Europas gefährdet werden könnte. Hier könnte die europäische Einflußnahme zur Wahrung des Friedens zweifellos den stärksten Ausschlag geben. Die Gemeinschaft verfolgt daher mit größter Aufmerksamkeit die Krisen im Nahen Osten, die etwaige Niederlassung feindlicher Streitkräfte an benachbarten Küsten und die Bedrohung der Erdölversorgung."

Analoges gilt auch für den afrikanischen Kontinent, an dessen Einbeziehung in die europäische Kriegsstrategie die NATO ein vehementes Interesse hat [15]).

Dabei geht es aber nicht nur um die Globalstrategie in der möglichen Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten, sondern auch um Stützpunkte, von denen aus mit allen möglichen Mitteln Druck auf jene jungen Nationalstaaten ausgeübt werden kann, die den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg gehen.

Gleichzeitig ist man in diesem Raum bemüht, eine Neuaufteilung der Einflußsphären vorzunehmen, die vor allem auf Kosten der USA gehen soll. Dies zeigt sich in den vielen diplomatischen Aktivitäten im Mittelmeerraum und an den ideologischen Aussagen über die beiden „Supermächte" USA und UdSSR, die sich hier die Welt aufgeteilt hätten.

Die gleiche Zielsetzung liegt wahrscheinlich auch den noch bevorstehenden Assoziierungsverhandlungen mit über 40 jungen Nationalstaaten zugrunde: durch den Abbau gemeinsamer Zollschranken und den Aufbau neuer gegenüber Drittländern die Konkurrenzstellung der US-amerikanischen Wirtschaft in diesen Ländern zu schwächen.

Nach der Charakteristik der allgemeinen Überlegungen und der objektiven Bedingungen, die zur Bildung der AASM führten, stellt sich nun die Frage, zu welchen Ergebnissen die Assoziierung geführt hat und mit welchen Methoden sie erreicht wurden.

15) Vgl. dazu Barbara Schilling und Karl Unger, Die Bundesrepublik und das südliche Afrika, in: „Kursbuch", H. 21 (Berlin [West], September 1970), S. 147.

Die Handelspolitik der EWG

Das Kernstück der Verbindungen zwischen den AASM und der EWG sind die Bestimmungen, die den Warenverkehr betreffen. Schon im EWG-Vertrag von Rom wurde im Artikel 133 festgehalten: „1) Die Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in die Mitgliedstaaten werden vollständig abgeschafft; dies geschieht nach Maßgabe der in diesem Vertrag vorgesehenen schrittweisen Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten. 2) In jedem Land und Hoheitsgebiet werden die Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten ... schrittweise abgeschafft. 3) Die Länder und Hoheitsgebiete können jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushaltes dienen" [16]).

Diese Regelung wurde durch die Abkommen Jaunde I und Jaunde II im Prinzip nicht verändert [17]). Daneben gibt es aber eine Reihe von Ausnahmebestimmungen, die in der Liste des Anhangs II des EWG-Vertrages aufgeführt sind, sowie bei jenen Waren, die wegen der Durchführung einer gemeinsamen Agrarpolitik der Gemeinschaft einer Sonderregelung unterliegen [18]).

Die allgemeinen Bestimmungen der Assoziierungsabkommen über den Handelsverkehr stellen in erster Linie eine ökonomische Diskriminierung aller anderen Entwicklungsländer dar.

In Tabelle 2 wird für einige Waren das Ausmaß der Diskriminierung aufgezeigt, da bei all diesen Waren für die AASM die Zollfreiheit gilt.

Tabelle 2:
Einige ausgewählte EWG-Außenzolltarife [20])

Warengruppe	*Wertzölle in %*
Ananas	*9,0*
Kaffeebohnen	*7,0*
Kakaobohnen	*4,0*
Kakaobutter	*21,0*
Kakaopulver	*22,6*
Schokolade	*30,0*
Tee (in Packungen zu 3 kg)	*10,8*
Pfeffer	*17,0*
Rohtabak	*26,0*
bearbeiteter Tabak	*34,5 — 154,8*
Baumwollgarne	*6,4 — 16,0*
Baumwollgewebe	*13,3 — 16,3*

Diese Handelspolitik verstärkt vor allem den Konkurrenzdruck auf die nichtassoziierten Entwicklungsländer. Um trotz dieser ungünstigen Situation ihre Positionen auf den Märkten der EWG nicht zu verlieren, müssen sie ihre Erzeugnisse soweit verbilligen, daß sie trotz der Zölle mit den gleichen oder konkurrierenden Waren der AASM preislich vergleichbar sind. Das können sie aber nur, wenn sie Arbeitsproduktivität und/oder -intensität heben und/oder die Lohnkosten senken.

---

16) Handbuch, op. cit., I A 59/S. 18, 109. Lieferung, August 1971.
17) Vgl. ebd., I A 59/2/S. 11 ff., 53. Lieferung, Juli 1964; und I A 59/3/S. 25 ff., 114. Lieferung, September 1972.
18) Ebd., I A 59/3/S. 25.
Fußnote 19 entfällt.
20) Quelle: Memorandum, op. cit., S. 317; Walter, op. cit., S. 732.
Fußnote 21 entfällt.

Aus der Tabelle wird aber noch ein weiteres Moment ersichtlich, das die ökonomische Position der Entwicklungsländer schwächt: die Steigerung der Wertzölle mit zunehmendem Verarbeitungsgrad.

Obwohl diese Tendenz in der obenstehenden Tabelle nur in sehr beschränkter Form wiedergegeben ist, da sie die nichttarifären Handelsbarrieren nicht miteinbezieht und diese, wie H.-U. Walter auf der Grundlage entsprechender UNCTAD-Dokumente berechnet hat, vor allem im Bereich der industriellen Fertigwaren eine sehr bedeutsame Rolle spielen [22]), wird das Problem an den unterschiedlichen Zollsätzen für Kakao im Rohzustand und in den verschiedenen Verarbeitungsstufen deutlich.

Der Effekt dieser Politik auf die Industrialisierung der Entwicklungsländer ist in einem doppelten Sinn ein fataler. Die Bemühungen, durch die Schaffung einer leichtindustriellen Basis über den Außenwirtschaftsbeitrag die Akkumulationsmittel in relativ kurzer Zeit zu vergrößern, wird damit beschnitten, da durch die höheren Zollsätze für verarbeitete Produkte der Effekt der höheren Weltmarktpreise minimiert wird.

Zum anderen ist, wie bereits festgestellt, unter den gegebenen Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die effektivste und rationellste Ausnutzung industrieller Investitionen die Errichtung relativ großer Industriekomplexe notwendig [23]). Damit stellt sich aber die Frage der wertmäßigen Realisierung dieser Waren in zunehmender Schärfe, da der Markt in vielen Entwicklungsländern aus unterschiedlichsten Gründen dafür zu klein ist. Auch der Handel zwischen den Entwicklungsländern ist im Augenblick quantitativ noch so gering, daß er für die Lösung des Problems nicht in Frage kommt.

Es böte sich also an, diese Waren nach Westeuropa und Nordamerika zu exportieren, was als zusätzlichen Effekt die Austauschrelationen für die Entwicklungsländer verbessern würde.

Eine solche Zollpolitik macht dies aber unmöglich. Damit wirkt sie also direkt auf die Industrialisierung der Länder der „Dritten Welt" ein, weil sie Hemmnisse bezüglich optimaler Losgrößen bewirkt.

Zusätzlich muß festgestellt werden, daß diese Handelspolitik den allgemeinen Prinzipien der UNCTAD widerspricht. In ihrer Resolution 21 (II) hat sie eindeutig empfohlen, daß die hochindustrialisierten Staaten zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der jungen Nationalstaaten diesen allgemeine Handelspräferenzen zu gewähren hätten. Dies schließt die Sonderbehandlung einzelner Staaten oder Staatengruppen eindeutig aus.

Zum anderen wurde von der UNCTAD gefordert, daß diese Präferenzen auf der Basis der Nichtreziprozität zu gewähren seien. Auch dieses Prinzip wird durch die Assoziierungsabkommen verletzt, da auch die AASM der EWG Zollpräferenzen gewährten.

In diesem Zusammenhang ist es auch falsch, wie Walter Hallstein zu behaupten, daß „die Gegenpräferenzen der afrikanischen Staaten ... mehr symbolischer Art (sind)" [24]). Denn dieses Zollpräferenzsystem kommt vornehmlich den privaten Kapitalexporteuren in den EWG-Ländern selbst zugute. Sie können ihre wenig

22) Walter, op. cit., S. 734.
23) So liegen z. B. bei Hochofenanlagen mit einem Gestelldurchschnitt von 5 Metern die Investitionskosten pro Tonne bei 139 DM und der Kapitalaufwand pro Tonne Roheisen bei 16,72 DM. Bei einem Gestelldurchschnitt von 9,5 Metern lauten die entsprechenden Zahlen nur noch 99 bzw. 11,92 DM. Die jährliche geschätzte Leistung liegt im ersten Fall jedoch nur bei 215 000 t und im zweiten bei 805 000 t. Ähnliche Zusammenhänge ließen sich auch aus anderen Industriezweigen anführen (Quelle: A. Michel, Wandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie, in: „Stahl und Eisen", Düsseldorf Nr. 1/1963, S. 13).
24) Walter Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf/Wien 1969, S. 202.

dynamischen und lohnintensiven Produktionen in die „Niedriglohnländer" verlagern. Von dort können diese Erzeugnisse wieder auf den EWG-Markt exportiert werden, ohne daß irgendwelche Zollbelastungen auftreten.

Diese Politik hat einen doppelten Effekt: Die niedrigen Löhne im Bereich der AASM wirken sich positiv auf die Entwicklung der Profitraten aus, und zum anderen nimmt durch die Verlagerung der Industrien der Druck auf die Arbeiterklasse in Westeuropa zu, da dadurch die industrielle Reservearmee vergrößert wird.

Die diskriminierende Politik der EWG gegenüber den Entwicklungsländern, die nicht der AASM angehören, hat selbstverständlich zu Gegenreaktionen geführt. Auf den immer massiveren Druck internationaler und regionaler Organisationen sowie einzelner Staaten mußte die EWG bereits eine Reihe von Zugeständnissen an die jungen Nationalstaaten machen — ein Phänomen, das auch die Kommission der europäischen Gemeinschaften zugibt, wenn sie lapidar bemerkt, daß sich „die politische und konstitutionelle Lage fast aller Entwicklungsländer ... grundlegend geändert (hat)" und daher „Probleme in den gegenseitigen Beziehungen aufgetreten sind, zu denen es ohne diese Entwicklung nicht gekommen wäre" [25]). Diese Zugeständnisse waren insbesondere Zollsenkungen gegenüber Drittländern im Bereich der tropischen Erzeugnisse. Zwischen 1958 und 1970 wurden die gemeinsamen Zollsätze für Kaffee von 16 % auf 7 %, für Kakao von 9 % auf 4 %, für Palmöl von 9 % auf 6 % und für tropische Hölzer bereits 1964 von 5 % auf 0 % gesenkt [26]).

Es stellt sich nun die Frage nach der Struktur des Handels zwischen der EWG und den AASM.

Im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1969 wurden über 50 % der Ausfuhr der AASM nach der EWG aus Kupfer, Rohholz, Kaffee und Kakao bestritten. Insgesamt fällt auf, daß mindestens 83,5 %, d. h. über 4/5, des Gesamtexports der AASM in die EWG in die Gruppen der pflanzlichen und mineralischen Rohstoffe fielen [27]).

Weiter ist festzustellen, daß auch die Zuwachsraten in diesen beiden Gruppen (auch dort, wo den AASM keine Präferenzen gewährt wurden) am höchsten waren. So erhöhten sich die Anteile an den Gesamtimporten der EWG außerhalb der Gemeinschaft bei Rohholz im Zeitraum 1959—1969 von 13 % auf 20,4 %, bei Kakao (Vorzugsbehandlung) von 30,3 % auf 55,8 %, bei Kalziumphosphat von 1,4 % auf 18,5 % und bei Eisenerz von 2,6 % im Jahr 1963 auf 7,6 % im Jahr 1969 [28]).

Insgesamt hatte der Export der AASM in die EWG zwischen 1958 und 1969 eine jährliche Zuwachsrate von 6,0 %. Damit blieb sie unter der Zuwachsrate des Exports aller Entwicklungsländer in die EWG, die 7,1 % beträgt. Doch daraus abzuleiten, daß die Assoziierung nicht negativ auf Drittländer wirkt, ist insofern falsch, als nicht berücksichtigt wird, daß der wachsende Bedarf an Erdöl nicht innerhalb der AASM gedeckt werden kann. Zieht man also die Erdölimporte der EWG ab, dann lag die Zuwachsrate der AASM um 0,9 % höher als die aller jungen Nationalstaaten.

Weiter zeigte sich bei den Exporten der AASM in die EWG eine wachsende geografische Diversifizierung. Insbesondere die BRD und Italien hatten mit 11,3 % bzw. 13,4 % sehr hohe Zuwachsraten zu verzeichnen [29]).

25) Memorandum, op. cit., S. 122.
26) Ebd., S. 317.
27) Kommission der europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Europäische Entwicklungshilfe, o. O., o. J., S. 26.
28) Memorandum, op. cit., S. 130 f.
29) Ebd., S. 128 f.

Das gleiche Bild zeigt sich bei den Importen der AASM aus der EWG. Die jährliche Zuwachsrate lag mit 5,6 % um 1,1 % höher als die Zuwachsrate des EWG-Exports in die anderen Entwicklungsländer. Innerhalb der EWG waren es wiederum die BRD und Italien, die mit 11,1 % bzw. 13,4 % die höchsten Zuwachsraten aufzuweisen hatten [30]).

Dies zeigt, daß durch die Assoziierung der koloniale Bilateralismus in den Außenwirtschaftsbeziehungen dieser Länder durch einen neokolonialen Multilateralismus ersetzt wurde. Um die Bedeutung dieses Handelsverkehrs aber richtig einschätzen zu können, muß darauf hingewiesen werden, daß, während die EWG ein bedeutender Markt für die AASM ist, Umgekehrtes nicht behauptet werden kann: Während die AASM 1970 fast 70 % ihres Exports in die EWG lieferten, betrug ihr Anteil am Gesamtaußenhandelsvolumen der EWG nur 1,85 %. Damit befinden sich die assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar in einer einseitigen Abhängigkeit von der EWG, die von dieser auch ökonomisch und politisch ausgenutzt wird.

Die gezielt angewandte Präferenzpolitik führt in den AASM zu einer Überproduktion bei einzelnen Waren. Dies kann von den westeuropäischen Monopolen zu Preismanipulationen ausgenutzt werden, da für die AASM die Notwendigkeit des Verkaufs wesentlich wichtiger ist als die Notwendigkeit des Ankaufs durch Unternehmen der EWG, weil diese auf andere Märkte ausweichen können und bestimmte Produkte auch substituierbar sind. Da der Marktpreis aber u. a. auch durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, ist so die Möglichkeit zu Manipulationen gegeben.

Dies führt insgesamt zu einer Verschlechterung der Terms of Trade und damit zu geringeren Außenhandelserlösen, was sich natürlich direkt auf die Akkumulationskraft dieser Staaten auswirkt.

Diese Tatsache zeigt sich u. a. am Sinken des wertmäßigen Anteils trotz steigenden Volumens der AASM am Weltexport von 0,97 % (1964) auf 0,78 % (1970) [31]). Außerdem zeigte sich auch, daß sich die Terms of Trade der assoziierten Staaten im Handel mit der EWG rascher verschlechterten als im Handel mit der übrigen Welt [32]). Welchen Umfang diese Verluste ausmachen, hat der sowjetische Ökonom Gnewusew berechnet. Er kam zu dem Ergebnis, daß die AASM durch den nichtäquivalenten Austausch zwischen 1958 und 1969 ca. 1659 Mio US-Dollar im Handel mit der EWG verloren haben. Diese Summe entspricht fast dem Gesamtexport dieser Staaten nach der EWG im Jahre 1969 [33]).

Zusammenfassend läßt sich also über die Handelspolitik feststellen, daß sie den EWG-Ländern eine geschützte Rohstoffbasis schafft und einen tendenziell aufnahmefähigen Markt für den Außenhandel. Für die assoziierten Staaten sieht die Bilanz trotz der kurzfristigen Vorteile negativ aus.

Wie Tabelle 3 zeigt, wurde eine der zentralen ökonomischen Deformationen aus der Kolonialära nicht beseitigt. Im Gegenteil: Die monokulturelle Ausrichtung der einzelnen Volkswirtschaften wird permanent reproduziert und zum Teil sogar noch verstärkt.

Diese Tabelle und die bereits genannten Zahlen über den Umfang des Außenhandels der AASM mit der EWG zeigen, daß es den afrikanischen Ländern nach

30) Ebd., S. 134.
31) „Horizont", Nr. 24/1972, S. 23.
32) Ebd.
33) Ebd.

Tabelle 3:
Die Konzentration der Exporte auf einzelne Güter in ausgewählten assoziierten afrikanischen Staaten
(Anteil der wichtigsten Exportgüter in % des Gesamtexports) [34]

Land	1960	1965	1970	Wichtigste Exportgüter
Dahome	66,1	39	70	Holz, Palmistes, Palmöl
Elfenbeinküste	91	54[a])	77,1	Kaffee, Baumwolle, Holz
Kamerun	—	51	61,1	Kaffee, Baumwolle, Kakao
Madagaskar	26	32	31,5	Kaffee
Mali	—	—	80[b])	Erdnüsse, Baumwolle, Fisch, Vieh
Mauretanien	—	—	90[c])	Eisenerz
Niger	58	48	70[b])	Erdnüsse
Senegal	—	29	54[b])	Erdnüsse
Tschad	62,4	88	85	Baumwolle
VR Kongo	83,9	—	80[b])	Holz
DR Zaire	74[d])	—	62[e])	Metalle, Erz, Kupfer

a) ohne Holz, b) 1968, c) 1969, d) Durchschnitt 1959—1961, e) nur Kupfer.

Erlangung der politischen Unabhängigkeit nicht gelungen ist, die wichtigen Probleme der sachlichen und geografischen Diversifikation ihres Außenhandels zu leisten. Dadurch sind diese Länder auch heute noch extrem den Schwankungen des Weltmarkts unterworfen und an einige wenige Handelspartner gebunden und damit von diesen ökonomisch abhängig und dadurch sowohl politisch als auch ökonomisch beeinflußbar.

Daß sie ihren Außenhandel innerhalb der EWG diversifiziert haben, spielt in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle, da nach außen die EWG als ein relativ geschlossener Block auftritt und die Rivalitäten, die innerhalb der EWG bestehen, daher nur in sehr geringem Umfang von den assoziierten Staaten zu ihren Gunsten ausgenutzt werden können.

Der europäische Entwicklungsfonds

Neben der Handelspolitik stellt der europäische Entwicklungsfonds, den die EWG eingerichtet hat, das zweite zentrale Instrument ihrer Politik gegenüber den assoziierten afrikanischen Staaten dar. Die Grundsätze der dabei angewandten Politik werden von seiten der EWG wie folgt definiert:

„Ziel jeder Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ist die methodische Suche nach einer ausgeglicheneren und der Gegenwart besser angepaßten Verteilung des Wohlstandes in der Welt, also das Bemühen um bessere Lebensbedingungen und freiere Entfaltung des Menschen. Voraussetzung hierfür ist, daß sich die Zusammenarbeit nicht auf die Durchführung von Maßnahmen oder den Einsatz von Mitteln beschränkt, die ausschließlich auf die Entwicklung des Wirtschaftspotentials der Länder der Dritten Welt abzielen. Da der Fortschritt zum Wohle der Menschheit weitgehend durch den Wirtschaftsaufschwung herbeigeführt wird, der die erforderlichen Mittel im Sozialbereich, beim Gesundheitswesen und im Kulturbereich zur Verfügung stellen muß, so liegt

34) Quellen: Helmut Sieber, Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten, Tübingen/Zürich 1968, S. 57; Gebhard Bauer, Die Wirtschaft Afrikas, Frankfurt/M 1963; Länder der Erde — Politisch-ökonomisches Handbuch, 5. Aufl., Berlin (DDR) 1972; Harms Statistik, Die Welt in Zahlen 1971/72, Frankfurt/M/Berlin/Hamburg/Essen 1971/72; Konstantin Ascher, Die agrare Exportproduktion der Entwicklungsländer des subsaharischen Afrikas und ihre Bedeutung für den Außenhandel dieser Staaten, in: „Deutsche Außenpolitik", H. 1/1969, S. 28—42.

es auf der Hand, daß keine Wirtschaftsentwicklung von Dauer sein kann, wenn nicht gleichzeitig Ausbildungs- und Gesundheitszustand der Menschen, denen der Wirtschaftsfortschritt zugute kommen soll, verbessert werden" [35]).

Präzisiert wurde diese Aufgabenstellung im Assoziierungsabkommen Jaunde II, wo festgehalten wurde, daß die finanzielle und technische Zusammenarbeit in erster Linie dem „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt" dienen soll, damit die AASM „ihr wirtschaftliches Gleichgewicht und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit" erreichen sowie die regionale „afrikanische Zusammenarbeit" ausbauen [36]). Insgesamt gab es bisher zwei europäische Entwicklungsfonds. Der erste wurde in dem internen Abkommen vom 20. Juli 1963 im Rahmen von Jaunde I beschlossen. Er hatte einen Umfang von 730 Mio Dollar, wovon die Hauptanteile von der BRD und Frankreich aufgebracht wurden, nämlich jeweils 246,5 Mio Dollar. Der zweite Entwicklungsfonds vom 29. Juli 1969 umfaßte 900 Mio Dollar, wovon jeweils 298,5 Mio Dollar von Frankreich und der BRD aufgebracht wurden [37]).

Die Verteilung dieser Mittel wird prinzipiell in Brüssel vorgenommen [38]). Die assoziierten Staaten reichen zwar die Projekte ein, die sie über den EEF finanziert haben wollen, aber die EWG-Kommission prüft, verändert, stimmt zu oder lehnt ab. D. h., daß die AASM auf die Auswahl und Verteilung der Mittel keinen Einfluß haben. Dies führte unter anderem dazu, daß im Rahmen des ersten EEF 32 % der Anträge der afrikanischen Staaten zur Finanzierung von Projekten abgelehnt wurden [39]).

Aus Tabelle 4 ist die Aufteilung der beiden Entwicklungsfonds nach Sektoren zu entnehmen.

Tabelle 4:
Verwendung der EWG-Entwicklungsfonds (in %) [40])

Sektor	*1. EEF*	*2. EEF*
Landwirtschaft	*24,8*	*44,2*
Infrastruktur	*44,0*	*36,2*
Unterrichtswesen	*19,9*	*10,0*
Gesundheitswesen	*8,8*	*4,1*
Energie	—	*2,6*
Verschiedenes	*2,5*	*2,9*

Auf den ersten Blick scheint diese Tabelle den Realitätsgehalt des zitierten Anspruchs der EWG an ihre Entwicklungspolitik zu bestätigen, obwohl zumindestens auffallend ist, daß keine Investitionsmittel für Zwecke der Industrialisierung bereitgestellt wurden.

Der Hauptteil der Mittel ging in beiden Plänen in die Landwirtschaft und die Infrastruktur, wobei sich bei letzterer eine leicht rückläufige Tendenz ergibt. Welches sind nun die Gründe für den gezielten Einsatz der Mittel in diesen beiden Bereichen?

Die Modernisierung der Landwirtschaft, für die in den beiden Plänen zusammen 456,7 Mio Dollar zur Verfügung gestellt wurden, wird von der EWG vornehmlich

35) Memorandum, op. cit., S. 30.
36) Ebd., S. 141.
37) Ebd., S. 295 f.
38) Reginald H. Green and Ann Seidmann, Unity or Poverty? Harmondsworth 1968, S. 165.
39) „Horizont", H. 45/1972, S. 23.
40) Europäische Entwicklungshilfe, op. cit., S. 39. Dabei ist aber noch zu beachten, daß nach den Angaben der Kommission selbst der EEF-Dollar im Jahre 1969 nur noch 76 % der Kaufkraft des EEF-Dollars von 1960

aus zwei Gesichtspunkten betrieben: Erstens soll die landwirtschaftliche Produktivität erhöht werden, damit die Preise bestimmter Agrargüter auf Weltmarktniveau sinken und so die EWG keine weiteren Zuschüsse bezahlen muß. Zweitens soll dadurch gleichzeitig das Angebot erhöht werden, um sowohl den wachsenden Bedarf der EWG-Länder voll zu befriedigen wie auch die Möglichkeit zu weiteren Preismanipulationen zu geben.

Auch der Ausbau der Infrastruktur, wozu selbstverständlich auch Erziehungs- und Gesundheitswesen gehören, da sie ja Institutionen zur Vorbereitung der Arbeitskraft auf die Anforderungen der Produktion sind und insgesamt die Produktivkraft des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters erhöhen, entspringt prinzipiell dem Kapitalverwertungsinteresse der Unternehmen in der EWG und erst aus sekundären Gründen humanitären und gesellschaftspolitischen Interessen, obwohl auch diese nicht für sich allein gesehen werden dürfen, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Systemkonkurrenz.

Diese Investitionen will und kann aber das private Kapital nicht übernehmen, da die Profiterwartung gering ist und die Kapitalumschlagszeit sehr lang. Daher wird Druck auf den Staatsapparat ausgeübt, damit dieser dieses wesentliche Präinvestment vornimmt.

Im Zuge der Herausbildung dieser Infrastruktur ergeben sich für die Staaten der EWG noch zusätzliche Momente, um ihre Stellung in der AASM zu festigen. Vornehmlich handelt es sich hierbei um die technische Hilfe, die die afrikanischen Staaten an die Standards der EWG bindet, und um die Schulentwicklung. Dabei ergeben sich große Möglichkeiten der politischen Beeinflussung, vor allem durch die Entwicklung eines Feindbildes, das die sozialistischen Staaten zum Inhalt hat, und durch die Demonstration der Lebensfähigkeit und der im Augenblick noch existenten sektoralen Überlegenheit des kapitalistischen Systems gegenüber dem sozialistischen, die dann als prinzipielle ausgegeben wird.

Die zunehmende Stärke der nationalen Befreiungsbewegung auch auf dem afrikanischen Kontinent hat in der Zwischenzeit zu einer neuen Variante der Entwicklungspolitik der EWG geführt.

Im Abkommen Jaunde II wurde in Artikel 26 (2) ausdrücklich die stärkere Heranziehung des einheimischen Kapitals der afrikanischen Länder befürwortet. Dies hat für die Monopole der EWG gleich mehrere Vorteile: Gemischte Unternehmen können die nationale Beteiligung als Aushängeschild gegen etwaige Angriffe benutzen, die Aufwendung für das eigene Kapital sinkt, ihr Risiko insgesamt verringert sich, und letztlich stärken sie dadurch das nationale Kapital in den Entwicklungsländern und damit auch ihre eigene Basis.

Zusammenfassend läßt sich vom europäischen Entwicklungsfonds nicht sagen, daß er ein gutes oder überhaupt nur ein Beispiel konstruktiver Entwicklungspolitik der westlichen Industrienationen sei.

Kurz- und auch längerfristig führt er zu erstrebenswerten sozialen Verbesserungen für die Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder, wenn man z. B. das Schul- und das Gesundheitswesen betrachtet. Aber dient er auch den langfristigen Interessen dieser Länder, die in Erlangung der ökonomischen Selbständigkeit und einem raschen Abbau des „Entwicklungsgefälles" zu den europäischen Ländern und den USA bestehen?

Diese Frage muß mit einem klaren Nein beantwortet werden. Wie gezeigt wurde, verstärkt er die monokulturelle Entwicklung und vergrößert damit die struktu-

rellen Disproportionen in den nationalen Wirtschaften. Das aber bedeutet, daß einer nationalen Industrialisierungspolitik immer neue Schwierigkeiten erwachsen und daß die einseitige Abhängigkeit von den EWG-Ländern noch verstärkt wird.

Außerdem verstärkt die EWG-Politik in den afrikanischen Ländern die Tendenz zum politischen Konservativismus und auch zur Reaktion, da die EWG, wie an Jaunde II gezeigt wurde, die ökonomische Basis der heimischen Kapitalisten zu erweitern hilft und ihnen gleichzeitig propagandistische und ideologische Schützenhilfe gibt. Damit wird aber genau *die* Kraft in den afrikanischen Staaten gestärkt, die nur wenig oder gar kein Interesse hat, sich aus der einseitigen Abhängigkeit von den westlichen Industriestaaten zu lösen, da sie im Gegensatz zu den Massen der Arbeiter und Bauern aus dieser Verbindung Kapital schlagen kann.

Es wäre aber falsch anzunehmen, daß diese Politik nur für die afrikanischen Staaten negative Auswirkungen hat. Sie hat solche auch für die Werktätigen in Europa. Einerseits wird dadurch, wie bereits bemerkt, die industrielle Reservearmee vergrößert und damit die Kampfkraft der Arbeiter in Westeuropa geschwächt. Zum anderen wachsen durch die Verlagerung der arbeitsintensiven Produktionen die strukturellen Disproportionalitäten in den europäischen Ländern selbst.

Da diese Industrien in Europa meist in wirtschaftlichen Notstandsgebieten angesiedelt waren (z. B. im sogenannten Zonenrandgebiet), weil hier die Lohnkosten niedriger lagen als in den industriellen Ballungsgebieten und sie für die dortige Bevölkerung oft die einzige Möglichkeit waren, entweder ihre Tätigkeit als Pendler einzustellen oder aber einen zusätzlichen Verdienst zu ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit zu erhalten, sind sie von solchen Maßnahmen besonders stark betroffen.

Somit erweist sich insgesamt, daß die Politik der EWG keineswegs ihrem eigenen Anspruch, eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes in der Welt vorzunehmen, gerecht wird, sondern diese ungleiche Verteilung noch verstärkt, sowohl in der EWG selbst wie in den afrikanischen Ländern und in den Beziehungen zwischen den beiden Staatengruppen.

Pjotr J. Nedbailo
Einführung in die marxistische Rechts- und Staatstheorie

Aus dem Russischen. 150 Seiten, DM 9,80
„Je nach Klassenstandpunkt wird man dieses Buch verschieden einschätzen. Wer sich mit der marxistisch-leninistischen Theorie von Staat und Recht ernsthaft beschäftigt, wird es nicht ignorieren können, wenn er über den Stand und die Entwicklungstendenzen dieser Wissenschaft in der Sowjetunion informiert sein, vor allem weitere Hinweise zur Vertiefung dieses Themas erlangen will. Auch ohne besondere Empfehlung wird dieser knappe Abriß daher bald allen Gesellschaftswissenschaftlern, gleich ob Hochschullehrern, Studenten oder sonstwie an solchen Problemstellungen Interessierten, ein unentbehrliches Arbeitsinstrument sein."

Gerhard Stuby

Pahl-Rugenstein

Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise *)

Von Hartmut Elsenhans und Gerd Junne

Die Bedeutung der Erdölversorgung Europas wird allein an folgenden Zahlen deutlich: Während sich der Energieverbrauch in den sechs Gründungsländern der EWG von 300 Mio t (gerechnet in Steinkohleeinheiten) 1950 auf 1970 844 Mio t gesteigert hat und bis 1980 auf 1400 Mio t steigen soll, stieg der Erdölverbrauch von 1950 35 Mio t (gerechnet in Steinkohleeinheiten) auf 1970 500 Mio t und soll sich bis 1980 nochmals fast verdoppeln: 1950 wurden 12 %, 1970 jedoch schon mehr als 60 % der in den sechs EWG-Ländern verbrauchten Energie aus Erdöl gewonnen. Dieser Anteil des Erdöls dürfte auch bis in die Mitte der 80er Jahre nicht wesentlich abnehmen. Auch wenn es gelänge, die Nuklearenergie so schnell zu entwickeln, daß sie 1985 10 % der europäischen Energieversorgung deckt, so würde dies nach den bisherigen Projektionen gerade den Rückgang des relativen Anteils von Stein- und Braunkohle ausgleichen [1]). Nach den bekannten Projektionen ist nicht damit zu rechnen, daß bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts die westeuropäischen Industrienationen von importiertem Rohöl aus Nahost unabhängig werden könnten, jedenfalls nicht bei dem vor dem Nahostkrieg erreichten Stand der Rohölpreise.

Die in der Presse häufig behauptete Knappheit der Ölreserven erweist sich dabei zumindest für die nächsten beiden Jahrzehnte als politisches, nicht als natürliches Problem: z. Z. betragen die nach den gegenwärtigen Förderungsmethoden beim Stand der Energiepreise vom Oktober 1972 „förderbaren", nämlich rentablen Reserven 87 Mrd t, wobei bedacht werden muß, daß sich die nachgewiesenen Reserven in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt haben. 65 % dieser Reserven liegen in den arabischen Ländern (54 %) und dem Iran (9,6 %) und nur 9,8 % in den kapitalistischen Industrieländern, dort v. a. in den USA [2]). Insbesondere liegen gerade die am leichtesten zu erschließenden Ölfelder in Nahost, wo die Such-, Erschließungs- und Förderkosten nur bei ca. 3—5 % der entsprechenden Kosten pro Faß in den bisher ausgebeuteten amerikanischen Ölfeldern liegen [3]).

Um eine Vorstellung vom Wert dieser Ölfelder zu geben, sei folgende Zahl genannt: Bei einem Preis von 4 Dollar pro Faß, der im Oktober zumindest in den Mittelmeerländern erreicht wurde, stellen die arabischen Ölvorräte pro Kopf der arabischen Gesamtbevölkerung ein Kapital von 14 000 Dollar dar, pro Beschäftigten bei einer Erwerbsquote von 33 % 42 000 Dollar. Vergleicht man diese Zahl mit den Kosten eines industriellen Arbeitsplatzes von ca. 20 000 Dollar (in Algerien) [4]), so zeigt sich, daß das Erdöl der arabischen Länder die Schaffung industrieller Arbeitsplätze für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung erlauben würde.

Bei den genannten Reserven handelt es sich um nachgewiesene Reserven: Nach Expertenschätzungen dürften sich die Reserven an flüssigen Brennstoffen durch

*) Das Manuskript wurde für den Abdruck um einige Passagen gekürzt.

1) „Le Monde", 5. 6. 1973, S. 13. Der Bericht des Europarats rechnet jedoch mit nur 5 % Nuklearenergie 1980, zit. in „Le Monde", 21. 6. 1973, S. 27. Die Entwicklung der Kernkraftwerke war in den 60er Jahren langsamer als ursprünglich vorgesehen, „Petroleum Press Service", Juli 1971, S. 247.

2) BP Benzin und Petroleum AG; Die Weltmineralölwirtschaft 1960—1970, BP, Abt. Information und Volkswirtschaft, Hamburg 1972, S. 19.

3) Dazu Zahlen in „Petroleum Press Service", Mai 1966, S. 178.

4) Berechnet nach République Algérienne Démocratique et Populaire: Plan Quadriennal 70—73. Editions Populaires de l'Armée, Algier 1970, S. 136 und 147.

weitere Forschungstätigkeit noch um 200 % steigern lassen, so daß die Erdölvorräte weit über die Jahrtausendwende, auch unter dem heute angenommenen rapiden Wachstum des Verbrauchs, reichen dürften [5]). Allerdings stößt das vorhandene Angebot an Erdöl auf eine zunehmende Konkurrenz der Nachfrage nach Erdöl auf dem Weltmarkt. Das Land mit der heute noch größten Erdölproduktion, die USA, wird zunehmend gezwungen, Erdöl zu importieren. 1967 hatten die USA 20 % ihres Bedarfs importiert, 1971 aber schon 29 % [6]), die in zunehmendem Maße aus dem Nahen Osten bezogen werden mußten [7]). Nach Voraussagen von Experten würden die Vereinigten Staaten beim gegenwärtigen Preisniveau und unter der Voraussetzung einer liberalen Importpolitik gegen Ende des Jahrzehnts ca. 600 Mio t Erdöl einführen, die vor allem aus den Nahostländern kommen müßten [8]).

Zählt man zu den Rohölimportbedürfnissen der USA und Westeuropas den zu erwartenden japanischen Verbrauch hinzu [10]), dürfte davon ausgegangen werden, daß die kapitalistischen Industrieländer 1980 auf dem Weltmarkt über 2 Mrd t nachfragen, die vor allem von den arabischen Ländern und dem Iran gedeckt werden müssen [11]). Zwar sind diese Länder aufgrund ihrer natürlichen Voraussetzungen dazu in der Lage, die geforderte Menge zu produzieren, fraglich ist jedoch, ob sie dazu bereit sind und wenn, zu welchen Bedingungen.

Zur Struktur des Welterdölmarkts

Um die Frage der Veränderungen des Verhältnisses zwischen den Förderländern und den Abnehmerländern zu analysieren, müssen einige Bemerkungen zur historischen Entwicklung und zu den wirtschaftlichen Besonderheiten des Welterdölmarktes gemacht werden. Erdöl ist ein begrenzt vorkommender Rohstoff, ein Bodenschatz, dessen Wert nicht allein durch die im Produktionsprozeß aufgewendeten Kosten bestimmt ist. Unterschiedlich leicht förderbare Öle führen zu unterschiedlichen Kosten, doch muß der Weltmarktpreis auch die Kosten des am schwierigsten zu fördernden Öls decken. Vorkommen, die aufgrund natürlicher Bedingungen besonders leicht abzubauen sind, werfen aufgrund des einheitlichen Warenpreises auf dem Weltmarkt einen Extraprofit ab, den sich der über den Bodenschatz verfügende Eigentümer als Grundrente durch Steuererhebung zuführen kann, der aber auch vom Unternehmen, das den Bodenschatz ausbeutet, als Extraprofit angeeignet werden kann. Der zentrale Streitpunkt zwischen Förderländern und erdölproduzierenden Unternehmen betrifft also die Verteilung dieses Renteneinkommens bzw. Extraprofits.

Die Bedeutung des Nahostöls

Die Führungsrolle in der Erdölproduktion fiel bis zum Zweiten Weltkrieg den USA zu [12]), obwohl schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts englisches Kapital die persischen Ölquellen entwickelt hatte [13]). Die Konkurrenz der Kompanien um

5) „Petroleum Press Service", Oktober 1972, S. 358.
6) Berechnet nach OPEC: Annual Statistical Bulletin 1972, S. 78—80.
7) „Petroleum Press Service", Dezember 1972, S. 460.
8) Vgl. „Le Monde", 9. 4. 1973, S. 8.
9) Entfällt.
10) Zum Problem der japanischen Erdölversorgung Friedrich Blanz in Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa.
11) Zum erwarteten Verbrauch, Chase Manhattan Bank: Capital Investment of the World Petroleum Industry 1971. Eigenverlag, New York 1972, S. 2 f., und BP Benzin und Petroleum AG: Die Weltmineralölwirtschaft 1960—1970, S. 21. Diese Quelle rechnet mit einer Förderung von 4,5 Mrd t im Jahre 1980.
12) Noch 1938 wurde 60 % der Welterdölproduktion in den USA erzeugt, im Nahen Osten dagegen nur 5,5 %, in den arabischen Ländern nur 2 %. Comité Professionnel du Pétrole: Statistiques Pétrolières 1938, 1959, 1961, 1962. Eigenverlag, Paris, 51 Bd. de Courcelles, 1962.
13) Dazu im Überblick: Hassan Nazari, Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl, Köln 1971.

billige Ölquellen führte zur Erschließung der Nahost-Ölquellen seit den 40er Jahren durch die weltweit tätigen Unternehmen mit der Folge, daß sie über relativ billiges Erdöl verfügten, und zwar neben ihrer teuren Produktion in den USA. Die weltweit tätigen amerikanischen Konzerne sicherten diesem Öl nach 1945 über ihre wirtschaftliche Vormachtstellung [14]) einen Absatzmarkt in Westeuropa.

Diese Entwicklung hatte zwei Folgen: Die Kompanien, die nur in den USA tätig waren, verloren zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewinne der im Nahen Osten tätigen Konzerne erlaubten Extraprofite auch auf dem amerikanischen Markt, die zur Folge haben mußten, daß die nur in den USA tätigen Gesellschaften sich auch Ölquellen in Nahost sicherten, um die Kosten ihres Rohstoffs zu senken [15]). Die andere Folge war, daß gerade jene westeuropäischen Staaten, die den Absatzmarkt des „amerikanischen" Nahostöls darstellten, versuchten, selbst Ölquellen in Nahost zu entwickeln [16]). Das Ergebnis beider Entwicklungen war, daß die mit dem Zusammenbruch der englischen Protektorrolle im Kanalgebiet notwendige Suche nach Erdöl westlich von Suez auf dem afrikanischen Kontinent nicht nur von den weltweit tätigen Unternehmen der sieben „Majors" vorgenommen wurde [17]). Die Handelsbilanzprobleme der USA, ihre strategische Zielsetzung der Unabhängigkeit von politisch ungebundenen Regionen und konjunkturelle Probleme der USA hatten zur Folge, daß die amerikanische Regierung ab 1957 zunehmend mit Maßnahmen zur Reduzierung der Ölimporte reagierte [18]). Die Folge war, daß sich auf dem Weltmarkt eine ab Ende der 50er Jahre bemerkbare Überangebotssituation abzeichnet: Die europäischen Staatsgesellschaften und die amerikanischen Unabhängigen, die ihr Öl aufgrund des US-Importquotensystems außerhalb der USA absetzen mußten, wo sie keine Absatzorganisationen besaßen, drückten die Erdölabgabepreise, so daß es schon Ende der 60er Jahre zur Verminderung der Erdölpreise kam [19]).

Für die Förderländer, deren Einkommen über die Gewinnbeteiligung von der Höhe des Erdölpreises abhing, war die Entwicklung des Weltmarktpreises für Erdöl sicher nur eines der Elemente, die zu einer verstärkten Infragestellung der Position der Erdölunternehmen in den Förderländern führte: Die zunehmende wirtschaftliche und soziale Krise der Entwicklungsländer hat in den Förderländern zu politischen Revolutionen geführt, bei denen die Forderung nach einer höheren Beteiligung an den Extraprofiten der Gesellschaften eine wichtige Rolle spielte; aber auch konservative Regime mußten und müssen heute zunehmend ihre Legitimation dadurch sichern, daß sie höhere Anteile an den erzielbaren Erdölprofiten für sich einbehalten.

Für die großen internationalen Ölgesellschaften, die Majors, mußte die zunehmende politische Infragestellung ihrer Position zur Folge haben, daß die Bemühungen zur Diversifizierung der Versorgungsgrundlage verstärkt wurden, also die Kapitalbedürfnisse stiegen und das Interesse an weiteren Nahostkonzessionen abnahm, während zugleich die Forderung der erdölexportierenden Länder nach einer höheren Beteiligung an den Extraprofiten des billigen Nahostöls den Akkumulationsfonds der Konzerne minderte. Die mit den großen Ölkonzernen konkurrierenden westeuropäischen Staatsgesellschaften boten den Förderlän-

14) Edward H. Shaffer, The Oil Import Program of the United States, New York 1968, S. 13.
15) Ebd., S. 14 f.
16) Zur ENI: Votaw, Dow, The Six-Legged Dog, Mattei and ENI, A Study in Power, „University of California Press", Berkeley and Los Angeles 1964, S. 75 ff. Zur französischen Ölpolitik in den 50er Jahren: H. Elsenhans, Frankreichs Algerienkrieg 1954—1962. Entkolonisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole, München 1974, Kap. III, 2. Teilkapitel.
17) „Pétrole Informations", 20. 3. 1956, S. XIII.
18) Shaffer, S. 20 ff.
19) Jacques Berreby, Fondements historiques et politiques des conflits pétroliers contemporains, in: „Revue française de Science politique", Dezember 1972, S. 1195.

dern neue Vertragsformen an [20]), deren Folge eine langfristige Befreiung aus der Abhängigkeit vom know-how und den Absatzmärkten der Majors, weniger jedoch kurzfristig höhere Gewinne waren [21]), während zugleich auf dem Weltmarkt durch dieses neue Öl Preis-Konkurrenz entstand [22]).

Für Westeuropa war das Jahrzehnt 1960—1970 durch sinkende reale Kosten des Erdöls gekennzeichnet [23]). Die westeuropäischen Volkswirtschaften hatten länger als die USA auf der Grundlage fester Brennstoffe gearbeitet, die mit zunehmenden Lohnkosten gegenüber dem Erdöl teurer wurden. Der Prozeß der Substitution von Kohle durch Heizöl hatte in Europa Mitte der 50er Jahre eingesetzt und war Ende der 50er Jahre so weit fortgeschritten, daß die westeuropäischen Regierungen ernsthaft prüfen mußten, ob sie die heimische Energie, die teuer war, aber Unabhängigkeit von den Förderländern sicherte, schützen sollten, oder ob auf der Grundlage billiger importierter Energie produziert werden sollte [24]). Die unterschiedliche Bedeutung des Kohlenbergbaus in den einzelnen westeuropäischen Ländern hatte gerade die schwächeren Kapitalismen, Frankreich und Italien, bis zu diesem Zeitpunkt schon gezwungen, eigene Ölquellen zu suchen, die sie zumindest damals als politisch sicher ansahen [25]). Die Konkurrenz zwischen den westeuropäischen Volkswirtschaften mußte zur Folge haben, daß die Möglichkeiten zu einer billigen Energieversorgung auch genutzt wurden. Die Folge war, daß die westeuropäische Industrie auf der Grundlage eines im Weltmaßstab niedrigen Energiepreises produzierte und dadurch Konkurrenzvorteile gegenüber den USA erhielt: „In den letzten Jahren ist es in der BRD der chemischen, der eisenschaffenden und der Buntmetallindustrie gelungen, ihre Brennstoffkosten erheblich zu senken und es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade diese Industrien besonders große Exporterfolge zu verzeichnen haben" [26]).

US-Rohstoffsicherungspolitik, Weltenergiepreisniveau und die Interessen der Förderländer

Die zunehmende Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz stellte die amerikanische Regierung zu Beginn der Nixon-Administration vor die Frage, ob die USA die Konkurrenzvorteile für Westeuropa durch die Vergrößerung der

---

20) Vgl. als Beispiel für die weitestgehende Kontrolle des Förderlands über den Konzern den Dienstleistungsvertrag der ERAP (Französische Staatsgesellschaft) mit der NIOC (Iranische Staatsgesellschaft) in „Le Monde", 2. 11. 1967, S. 12; Dieser Vertrag sieht vor, daß ERAP ein Industrialisierungsprogramm durchführt bzw. der Iran für sein Öl Industrieprodukte bekommt, während ERAP unter der Gesamtleitung der NIOC bis zur Fündigkeit auf eigene Kosten nach Erdöl sucht. Zu den Abkommen der ENI vgl. „Petroleum Press Service", April 1970, S. 131, und Votaw, S. 76 ff.

21) Dazu ebd. und Charles R. Dechert, Ente Nazionale Idrocarburi, Profile of a State Corporation, Leiden 1963.

22) Die Konzerne hatten dabei durch die Entscheidung, ihre Ölquellen zu diversifizieren, dieses Eindringen der „Neuankömmlinge" erleichtert, da sie ja selbst alternative Öle außerhalb des Nahen Ostens zu erschließen suchten. Die Neuankömmlinge waren objektiv Zu-spät-Kommende, die Tendenz zur Rückverlagerung von Teilen der Rohstoffproduktion in die Metropolen war die neue Strategie. Allerdings wurde finanzielle Absicherung dieser neuen Strategie durch die Präsenz der Neuankömmlinge erschwert. Vgl. auch Manfred Horn, Die Bedeutung der amerikanischen Ölkonzerne für den Handlungsspielraum deutscher Ölgesellschaften auf dem westdeutschen Energiemarkt unter besonderer Berücksichtigung der 60er Jahre. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin 1973, S. 46 ff.

23) Referenzpreise für schweres iranisches Rohöl ab Abadan:

	1954	1957	1960	1960	1971
		Mai	August	September	Februar
Dollar pro Faß	1,86	1,99	1,69	1,73	2,11

1960 bis 1968 stiegen die westeuropäischen Ölimporte um 165 % nach der Menge, um 140 % nach dem Preis. „Petroleum Press Service", Februar 1970, S. 42.

24) Vgl. den Robinsonbericht von 1960, zit. in „Petroleum Press Service", Februar 1970, S. 42.

25) Dazu H. Elsenhans, Frankreichs Algerienkrieg 1954—1962, Kap. III, 2. Teilkapitel, Ziff. 6, und den Beitrag von Nicoline Kokxhorn in H. Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa. Die ENI hatte als erste die Front der Majors durchbrochen und galt in den Förderländern als so progressiv, daß ihre Präsenz als Bündnispartner des arabischen Nationalismus nicht gefährdet schien, während Frankreich in der algerischen Sahara Öl gefunden hatte, das zunächst über die Aufrechterhaltung des Kolonialsystems, dann durch die proarabische Mittelmeerpolitik de Gaulles als abgesichert gelten konnte. Vgl. Votaw, S. 82 ff., und Paul Balta und Cl. Rulleau, La politique arabe de la France, Paris 1973, S. 63 ff. Vendroux in „Le Monde", 18./19. 11. 1973, S. 6, bestätigt die langfristige Planung der proarabischen Politik seit 1959.

26) „Petroleum Press Service", Februar 1970, S. 43.

Importe aus Nahost aufholen sollten bzw. welche Wege gefunden werden konnten, die Energieversorgung ohne Importe aus Nahost zu einem Preisniveau sicherzustellen, das mit dem Westeuropas vergleichbar sein würde. Ein von Nixon eingesetzter Ausschuß kam Anfang 1970 zu dem Ergebnis, den Feldpreis in den USA durch die Beschränkung der Förderung auf die produktivsten Felder um 30 cts auf 3,00 Dollar je Faß zu drücken und verstärkt Erdöl zu importieren, was trotz gewisser Kontrollen gegen Nahostöl insgesamt die Abhängigkeit von den arabischen Ländern verstärkt hätte [27]). Die Vorschläge dieses Berichts wurden unter dem Druck der mit den Ölkonzernen verflochtenen New Yorker Großbanken und des Office of Emergency Preparedness mit der Begründung verworfen, daß auf diese Weise die auswärtige Politik der USA von politischen Bedingungen der Förderländer abhängig geworden wäre [28]). Konnten die USA nicht im eigenen Land billige Energie fördern, so war ein Ausgleich der westeuropäischen und der japanischen Konkurrenzvorteile möglich, wenn für die Westeuropäer und die Japaner der Preis der Energie erhöht wurde, wenn das Nahostöl verteuert wurde [29]).

Die Förderländer selbst streben natürlicherweise eine Erhöhung des Preises für Erdöl an. Seit Beginn der 70er Jahre sind die meisten Förderländer in der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) zusammengefaßt, die über ein Quotensystem das Angebot auf dem Weltmarkt zu regeln versuchte, v. a. aber die Stabilität der Preise und eine Steigerung des Anteils der Regierungen an der Grundrente durchzusetzen suchte [30]). Trotz gewisser Erfolge bei der Erhöhung der Regierungsanteile zeigt die Stabilität der nominalen Ölpreise in Dollar, daß die Organisation bis 1970 nicht allzu effizient war, auch wenn die 1960—1970 durchgeführten Maßnahmen die Grundlage ihres späteren Erfolgs abgaben [31]). Das Problem der Förderländer ist, folgende Ziele zu verbinden:

— einen hohen Preis für ihr Öl zu erzielen, um über eine große Devisenmenge für den Akkumulationsprozeß im eigenen Land zu verfügen;

— dafür zu sorgen, daß die Devisen für die Investitionen im Land verwandt werden;

— zu sichern, daß die Ölvorräte so abgebaut werden, daß sie einen möglichst langen Zeitraum reichen, um einen langfristigen Entwicklungsprozeß finanzieren zu können [32]).

Aufgrund der technischen Bedingungen der Ölproduktion (wenn die Lager produzieren, sind nur noch geringe Investitionen nötig) und der Diversifizierungsstrategien der Konzerne führt die Erhöhung der Gewinne der Konzerne über diesen Transfer von Kapital in neue Suchgebiete nur zu Kapitalexport. Die Mittel dagegen sind die Besteuerung, d. h. die Übertragung von Kapital auf den nationalen Staatsapparat und die Verpflichtung, einen bestimmten Anteil des Gewinns im Lande anzulegen, bzw. die Förderung von der Durchführung bestimmter Investitionsprogramme abhängig zu machen. Für die Einzelkapitale der Unternehmen verteuern solche Maßnahmen jedoch die Produktion: Sie versuchen verstärkt, ihre Ölquellen zu diversifizieren und die Produktionskosten im Lande zu

27) Ebd. und Januar 1970, S. 2.
28) „Petroleum Press Service", April 1970, S. 124, und September 1970, S. 344.
29) „Le Monde", 21. 3. 1973, S. 30, schätzte die für die USA notwendige Steigerung des Weltmarktpreises für Erdöl auf 50 %.
30) 1960 wurde der Anteil der Förderländer durch die Streichung der Vertriebsgebühr um 2 cts., 1964 bei der Umwandlung der Förderzinsen aus Steuerzahlungen in Betriebskosten um 11 cts. und 1968 beim Verzicht auf die 1964 von den Förderländern außer dem Irak akzeptierten Rabatte bei der Gewinnberechnung um 5 cts angehoben. „Petroleum Press Service", November 1970, S. 398.
31) Allgemein zur Entwicklung der OPEC der Beitrag von M. Olschewski in H. Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa. Dort auch weitere Literatur.
32) Dazu H. Elsenhans, Algeriens Weg der Überwindung von Unterentwicklung (Papier für den Kongreß der DVPW in Hamburg, Oktober 1973, erscheint in: „Die Dritte Welt", Sonderheft 1, 1974).

senken. Die erste Tendenz steht im Gegensatz zum Wiederanlegegebot im Förderland selbst, die zweite führt zum Raubbau an den Lagern, indem nur relativ billige Verfahren verwendet werden, auf den Einsatz von Techniken für eine langfristige Konservierung verzichtet wird [33]). Das Förderland muß also, um die drei genannten Ziele zu verwirklicnen, die Produktion in eigener Regie übernehmen.

Nicht nur von der Seite der Produktion, sondern auch von der Seite des Absatzes her ist das Förderland gezwungen, die Ölwirtschaft zu verstaatlichen. Erdöl ist in den Nahostländern eine billige Energie, an deren hohem *internationalen* Wert die Förderländer interessiert sind, deren *nationaler* Wert jedoch niedrig bleiben muß, um über die niedrigen Energiepreise einen Prozeß der Industrialisierung in Gang zu setzen [34]). Zudem ist Erdöl als Rohstoff für die Petrochemie Ausgangsprodukt einer Reihe von Gütern wie z. B. Kunstdünger, die zur Modernisierung der Landwirtschaft im Lande selbst hergestellt werden müssen [35]). Nur die Verstaatlichung der Produktion erlaubt eine solche Trennung von nationalem und internationalem Wert, da die in Europa während der Industrialisierung benutzte Strategie, nämlich ein Ausfuhrzoll nach dem Beispiel des britischen Kohleausfuhrzolls [36]), politisch heute noch weniger durchsetzbar ist.

Ursachen für die Radikalisierung und die Erfolge Anfang der 70er Jahre waren zunächst, daß durch die libysche Revolution der wichtigste Produzent westlich von Suez auf die algerische Ölpolitik einschwenkte, der es gelungen war, die Produktion in eigener Regie durchzuführen [37]), und die Produktion begrenzte. Beide Länder schlossen mit dem Irak eine Koalition aller ins Mittelmeer liefernden Förderländer. Die Beschädigung der TAP-Linie [38]) und Syriens Verbot ihrer Ausbesserung trieb dann die Frachtraten wegen des nun längeren Transports aus Saudi-Arabien und der geringeren Menge von nordafrikanischem Öl soweit in die Höhe, daß die Mittelmeerländer ihre Forderungen durchsetzen konnten [39]), während die in Europa für Öl gezahlten Preise den Beweis dafür lieferten, daß die Grundrente unter normalen Frachtbedingungen durchaus erhöht werden konnte. Zum anderen zeigte die libysche Revolution, daß sich die soziale Krise in den arabischen Ländern verschärfte und daß über die „Unlösbarkeit" des israelisch-arabischen Konflikts die prowestlichen Regime in Gefahr gerieten. Wenn sie aber die Sicherheit der westlichen Ölimporte weiterhin garantieren sollten, lag es im vitalen Interesse der westlichen Industrienationen, daß ihnen nicht vorgeworfen werden konnte, daß sie nicht ihr Öl verteidigten. Feisal von Arabien und der Schah von Iran mußten also die Konzerne unter Druck setzen, damit diese ihnen die gleichen Vorteile auf dem Gebiet der Preise [40]), dann der Verstaatlichung konzedierten [41]), wobei sowohl die Erhöhung der Preise im Interesse der USA und der Konzerne [42]) lag wie unter bestimmten Voraussetzungen

33) Dazu „Le Monde", 14./15. 4. 1967 über den Fall der französisch-algerischen Auseinandersetzung, sowie „Maghreb", Mai—Juni 1971, S. 40. Zum libyschen Fall „Petroleum Press Service", Dezember 1970, S. 469.
34) Dazu „Maghreb", Mai—Juni 1971, S. 34, und „Actualités et Documents", 5. 6. 1968, S. 6. Zu den möglichen Preissenkungen: République Algérienne Démocratique et Populaire, Ministère de l'Information et de la Culture: L'Algérie en chiffres 1962—1972, Algier 1972, S. 61.
35) Petrochemische Werke werden inzwischen in Algerien, Kuweit und Syrien aufgebaut und sind im Aufbau im Irak und Saudi-Arabien. Vgl. als Beispiel „Petroleum Press Service", Oktober 1967, S. 387, und März 1970, S. 107.
36) Vgl. Paul Mantoux, La révolution industrielle au XVIIIe siècle. Essai sur le commencement de la grande industrie moderne en Angleterre, Paris 1906, S. 285.
37) Den Respekt, den SONATRACH inzwischen genießt, zeigt „Petroleum Press Service", Februar 1972, S. 52.
38) „Transarabian Pipeline" von den Golffeldern Saudi-Arabiens zur libanesischen Küste. Kapazität 30 Mio t pro Jahr. Inzwischen wurde eine auf 60 Mio t pro Jahr projektierte Leitung durch Israel gelegt. Israel verdient also am Transport des Nahostöls. „Petroleum Press Service", April 1970, S. 126.
39) Taki Rifai, La crise pétrolière (1970/71), in: „Revue française de Science politique", Dezember 1969, S. 1210.
40) Ebd., S. 1232.
41) „Petroleum Press Service", Februar 1973, S. 44.
42) Adelmann in „The Wall Street Journal", 9. 2. 1973, S. 6.

die Verstaatlichung, dann nämlich, wenn durch Entschädigung oder durch Übernahme von Investitionen durch die Förderländer Kapital für die Suche neuer Quellen außerhalb des Nahen Ostens zur Verfügung stand [43]). So muß z. B. erwähnt werden, daß BP Besitz im Nahen Osten verkaufte, um Kapital für die Suche im Nordmeer zu gewinnen [44]).

Die Entwicklung alternativer Ölquellen

Die Erhöhung des Preises für Erdöl hat zwei Auswirkungen, die im folgenden diskutiert werden müssen: Durch die Veränderung des Preisniveaus werden alternative Ölvorkommen rentabel, während zum anderen die höheren Preise in Nahost langfristig mit Waren bezahlt werden müssen. Da die Preise nicht Folge erhöhter Arbeitskosten sind und damit nicht zu erhöhten Bedürfnissen der Massen und einer dadurch höheren Importneigung führen, müssen andere Möglichkeiten des Devisenabflusses aus den Nahostländern gefunden werden, wenn weiter Öl gefördert werden soll.

Die Bedeutung eines höheren Ölpreises für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der amerikanischen Energieversorgung wurde schon erwähnt. Allerdings geht es heute nicht mehr nur um die Sicherung der Rentabilität der amerikanischen kontinentalen Erdölfelder, insbesondere der marginalen Produzenten, sondern um die rentable Verwertung technisch schwer zu bergender oder zu verarbeitender Kohlenwasserstoffe, die eine permanente Unabhängigkeit der USA vom Nahostöl gewährleisten sollen. Im wesentlichen handelt es sich um folgende Technologien zur Vergrößerung der Reserven:

1) Kostspieligere Verfahren zur Erhöhung des Anteils geförderten Rohöls an den Reserven, also zur Erhöhung des Entölungsgrades der Felder.

2) Kostspieligere Verfahren zur Suche nach Reserven in größeren Tiefen als bisher üblich.

3) Ausdehnung der Suche auf dem Meer, insbesondere in großen Tiefen und im Nordmeer.

4) Erschließung der Lager im Nordpolargebiet.

5) Verarbeitung von Teersanden.

6) Verarbeitung von Ölschiefer.

Überdies läßt ein höherer Ölpreis Hydrierung und Vergasung von Kohle rentabler werden. Die Weltvorräte an Kohle betragen ein Vielfaches der bekannten und geschätzten Ölvorkommen. Allein in den USA lagern 150 Mrd t Steinkohle in Formationen vergleichbarer Mächtigkeit und Teufe wie die Vorkommen, die gegenwärtig abgebaut werden (zum Vergleich: Die derzeitige Weltproduktion an Steinkohle beträgt knapp 2,5 Mrd t jährlich) [45]).

Ein höherer Ölpreis beschleunigt außerdem die wirtschaftliche Verwendbarkeit der Nuklearenergie, an der die großen Ölkonzerne heute fast alle beteiligt sind [46]).

Die niedrigen Ölpreise hatten zur Folge, daß der Entölungsgrad der Felder relativ gering blieb, nämlich nur 30 %; nur in den USA waren, allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg, staatliche Regelungen vorgenommen worden, die eine intensivere, aber kostspieligere Ausbeutung erzwangen und die im übrigen ein Grund

43) Die Entschädigungszahlungen bewegen sich zwischen folgenden Grenzen: Entschädigung auf der Grundlage der sicheren Reserven und ihres heutigen Werts abzüglich der Betriebskosten (de facto ein Rückkauf der Erdölreserven); Verrechnung der Entschädigungsansprüche gegen Steuernachforderungen. Zum Problem vgl. „Petroleum Press Service", Juni 1971, S. 205 ff.

44) „Les Echos", 29. 1. 1973, S. 8. Zum Kapitalbedarf von BP: „Petroleum Press Service", August 1972, S. 280.

45) Vgl. „Die Zeit", 17. 8. 1973, S. 3, „Handelsblatt", 4. 6. 1973, S. 7, und 12. 11. 1973, S. 7, und „Petroleum Press Service", Juli 1973, S. 249.

46) „Petroleum Press Service", Juni 1969, S. 202: Seit 1966—1967 sind alle Großkonzerne an Atomenergie interessiert. Vgl. auch „Petroleum Press Service", Oktober 1969, S. 374.

für den höheren Kostpreis des amerikanischen Erdöls waren. Immerhin wird hier auf einzelnen Feldern ein Entölungsgrad von 60 % erreicht [47]). Wenn bedacht wird, daß allein die Anwendung dieses Entölungsgrads auch auf den Feldern in der Dritten Welt die vorhandenen Weltreserven um ca. 80 % steigern würde, wird deutlich, daß es keine natürliche Erdölknappheit auf absehbare Zeit im Weltmaßstab gibt, sondern daß die Erdölkrise Ausdruck des Prozesses von Entwicklung und Unterentwicklung, insbesondere der Politik der internationalen Ölkonzerne ist.

Die Ausdehnung der Suche auf dem Meer begründet insbesondere für die westeuropäische öffentliche Meinung die Hoffnung auf energiepolitische Unabhängigkeit. Die Reserven in der Nordsee betragen 1 Mrd t [48]), die beim gegenwärtigen Verbrauch Westeuropas etwas mehr als 1 Jahr reichen, in Nahost liegen jedoch mehr als 50 Mrd t. Vor allem muß jedoch festgestellt werden, daß die ölhöffigsten Meeresgebiete natürlich dort liegen, wo auch auf den Landgebieten am meisten Öl gefunden wurde, so daß zwar durch eine Erschließung der „off-shore"-Vorkommen insgesamt die Reserven steigen, aber geographisch auf Nahost zentriert bleiben [49]). Die Meeressuche, die schon 1947 [50]), allerdings im Golf von Mexiko, begonnen wurde, ist jedoch sehr teuer, besonders, wenn in größeren Wassertiefen gebohrt wird [51]). Hinzu kommen die hohen Kosten des Abtransportes [52]).

Neben der Nordsee spielt das Nordpolargebiet in der Diskussion über die Möglichkeiten, innerhalb der Region der kapitalistischen Industrieländer Öl zu finden, eine Rolle. Die Erschließung von Feldern auf dem Lande stößt dabei auf Schwierigkeiten, die durchaus mit den Problemen der Meeresbohrungen vergleichbar sind [53]). Gebohrt wird im „Permafrost", das heißt im mehrere hundert Meter tief gefrorenen Boden, der im Sommer in den oberen Schichten auftaut und zum Sumpf wird, so daß die Bohreinrichtungen tief verankert werden müssen und die Transportwege einschließlich der Ölleitungen nur schwer angelegt werden können [54]). Das Öl aus diesen von den kapitalistischen Industrieländern beanspruchten Zonen ist also zumindest schwer in die Zentren des Verbrauchs zu schaffen, und das heißt, teuer und zugleich noch nicht sehr reichlich [55]).

Wenn die Kosten für die Suche und Erschließung von Erdölvorkommen zunehmen, werden bekannte, aber schwer zu verarbeitende Kohlenwasserstoffe wieder wirtschaftlich rentabel. In der Diskussion sind Teersande und Ölschiefer [56]).

47) „Petroleum Press Service", Oktober 1965. Auch heute ist der Entölungsgrad in Nahost nicht wesentlich gestiegen. „Petroleum Press Service", Oktober 1972, S. 359. Vom US Erdölrat wurde schon 1970 ein Entölungsgrad von 60 % gefordert, „Petroleum Press Service", September 1970, S. 344.
48) „Le Monde", 16. 10. 1973, S. 19.
49) Im Nahen Osten arbeiten mehr Bohrinseln als in der Nordsee. „Petroleum Press Service", Mai 1973, S. 176.
50) „Petroleum Press Service", September 1967, S. 337.
51) Eine einzige Bohrung kostet z. Z. zwischen 200 000 und 2 Mio Dollar. So kostet eine Bohrung in 60 m tiefem Wasser ca. 600 000, in 300 m tiefem Wasser jedoch schon 1,8 Mio Dollar. Für Bohrungen wie im Golf von Mexiko mit Wassertiefen bis 45 m betragen die Kosten der Plattform der Bohrinsel 2 Mio Dollar, bei 120 m Wassertiefe schon 6 Mio Dollar und bei 240 m 32 Mio Dollar. „Petroleum Press Service", Juni 1972, S. 202. Nach der BP sind die Erschließungsarbeiten auf dem Feld Forties etwa 5mal so teuer wie auf dem Lande, „Petroleum Press Service", August 1972, S. 280. Eine Erweiterung der Suche auf noch größere Tiefen ohne feste Bohrplattformen und Unterwasserplattformen ist zu erwarten. Vgl. dazu „Petroleum Press Service", November 1970, S. 408. Plattformen sind bis zu Tiefen von 300 m entwickelt, allerdings sind ab 185 m Bohrlochköpfe unter Wasser billiger. Zur Zeit wird bis 600 m Tiefe gebohrt, bis 1978 sollen Wassertiefen von 1500—2000 m erreicht werden, „Petroleum Press Service", November 1967, S. 420, September 1968, S. 323, November 1972, S. 409, und Mai 1973, S. 175.
52) „Petroleum Press Service", November 1972, S. 409.
53) „Petroleum Press Service", Mai 1972, S. 161, und November 1972, S. 409.
54) Dazu im Überblick „Petroleum Press Service", Januar 1968, S. 8, und „Le Monde", 16. 5. 1973, S. 19.
55) 1,3 Mrd t lt. „Pétrole Informations", 9. 4. 1971, S. 43.
56) Ölschiefer ist Gestein, aus dem sich durch Erhitzen bei etwa 400—500° Celsius Kerosen gewinnen läßt, das zu den Endprodukten von Erdöl verarbeitet werden kann. Bisher ging man davon aus, daß das Gestein im Bergbau gefördert werden muß, dann zerkleinert und erhitzt wird. Neuere Vorschläge zielen darauf ab, durch Atomenergie das Kerosen unterirdisch aus dem Gestein auszuschmelzen und dann nach herkömmlichen Fördermethoden zur Erdoberfläche zu bringen. Dazu vor allem „Petroleum Press Service", August 1971, S. 307, September 1967, S. 328, Juni 1964, S. 207. Zu Schiefervorkommen in Europa: „Petroleum Press Service", August 1969, S. 297.

Anders als die Meeressuche verändert der Abbau von Ölschiefer die geographische Verteilung der Kohlenwasserstoffreserven zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern. Man rechnet damit, daß die Hälfte aller Ölschiefer in den USA liegen, 75 % sogar, wenn nur die reichen Lager, die wenigstens 100 l pro t Ölschiefer abgeben, berücksichtigt werden [57]). Die Ölschiefervorräte der USA sollen das Dreifache der ganzen Welterdölreserven enthalten, obwohl auch hier die Zahlenangaben schwanken. Der Abbau der Ölschiefer und die Entwicklung produktiverer Technologien ist bisher in den USA einerseits an der Weigerung der Regierung, diese Quellen der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Konzerne zu überlassen [58]), andererseits am niedrigen Niveau der Ölpreise auf dem Weltmarkt gescheitert.

Dennoch sind Versuchsanlagen in Betrieb, die mit einem Produktionspreis von 2,5—3,8 Dollar pro Faß arbeiten [59]) (zum Vergleich Kuweit: 6 cts). Diese Kosten liegen nur ca. 100 % über den Produktionskosten für Erdöl in den USA [60]), so daß eine kräftige Steigerung des Weltmarktpreises für Öl den Abbau der Ölschiefer erlauben würde.

Die Ansätze zur Entwicklung all dieser alternativen Energiequellen, Nordseeöl, Alaskaöl, Teersande und Ölschiefer, haben entweder Anfang der 60er Jahre eingesetzt oder sind dann intensiviert worden. In Alaska wird seit Mitte der 50er Jahre gebohrt [61]), die Konzessionen in der Nordsee wurden ab 1963 vergeben [62]), Berichte über rentable Verfahren zur Verwertung des Schieferöls tauchen in der Spezialpresse ab 1963 auf [63]), die Athabaskasande werden seit 1964 entwickelt [64]).

Die Interessenlage der Konzerne

Die Konzerne haben also schon seit gut zehn Jahren den Versuch des Transfers der Rohstoffproduktion in die kapitalistischen Industrieländer durchgeführt. Und sie haben dabei Lenin recht gegeben, indem sie argumentierten, daß der Wegfall des Kolonialsystems zur Verlangsamung der Kapitalinvestitionen in der Dritten Welt führe [65]). Eine Analyse ihrer Anlagepolitik in den 60er Jahren zeigt, daß nicht mehr primär Ölquellen gesucht werden, sondern politisch sichere [66]). Die Entwicklung des Nordseeöls, des Alaskaöls und der Ölschiefer zeigt, daß man auch nicht mehr an die Strategie der Diversifizierung von Konzessionen in möglichst vielen Drittweltländern glaubte, weil die zunehmende Stärke antikapitalistischer bzw. antiimperialistischer Tendenzen in den Gesellschaften der Dritten Welt deutlich wurde. Die durch die begrenzte Marktkontrolle der Majors bedingte Preisentwicklung auf den westeuropäischen Märkten bedingte, daß der Akzent auf die Suche nach neuem, rentablen Erdöl gelegt wurde, nicht jedoch auf die Entwicklung von bekannten, aber schwer zu verarbeitenden Kohlenwasserstoffen. Als jedoch einerseits die Forderungen der ölexportierenden Län-

57) Vgl. Arvonny in „Le Monde", 19. 9. 1973, S. 19.
58) Vgl. dazu „Petroleum Press Service", Juni 1967, S. 226, Oktober 1968, S. 386.
59) „Petroleum Press Service", August 1967, S. 288, und August 1971, S. 307. *Tosco, eine mit der* Verwertung von Ölschiefer in den USA betraute Gesellschaft, rechnet mit einem Kostenpreis von 1,25—1,3 Dollar pro Faß Ölschieferöl.
60) Von etwa 1,5 Dollar; vgl. „Petroleum Press Service", Mai 1966, S. 179.
61) Vgl. dazu „Petroleum Press Service", Oktober 1963, S. 371, und Mai 1967, S. 176. Zum Beginn im kanadischen Nordpolargebiet (1961—1962), „Petroleum Press Service", Januar 1968, S. 8.
62) Vgl. im Überblick „Pétrole Informations", 5. 9. 1963, S. 49; „Petroleum Press Service", Januar 1964, S. 16.
63) „Petroleum Press Service", Januar 1964, S. 7.
64) „Petroleum Press Service", Februar 1968, S. 50.
65) „Petroleum Press Service", August 1965, S. 283.
66) Von 1961 bis 1971 stiegen die Gesamtinvestitionen der Erdölindustrie von 11,4 auf 23,2 Mrd Dollar, die Investitionen im Nahen Osten einschließlich dem Iran nur von 480 auf 875 Mio Dollar. Schwerpunkte der Ölsuche waren Kanada und Westeuropa, wo zusammen fast dreimal so viel in Suche und Förderung investiert wurde wie in Nahost. Aus: Chase Manhattan Bank: Capital Investment of World Petroleum Industry, 1971, S. 24—31.

der nach einem höheren Anteil an der Grundrente ihrer Ölfelder und die zunehmende Kampagne gegen die Umweltverschmutzung, die den Konzernen zusätzliche Investitionen aufzwang, die Akkumulationsmöglichkeiten der Konzerne begrenzten [67]), begann man von der Energiekrise zu sprechen, sicher auch deshalb, weil die erhöhten Deviseneinkommen der Förderländer die Frage stellten, inwiefern sie weiterhin bereit sein würden, Öl in den geforderten Mengen zu liefern. Die Probleme der Akkumulation waren für die Konzerne seit den Abkommen von Tripolis und Teheran nicht mehr allein über ihre Gewinnspannen zu regeln. Vielmehr sollten für sie die Kosten der Suche nach teurem Öl von den Staatshaushalten der Verbraucherländer finanziert werden, so daß die Förderländer nicht aufgrund höherer Abgabepreise, Folge der politisch motivierten Wahl teurer Erschließungszonen, eine Erhöhung der Grundrente verlangen könnten [68]). Diese erhöhte Rente zu bezahlen, soll nicht Aufgabe der USA sein, sondern nur die Westeuropäer und die Japaner treffen.

Um die US-Regierung zu einer entsprechenden Politik zu bewegen, lösten die Ölkonzerne in den USA Mitte 1973 eine „Energie-Krise" aus, noch bevor ernsthaft mit einem Erdölboykott der arabischen Staaten gerechnet werden konnte. Von den mit dieser künstlichen Krise verfolgten Zielen,

— höhere staatliche Zuwendungen für die Erschließung alternativer Ölquellen sowie anderer Primärenergie-Quellen zu erhalten;

— die Einführung bestimmter Umweltschutz-Bestimmungen zu verhindern, hinauszuzögern, zu umgehen oder rückgängig zu machen;

— die Öffentlichkeit zur Hinnahme höherer Gewinnspannen der Erdölkonzerne zu bewegen;

— die unabhängigen Ölproduzenten, Raffinerien und Vertriebsnetze vom Markt zu verdrängen [69]),

verhilft die Drosselung der Erdölförderung in den arabischen Ländern den Ölkonzernen zumindest, die ersten drei zu verwirklichen.

Das neue Energieprogramm der Vereinigten Staaten sieht hohe öffentliche Zuschüsse für Forschung und Entwicklung auf dem Erdölsektor wie im Energiesektor allgemein vor. Ähnliche Förderungsprogramme sind von der Europäischen Gemeinschaft [70]) und den einzelnen europäischen Staaten vorgesehen [71]).

Die bestehenden Umweltschutz-Bestimmungen in den USA werden scharf gestutzt (z. B. Zulassung der Verarbeitung von schwefelreichem Öl) [72]), und die Ölgesellschaften konnten nicht nur die Preiserhöhungen der Förderländer an die Verbraucher weitergeben, sondern auch ihre eigenen Gewinnspannen ausdehnen, so daß ihre Profitraten trotz sinkender Absatzmengen *steigen*. 1973 haben die internationalen Ölkonzerne eine Gewinnexplosion zu verzeichnen gehabt, die selbst dem „Wall Street Journal" zufolge „geradezu peinlich" für die Mine-

67) Vgl. auch BP Benzin und Petroleum AG, Die Weltmineralölwirtschaft 1960—1970. BP, Abt. Information und Volkswirtschaft, Hamburg 1972, S. 7, und „Petroleum Press Service", August 1971, S. 282.

68) Zum Kapitalbedarf der Konzerne: „Petroleum Press Service", Oktober 1972, S. 364. Vgl. auch Chase Manhattan Bank: Capital Investment of World Petroleum Industry, 1971, S. 6. Dies ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn dadurch der Marktpreis für Öl gesenkt wird, indem Such- und Entwicklungskosten von den Staatshaushalten übernommen, d. h. über Steuern auf die Verbraucher abgewälzt werden. Unter der Voraussetzung, daß alle kapitalistischen Industrieländer diese Strategie einschlagen und alle mit gleich hohen Faktorkosten der Energie arbeiten, kommt der von Jean-Marie Chevalier in: Le Nouvel Enjeu Pétrolier, Calmann-Levy, Paris 1973, S. 266, beschriebene Mechanismus der Steigerung des Renteneinkommens der Förderländer in der Dritten Welt nicht in Gang. Die kapitalistischen Industrieländer entscheiden dann: Nur das politisch sichere Öl wird teurer.

69) Vgl. „Handelsblatt", 25. 6. 1973, S. 3, „Newsweek", 2. 7. 1973, S. 37 f.

70) „Handelsblatt", 15. 11. 1973, S. 4.

71) Für die Bundesrepublik s. z. B. „Handelsblatt", 14. 11. 1973, S. 2.

72) „Nixons Chefberater Melvin Laird fürchtet . . ., daß die Notmaßnahmen der Administration einen solch drastisch umweltschutzfeindlichen Drall haben, daß sie im Kongreß trotz der verfahrenen Energiesituation auf starke Opposition stoßen. In erheblichem Maße waren an der Konzipierung des energiepolitischen Notprogramms auch Kreise der Wirtschaft, insbesondere die führenden Mineralölgesellschaften, beteiligt." „Handelsblatt", 8. 11. 1973, S. 5.

ralölindustrie ist [73]). Die durch die Maßnahmen der OPEC beschränkte Akkumulationsfähigkeit der Konzerne wurde dadurch wiederhergestellt.

Die steigenden Profite der Ölgesellschaften werden von der Öffentlichkeit hingenommen, da sie sich als Voraussetzung der hohen Investitionen darstellen lassen, die von den Gesellschaften getätigt werden müssen, um sich aus der Abhängigkeit von den Nahost-Lieferungen zu befreien.

Die Subventionen zur Erschließung alternativer Energiequellen neben dem Erdöl bedeuten für die amerikanischen Ölkonzerne keine Konkurrenz: Sie haben sich längst auch im Bereich der anderen Energieträger eine starke Position geschaffen, so daß ein großer Teil dieser Subventionen ebenfalls in die Taschen der Ölkonzerne fließt. Sowohl auf dem Kohlesektor [74]) als auch im Bereich der Nuklearenergie [75]) haben die Ölkonzerne in den letzten 10 Jahren eine sehr starke Position aufgebaut.

Die bereits vor dem arabischen Boykott zu einer Ölknappheit in den USA führende Politik der Ölkonzerne läßt sich nicht aus einem Mangel an Vorausschau erklären — eher aus einem Übermaß an Vorausschau. Die Ölkonzerne bereiten sich jetzt auf die Zeit vor, in der das Erdöl nicht mehr die Rolle des wichtigsten Energieträgers spielen wird. Ihnen ist daran gelegen, in den kommenden zwanzig Jahren ein Maximum an Profiten aus dem Erdölgeschäft herauszuschlagen, um damit ihre eigene Umwandlung in Konzerne zu finanzieren, für die der Erdölsektor nur noch ein Tätigkeitsbereich unter anderen ist [76]).

Aufgrund des durch die Ölgesellschaften verzögerten Ausbaus der Raffinerie-Kapazitäten stand in den USA ohnehin eine Verteuerung der Energie-Versorgung bevor, die der europäischen Industrie einen gewissen Wettbewerbsvorsprung zu bringen drohte.

Handelsbilanz- und Zahlungsprobleme

Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die USA vom Nahostöl unabhängig sein werden, drohen die Rohölimporte, vor allem aus den Ländern des Nahen Ostens, zu einer starken Belastung der Außenhandelsbilanzen der USA wie der meisten kapitalistischen Industrieländer zu führen. Gerade jene Länder mit den größten

---

73) Die Exxon (Esso) Corp. (Standard Oil of New Jersey, die größte unter den internationalen Gesellschaften), konnte im 3. Quartal 1973 bei einem Umsatz von 7,32 Mrd Dollar einen Rekordreingewinn von 638 Mio Dollar verzeichnen, das sind 80 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Mobil Oil verzeichnete in demselben Zeitraum einen Gewinnanstieg um 64 %, Gulf sogar um 91 %, Shell dagegen um „nur" 23 %. „Handelsblatt", 29. 10. 1973, S. 5. Im 1. Halbjahr 1973 erzielte Texaco einen Gewinnzuwachs von 28 %, Marathon Oil um 58 % („Handelsblatt", 1. 8. 1973, S. 9). Die Occidental Oil verzeichnete im 1. Quartal 1973 einen Gewinnzuwachs von 58 % („Handelsblatt", 11/12. 5. 1973, S. 20).

74) Gulf Oil übernahm 1963 Pittsburgh and Midway Coal, die unter den Kohleproduzenten an 13. Stelle lag (und gegenwärtig nach der Höhe der geschätzten Reserven an 9. Stelle unter den amerikanischen Gesellschaften steht). 1966 kaufte Continental Oil den Konzern Consolidation Coal (heute den Reserven nach an 4. Stelle), und 1968 ging Island Creek Coal, die drittgrößte amerikanische Kohlegesellschaft, in die Hände von Occidental Petroleum über, während die Standard Oil of Ohio die Old Ben Coal erwarb, die in der Förderliste heute an 10. Stelle steht. Exxon (Standard Oil of New Jersey) besitzt in dem Konzern Monterey Coal die fünftgrößten Kohlevorräte aller US-Konzerne, und Atlantic Richfield wurde mittlerweile zum zweitgrößten Besitzer von Kohlepachtland in den USA. „Handelsblatt", 12./13. 10. 1973, S. 14.

75) Die amerikanischen Ölkonzerne kontrollieren bereits 48 % der Weltreserven an Uran, Chevallier, S. 245. Allein Gulf General Atomic, eine Tochter der Gulf Oil, erreichte bereits 1971 einen Anteil von 16 % des amerikanischen Kernkraftwerkemarktes („Handelsblatt", 5. 9. 1972, S. 8). Auf dem Nuklearsektor hat sich eine noch stärkere Verflechtung der Ölkonzerne ergeben, als sie schon in ihrem angestammten Tätigkeitsbereich existiert: So hat z. B. die Gulf Oil, die auf dem Kernenergie-Sektor auch eng mit dem Schweizer Konzern Brown, Boveri und Cie. zusammenarbeitet, vor kurzem einen großen Teil ihrer Aktivität auf diesem Gebiet einer Gulf und Shell gemeinsam gehörenden Gesellschaft übertragen („Handelsblatt", 13. 6. 1973, S. 11).

76) Vgl. Chevalier, S. 222, vor allem S. 234. Chevaliers These, daß die Ölkonzerne lange Zeit hindurch bewußt eine Billigpreispolitik betrieben hätten, um die Entwicklung anderer Energiequellen in Europa zu verzögern oder zu unterbinden (Kohle, Nuklearenergie) und sich selbst auf diesen Gebieten einen Wettbewerbsvorsprung zu schaffen, erscheint jedoch abwegig, da die Konzerne für ihre eigene Forschung und Entwicklung maximale Gewinne und damit hohe Preise anstreben mußten. Sie sind jedoch durch die beschriebene Konkurrenz der nationalen Ölgesellschaften einiger westeuropäischer Staaten und einiger Förderländer sowie unabhängiger amerikanischer Gesellschaften zu niedrigen Preisen gezwungen worden — mit den Auswirkungen auf die Energiepolitik in Europa, die Chevalier beschreibt, die jedoch nicht auf eine bewußte Strategie der Ölgesellschaften zurückzuführen sind.

Erdölreserven (sieht man einmal vom Iran ab) werden aufgrund ihrer geringen Bevölkerungszahl, eines niedrigen Bildungsniveaus dieser Bevölkerung und einer außerhalb des Erdölsektors wenig entwickelten Wirtschaft kaum in der Lage sein, die Gesamtheit ihrer rasch steigenden Einnahmen für Importe und Investitionen zu nutzen, so daß die Zahlungen für die Ölimporte nicht unmittelbar zu einer Steigerung der Industriewaren-Ausfuhr der kapitalistischen Industrieländer führen. In den kapitalistischen Industrieländern wurden darum Befürchtungen laut, die Ölländer könnten ihre Währungsreserven zu Spekulationen nutzen und damit das brüchige Weltwährungssystem vollends aus den Fugen geraten lassen [77]). Andere Befürchtungen richteten sich auf den massiven Aufkauf von Anteilen an Industriebetrieben in den kapitalistischen Industrieländern, wenn nicht gar ganzen Konzernen.

Die Drohung der arabischen Regierungen, die Währungsreserven zu einer massiven Spekulationswelle gegen den Dollar auszunutzen, wurde von einigen Kommentatoren während des jüngsten Nahost-Krieges als gravierender eingeschätzt als die Drosselung der Ölförderung selbst. In Wahrheit haben die arabischen Regierungen selbst während dieses Krieges kaum nennenswerte Dollar-Beträge in andere Währungen umgetauscht. Der vorübergehende Kursrückgang des Dollars an allen europäischen Devisenmärkten am 17. Oktober 1973 scheint mehr auf die durch die arabischen Drohungen provozierten Dollar-Verkäufe anderer Inhaber von Dollarguthaben zurückzuführen gewesen zu sein als auf die Verkäufe der Araber [78]). In einer Zeit, in der die wichtigsten Währungen der kapitalistischen Welt gemeinsam oder im Alleingang gegeneinander floaten und der Dollar allgemein eher als überbewertet gilt, würden sich die arabischen Regierungen mit größeren Spekulations-Bewegungen gegen den Dollar nur ins eigene Fleisch schneiden.

Auch in der Vergangenheit ist die Beteiligung der Araber an den Spekulationswellen, die den Veränderungen der Währungsparitäten in den letzten Jahren in der Regel vorausgingen, stark übertrieben worden [79]).

Es soll hier nicht bestritten werden, daß die wichtigsten Erdöl-Förderländer im Nahen Osten einem starken Zuwachs an Devisen-Reserven entgegensehen. Gerade aus dieser Perspektive wird die zwiespältige Politik der USA im Nahost-Konflikt verständlich, wenn sich diese auch nicht ausschließlich aus dem Interesse am arabischen Öl und aus der Furcht vor einem allzu steilen Anstieg der arabischen Devisen-Reserven erklären läßt. Der Nahost-Konflikt bringt für die USA unter anderem eine Vernichtung der arabischen Devisen-Reserven mit sich.

Eine langfristige Möglichkeit der Abschöpfung der Dollarreserven durch die Beteiligung dieser Länder an Unternehmen in kapitalistischen Industrieländern würde die Unterschiede von „arm" und „reich" nur verstärken, indem in den kapitalistischen Industrieländern akkumuliert wird, nicht jedoch in den unterentwickelten Peripherieländern. Wenn die Scheichs am Golf Aktionäre von General Motors würden, würde sie das nur an der Notwendigkeit des Wachstums der Märkte in den kapitalistischen Industrieländern interessieren. Dieselbe Kritik ist an Plänen zur Integration vom Bohrloch bis zur Zapfstelle zu üben: Diesen Plänen liegt der Gedanke zugrunde, daß die Konzerne aus Bosheit Gewinne

---

77) Die USA schlugen bei IWF vor, die Freiheit des Kapitalverkehrs für Länder, deren Einkommen nur aus einem Produkt stammen, zu begrenzen. Die arabischen Länder drohten darauf mit Lieferbeschränkungen, „Le Monde", 10. 7. 1973, S. 27.

78) „Handelsblatt", 19./20. 10. 1973, S. 25.

79) Gerd Junne, Währungsspekulationen der Ölscheiche und Konzerne, in: H. Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa. Dort der Nachweis, daß der häufige Hinweis auf das Spekulationspotential der Araber eine Ablenkungsstrategie der Konzerne darstellt.

transferieren und durch ihre Preisgestaltung böswillig die Förderländer zu betrügen versuchen. In Wirklichkeit bedingen jedoch die durch den Prozeß von Entwicklung und Unterentwicklung erzeugten Nachfrageprofile die regionale Verteilung der Kapitalakkumulation, sowie im Falle der Ölsuche das Ziel der Ausschaltung politischer Störungen. Zwar könnte die Beteiligung der Förderländer an den multinationalen Gesellschaften dazu führen, daß in der globalen Strategie der Konzerne das Interesse an Systemstabilisierung zugunsten der konservativen Regime verstärkt Berücksichtigung fände, vor allem wird jedoch durch eine solche Politik das an die Förderländer bezahlte Devisenkapital dem Akkumulationsfonds der Konzerne zugeführt, die es entsprechend der erwarteten Nachfrage der kapitalistischen Industrieländer investieren [80]).

Eine wirtschaftliche Entwicklung der Drittweltgesellschaften — über die gegenwärtigen Tendenzen zur Teilindustrialisierung hinaus —, die über die Fähigkeit zur Befriedigung ihrer eigenen elementaren Bedürfnisse und die Beschäftigung aller Arbeitskräfte durch ihre Ausrüstung mit Produktionsmitteln eine höhere Befriedigung von Bedürfnissen und damit höhere Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft erlaubt, setzt ein staatliches Planungsinstrumentarium und eine soziale Mobilisierung der Bevölkerung voraus [81]). Die Folge ist, daß die Europäer ihr Erdöl aus Nahost am leichtesten dann bezahlen können, wenn über den arabischen Nationalismus ein gesamtarabisches Wirtschaftsgebiet entsteht, das, gestützt auf die Massen der Marginalisierten, der kleinen Bauern und Landarbeiter und der städtischen Arbeiterklassen, einen Prozeß der Überwindung von Unterentwicklung in Gang setzt, und damit die Nachfrage nach Waren aus Europa, insbesondere Investitionsgütern, vergrößert [82]).

---

80) Der von Chevalier, S. 231, geübten Kritik, Erdölinvestitionen der Förderländer in den kapitalistischen Industrieländern seien langfristig nicht rentabel, ist insoweit nicht zuzustimmen, als argumentiert werden kann, daß die Förderländer an den gesamten Unternehmen der Konzerne beteiligt werden sollten, also auch an der Erschließung alternativer Energie. Aus dem Rentencharakter der Extraprofite der Konzerne folgt ja, daß die Gewinne für die Akkumulation zur Erschließung neuer Energie angelegt würden, d. h. zwar hohe Gewinne weiterhin möglich wären, die jedoch für die Erschließung neuer Energiequellen benützt und nicht ausgeschüttet werden.

81) Dazu H. Elsenhans, Der algerische Weg der Überwindung von Unterentwicklung (s. Anm. 32).

82) Wenn richtig ist, daß die Förderländer aufgrund politisch organisierten solidarischen Handelns aus den Ölexporten ein Renteneinkommen beziehen, so muß die Frage gestellt werden, ob nicht die Weiterverarbeitung von Öl in den Förderländern für den Export, also eine exportorientierte Petrochemie mit einer Produktdifferenzierung über die damit verbundene wachsende Konkurrenz der Förderländer diese Rente verschwinden ließe. In diesem Sinne dürfte der Aufbau einer Petrochemie zur Belieferung der kapitalistischen Industrieländer zumindest ambivalente Auswirkungen für die Förderländer haben, da sie in der Konkurrenzsituation den Preis ihres Rohstoffs bis zu den Produktionskosten absinken lassen könnten.

Die Darstellung der Geschichte Sowjetrußlands 1917 bis 1941 in Schulbüchern der BRD

Von Heiko Haumann

Die Geschichte Sowjetrußlands wird in den — erfreulicherweise neuerdings häufiger angefertigten — Schulbuchanalysen noch weitgehend vernachlässigt [1]). Sie soll hier in den Geschichtsbüchern für das achte Schuljahr der Haupt- und Realschulen untersucht werden, am Beispiel der im Schuljahr 1971/72 in Hessen zugelassenen Bücher [2]). Damit können Elemente des Geschichtsbildes ermittelt werden, das der Masse der Schüler vermittelt wird, ohne daß die meisten von ihnen später noch einmal Gelegenheit hätten, sich mit dem hier ausgewählten Thema intensiv auseinanderzusetzen.

Im Mittelpunkt der Schulgeschichtsbücher müßte — dies die These des Aufsatzes — stehen:

— Aufklärung über Grundbedingungen und Grundlagen von Geschichte und Gesellschaft Sowjetrußlands

— Ermöglichung selbständiger Arbeit und Urteilsbildung der Schüler

— Gewinnung und Analyse von Kategorien geschichtlich-gesellschaftlicher Erscheinungen und Entwicklungen

— Untersuchung historischer Legenden, Vorurteile, gesellschaftlicher Legitimationsschemata

— Aufzeigen von Alternativen in der geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklung, damit sichtbar wird, daß Geschichte kein gradliniger, von vornherein feststehender Prozeß ist, sondern daß man auf ihn Einfluß nehmen kann, daß die Gesellschaft veränderbar ist, daß es immer konkrete Gründe gibt, warum sich etwas durchsetzt [3]).

Inwieweit entsprechen die Inhalte der untersuchten Schulbücher diesen Thesen, die natürlich im Rahmen einer umfassenden Didaktik des Geschichtsunterrichtes gesehen und begründet werden müßten [4])? Dazu sollen im ersten Teil der Analyse

1) Die letzte größere Untersuchung: H. J. Torke, Die russische Geschichte in den Lehrbüchern der Höheren Schulen der Bundesrepublik Deutschland, Sonderdruck aus dem Internationalen Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1962. Einige Hinweise bei B. Mausbach-Bromberger, Die Darstellung sozialistischer Länder in den Schulbüchern (Geschichts-, Sozialkunde-, Lehrerhandbüchern), in: Kampf der Verdummung, Materialien der Schulbuch-Konferenz der DKP Hessen am 6. 6. 1971 in Frankfurt am Main, Frankfurt/M 1071, S. 24—32.

2) Amtsblatt des Hessischen Kultusministers, Jhg. 24, Sondernummer Januar 1971, S. 43/44. Die dort außerdem zugelassenen Bücher waren entweder ausdrücklich für Gymnasien bestimmt, in der Anlage mit den anderen nicht vergleichbar (Kühn, Erzählungen aus der Geschichte, Klett Verlag Stuttgart), ausdrücklich nur für das 9. Schuljahr angegeben und daher ebenfalls nicht vergleichbar (Heumann, Mensch und Gemeinschaft in Geschichte und Gegenwart, Hirschgraben-Verlag Frankfurt) oder ausdrücklich als „alte Fassung" gekennzeichnet, die ich nicht untersuchen wollte (Spiegel der Zeiten, Diesterweg Verlag Frankfurt, Bd. IV).

3) In diesen Zusammenhang gehört auch die Kategorie Möglichkeit: E. Bloch, Auswahl aus seinen Schriften, hrsg. von H. H. Holz, Frankfurt 1967 (Fischer Taschenbuch), S. 68 ff.; H. Fleischer, Marxismus und Geschichte, Frankfurt 1969 (edition suhrkamp), S. 83 f., 134.

4) Einige neuere Ansätze, die für eine Didaktik des Geschichtsunterrichtes mitbedacht werden müssen: M. Stürmer, Was soll uns noch Geschichte? In: Vom Geist der Zeit, Sendereihe des Hessischen Rundfunks, 12. 12. 1971, 19.10—19.20 Uhr (1. Programm), 23.05—23.15 Uhr (2. Programm); J. Kocka, Wozu noch Geschichte? Die sozialen Funktionen der historischen Wissenschaften, in: „Die Zeit", Nr. 9/3. 3. 1972, S. 52; R. Schmiederer, Zur Kritik der Politischen Bildung, Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des politischen Unterrichts, Frankfurt 1971; K. Bergmann, Personalisierung im Geschichtsunterricht — Erziehung zur Demokratie? Stuttgart 1972, bes. S. 64—102; einige Aufsätze in: Geschichtsunterricht ohne Zukunft? Hrsg. v. H. Süssmuth, 2 Bde., Stuttgart 1972; Der Hessische Kultusminister, Rahmenrichtlinien, Sekundarstufe I, Gesellschaftslehre, o. O. O. J. (1972), bes. S. 18—30 (Arbeitsschwerpunkt Geschichte). Vgl. auch H. Rumpf,

der Inhalt der Bücher wiedergeben, anhand von ausführlichen Zitaten — vor allem bei Urteilen und Wertungen — belegt und kritisch betrachtet werden. Dieses Verfahren geht methodisch kaum über bisherige Arbeiten hinaus [5]). Im zweiten Teil werden einige besondere Probleme der Darstellung in Schulbüchern erörtert.

Sechs Schulbücher werden untersucht; im folgenden sind die Titel durch Buchstaben ersetzt *).

I

Fast alle Bücher behandeln in der Periode zwischen 1914 [6]) und 1941 neben der Geschichte des Deutschen Reiches im wesentlichen nur noch die Sowjetrußlands; lediglich Buch F geht auch etwas ausführlicher auf die Probleme anderer Staaten ein. Demnach scheint die Kenntnis der Verhältnisse in der Sowjetunion den Autoren besonders interessant und wichtig für die Schüler zu sein. Unterschiedlich ist allerdings der Raum, der ihnen in den einzelnen Büchern gewidmet ist:

Bücher	*Seiten über die Geschichte Sowjetrußlands 1917—1941*	*Prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Seiten über die Periode von 1914 bis 1941* [7])
A	*17,5*	*17,67*
B	*11*	*13,75*
C	*3*	*12,5*
D	*4*	*10,3*
E	*3,5*	*9,4*
F	*10*	*8,3*

Kreatives Denken im Geschichtsunterricht, gezeigt am Beispiel des Vertrages von Versailles, in: Politik — Wissenschaft — Erziehung, Festschrift für E. Schütte, Frankfurt — Berlin — Bonn — München 1969, S. 185 bis 198.

5) Vgl. als Beispiele: H.-H. Nolte, Die deutsche Geschichte seit 1870 in sowjetischen Schulbüchern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" vom 23. 1. 1971, S. 3—27 (Referat mit Zitaten, nur kurze Interpretation „zur Einordnung" S. 25—27); K. Th. Schuon/H. Wiedner, Politisch-soziologische Analyse historischer Kausalität und politische Bildung in der BRD, Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der Schulgeschichtsbücher für die Oberstufe der Gymnasien, Sonderdruck aus „Blätter", 12/1968 und 4/1969 (ideologiekritische Interpretation); H. Siebert, Der andere Teil Deutschlands in Schulbüchern der DDR und BRD, Ein Beitrag zur politischen Bildung in Deutschland unter Mitarbeit von Chr. Siebert, Hamburg 1970 („deskriptiv-analytische Methode", S. 18 ff.); W. Marienfeld, Geschichte im Lehrbuch der Hauptschule, Stuttgart 1972 (Erarbeitung von Kategorien zur Analyse für den Lehrer nach einer „kritischen Sichtung des Schulbuchangebots der Nachkriegszeit", S. 8). — Hochinteressant sind die Bemerkungen von H. Rumpf, die ebenfalls als Vorstufen für eine methodisch einwandfreie Inhaltsanalyse gelten können: Stereotype Vereinfachungen im Geschichtsunterricht, Beobachtungen zur Feinstruktur von Unterrichtsinhalten (1970), in: Geschichtsunterricht ohne Zukunft? 1. Bd., S. 277—294. Eine Reihe von Problemen der Schulbuchanalyse wirft auch G. Berndt in seinem Aufsatz auf: Polen in Schulbüchern der BRD, Zur Ratifizierung des Warschauer Vertrages auf gesellschaftlicher Ebene, in: „Blätter", 12/1971, S. 1260—1272.

*) A: Ebeling, Hans, Die Reise in die Vergangenheit. Ein geschichtliches Arbeitsbuch. Band IV: Unser Zeitalter der Revolutionen und Weltkriege. G. Westermann-Verlag, Braunschweig — Berlin — Hamburg — München — Kiel — Darmstadt 1966.

B: Lucas, Friedrich J. / Bodensiek, Heinrich / Rumpf, Erhard / Thiele, Gunter, Menschen in ihrer Zeit. 4: In unserer Zeit. Mit einem Anhang: Damals — Heute — Morgen. Von H. Bodensiek, P. Furth, W. Hilligen, F. J. Lucas, E. Rumpf. E. Klett Verlag, Stuttgart 1971.

C: Riemeck, Renate, Geschichte für die Jugend. IV: Vom Wiener Kongreß zur Gegenwart. Geschichtlicher Hauptkurs 8. Schuljahr. Mundus-Verlag, o. J.

D: Heerdt — Heumann, Unser Weg durch die Geschichte. Lese- und Arbeitsbuch für die Schulen. Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, von Dr. Hans Heumann. Hirschgraben Verlag, Frankfurt ^{101}1969.

E: Einst und Jetzt. Geschichtsdarstellung vom Altertum bis zur Gegenwart. Unter Mitwirkung von G. Müller hrsg. von W. Hoffmann und R. Brückner, Verlag M. Diesterweg, Frankfurt — Berlin — Bonn — München ^{12}1967.

F: Lasius, Rolf / Recker, Hubert, Geschichte. Ein Lese- und Arbeitsbuch. Band 3: Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. Verlag J. Beltz, Weinheim — Berlin $^{26-31}$1968.

6) Die meisten Schulbücher behandeln die russische Revolution 1917 im Rahmen des Ersten Weltkrieges, z. T. wird sie dann noch einmal aufgegriffen, wenn zusammenhängend auf die Geschichte Sowjetrußlands eingegangen wird.

7) In den Büchern C und D wird die sowjetische Geschichte ganz (C) oder teilweise (D) erst nach 1945 gebracht. Um einen Vergleich zu ermöglichen, sind diese Seiten der Gesamtzahl der Seiten über die Periode von 1914 bis 1941 zugerechnet worden.

Das Schwergewicht der Darstellung liegt bei fünf Büchern auf der Zeit zwischen 1929 und 1939: in den Büchern A, D und F eindeutig, in E geteilt mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939—1941 und in C mit der Phase zwischen der Februarrevolution von 1917 und dem Friedensschluß mit dem Deutschen Reich vom März 1918, die im Buch B ganz im Vordergrund steht [8]). Die Vorgeschichte der Revolutionen von 1917 klammere ich hier weitgehend aus [9]), außer einigen Absätzen, die sich mit den russischen Sozialdemokraten und Lenin befassen.

In A wird verhältnismäßig ausführlich (S. 177/178) über den Lebensweg Lenins berichtet — über seine Herkunft, die Hinrichtung seines Bruders, sein Studium und seine Hinwendung zur marxistischen Arbeiterbewegung, seine Verhaftung und Verbannung und seine Tätigkeit innerhalb der Sozialdemokratie. Die Menschewiki werden charakterisiert als gemäßigte Sozialisten, deren Ziel „in einer ständigen, allmählichen Umwandlung des Staates durch Reformen" lag, während die Bolschewiki „den gewaltsamen, plötzlichen Umsturz mit der anschließenden ‚Diktatur des Proletariats' " und der Weltrevolution wollten (178). Diese Einschätzung trifft die Wirklichkeit in keiner Weise. Beide Flügel der russischen Sozialdemokratie strebten die Diktatur des Proletariats und die soziale Revolution an [10]), die Gegensätze bestanden hauptsächlich in Organisationsfragen [11]). Die Spaltung der Partei wird ausschließlich auf Lenin zurückgeführt, der eine „Schar entschlossener, unbedingt zuverlässiger Revolutionäre, die als Führer und Stoßtrupp die Massen in Gang brachten und lenkten", um sich zu scharen suchte (177, vgl. 178). Die Probleme, die sich einer revolutionären Bewegung unter den Bedingungen des Zarenreiches stellten, werden nicht berührt [12]).

Auch C geht — allerdings wesentlich kürzer — vom Lebensweg aus. Die Organisation wird dort folgendermaßen geschildert: „Lenin gewann kampfentschlossene Anhänger und sammelte sie in der Partei der ‚Bolschewiki' " (82). F erwähnt die „Bolschewisten" als „radikale Gruppe" der „sozialistischen Partei" (soll man keine Beziehung zur Sozialdemokratie herstellen können?), die „das Zarentum mit Gewalt beseitigen und eine von der Arbeiterklasse beherrschte Republik errichten" wollten (47); damit werden die Probleme der Parteispaltung ebenso verschleiert wie in A. Der Schüler soll offenbar den Eindruck gewinnen: die Bolschewiki waren eine kleine radikale Minderheit, die als einzige den gewaltsamen Umsturz herbeiführen wollte.

Die Phase zwischen der Februarrevolution 1917 und dem Frieden von Brest-Litowsk 1918

„Anfang 1917 hatten die Russen den Krieg gründlich satt. Was sollte der Kampf für einen Staat, in dem sie nur Pflichten zu erfüllen hatten, aber keine Rechte besaßen? Die Masse der Arbeiter und Bauern machte nicht mehr mit. Unruhen brachen aus. Ganze Regimenter schlossen sich den Aufrührern an. Da trat im März 1917 der Zar zurück. Rußland wurde eine Republik. Bürgerliche Politiker

[8]) Buch B enthält außerdem im Anhang „Damals — Heute — Morgen" einen dreiseitigen Abschnitt „Lehre und Programm Lenins" (S. 199—201), auf den ich im II. Teil näher eingehe.
[9]) Im Zusammenhang mit der sowjetischen Geschichte wird sie dargestellt in A (4 S.), C (1/4 S.) und F (1 S.), getrennt in D, B bringt getrennt einen Abschnitt über Probleme des Zarenreiches und etwa 1 Seite im Teil über die russische Revolution, E. überhaupt nichts.
[10]) Vgl. das noch gemeinsam angenommene Parteiprogramm von 1903: B. Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903—1961, 3Köln 1965, S. 116. (Ich versuche bei den fachwissenschaftlichen Bemerkungen leicht zugängliche Literatur anzugeben, um Interessenten die eigene Überprüfung und Ergänzung des verwendeten Schulbuches zu erleichtern.)
[11]) Dazu: D. Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, Die Arbeiterbewegung im Zarenreich als Organisationsproblem der revolutionären Intelligenz 1890—1903, Köln — Graz 1962.
[12]) Auf die Beurteilung Lenins in den einzelnen Büchern gehe ich im II. Teil ein.

übernahmen die Regierung. Sie entschlossen sich, mit einem Parlament zu regieren. Gleichzeitig bildeten sich überall Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, kurz Sowjets (Räte) genannt" (E 248, noch kürzer C 82).

Der Verlauf des Krieges wird außer in E und C auch in B (41), D (82) und F (49) für den Ausbruch der Februarrevolution verantwortlich gemacht („jetzt hatten die Revolutionäre leichtes Spiel . . .", D 82), F erwähnt noch eine schwere Hungersnot (49). A (178) und B (42) beschreiben die unmittelbaren Anlässe: die Verhaftung der Arbeitervertreter in der Duma, dem russischen Reichstag (nur A), Streiks und Unruhen, die Auflösung der Duma (nur B), den Übergang vieler Soldaten zu den Aufständischen.

Überwiegend falsch und völlig verworren ist die Aussage in D, bei der anscheinend die Fixierung auf eine große Persönlichkeit wichtiger ist als die historische Wirklichkeit: „In Rußland brach eine Revolution aus. Ihr Führer, der gemäßigte Sozialist Kerenski, ließ die Zarenfamilie verhaften und wollte allgemeine Wahlen ausschreiben, um eine demokratische Republik zu gründen." (82 — vgl. F 49 und B 45.) Dagegen müßte gerade herausgestellt werden, daß die Februarrevolution eine spontane, weitgehend führerlose Massenbewegung war — sie ging auch über die Köpfe der Vertreter der Parteien hinweg [18]).

Am ausführlichsten geht B auf die „Doppelherrschaft" von Regierung und Sowjets ein (42/43). Die Provisorische Regierung habe versucht, einen „demokratischen Rechtsstaat" zu schaffen, bürgerliche Freiheiten gewährt und die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung versprochen (44). Dagegen werden die Sowjets als zugleich legislative und exekutive Organe beschrieben, die aber wegen ihrer Größe und häufig wechselnden Zusammensetzung von „wenige(n) entschlossene(n) und fähige(n) Männer(n)" sowie kleinen, „praktisch unkontrolliert(en)" Ausschüssen leicht zu manipulieren gewesen seien (43, vgl. 46).

In F steht der „Bürgerregierung" unter Kerenski der Petersburger Sowjet (laut S. 50 werden erst nach der Rückkehr Lenins aus der Emigration weitere Sowjets gegründet — woher diese neue Erkenntnis kommt, wäre interessant zu erfahren) als „gefährliche(n) Nebenregierung" entgegen (49). In C taucht dieser Gegensatz überhaupt nicht auf.

Als wesentliche Gründe für das Scheitern der Provisorischen Regierung werden — außer der „Doppelherrschaft" — die Nichterfüllung der Forderung auf Bodenreform (nur B 44) und die Fortsetzung des Krieges an der Seite der Westmächte genannt (A 179, B 44, C 82, D 82, F 49). Dadurch seien die Massen enttäuscht gewesen, Unruhe habe sich breitgemacht. All dies hätte jedoch nicht zur Absetzung der Regierung geführt, wenn nicht Lenin und die Bolschewiki diese Stimmung ausgenutzt hätten. Außer E und F erwähnt jedes Buch die Hilfe der deutschen Obersten Heeresleitung für Lenin, aus seiner Emigration in der Schweiz nach Rußland zu kommen: ein „folgenschwerer(n) Entschluß" (C 82). Die deutsche Führung habe damit den „Wirrwarr vollständig machen" wollen, um Rußland kampfunfähig werden zu lassen (A 179, gl. B 43/44, C 82, D 82). Warum Lenin das deutsche Angebot akzeptierte, bleibt in jedem Buch offen. Damit wird auch die Interpretation nicht ausgeschlossen — die schon in den politischen Auseinandersetzungen von 1917 eine große Rolle spielte —, daß sich Lenin zum Komplizen des deutschen Militarismus und Imperialismus gemacht habe. Wußten die Schulbuchautoren wirklich nicht, daß dies inzwischen widerlegt ist?

18) Wenn nicht anders angemerkt, stürze ich mich bei meiner Kritik auf D. Geyer, Die Russische Revolution, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1968, und W. H. Chamberlin, Die russische Revolution 1917 bis 1921, 2 Bde., Frankfurt 1958.

Die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Massenbewegung und Politik der Bolschewiki interessieren nicht — Lenin ist da, und damit „waren die Tage der bürgerlichen Regierung gezählt" (F 50). Er „hetzte die Bevölkerung gegen Kerenski auf" (D 82, gl. C 82, A 179). „Nur zögernd folgten ihm landhungrige Bauern sowie Frauen und Mütter, die ihre Männer zu Hause haben wollten" (D 82) — eine völlige Verzerrung der tatsächlichen Massenbewegung.

Nur B führt die Juli-Demonstrationen und die Zurückhaltung der Bolschewiki sowie den Kornilow-Putsch, der den Bolschewiki zugute gekommen sei, an (45). A schreibt, daß die Bolschewiki noch einmal verboten wurden, Lenin nach Finnland fliehen mußte, ihre Anhängerzahl aber trotzdem ständig zunahm (180). Aber auch die Darstellung dieser Bücher läßt nichts von den Forderungen der Massenbewegung ahnen, wie sie sich in den bäuerlichen „Wähleraufträgen", in Bauernunruhen und spontanen Enteignungen von Großgrundbesitzern (hierzu immerhin eine Quellenstelle in B 42), in Streiks, Vertreibungen der Betriebsverwaltungen und Fabrikbesetzungen (eine Antwort auf vorsätzliche Betriebsstillegungen, Aussperrungen, Entlassungen seitens vieler Unternehmer), in der zunehmenden politischen Kraft der von Arbeitern gewählten Betriebskomitees manifestierten. Die Oktoberrevolution wird von allen Büchern — mehr oder weniger betont — auf einen planmäßig vorbereiteten und durchgeführten Umsturz durch eine kleine Gruppe kampfentschlossener Revolutionäre reduziert (A 180, B 46, C 82, D 82, E 248 — hier ist die Darstellung am stärksten verkürzt —, F 50). Deutlich setzt D die Akzente: „Die revolutionär geschulten Anhänger des Kommunisten Lenin siegten in der ‚Oktoberrevolution' mit Waffengewalt über die Demokraten. Jetzt begann die Diktatur der Räte (russisch: Sowjets). Arbeiter und Soldaten übernahmen die Macht im Staat und gingen rücksichtslos gegen alle vor, die sich ihnen in den Weg stellten. Der Zar und seine Familie wurden erschossen" (82).

Damit ist alles klar: Hie Demokraten — hie Kommunisten! Kommunisten haben eine besondere Art von Diktatur, nicht etwa die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der Räte (wie sie zustandekommen, wird nicht erklärt). Arbeiter und Soldaten — das klingt hier wie „der Pöbel" — hatten jetzt die Macht und rotteten alle Gegner rücksichtslos aus; die Erschießung der Zarenfamilie ist natürlich besonders bemerkenswert. Wie die neue gesellschaftliche Struktur im einzelnen aussehen sollte, warum es zum Terror und Gegenterror kam (über den Bürgerkrieg wird auch im folgenden nicht gesprochen!), aus welchen Gründen die Zarenfamilie erschossen wurde (ganz abgesehen von dem zeitlichen Zusammenhang), braucht offenbar nicht dargestellt zu werden, wenn man nur weiß: Kommunisten machen mit Waffengewalt eine Revolution, errichten eine Diktatur und gehen rücksichtslos gegen alle Gegner vor; das Gegenteil von Kommunismus ist Demokratie . . .

Von den ersten Maßnahmen der Bolschewiki bis zum Beginn des Bürgerkrieges im Sommer 1918 werden behandelt: die Einsetzung eines „Rates der Volkskommissare" (B 46, C 82 — hier „Volksbeauftragte" genannt —, F 50); das Dekret über den Frieden (E 248); die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des Landes, das insgesamt in Staatseigentum überging, an die Bauern (A 180 — merkwürdigerweise als „Sozialistisches Gesetz Nr. 1" bezeichnet —, B 46, C 82, E 248, F 50 nicht ganz korrekt: „Zwanzig Millionen Bauern erhielten eigenen Boden"); der Konflikt um die Verfassunggebende Versammlung (B 46); die Übernahme der Verwaltung (C 82 — allerdings haben die Bolschewiki nicht einfach, wie es dort steht, alle zaristischen Beamten verjagt); der Frieden von Brest-Litowsk mit dem Deutschen Reich (A 180, B 46/47, C 82, D 82, F 50); die

Umbenennung der Bolschewiki in „Russische Kommunistische Partei (B)"; die Verlegung der Hauptstadt nach Moskau (A 182, B 47); die Einsetzung einer Geheimpolizei (A 182). Eine detaillierte Erörterung dieser Maßnahmen ist nirgends zu finden. Gerade bei dem Problem der Auflösung der Konstituante wäre das Für und Wider gut zu diskutieren gewesen [14]), und an der Zustimmung der Bolschewiki zum Brester Frieden hätten die Schulbuchautoren die Entscheidungsprozesse mit den Alternativen zum Friedensschluß aufzeigen können [15]); anhand dieses Beispiels könnte den Schülern viel über den Charakter der Oktoberrevolution nahegebracht werden.

„Kriegskommunismus" und „Neue Ökonomische Politik"

Der Begriff „Kriegskommunismus", der in keinem der Bücher auftaucht, bezeichnet die Periode zwischen 1918 und 1921, in der unter den Bedingungen des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention versucht wurde, eine neue Gesellschaftsordnung mit der Absicht aufzubauen, durch Überspringen mehrerer Stufen der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus unmittelbar zum Sozialismus und Kommunismus überzugehen [16]). Mit „Neuer Ökonomischer Politik" (russische Abkürzung NEP) ist die Zeit von 1921 bis 1928/1929 gemeint, in der auf einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus verzichtet, stattdessen bei Sicherung der politischen „Kommandohöhen" durch die Bolschewiki kapitalistische Marktbeziehungen teilweise zugelassen, die Wirtschaft des Landes auf diesem Weg schnell wiederhergestellt und der industrielle Neuaufbau eingeleitet wurden [17]).

Die Schulbücher fassen sich bei der Darstellung dieser Zeit am kürzesten. Ein Sonderfall ist wiederum Buch D. Es lohnt sich, dieses Extrem zu zitieren:

„Die Bauern hatten Lenin und seine Bodenreform zuerst begrüßt, dann aber merkten sie, daß sie das Land, das den Grundbesitzern abgenommen worden war, nun doch nicht behalten sollten. Alles sollte vielmehr gemeinschaftlich (kollektiv) verwaltet werden. Mißernten führten zu einer furchtbaren Hungersnot. Überall in Rußland erhoben sich die Bauern, diesmal gegen die Diktatur der bolschewistischen Parteifunktionäre. Die Aufständischen forderten freie Wahlen, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie das Land als Eigentum der Bauern.

Die Matrosen des Kriegshafens Kronstadt meuterten gegen die Regierung. Sie wurden alle erschossen. Aber Lenin mußte sich entschließen, dem Volk gewisse Freiheiten zu geben und den Bauern zumindest ein kleines Stück eigenes Land überlassen. ‚Wir wollen den Bürgerkrieg in den Dörfern beenden', sagte er, ‚denn wir brauchen eine jahrelange Vorarbeit, um den Übergang zum Kommunismus in die Wege zu leiten.' Das war Lenins ‚Neue ökonomische Politik', wobei die alten Ziele jedoch nicht aufgegeben wurden" (82/83).

Die zahllosen Fehler, Eindeutungen und Wertungen dieses Abschnittes sind kaum zu erfassen. Nur einige Beispiele: Was soll die seltsame Auffassung von der kollektiven Verwaltung des Landes — in der Zusammenfassung (83) heißt

14) Vgl. etwa Geyer, Russische Revolution, S. 110—113.
15) Vgl. Brest-Litowsk, ausgew. u. eingel. von W. Baumgart u. K. Repgen, Göttingen 1969.
16) Vgl. weiterhin Chamberlin; außerdem E. H. Carr, The Bolshevik Revolution, 3 Bde., London 1966 (Penguin Books); L. Kritsman, Die heroische Periode der großen russischen Revolution, Wien — Berlin 1929 (Neudruck Frankfurt 1971, eingeleitet von mir).
17) Vgl. F. Pollock, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—1927, Leipzig 1929 (Neudruck Frankfurt 1971, eingel. von R. Schmucker); H. Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek 1964 (rde); M. Dobb, Soviet Economic Development since 1917, London 1966 (Routledge paperback); Carr, The Interregnum 1923—1924, London 1969, und Socialism in One Country, bisher 2 Bde., London 1970 (beides wieder Penguin Books, weitere Bände sind bereits als Leinenausgabe erschienen; A. Erlich, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924—1928, Frankfurt 1972.

es sogar ausdrücklich: das Land wurde „kollektiviert" — und vom privaten Hofland, das den Bauern nach dem Kronstädter Aufstand überlassen worden sei? Ist das eine Vorwegnahme der Kollektivierung nach 1929 (sie wird in dem Buch sonst nirgends erwähnt)? Auf jeden Fall hat dies nichts mit den historischen Tatsachen zu tun, ebensowenig wie die groteske Behauptung, alle Kronstädter Matrosen seien erschossen worden [18]). Vom „Bürgerkrieg in den Dörfern" ist die Rede, nicht aber vom tatsächlichen Bürgerkrieg und von der bewaffneten ausländischen Intervention, kein Wort fällt über die wirklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, ihre Ursachen und ihre Lösungsversuche durch die Bolschewiki.

Ähnlich entstellt wird diese Zeit in E geschildert, auch hier fehlen Bürgerkrieg und Intervention sowie die wirtschaftlichen Probleme. Die Verstaatlichung wird ungenau dargestellt, die Probleme, die sich dadurch ergaben, kommen überhaupt nicht zur Sprache. Alle anderen Aussagen sollen die Bolschewiki als Minderheit charakterisieren, die jeden Widerstand rücksichtslos beseitigte; dabei wird der „unerbittliche(n) Kampf gegen die Religion und die Kirchen" besonders hervorgehoben. „So war die Sowjetunion der erste Diktaturstaat unseres Jahrhunderts" (alles 248). Mit wenigen Zeilen ist das Urteil gesprochen [19])!

Nicht viel besser ist der entsprechende Abschnitt in F (50). Angedeutet wird der Niedergang der Wirtschaft, dann stellen die Autoren fest, daß zwölf Millionen Russen durch Hunger und Seuchen „in den ersten Jahren der kommunistischen Herrschaft" ums Leben gekommen seien. Danach gehen sie auf Bürgerkrieg und ausländische Intervention ein, lassen jedoch die USA als Interventionsmacht außer Betracht. Es bleibt dem Lehrer oder den Schülern überlassen, einen Zusammenhang zwischen den kriegerischen Ereignissen und den Wirtschaftsproblemen sowie den Todesfällen herzustellen. Die Periode des „Kriegskommunismus" wird in keiner Weise erfaßt, die „Neue Ökonomische Politik" — ebenso wie in E — gar nicht erwähnt (vgl. B 47/67/91/92).

Relativ ausführlich geht A auf die ersten Jahre nach der Revolution ein. Der Autor stellt zunächst dar, mit welchen Schwierigkeiten die neue Staatsmacht zu kämpfen hatte: Bürgerkrieg und Intervention, Freiheitsbestrebungen einiger Völker des ehemaligen Russischen Reiches, Aufstände ehemaliger Anhänger der Bolschewiki (das Attentat auf Lenin im August 1918, wobei allerdings nicht klar wird, wer es ausführte und warum es geschah; die Demonstration der Petrograder Arbeiter und die folgende Kronstädter Revolte von 1921), die Hungersnot von 1921/1922 (181). Dann wird die Politik der Bolschewiki geschildert. Der Leitsatz ist dabei: „So begegnete der neue Staatsführer allen Widerständen mit brutaler Gewalt" (182). Die Geheimpolizei soll der „Ausrottung aller Gegner" (182) gedient haben — eine durchaus einseitige Verkürzung, wenn man die ursprüngliche Absicht, die mit der Einsetzung der „Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage" (russische Abkürzung: Tscheka) verbunden war [20]), und einige soziale Aufgaben — wie die Durchführung von öffentlichen Speisungen in Notzeiten und die Einrichtung von Kinderheimen — bedenkt. Undifferenziert und falsch sind ebenfalls die Aussagen, daß alle, „welche nur etwas anders dachten" als Lenin, mit „gnadenlosem(r) Terror" verfolgt wurden. Man gewinnt nicht den Eindruck, daß es je einen „weißen Terror" gegeben habe.

18) Vgl. P. Avrich, Kronstadt 1921, Princeton 1970.
19) Wie kommen die Autoren nur auf eine Mitgliederzahl der Bolschewiki von 5 % der Bevölkerung, wenn sie sich auf eine Zeit unmittelbar nach der Revolution beziehen? Solche Schnitzer zeigen, wie wenig sorgfältig gearbeitet wurde.
20) Das Gründungsdekret in: Die russische Revolution, S. 334/335.

Nach einem kurzen, ebenfalls wenig differenzierten Hinweis auf die Außenpolitik der neuen Regierung („planmäßig holten sie ein verlorengegangenes Gebiet nach dem anderen wieder herein", 82) wird auf die Verstaatlichung der „Produktionsmittel" (was das ist, weiß der Autor, wie die folgende Aufzählung zeigt, offensichtlich nicht genau) eingegangen — das einzige, was zur Wirtschaftspolitik des „Kriegskommunismus" gesagt wird. Wegen des Bürgerkrieges, der Hungersnot und der Bauernaufstände mußte Lenin einen „vermittelnden Kurs" einschlagen — die „NEP = neue Wirtschaftspolitik". Interessant ist die folgende Charakterisierung: „Den Bauern wurde erlaubt, gewisse Überschüsse ihrer Arbeit nicht mehr abzuliefern [21]), sondern für den eigenen Vorteil zu verkaufen. Das gab der tief darniederliegenden Landwirtschaft einigen Auftrieb. Nun floß auch wieder ausländisches Kapital in die Sowjetunion. Langsam, unter ungeheuren Opfern, führte der Weg des russischen Volkes wieder bergan" (182).

Also: wirtschaftlichen Auftrieb gibt es nur, wenn man zu seinem eigenen Vorteil verkaufen kann; entscheidend ist daneben der Zufluß ausländischen Kapitals ... (etwas besser: C 83/84).

Die „Neue Ökonomische Politik" wird in den übrigen Büchern, neben den schon zitierten Äußerungen, auf die Fraktionskämpfe nach Lenins Tod 1924 [22]) reduziert. A bezeichnet Trotzki und Stalin als die „fähigsten" Mitglieder der Parteiführung (182); gegen beide habe Lenin Bedenken gehabt. Stalin, dessen Lebenslauf knapp referiert wird (natürlich fehlt nicht seine Beteiligung an Raubüberfällen, um die Parteikasse aufzubessern), sei es gelungen, seinen „Nebenbuhler" Trotzki zu verdrängen, aus Rußland auszuweisen und schließlich 1940 ermorden zu lassen (184).

Noch kürzer faßt sich E. Nach der Erwähnung von Lenins Tod und seines Mausoleums auf dem „Roten Platz" (248; darauf wird auch in A 183 hingewiesen), heißt es: „Lenins Nachfolge übernahm Stalin" (249, ähnlich D 145).

F knüpft an Lenins Tod das Resümee, daß sich seine Hoffnungen auf eine Weltrevolution nicht erfüllt hätten, stattdessen in Rußland eine „schreckliche Wirklichkeit" trotz aller „schönen Reden vom sowjetrussischen Arbeiterparadies" geherrscht habe (50).

Außerdem wird noch im Teil über die Weimarer Republik der Vertrag von Rapallo (22) angeführt. Selbst dabei gibt es Ungereimtheiten: In A wird Sowjetrußland einfach unter die Staaten eingereiht, mit denen das Deutsche Reich „neue Handels- und Wirtschaftsverträge" abgeschlossen habe (168); C verwechselt den Rapallo-Vertrag mit dem Berliner Neutralitätsabkommen von 1926 (63). Im wesentlichen korrekt wird der Vertrag von B (67/68), D (95), E (242/243) und F (80, allerdings mit einer etwas undifferenzierten Wertung) dargestellt; B weist auch auf die Abmachung von 1926 und die Bedeutung hin, die der Vertrag für die militärischen Beziehungen zwischen beiden Staaten hatte.

Mit dem Verzicht auf eine fundierte Darstellung der sozialökonomischen Entwicklung und der verschiedenen Konzeptionen während des „Kriegskommunismus" und der „Neuen Ökonomischen Politik" versäumen sämtliche Bücher die Möglichkeit, den Charakter der Oktoberrevolution, die Probleme des Aufbaus des Sozialismus und die Grundlagen für die heutige Situation in der Sowjetunion zu erfassen und den Schülern nahezubringen. Unklar bleibt daher auch, wie es zum „Stalinismus" kommen konnte.

---

21) Auf dieses wichtige Problem war vorher nicht eingegangen worden, es muß hier für den Schüler unverständlich bleiben.
22) Dazu ausführlich: R. V. Daniels, Das Gewissen der Revolution, Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln — Berlin 1962.

Die Zeit der Industrialisierung und Kollektivierung (1929—1941)

Stalin hatte es geschafft: er war an der Macht. „1928 entwarf er den ersten ‚Fünfjahresplan' " (C 84, fast wörtlich auch E 249, ähnlich A 187, F 50). Damit ist bereits die Tendenz markiert: für die Entwicklung seit Ende der zwanziger Jahre werden Stalins Entschlüsse und seine Gesinnung verantwortlich gemacht. Bei der Wiedergabe der Darstellungen kann man sich kurz fassen — sie sind in den Grundzügen fast gleich. Hervorgehoben wird der schnelle Aufbau einer Schwerindustrie — Ausgangspunkt ist dabei in mehreren Büchern die Leninsche Formel „Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes" [23]) —, kritisiert das Zurückbleiben der Verbrauchsgüterindustrie. Sehr ausführlich wird geschildert, welche Not an Gegenständen des täglichen Bedarfs und an Wohnungen herrschte, wie Familien auseinandergerissen („alle sollten nur noch für die Industrialisierung Rußlands leben und sterben", C 84) und „Zwangsarbeiterheere" (A 188) eingesetzt wurden (A 187/188, C 84, D 145/146, E 249 — nur ganz kurz —, F 50—52). Nach der in einigen Büchern vertretenen Meinung hatte die Industrialisierung vor allem die Funktion, die Rote Armee zum „größten Landheer der Welt" aufzubauen (F 52, ähnlich E 249). „Stalins Plan war es, den Kommunismus mit Hilfe einer starken Militärmacht in der Welt zu verbreiten" (D 146) — eine wissenschaftlich nicht haltbare Behauptung.

Nur B geht anders an dieses Problem heran: die Autoren nennen zunächst (92) die Schwierigkeiten, vor denen eine Industrialisierung Rußlands stand (Kapitalmangel, Analphabetismus, primitive Landwirtschaft, außenpolitische Isolierung). Dieser Ansatz ist der Sache adäquater als der der übrigen Bücher, leider wird er jedoch nicht ausgeführt und vor allem nicht durchgehalten. Als Begründung für den vorrangigen Aufbau einer Schwerindustrie wird angegeben, er habe schnell gehen sollen, und aus Furcht vor einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Umwelt sei die Rüstungsindustrie „mit an erster Stelle" berücksichtigt worden. „Kleidung, Schuhe, Wohnungen waren nicht wichtig" (93). Das ist dann doch wieder zu verkürzt. Die Gründe für die Förderung der Schwerindustrie liegen tiefer, und die Konsumgüterindustrie sollte nach dem Fünfjahrplan durchaus weiterentwickelt werden. Es wird — wie in den anderen Büchern — nicht unterschieden bzw. überhaupt nicht dargelegt, wie der Plan zustande kam, wie er inhaltlich wirklich aussah und was dann verwirklicht wurde [24]).

Ganz ähnlich ist die Tendenz bei der Erörterung der Kollektivierung. Kein Wort von den sozialen und ökonomischen Problemen, vor denen die Sowjetmacht am Ende der zwanziger Jahre stand, von den Maßnahmen, die zur Aushöhlung des Systems der „Neuen Ökonomischen Politik" führten, von den einzelnen Etappen der Kollektivierung (die in ihrer ersten Phase als Massenflucht der Klein- und Mittelbauern in die Kollektive aus Existenzangst weit über die Absichten der Regierung hinausging [25]). Stattdessen wird nach einem Hinweis auf

23) Außer C 84, das schon zitiert wurde: A 187 („‚Sozialismus + Elektrizität', das ist der Bolschewismus"!!), D 145. Vgl. meine Dissertation: Die Elektrifizierung und ihre Bedeutung für die Wirtschaftsplanung Sowjetrußlands zur Zeit des „Kriegskommunismus", Inhalt und Funktion des GOELRO-Planes von 1920, Marburg/Lahn 1971 (wird demnächst veröffentlicht).

24) Vgl. außer schon genannter Literatur: Carr, Foundations of a Planned Economy, 1926—1929, 2 Bde., London 1969; W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956; N. Jasny, Soviet Industrialization 1928—1952, Chicago 1952; N. Spulber, Soviet Strategy for Economic Growth, Bloomington 1964; R. Lorenz, Erste Entwürfe zu einem Fünfjahrplan, in: „Österreichische Osthefte" 6/1967, S. 442—458; ders., Ergebnisse und Perspektiven der Industrialisierung während der Neuen Ökonomischen Politik, in: „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas" 2/1968, S. 212—231. — Eine Anmerkung am Rande: die Daten über die einzelnen Fünfjahrpläne sind in den meisten Büchern nicht immer in Ordnung, auch das müßte überarbeitet werden.

25) Vgl. D. Bronger, Der Kampf um die sowjetische Agrarpolitik, Köln 1967; M. Lewin, La paysannerie et le pouvoir soviétique 1928—1930, Paris 1966 (auch engl. erschienen); R. Lorenz, Die Stagnation der sowjetischen Getreidewirtschaft zwischen 1927 und 1929, in: „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas", 3/1970, S. 389 bis 425.

die Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft in erster Linie geschildert, wie gewaltsam alles vor sich ging. Die Kulaken wurden „ausgerottet" (A 185) [26]), jeder Widerstand der Bauern „rücksichtslos" (A 186) gebrochen (vgl. B 93, E 249, F 51; C und D gehen überhaupt nicht auf die Kollektivierung ein). Natürlich müssen auch die negativen Seiten dieser Politik geschildert werden, aber es zeugt von Einseitigkeit und fast schon Indoktrinierung, wenn sie entgegen den historischen Tatsachen und Zusammenhängen so in den Vordergrund treten, wie es in einigen Büchern geschieht; ich habe bereits anfangs darauf hingewiesen, daß die Zeit von 1929—1939 in der Darstellung fast durchgehend den größten Umfang einnimmt.

Im Zusammenhang mit Industrialisierung und Kollektivierung wird überwiegend auf die „Säuberungen" der dreißiger Jahre eingegangen. Die Zahl der Verhaftungen, Hinrichtungen und Einweisungen in Arbeitslager dient als Beweis für die Terrordiktatur Stalins (A 184, B 94, weiter B 91—94 in den Quellenstellen, C 84, D 146 — durch Zitat aus Chruschtschows Geheimrede von 1956 —, E 250, F 52). Das geht dann allerdings so weit, daß von der „geheimen Staatspolizei" (in Analogie zur deutschen Gestapo) und von „Staatssklaven" gesprochen wird (F 52, gl. auch E 249).

In einigen Büchern wird der Widerspruch zwischen den „Säuberungen" und der Verfassung von 1936, die der Sowjetunion von Stalin gegeben worden sei, hervorgehoben (E 249/250, F 52). F weist außerdem noch besonders auf die Unterdrückung des Glaubens und der Kirchen hin (52) [27]).

Darüber hinaus folgen teilweise Ausführungen zum Erziehungswesen, zur kommunistischen Ideologie und zum Problem der Weltrevolution. C erwähnt lobend die Erfolge bei der Beseitigung des Analphabetentums und der Verbesserung des Bildungswesens (84). A stellt diese Erfolge in Beziehung zu einer Bevorzugung von Parteianhängern und zur Notwendigkeit, Fachkräfte für die wirtschaftliche Entwicklung heranzubilden sowie einen „einzigen Block des Willens" zu formen. Die „unablässige(r) Propaganda" und der „Eiserne(r) Vorhang", der sich „zwischen die Menschen der Sowjetunion und die übrige Welt" gesenkt habe, um alle schädlichen Einflüsse abzuwehren, werden besonders betont (189).

B geht einen Schritt weiter und schließt aus der Bevorzugung von Funktionären und technischer Intelligenz, daß eine „neue Klasse" entstanden sei. „Sie hatte Macht und Vorrechte, sie litt nicht Not, war mit allen Gütern wohl versorgt, während die Masse des Volkes Entbehrungen litt". Die Arbeiter hätten dagegen ein Recht nach dem anderen verloren (94). Diese Behauptung wäre nur dann nicht zu kritisieren, wenn Material angeboten würde, um sie qualifiziert diskutieren zu können.

Teilweise noch deutlichere Urteile enthalten die Abschnitte, die sich mit der Weltrevolution beschäftigen. A hält Deutschland mit einem Zitat aus dem „Kommunistischen Manifest" und frühen Lenin-Äußerungen für das Hauptobjekt einer sozialistischen Revolution. Es wird dann auf den Umfang des gegenwärtigen „bolschewistischen(r) Weltblock(s)" einschließlich Chinas hingewiesen. Unterlegt durch zwei kurze Zitate von Chruschtschow und Mao Tse-tung gibt der Verfasser folgende Zusammenfassung (gesperrt gedruckt): „Planmäßig arbeitet

[26]) Darf man in einem Geschichtsbuch so undifferenzierte Aussagen machen? Warum sagt man nicht: „Die Kulaken wurden zum Teil zwangsweise umgesiedelt; dabei kamen viele von ihnen um", o. ä.? — Immerhin werden auch einige Vorteile der Kollektivierung aufgezählt (A 186). — Auf einzelne Fehler gehe ich wieder nicht ein.

[27]) Zu den Säuberungen: Die Moskauer Schauprozesse 1936—1938, hrsg. von Th. Pirker, München 1963 (dtv-dok.); R. Conquest, Am Anfang starb Genosse Kirow, Säuberungen unter Stalin, Düsseldorf 1970.

dieser Block daran, die Wirren und Nöte der freigewordenen Kolonialvölker in Asien und Afrika auszunutzen und sie auf seine Seite zu ziehen. Der Bolschewismus ist damit zu einer der größten Herausforderungen der Menschheit in der neueren Geschichte geworden. Und es gibt kaum ein Volk und einen Menschen in unserer Welt, der sich nicht damit zu befassen hätte und mit ihr fertig werden muß" (190).

Ähnlich einprägsam teilen auch zwei weitere Bücher dem Schüler mit, was auf jeden Fall behalten werden sollte.

„Wenn es auch Stalin auf diese Weise gelungen war, sich zum Diktator in einem Land zu machen und die militärische Macht der Sowjetunion zu stärken, blieb als letztes Ziel des Kommunismus doch die Weltrevolution im Sinne von Karl Marx. Deshalb bestand und besteht dauernd eine enge Verbindung zwischen der kommunistischen Partei Rußlands und den gleichen Parteien in den anderen Ländern der Welt" (E 250).

„Als Stalin seine Herrschaft in Rußland gesichert hatte, wandte er sich der Ausbreitung der kommunistischen Lehre in anderen Ländern zu. Die kommunistische Welteroberung war auch für ihn das letzte Ziel. Es gelang ihm, alle kommunistischen Parteien dem Willen der russischen Parteiführung (Politbüro) zu unterwerfen" (F 57).

In den Abschnitten über das „Dritte Reich" und den Zweiten Weltkrieg erscheinen — um darauf noch kurz einzugehen — in den Büchern einige Bemerkungen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 und den gegenseitigen Beziehungen bis 1941. Der Vertrag, das Zusatzabkommen und das parallel dazu abgeschlossene Wirtschaftsabkommen werden durchgehend nicht ganz korrekt dargestellt (A 232/233, B 111, C 71, D 111, E 256, F 142). Vor allem wird entgegen den bisher vorliegenden Quellen aus dem Vertrag geschlossen, daß durch ihn bereits eine Eingliederung der als Interessensphären bezeichneten Gebiete festgelegt worden sei [28]). Über die Beweggründe, die die Sowjetunion zum Abschluß dieses Vertrages veranlaßt haben könnten, wird, wenn überhaupt, nur sehr oberflächlich etwas gesagt (A 233: Förderung der Weltrevolution); auf das Scheitern der vorhergehenden sowjetischen Außenpolitik (Unterstützung für Volksfrontregierungen, Vorschläge für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa) und ihre inneren Widersprüche, auf den Einfluß, den das Verhalten der Westmächte beim Münchner Abkommen von 1938 auf die sowjetische Führung ausübte, auf die Problematik der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen von 1939 wird — abgesehen von kurzen Hinweisen — nicht eingegangen (die deutsche Seite soll hier nicht berührt werden).

Die eventuellen Vorteile, die beide Seiten durch das Wirtschaftsabkommen hatten, werden nicht erörtert, ebensowenig wie die tatsächlichen Konflikte zwischen beiden Staaten und das Problem, inwieweit sich die Sowjetunion auf einen Krieg mit dem nationalsozialistischen Deutschland vorbereitete. Daß der Angriff vom 22. Juni 1941 ein lang geplanter Überfall war, wird so gut wie nicht dargestellt (eine Andeutung in F 148, nicht ganz korrekt in D 114), schon gar nicht, aus welchen Gründen es dazu kam (vgl. A 235, immerhin: 218, B 113/114, C 73 — sieht wenigstens die Beziehung zum England-Feldzug —, E 261) [29]).

28) Vgl. als bezeichnendes Beispiel E 256.

29) Vgl. zu diesem Thema: W. Laqueur, Deutschland und Rußland, Berlin 1966; M. Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia, 1929—1941, 2 Bde., London — New York — Toronto 1955/1956; L. Fischer, Russia's Road from Peace to War, Soviet Foreign Relations 1917—1941, New York — Evanston — London 1969; Ph. Fabry, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939—1941, Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik, Darmstadt 1962; ders., Die Sowjetunion und das Dritte Reich, Stuttgart 1971; Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 1: Die Vorbereitung und Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch die imperialistischen Mächte, Berlin 1962.

II

Im folgenden soll versucht werden, einige spezielle Fragen, die den Überblick im I. Teil ergänzen, anzuschneiden. Die Beispiele können vielleicht — abgesehen von ihrem Informationswert — die Probleme einer Analyse von Schulbüchern verdeutlichen und den Anstoß für vertiefte Untersuchungen geben [30]).

Der Standort der Schulbuchverfasser geht weitgehend schon aus dem Überblick im I. Teil hervor. Von zwei Autoren wird er ausdrücklich in der Einleitung oder im Ausblick gekennzeichnet: „Entscheidend für euer Schicksal ist ein rechtes Verständnis zu den Hauptaufgaben unserer Zeit: der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, der europäischen Einigung, der Hilfe für die Entwicklungsländer" (D 3). — Der Kommunismus ist die „größte Herausforderung der Menschen unseres Jahrhunderts" (A 306), der Bolschewismus eine „gegenwärtige Diktatur" (A 307, vgl. 190). Diese Abwehrhaltung ist in allen Büchern vorhanden, wenn auch nicht immer so ausgeprägt.

Wie anfechtbar die Bücher oft sind, machen einige Einordnungen der Geschichte Sowjetrußlands deutlich. In B wird ein Großteil unter der Überschrift behandelt: „Können Diktatoren ihren Völkern helfen?" (86). Neben Stalin ist damit Hitler gemeint, die Staaten dieser beiden „Führer" werden daher auch folgerichtig als „totalitäre Diktaturen" (97) bezeichnet [31]) (vgl. A 183/232, E 256).

Die anderen Schulbuchverfasser ordnen das Thema unter einem aktuellen Bezug (C 81, D 129), unter der Zeit zwischen den Weltkriegen (E 237, F 47) oder unter nichtssagender Überschrift ein (A 137).

Um grundsätzliche Einstellung der Autoren und Einordnung des Themas näher analysieren und damit die Geschichtsauffassung der Autoren und ihre didaktische Konzeption bestimmen zu können, müßte der Inhalt der Bücher systematischer und umfassender untersucht werden, als es hier der Fall sein kann.

Eine wesentliche Aussage über die didaktische Qualität liefert immerhin die Antwort auf die Frage: Wird der Schüler in den Büchern über kontroverse wissenschaftliche Positionen informiert? Werden ihm Alternativen in den Entscheidungsprozessen aufgezeigt? Die Antwort lautet durchgehend: Nein [32]). Diese beiden Elemente, die zu einer kritischen Geschichtsbetrachtung beitragen könnten, werden zugunsten einer abgerundeten Darstellung vernachlässigt.

Selbst wenn man auch hier noch meint, der zur Verfügung stehende Raum in den Büchern sei zu gering, um diese hohen Ansprüche zu verwirklichen, muß es zu denken geben, wie die Wertungen der Autoren im einzelnen ausfallen und welche Rolle sie in diesem Zusammenhang den „großen Persönlichkeiten" zugedacht haben.

---

30) Der Leser wird vielleicht einige methodische Bemerkungen zur Inhaltsanalyse erwarten. Ich habe darauf verzichtet, weil die Probleme soeben von J. Ritsert (Die Inhaltsanalysen, Frankfurt/M 1972) umfassend dargelegt wurden. Einige Arbeitsgruppen haben im Rahmen von Übungen, die unter der Leitung von Prof. W. Klafki oder mir 1970/71 an der Universität Marburg stattfanden, versucht, Inhaltsanalysen von Schulgeschichtsbüchern anzufertigen. Sie bauten dabei auf der Methode auf, die bei R. Mayntz / K. Holm / P. Hübner (Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, Köln — Opladen 1969, S. 151—167) beschrieben ist. Es stellte sich heraus, daß die Probleme der Operationalisierung nicht vollständig gelöst werden konnten. Andererseits trug die Arbeit an den Inhaltsanalysen dazu bei, unreflektiertes methodisches Verfahren, willkürliche Spekulation und unberechtigte Wertungen beim Untersuchenden zu verhindern. Ich habe versucht, mir diese Ergebnisse zunutze zu machen, ohne im einzelnen nach der Methode von Mayntz / Holm / Hübner vorzugehen. Den Anregungen der Arbeitsgruppen habe ich dabei viel zu verdanken.

31) Die „Totalitarismus-Doktrin" ist politisch wie wissenschaftlich gleichermaßen anfechtbar. Vgl. Wege der Totalitarismus-Forschung (Wege der Forschung Bd. CXL), hrsg. von B. Seidel u. S. Jenkner, Wiss. Buchgesellschaft Darmstadt 1968; Greiffenhagen / Müller / Kühnl, Totalitarismus, Zur Problematik eines politischen Begriffs, München 1972 (List Taschenbücher der Wissenschaft).

32) In B wird 1917 die Alternative rechtsstaatliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats aufgestellt, die jedoch die Wirklichkeit nicht trifft (s. Teil I).

Einen ersten Hinweis gibt die Auszählung der in den Büchern auftauchenden Personennamen, Bezeichnungen und Begriffe. Bei den Persönlichkeiten liegen Lenin und Stalin unangefochten an der Spitze. Interessanterweise tritt in zwei Büchern Stalin stärker hervor als Lenin (E und F); in ihnen dominieren auch die negativen Seiten der „Stalinzeit", wie aus dem I. Teil ersichtlich ist [33]).

Welcher Inhalt und welche Wertungen werden mit den Persönlichkeiten und Begriffen verbunden? Bei der Beurteilung Lenins und Stalins sind zwei Ebenen zu unterscheiden: 1) fast alles, was geschieht, ist ihr Werk; 2) sie handeln planmäßig, entschlossen, „gnadenlos", „rücksichtslos", mit Terror und Gewalt. Nur an einigen Stellen werden bei Lenin auch „positive Züge" gezeichnet. Die folgenden Beispielzitate sind typisch:

Lenin „wollte eine neue Gerechtigkeit, eine neue soziale Ordnung"; er war „entschlossen, sein Leben dem Umsturz zu weihen", und handelte „mit kalter, klarer Entschlossenheit", „planmäßig" (A 177) und „rücksichtslos" (A 187, vgl. 186/187 für Stalin). Mit „seine(r) bolschewistische(n) Partei" (A 179) „entfachte Lenin die Revolution in einem ausgesprochenen Agrarstaat"; „am 8. November hatte Lenin gesiegt" (A 180). „So begegnet der neue Staatsführer allen Widerständen mit brutaler Gewalt" und mit „gnadenlosem(r) Terror gegen alle . . ., die gegen ihn waren". „Ungerührt sah er dem Sterben von Tausenden und Hunderttausenden zu" und opferte „mit eiskalter Entschlossenheit ganze Generationen" (A 182).

Lenin war „der klügste und entschlossenste russische Revolutionär" (B 43). Er „verfügte über viele geschulte Revolutionäre, er hatte ein festes Programm, und er war entschlossen, Gewalt anzuwenden" (B 46). „Lenin wollte eigentlich alle Menschen zu glücklichen Bürgern in einem künftigen ‚Paradies der Arbeiter und Bauern' machen. Aber er war so besessen von diesem Gedanken, daß er alle diejenigen unbarmherzig ausrotten ließ, die seine Maßnahmen nicht billigen wollten" (C 83). „Lenin beschloß, Rußland in kürzester Zeit zu einem technisch fortschrittlichen Staat zu machen" (C 84). „Lenin hetzte die Bevölkerung gegen Kerenski auf" (D 82). „Lenin mußte sich entschließen, dem Volk gewisse Freiheiten zu geben . . ." (D 83). — Die „Führerstilisierung" in F wurde bereits ausführlich zitiert. In E fehlen solche Sätze; das liegt wahrscheinlich an der Kürze des Abschnittes.

Zusammen mit den Zitaten im I. Teil ergibt sich ein klares Bild der durchgängigen Wertungen und Urteile. Lenin und Stalin sind die negativen Helden der Geschichte Sowjetrußlands, die „übermächtigen Subjekte" — „historische Sachverhalte (werden) auf Handlungen ‚großer Männer' reduziert" [34]). Die Bedeutung der Persönlichkeiten Lenin und Stalin muß sicher bedacht werden. Aber die Stilisierung, wie sie in den Schulbüchern vorgenommen wird, hat keinen Bezug mehr zur geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit [35]).

Wahrscheinlich haben sich die Schulbuchautoren — abgesehen von ihrem eigenen Geschichtsverständnis — weitgehend von Aussagen beeinflussen lassen, die von Psychologen für den Geschichtsunterricht geltend gemacht wurden. Danach müsse das Überindividuelle individualisiert, das Komplizierte auf einfache Hand-

---

33) Den Gipfel an Personalisierung bildet A: nach meiner Zählung wird dort Lenin 102mal erwähnt, Stalin 30mal!
34) L. v. Friedeburg / P. Hübner, Das Geschichtsbild der Jugend, München 1964, S. 11, vgl. S. 51.
35) Vgl. zu den nachteiligen Folgen einer solchen Personalisierung den genannten Überblick von v. Friedeburg / Hübner sowie K. Bergmann (Anm. 4). Ich gehe hier nicht näher darauf ein.

lungen reduziert werden [36]). „Der Kämpfer, der Führer haftet in der Erinnerung des Volkes, des Menschen und des Kindes . . ." [37]). Nichtpersonalisierte Geschichte werde nicht verstanden und vor allem nicht behalten.

Demgegenüber ist aber betont worden: Verschiedene Untersuchungen „zeigen, daß auch unter den heutigen Verhältnissen bereits in der 7., sicherlich in der 8. Volksschulklasse Geschichte als Prozeß in seinen Ursachen, entscheidenden Ereignissen und Folgen verstanden werden kann" [38]). Geschichtsbücher, die Geschichte im wesentlichen auf das Handeln „übermächtiger Subjekte" reduzieren, lassen die Haupt- und Realschüler — bestenfalls — auf dem Stand von Zehnjährigen. Sie erhalten damit ein falsches Geschichtsbewußtsein, keine Hilfen für ein Verständnis der Gegenwart und für eine Beurteilung des eigenen politischen Handelns. Wollen die Schulbuchautoren dazu beitragen, daß Erwachsene ihre Geschichte und ihre Gegenwart wie Zehnjährige begreifen und danach handeln?

Leider hat der Überblick im I. Teil bereits klargemacht, daß auch die übrigen Urteile und Wertungen diese Interpretation nicht mildern können. Eine kleine Gruppe entschlossener Revolutionäre, eine grausame Diktatur, Terror gegen alle Andersdenkenden, Gewalt gegen die Bauern bei der Kollektivierung, Zwangsarbeiterheere zur Durchführung der Industrialisierung, Indoktrination der Menschen, bedrohliche weltrevolutionäre Absichten — das sind die Stereotypen, die immer wieder auftauchen.

Die Haltung gegenüber Geschichte und Gesellschaft Sowjetrußlands drückt sich in Wertungen aus, die nicht begründet werden, sondern einseitig und verzerrt Negatives besonders betonen, oft mit einer Wortwahl, die zumindest Antipathie erzeugen soll.

Diese Wertungen verstärken die Tendenz, die sich bei der Verkürzung des Stoffes auf die Handlungen großer Persönlichkeiten zeigt, die dem Schüler das Nachvollziehen erleichtern soll: die „Helden" der sowjetischen Geschichte soll er als die „großen Bösewichter" empfinden, gegen die die „guten Helden" ankämpfen müssen, was er freudig begrüßen wird (wenn das Schulbuch seine Wirkung nicht verfehlt). Die Gewichte sind somit im ganzen Text klar verteilt. In Sowjetrußland herrscht eine „schreckliche Wirklichkeit", alles wird unterdrückt, und wer dagegen ankämpft, leistet einen „heldenmütigen Kampf".

Das historisch Neue an Sowjetrußland — die Ansätze zu einer radikalen Demokratie, die gesellschaftliche Umwälzung, die Wirtschaftsverfassung — wird, wenn die Autoren es überhaupt erwähnen, als utopisch, manipulierbar, terroristisch, zu heilloser Unordnung führend dargestellt. Dabei wird auch vor einer Verfälschung der historischen Tatsachen nicht zurückgeschreckt, vor allem aber das, was unter den besonderen historischen Verhältnissen in Rußland noch nicht dem eigenen Anspruch gerecht werden konnte und mit negativen Erscheinungs-

36) H. Roth, Kind und Geschichte, Psychologische Voraussetzungen des Geschichtsunterrichts in der Volksschule, München 1955, S. 109 ff., 112 u. a. Stellen. Ein Zitat: „Alle Geschichte ist in Handlungen zurückzuverwandeln. Kinder und Jugendliche müssen sich mit handelnden Personen identifizieren können" (Roth, S. 112).

37) W. Küppers, Zur Psychologie des Geschichtsunterrichts, Eine Untersuchung über Geschichtswissen und Geschichtsverständnis bei Schülern, Bern — Stuttgart 1961, S. 78 u. a. Stellen. Vgl. dazu auch: Geschichtsunterricht ohne Zukunft? (Anm. 4), 1. Bd., S. 30—132 (Aufsätze von Küppers, Freyh, Schörken, Streiffeler).

38) W. Jaide, Über die Entwicklung des historischen Verständnisses, in: „Schule und Psychologie", 1/1955, S. 9—21, hier S. 18. Zu der Auffassung, daß Kinder im Verlaufe einer — verhältnismäßig formal verstandenen — Phasenentwicklung dahin kämen, differenzierte und komplizierte Sachverhalte aufzunehmen (wie sie von Küppers und Roth vertreten wird), vgl. auch R. Oerter, Moderne Entwicklungspsychologie, 6Donauwörth 1970, bes. S. 47 ff.; G. Oestreich, Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit, Eine kritische Besinnung auf die psychologischen Voraussetzungen des Geschichtsunterrichts und den Bildungswert von Geschichte überhaupt, in: „Westermanns Pädagogische Beiträge", 10/1969, S. 543—552; K. Bergmann, S. 42—57.

formen behaftet war, als das Wesen der neuen Ansätze hingestellt. Dadurch wird dem Schüler jede Möglichkeit genommen, die Geschichte Sowjetrußlands adäquat zu beurteilen, Alternativen der eigenen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu durchdenken und der geschichtlichen Entwicklung angemessene Kategorien für das eigene politische Handeln zu gewinnen [39]).

Der Mangel an Differenziertheit und die fehlende Möglichkeit für die Schüler, selbständig zu einem Urteil zu kommen, wird auch nicht durch das Angebot an Quellen ausgeglichen. Die Bücher A, C, D und E bringen überhaupt keine Quellen. F zitiert lediglich ausführlich aus einer „von der bolschewistischen Partei herausgegebenen", sonst aber nicht näher bezeichneten Geschichte der KPdSU (56/57) [40]). Laut Vorspann soll der Ausschnitt von der „Stalinzeit" handeln, tatsächlich ist es eine Zusammenfassung: „Was lehrt uns die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)?" (56). Das Zitat wird nicht kommentiert, es ist für den Schüler nicht verständlich (Begriffe wie Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Trotzkisten, Bucharinleute, Ökonomisten etc. sind in dem Buch nie erklärt worden), die Ausführungen müssen ihnen als Kauderwelsch erscheinen, sie sollen wahrscheinlich wieder abschreckend wirken. Material für eine kritische Geschichtsbetrachtung liefern sie — falls der Lehrer keine zusätzlichen Quellen anbietet — jedenfalls nicht.

Bedeutend mehr Quellen führt B an. Beinahe jede Seite ist zur Hälfte — farblich vom Text abgesetzt — mit Quellenausschnitten gefüllt. Im wesentlichen sind es Augenzeugenberichte oder Beiträge „führender Persönlichkeiten" (Lenin, Trotzki, Kerenski, Stalin). Themen der Quellen sind die Revolutionen von 1917, Industrialisierung und Kollektivierung (dabei wird der Terror der GPU besonders herausgestellt) sowie die Säuberungen der dreißiger Jahre. Der Eindruck, den man aus der Lektüre der Quellen gewinnt, entspricht der Tendenz des Textes [40a]).

Die Arbeitsanregungen schließlich, die in allen Büchern außer in C und E gegeben werden, tragen ebenfalls nicht zu einem Verständnis der Geschichte oder zu einer eigenständigen Beurteilung bei. Vielfach dienen sie lediglich der Überprüfung des gelernten Wissens (A 180, 189, 190; B 94; D 84, 148; F 57). Dabei werden vor allem wieder die „übermächtigen Subjekte" und die besonders mit Wertungen behafteten Begriffe in Erinnerung gebracht. — Einige Fragen fordern die grundsätzliche Bewertung der Sowjetherrschaft im Sinne der Autoren geradezu heraus. So heißt es in A, sowohl das Zarenreich als auch die Sowjetunion seien Diktaturen; die Sowjets behaupteten jedoch, „durchaus ‚demokratisch' zu sein, den ‚wahren Willen des Volkes' zu vollziehen. Es gibt dazu viel zu sagen!" (183; auch B 94; D 84, 148; F 57).

Mit anderen Anregungen soll ein Aktualitätsbezug hergestellt werden: „Die Kollektivierung der Landwirtschaft in Rußland ist auch für uns eine sehr wichtige Angelegenheit. Denn sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auch in den Ländern durchgeführt, die nun unter die sowjetische Herrschaft gerieten. Vielleicht lebt

39) Diese Zusammenfassung gilt natürlich nicht für jedes Buch in gleicher Weise. Der Leser wird die Unterschiede aus den zitierten Beispielen und dem Überblick in Teil I ersehen können. Die Tendenz scheint mir aber durchgehend vorhanden zu sein.

40) Das Zitat ist eine gekürzte (worauf in zwei Fällen nicht hingewiesen wird) Fassung der „Schlußfolgerungen" in: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, gebilligt vom ZK der KPdSU (B) 1938, Stuttgart 1952, S. 439—451 (auch in anderen Ausgaben erschienen), also ein in einer ganz bestimmten historischen Situation entstandener Text, auf die mit keinem Wort hingewiesen wird.

40 a) Im übrigen wird noch nicht einmal richtig Quellenkritik geübt. Zwar gibt es nach jeder Quelle Fragen an den Text, die teilweise nützlich sind (der Inhalt soll dadurch klarer werden und die Schüler sollen über Ursachen und Folgen der jeweils genannten Ereignisse nachdenken), teilweise aber auch recht problematisch (sie reproduzieren tendenziöse Aussagen). Andererseits findet sich kein Wort über die Verfasser (einige sind Emigranten), über die Entstehung der Schriften, aus denen zitiert wird, oder über den Rahmen, in dem sie stehen. Die Schüler sollen das also einfach so akzeptieren?

ein geflüchteter Bauer aus der Sowjetzone in eurem Ort? Laßt euch von ihm erzählen, weshalb er seine Heimat verließ und wie er seinen Hof verlor!" (A 186, vgl. D 84). — Eine Ausnahme stellen einige Arbeitsvorschläge dar, die den Vergleich der Zustände in Rußland vor der Revolution (A 176) und während der Industrialisierung (B 94) mit denen anderer Länder empfehlen.

Ein Sonderfall ist der Abschnitt „Lehre und Programm Lenins" im Anhang „Damals — Heute — Morgen" von B (199—201), der aber auch als Arbeitsanregung behandelt werden kann. Unter der Überschrift „Aus Lenins Revolutionslehre" werden in vier Kapiteln („Warum soll die bestehende Staatsordnung umgestürzt werden?" — „Was soll nach dem Umsturz geschehen?" — „Wozu soll die Diktatur des Proletariats führen?" — „Was ist das Endziel?") kurze Zitate aus Lenins Schriften — meist aus „Staat und Revolution" — angeführt. Es folgen Fragen zum Verständnis des Inhalts und die Rubrik „Können Sie Stellung nehmen". Dabei geht es vor allem um die Gesellschaftsordnung der BRD (verkürzt ausgedrückt: Ist es bei uns so, wie Lenin kapitalistische Verhältnisse beschreibt?). Einige Fragen können durchaus die Kritikfähigkeit verbessern (etwa S. 200: „Wie kontrolliert unser Staat die wirtschaftliche Macht?" — „Mit welchen Mitteln versuchen die Wirtschaftsgruppen auf die Politik Einfluß zu nehmen?"). Im allgemeinen soll aber offensichtlich durch die Stellungnahmen das Bewußtsein der Schüler dahin gelenkt werden, daß bei uns eigentlich alles in Ordnung sei. Etwas zu leicht wird einigen Äußerungen Lenins ein utopischer Zug unterschoben. Die Schüler dürften auf der Grundlage der wenigen „Kernsätze" nicht in der Lage sein, Lenins „Lehre und Programm" zu verstehen und zu beurteilen — auch der historische Bezug der jeweiligen Äußerungen bleibt im Dunkeln —, ebensowenig wie sie die Fragen nach unserer Gesellschaftsordnung beantworten können, da dazu überhaupt kein Material angeboten wird [41]).

So werden die guten Ansätze dieses Anhangs — durch eine vertiefte Erörterung die kritische Auseinandersetzung mit den Gesellschaftsordnungen Sowjetrußlands und der BRD anzuregen — wieder zunichte gemacht. Statt dessen wird der Eindruck, den der Schüler wahrscheinlich von der Behandlung des Themas im Hauptteil des Buches hatte, auf eine subtile Weise verstärkt.

III

In dieser Arbeit wurde eine ganze Reihe von Dimensionen ausgeklammert, die bei einer umfassenden Analyse berücksichtigt werden müßten: der politisch-gesellschaftliche Rahmen, in dem die Schulbücher zu sehen sind und der vielleicht viele Tendenzen der Darstellung erklärt; das Verhältnis der Schulbücher zu den wissenschaftlichen „Standardwerken" über das betreffende Thema [42])

41) Die Autoren rechnen offenbar damit, daß dies vom Sozialkundeunterricht oder durch die Initiative des Lehrers geboten wird.

42) Man vergleiche etwa die beiden Zitate: „Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand ein bolschewistischer Weltblock unter der Führung der UdSSR (und Rot-Chinas), der über 1 Milliarde Menschen vereinigt und vom Pazifik bis zur Elbe und Donau und dem Mittelmeer reicht. Zu dieser äußeren Ausdehnung trat die innere Stärkung dieses Machtblockes durch die immer fortschreitende Industrialisierung. Planmäßig arbeitet dieser Block daran, die Wirren und Nöte der freigewordenen Kolonialvölker in Asien und Afrika auszunutzen und sie auf seine Seite zu ziehen. Der Bolschewismus ist damit zu einer der größten Herausforderungen der Menschheit in der neueren Geschichte geworden. Und es gibt kaum ein Volk und einen Menschen in unserer Welt, der sich nicht damit zu befassen hätte und mit ihr fertig werden muß" (A 190). — „Greift doch, auf russischem Boden angelegt, Lenins Experiment mit seinen Auswirkungen weit über dessen Grenzen hinaus, um nicht nur die nunmehr gleichgestimmten oder beherrschten Räume in Ostasien und Osteuropa, sondern auch die übrige Welt in seinen Bann zu ziehen. Daraus hat sich für den Menschen des 20. Jahrhunderts weit über das Problem seiner physischen oder politischen Existenz hinaus eine Bedrohung ergeben, die sich bis zur Veränderung des innersten seelischen Kernes seines Menschentums erstreckt. Der Bolschewismus ist zu einer der größten Herausforderungen der Menschheit in der neueren Geschichte geworden" (G. v. Rauch, Lenin, Grundlegung des Sowjetsystems, Göttingen — Berlin — Frankfurt 1957, S. 99).

und zu den vorliegenden didaktischen Konzeptionen [43]); das Problem der Verkürzung wissenschaftlicher Ergebnisse in Schulbüchern; die Vorschriften der Lehr- und Bildungspläne sowie der einschlägigen Richtlinien [44]); die Zwänge, die möglicherweise von der Kultusminister-Bürokratie und der Gutachter-Praxis ausgehen [45]); die Bedeutung und die Wirkungen von Schulbüchern im Unterricht; die Einflußmöglichkeiten von Quellenheften; die Handreichungen für Lehrer zu den Schulbüchern [46]); die Persönlichkeit des Lehrers und sein Unterrichtsstil; die Einflüsse, die außerhalb der Schule das Geschichtsbild der Schüler (und der Lehrer) formen [47]).

Allein aus dem Überblick über den Inhalt der sechs Schulgeschichtsbücher lassen sich bereits folgende Ergebnisse zusammenfassen:

1) In allen Büchern sind eindeutig falsche Angaben enthalten.

2) Aussagen, die dem Argumentationsschema widersprechen, oder komplizierte Sachverhalte werden vielfach weggelassen bzw. auf kurze Hinweise und Urteile reduziert, die Reflexion, qualifizierte Diskussion oder Urteilsbildung nicht ermöglichen. Probleme, die in der wissenschaftlichen Forschung umstritten sind oder unterschiedliche Interpretationen zulassen, werden so abgehandelt, als ob es nur eine Meinung dazu gäbe.

3) Die Darstellung ist überwiegend auf „große Persönlichkeiten" oder kleine, radikale Gruppen als Handelnde fixiert. Soziale Bewegungen bleiben außerhalb des Blickfeldes.

4) Soziale und ökonomische Probleme werden vernachlässigt. Das Optimum sind kurze Bemerkungen, die aber für eine Erörterung und Beurteilung nicht ausreichen.

---

43) Vgl. etwa: O. Anweiler, Osteuropakunde in der politischen Bildung und im Geschichtsunterricht, in: „Osteuropa", 9/1959, S. 530—534; Die Darstellung Osteuropas im deutschen Bildungswesen, Ein Beitrag zur Erziehung zur internationalen Verständigung, Bericht über eine Tagung vom 21.—24. 11. 1966, bearb. v. E. Lemberg, Hamburg 1968 (mit Bibl.!); H.-J. Gamm, Das Bild vom Osten — eine Bestandsaufnahme für die politische Erziehung, in: „Westermanns Pädagogische Beiträge", 8/1969, S. 127—134; H. Giesecke, Ostthematik in der politischen Bildung, in: „West-Ost-Berichte", 6/1960, S. 253 ff.; C. Hagener, Zum Beispiel Ostkunde, Über den ‚cultural lag' pädagogischer Meinungen, in: Westermanns Pädagogische Beiträge 1/1969, S. 1—12; W. Kampmann, Die Geschichte der Sowjetunion, Didaktischer Entwurf, Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Für die Hand des Lehrers 1, Oldenburg 1964; E. Lemberg, Ostkunde, Grundsätzliches und Kritisches zu einer deutschen Bildungsaufgabe, Hannover 1964; W. Mitter, Grundfragen der Geschichte Rußlands im Unterricht, in: „Gesellschaft — Staat — Erziehung", 6/1961, S. 255—279; ders., Gesichtspunkte zur Didaktik und Methodik der Behandlung von Ostfragen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 44/1962; ders., Ideologie und Wirklichkeit, Ein Arbeitsmodell zur Behandlung sowjetischer Gegenwartsfragen, in: „Gesellschaft — Staat — Erziehung", 6/1965, S. 474—493, 1/1966, S. 49—63; J. Rohlfes, Ostkunde im Unterricht, Vorträge, in: „Der Wegweiser", 42/1962; O. Wenzel, Der Kommunismus als Herrschaftssystem und seine Darstellung im Unterricht, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 57, Bonn 1961; H. Conert, Der Kommunismus in der Sowjetunion, Historische Voraussetzungen, Wandlungen, gegenwärtige Strukturen und Probleme, Frankfurt 1971 (Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht, hrsg. von I. und R. Schmiederer, Bd. 10/11).

44) Vgl. etwa die Empfehlungen zur Ostkunde (1956) und die Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus (1962), zuletzt zusammengestellt in: Kampf der Verdummung, Frankfurt 1971, S. 75—80.

45) Vgl. P. Altmann, Zum Mechanismus heutiger Schulbuchproduktion, in: Kampf der Verdummung, S. 33 bis 42, sowie: Zur Gutachterpraxis, ebd., S. 85—92.

46) Ein Beispiel zu B 91—94: „Der industrielle Aufstieg der UdSSR ist das Musterbeispiel der rein planwirtschaftlichen, weithin von ideologischen, nicht von wirtschaftlichen Motiven gesteuerten Industrialisierung. Die Frage, auf die das Kapitel ausgerichtet ist, lautet: Ist die Phase des industriellen Aufstiegs mit sozialistischen Methoden erfolgreicher als mit den liberalistischen Methoden des privatwirtschaftlichen Kapitalismus?" (Menschen in ihrer Zeit 4, Handreichungen für den Lehrer von H. Bodensiek, P. Furth, W. Hilligen, F. J. Lucas, E. Rumpf, G. Thiele, E. Schwalm unter Mitarbeit von D. Zitzlaff, Stuttgart 1970, S. 35). Allein über dieses Zitat könnte man einen ganzen Aufsatz schreiben.

47) Für den ganzen Komplex wären auch empirische Untersuchungen über Wissen und Bewußtsein bei Schülern und Lehrern heranzuziehen. Vgl. etwa: K. Becker / C. Hagener, Wissen und Vorurteile über osteuropäische Völker bei Hauptschülern, in: „Westermanns Pädagogische Beiträge", 1969, S. 62—72/135—145 (dabei sind oft frappierende Ähnlichkeiten mit den Schulbuchstellen zu erkennen, z. B. S. 70/71); K. Ch. Becker, Einstellung deutscher Schüler gegenüber Franzosen, Polen und Russen — Ein Beispiel zum Problem des Ost-West-Gefälles im Unterricht, in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", 22/1970, S. 737—755; G. Schefer, Das politische Bewußtsein von Sozial- und Gemeinschaftskundenlehrern, in: „Gesellschaft — Staat — Erziehung", 2/1970, S. 93—101.

5) Die gerade bei dem untersuchten Thema vorhandene Möglichkeit wird nicht genutzt, an wichtigen Entscheidungssituationen oder gesellschaftlichen Umbrüchen (Revolutionen von 1917, Brester Frieden, „Kriegskommunismus" — „Neue Ökonomische Politik", Entstehung des „Stalinismus", Pakt von 1939) aufzuzeigen, welche Alternativen der Entscheidung es gab, warum sich eine bestimmte Entscheidung herausbildete und durchsetzte, inwieweit sich konkret der gesellschaftliche Charakter einer Politik veränderte.

6) Kategorien der bürgerlichen Gesellschaftsordnung werden unreflektiert auf die Sowjetrußlands übertragen. Zugleich werden Institutionen oder Vorstellungen, die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung widersprechen (Rätedemokratie, Diktatur des Proletariats, Planwirtschaft), nicht objektiv beschrieben, sondern verzerrt geschildert und bewertet. Das eigentlich Neue oder Andere bleibt auf diese Weise im Dunkeln oder im Zwielicht.

7) In die Darstellung fließen nicht begründete Wertungen ein, die als solche für Lehrer und Schüler — es sei denn, sie hätten sich bereits intensiver mit dem Thema befaßt — nicht sofort erkenntlich sind. Urteile werden den Schülern z. T. fast schon „eingehämmert", ohne daß sie die Möglichkeit haben, sich selbständig eine Meinung zu bilden.

8) Methodisch bleiben die untersuchten Bücher unbefriedigend. Die sprachliche Gestaltung ist unterschiedlich; Fremdwörter oder wichtige Begriffe werden zu wenig erläutert. Die meisten Statistiken, graphischen Darstellungen und Bilder sind unzureichend. Quellen fehlen — mit einer Ausnahme — fast völlig. Die vorhandenen sind einseitig ausgewählt, entsprechen — ebenso wie die Arbeitsanregungen — der Tendenz der Darstellung und tragen somit auch nicht zu einer selbständigen Urteilsbildung bei. Ein methodisches Instrumentarium zur Analyse von Texten wird nicht geboten.

Dieses erschreckende Ergebnis legt die Forderung nahe, die Kritik der Schulgeschichtsbücher voranzutreiben, laufende Arbeiten zu koordinieren und zu erreichen, daß die Bücher sofort nach Erscheinen schnell und gründlich untersucht werden. Dem Ziel, eine Revision der Schulbuchinhalte durchzusetzen, wird man vielleicht am ehesten dadurch nahekommen, daß man neben der Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere der Schüler, Lehrer und Eltern, über die jetzigen Schulbücher versucht, selbst Materialien für den Geschichtsunterricht vorzulegen. Dabei wird man daran denken können, das traditionelle Schulbuch durch eine Sammlung von historischen Themenbereichen zu ersetzen, die den Bedürfnissen des Unterrichts (der Schüler und der Lehrer) leicht angepaßt werden kann [48]). Auf diese Weise würde es auch möglich sein, sich stärker, als es bisher der Fall war, der didaktischen Analyse des Stoffes zu widmen, das jeweilige Thema ausführlich und weniger verkürzt zu behandeln sowie genügend Quellen, Statistiken und Bildmaterial anzubieten.

---

48) Auch die neuen hessischen Rahmenrichtlinien zur Gesellschaftslehre empfehlen für die Neukonzeption der Arbeitsmaterialien Loseblattsammlungen (S. 42). — Das Manuskript dieses Aufsatzes wurde im Sommer 1972 abgeschlossen.

Die USA am Ende des Jahres 1973

Von Martin Hall, Los Angeles

Der Rücktritt Spiro Agnews

In der kurzen Zeitspanne eines Monats haben vier Krisen die Vereinigten Staaten erschüttert, von denen jede einzelne in normalen Zeiten ausgereicht hätte, den Ablauf der Regierungsgeschäfte ernstlich zu stören.

Am 10. Oktober wurde Spiro Agnew, damals Vizepräsident der USA und die Verkörperung von „law and order" während der ersten und noch lange in der zweiten Amtsperiode der Nixon-Regierung, zum Rücktritt gezwungen. Langwierige Nachforschungen über die Finanzgeschäfte des Vizepräsidenten hatten folgende Tatsache ans Tageslicht gebracht: Während seiner Amtszeit zunächst als Chef der Raumplanungsbehörde im County Maryland, danach als County Executive Officer und schließlich als Gouverneur des Staates Maryland, ja sogar während seiner ersten Amtsperiode als Vizepräsident nahm Agnew riesige Summen von Lieferfirmen entgegen, denen er lukrative staatliche Bauaufträge zuschanzte. Die Ermittlungen des Justizministeriums hatten genug Tatsachen für eine Anklage wegen Bestechung, Erpressung und Hinterziehung von Einkommensteuer ergeben. Noch zwei Wochen vor seinem Rücktritt hatte Spiro Agnew vor einer jubelnden Menge republikanischer Frauen in Los Angeles erklärt, er sei nicht nur unschuldig, er werde auch niemals zurücktreten, selbst wenn er angeklagt werden sollte. Als die Grand Jury sich jedoch anschickte, Anklage wegen der oben erwähnten Delikte einschließlich Erpressung und Bestechung zu erheben, arbeiteten Agnews Anwälte in Absprache mit Rechtsberatern des Weißen Hauses folgende Abmachung aus: Agnew akzeptiert nach dem Prinzip „nolo contendere" die relativ wenig ins Gewicht fallende Anklage wegen Hinterziehung von Einkommensteuer; als Gegenleistung dafür werden alle übrigen wesentlich gravierenderen Anklagepunkt fallen gelassen. Jeder Durchschnittsbürger wäre schon wegen des von Agnew zugegebenen Steuerbetruges im Gefängnis gelandet. Der ehemalige Vizepräsident jedoch erhielt nur eine Geldstrafe in Höhe von 10 000 Dollar bei einer dreijährigen Bewährungszeit ohne Kontrolle. Nixons Anwälte sorgten nicht nur dafür, daß Agnew von einer Gefängnisstrafe verschont blieb. Er erhielt sogar ein Büro mit fünf Angestellten in der Nähe des Weißen Hauses, um seine Affären in Ordnung zu bringen. Ein großzügiger Kongreß beschloß außerdem, die Gehaltszahlung für Agnews Assistenten im Senat um weitere vier Monate zu verlängern. Während dieser Zeit erfreut sich Agnew auch noch einer Dienstlimousine mit Chauffeur sowie des Vorrechts portofreier Beförderung seiner Korrespondenz wie während seiner Amtszeit als Präsident des Senats; beides steht dem Vizepräsidenten von Amts wegen zu.

Zum Vizepräsidenten nominierte Nixon mit Gerald Ford einen Abgeordneten, dessen bisheriges Abstimmungsverhalten so reaktionär wie nur möglich ist. Er unterstützte die Vietnamkriegspolitik hundertprozentig, stimmte gegen jede Hilfsmaßnahme für die Armen und in nahezu allen Fällen gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Anders als Richard Nixon würde Jerry Ford sowohl im Kongreß wie auf der Ebene der staatlichen Parteiorganisationen eng mit den regulären Parteiführern zusammenarbeiten.

Die von Henry Kissinger den Chinesen in Peking gegebene Versicherung, die amerikanisch-chinesische Entspannung werde unabhängig von der in Washing-

ton amtierenden Regierung andauern, kann vielleicht als Ausdruck von Kissingers Überzeugung verstanden werden, daß Gerald Ford, würde er im Falle einer Amtsenthebung Nixons Nachfolger, dessen Außenpolitik fortsetzen würde. Auf der anderen Seite zeigt allein schon die Tatsache, daß der Außenminister es für notwendig befunden hat, die Möglichkeit eines Wechsels im Weißen Haus zu erwähnen, das Unbehagen und die Zweifel, die man in Peking und in anderen Hauptstädten des Auslands im Hinblick auf die künftige Richtung der amerikanischen Politik empfindet.

Das „Sonnabend-Massaker"

Zehn Tage nach Rücktritt Agnews schockierte eine neue Krise das Land. Der angesehene Rechtswissenschaftler Professor Archibald Cox, der zum Sonderankläger im Fall Watergate ernannt worden war, hatte in aller Stille ein glänzendes Team meist junger Juristen zusammengestellt und machte Fortschritte in seinen Ermittlungen, die die Beteiligung hoher Beamter der Nixon-Administration zum Gegenstand hatten. Es hat den Anschein, als sei er dabei auf bislang nicht entdeckte und äußerst bedeutsame Tatsachen gestoßen. Folglich bestand Cox darauf, daß ihm gewisse, in Zusammenhang mit seinen Ermittlungen stehende Dokumente auszuhändigen seien. Im Verlauf des Hearings, die seiner Bestätigung als Justizminister vorausgingen, hatte Elliott Richardson die klare Zusicherung gegeben, er habe das Wort des Präsidenten dafür, daß Archibald Cox auch dann freie Hand bei seinen Ermittlungen behalten werde, wenn diese zum Weißen Haus führen sollten, und daß Cox nicht entlassen werden könne außer im Falle grober Pflichtverletzung. Dennoch erteilte der Präsident am „Massaker-Sonnabend" plötzlich seinem Justizminister den Auftrag, Archibald Cox zu entlassen. Elliott Richardson weigerte sich und reichte seinen Rücktritt ein. Daraufhin beauftragte Nixon den Stellvertretenden Justizminister Ruckelshaus mit der Entlassung des Sonderbevollmächtigten. Ruckelshaus weigerte sich ebenfalls und wurde nun seinerseits vom Präsidenten entlassen. Im Justizministerium drohten Dutzende von Juristen mit ihrem Rücktritt; der gesamte Apparat des Ministeriums drohte praktisch stehenzubleiben. Schließlich überzeugte Nixon Generalstaatsanwalt Bork, den dritthöchsten Beamten im Justizministerium, von der Notwendigkeit, Cox zu entlassen und selber den Posten des Amtierenden Justizministers zu übernehmen — eine Ernennung auf Zeit, die keiner Bestätigung durch den Senat bedarf.

Was in Washingtoner Kreisen das „Sonnabend-Massaker" genannt wurde, war für Millionen Amerikaner der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte: mit wachsendem Unmut hatten sie die Enthüllungen über den anhaltenden moralischen Verfall der Administration zur Kenntnis genommen. Nach Mitteilung ihrer leitenden Beamten hatte die Firma Western Union innerhalb der ersten 48 Stunden nach Bekanntwerden der Entlassungen eine halbe Million Telegramme übermittelt, in denen die Absetzung des Präsidenten gefordert wurde. Seit der Bombardierung Kambodschas hat es einen vergleichbaren Zornesausbruch gegen den Präsidenten nicht gegeben. Selbst eine Reihe republikanischer Senatoren und Kongreßabgeordneter forderten Rücktritt oder Absetzung des Präsidenten. Die hochangesehene American Civil Liberties Union erklärte ihre Unterstützung des Impeachment-Verfahrens,

— weil der Präsident das neutrale Land Kambodscha bis zum Abschluß der Waffenstillstandsvereinbarung im Januar dieses Jahres drei Jahre lang habe

bombardieren lassen und weil er dem Pentagon die Veröffentlichung gefälschter Berichte erlaubt habe, nach denen diese Bombenangriffe angeblich gegen andere Länder Indochinas geflogen wurden;

— weil der Präsident Kambodscha im Jahre 1973 habe bombardieren lassen, ohne dazu vom Senat ermächtigt zu sein;

— weil der Präsident die bürgerlichen Freiheiten der Bevölkerung ebenso wie die Rechtsstaatlichkeit verletzt habe, als er erklärte, aufgrund der dem Präsidentenamt „innewohnenden" Machtbefugnisse sei es ihm erlaubt, über dem Gesetz zu stehen, CIA und Militär 1970 mit der geheimdienstlichen Überwachung der amerikanischen Bevölkerung zu beauftragen und 1971 im Weißen Haus eine außerhalb des Gesetzes operierende persönliche Geheimpolizei (die sogenannten „Installateure") zu etablieren.

Die amerikanische Presse fand für die Bewegung den passenden Satz „Ein Feuersturm fegt durch das Land". Im vergangenen Jahr während des Wahlkampfes hatte George Meany kein Geheimnis aus seiner Bevorzugung von Nixons Wiederwahl gemacht. Offiziell verkündete er Neutralität, untersagte jedoch in Wirklichkeit allen angeschlossenen Gewerkschaften jede politische oder finanzielle Unterstützung McGoverns. George Meany hat inzwischen seine Meinung geändert. Er hat sich nicht nur für Rücktritt oder Absetzung Nixons ausgesprochen, sondern alle angeschlossenen Gewerkschaften und insbesondere den politischen Arm der AFL-CIO aufgerufen, einer Absetzungskampagne in allen Teilen des Landes Priorität einzuräumen. Meany ging sogar so weit, den Geisteszustand des Präsidenten öffentlich als labil zu bezeichnen.

So sah sich das Land Mitte November einer Situation gegenüber, in der es weder über einen bestätigten Vizepräsidenten noch über einen bestätigten Justizminister verfügte. Auch jetzt noch sind das zweit- und das dritthöchste Amt vakant, die früher von Ruckelshaus und Brock bekleidet wurden.

Die Position des Präsidenten wird noch zusätzlich erschwert: Der Untersuchungsausschuß des Senats unter Leitung von Senator Sam Erwin hat seine Aufmerksamkeit jetzt dem berühmten Fall ITT zugewandt. Als seinerzeit der Parteikongreß der Republikaner für den Tagungsort San Diego (Kalifornien) vorbereitet wurde, unterbreitete der Konzern International Telegraph and Telephone (ITT) das Angebot, für die Kosten des Kongresses aufzukommen. Zur gleichen Zeit schwebte gegen den Konzern ein Anti-Trust-Verfahren. Wie aus einer vor kurzem gemachten Zeugenaussage des ehemaligen Justizministers Kleindienst hervorgeht (im Widerspruch übrigens zu einer früher von Kleindienst gemachten Zeugenaussage unter Eid), wies der Präsident persönlich seinen Justizminister an, das Anti-Trust-Verfahren gegen ITT einzustellen. Der Präsident bestreitet jeden Zusammenhang zwischen der Vier-Millionen-Spende und seiner an Kleindienst gerichteten Anordnung, und er verweist auf seine spätere Aufhebung der betreffenden Maßnahme.

Die Krise im Nahen Osten

Als gäbe es für die amerikanische Regierung nicht schon genug Probleme in der Innenpolitik — plötzlich war auch eine neue Auslandskrise da. Der erneute Ausbruch der Feindseligkeiten im Nahen Osten überraschte viele Beobachter, die für den Fall eines neuen Krieges damit gerechnet hatten, daß die israelischen Streitkräfte den Arabern eine schnelle Niederlage bereiten würden. Doch diesmal kam es anders. Ägypten war wesentlich besser vorbereitet, und die Araber hatten den Überraschungseffekt auf ihrer Seite.

Nach einigen Tagen nahm eine US-Luftbrücke mit Waffenlieferungen für Israel Gestalt an, während Ägypten und Syrien in gleicher Größenordnung militärische Lieferungen durch die Sowjetunion erhielten. Die Kämpfe dauerten unter schweren Verlusten auf beiden Seiten noch an, als Präsident Nixon der amerikanischen und internationalen Öffentlichkeit bereits eine neue Überraschung präsentierte. Er sprach von „der schwersten Krise in den Beziehungen zur Sowjetunion seit der Krise um die Raketenstationierung auf Kuba" und gab dabei bekannt, er habe volle, weltweite Alarmbereitschaft für sämtliche US-Streitkräfte angeordnet, wozu unter anderem die Aktivierung der Atombomber, die Entsendung zweier weiterer Flugzeugträger sowie mehrerer Untersee- und Torpedoboote ins Mittelmeer und natürlich eine allgemeine Urlaubssperre gehören. Geheimdienstberichte über angebliche russische Truppenbewegungen und eine Verstärkung der sowjetischen Mittelmeerflotte wurden als Gründe für diese vom Oberkommandierenden getroffenen außergewöhnlichen Maßnahmen angegeben.

Bald aber lief die Diplomatie auf Hochtouren. Nixon empfing den ägyptischen Außenminister in Washington, ein Besuch, dem innerhalb von zwei Tagen Israels Golda Meir folgte, die nun ihrerseits nach Washington flog. Ebenso schnell, wie sie sich entwickelt hatte, beruhigte sich die Krise wieder. Vorläufige Vereinbarungen konnten für die direkten Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel getroffen werden. Kissinger flog nach Kairo und drei weiteren arabischen Hauptstädten, und nach einem Gedankenaustausch zwischen Nixon und Breschnew wurde der militärische Alarmzustand aufgehoben. Nixon teilte der Nation — wie üblich in bombastischen Redewendungen — mit, daß der Alarmzustand stufenweise aufgehoben werde; ferner sei „die Perspektive eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten jetzt besser, als sie es je vorher gewesen ist".

Selbst wenn der Präsident nicht von einer so schweren Vertrauenskrise wie der gegenwärtigen heimgesucht würde, hätte man sich erstaunt fragen müssen, wie eine Situation, die als „schwerste Krise seit der Raketenstationierung auf Kuba" bezeichnet worden war, sich innerhalb nur weniger Tage zu einer Situation wandeln konnte, in welcher „die Perspektive eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten niemals besser war". Welches war die Wahrheit? Oder hatte es sich nur um ein weiteres Beispiel für Nixons Neigung gehandelt, eine plötzliche „nationale Krise" aufzubauen, um die öffentliche Aufmerksamkeit von seinen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken? Sollte es das letztere gewesen sein — einige Zeitungen, Kommentatoren und andere politisch Versierte hier und in Europa haben diesen Verdacht offen geäußert —, dann gäbe es in der Tat Grund für tiefe Besorgnis um die Zukunft der USA, solange an ihrer Spitze ein derart unberechenbarer Mann steht, der über die beängstigende Macht des amerikanischen Präsidenten verfügt. Es ist offensichtlich, daß die sowjetische Führung es ablehnte, auf das gefährliche Glücksspiel des Präsidenten einzugehen. Dennoch hätte der Weltfriede der Gefahr erliegen können. Wenn er trotzdem bewahrt blieb, dann hat die Welt nicht Washington, sondern Moskau dafür zu danken.

Die Energiekrise

Es ist schon erstaunlich, daß Nixons Außenminister Henry Kissinger, bis jetzt jedenfalls, in der Lage war, seine Diplomatie auf höchster Ebene weiter zu praktizieren. Dennoch hat die letzte Nahostkrise deutlich eine weitere Schwächung des Systems weltweiter Bündnisse gezeigt, das von den USA früher einmal so erfolgreich aufgebaut wurde. Nixons Tendenz zum Alleingang kommt bei den Verbündeten nicht an. Dieses Mal ließ Japan wissen, es werde und könne bei

seiner Abhängigkeit vom Nahost-Öl keinen Ölboykott riskieren, der die japanische Wirtschaft schwer beeinträchtigen würde. Angesichts der gleichen Abhängigkeit vom arabischen Öl hat auch Westeuropa klargestellt, daß es sich nicht in politische Manöver wird hineinziehen lassen, die katastrophale Folgen für die Wirtschaft haben könnten. Überall ändert sich unter der Drohung des Erdölboykotts die öffentliche Einstellung gegenüber Israel. Bis zu einem gewissen Grade trifft das sogar für die USA zu, trotz einer reichlich finanzierten zionistischen Propaganda. Die von Nixon vorgeschlagenen Notmaßnahmen sind für die Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie eine Goldgrube. Die Benzinpreise dürfen immer weiter klettern. Auf einen Schlag wurden die meisten der hart erkämpften Umweltschutzmaßnahmen wie etwa die Bestimmungen zur Reinhaltung der Luft, das Verbot von Erdölbohrungen vor der Küste und das Verbot der Verwendung von stark schwefelhaltiger Kohle „vorübergehend" außer Kraft gesetzt. Der von den Umweltschützern seit langem bekämpfte Bau der Alaska-Pipeline wurde beschlossen. Und die Leute fragen sich: Existiert die Energiekrise wirklich, oder wurde sie nur zum Wohle des Big Business aufgebaut und mußte gleichzeitig zur Ablenkung von den Schwierigkeiten der Regierung herhalten?

Außerhalb der Vereinigten Staaten hat die Welt die im Fall Watergate gipfelnde politische Krise lange Zeit nur für einen der üblichen Korruptionsskandale gehalten. Sie ist sehr viel mehr als nur das. Wir sehen uns einer ausgewachsenen Verfassungskrise gegenüber, die sich zwischen der Exekutive und den gleichberechtigten Gewalten der Rechtsprechung und der Legislative abspielt.

Diese Exekutive, die durch einen Zweig des Big Business an die Macht gelangte, ist jetzt in öffentlichen Hearings beschuldigt worden, Millionen Dollar an Wahlkampfspenden von denjenigen Industrie- und Bankunternehmen erpreßt zu haben, die von Regierungsaufträgen-, -subventionen oder -lizenzen abhängig sind. Die Exekutive hat eine nur dem Weißen Haus verantwortliche Geheimpolizei installiert, deren Auftrag darin bestand, jeden Bürger mit einer abweichenden innenpolitischen Einstellung zu bespitzeln; und sie hat Nachrichtendienste, deren Aufgabe die Wachsamkeit gegenüber ausländischen Gegnern ist, zu einem Apparat innenpolitischer Überwachung gemacht. Diese Regierung hat sich der Obstruktion des Rechts schuldig gemacht. Sie hat die verfassungsmäßigen Rechte des Kongresses aufgehoben, einen Krieg zu erklären und als außenpolitisch beratendes Gremium zu fungieren; in gleicher Weise hat sie die bürgerlichen Freiheiten des Durchschnittsamerikaners ausgehöhlt. Eine solche Administration hat aufgehört, Teil eines von der „Zustimmung des Volkes" getragenen Regierungssystems zu sein.

Achtmal hatte der Kongreß im vergangenen Jahr sich geduckt, wenn der Präsident mit seinem Veto einen Gesetzentwurf zu Fall brachte. Jetzt endlich haben beide Häuser ein Veto des Präsidenten aufgehoben. Mit der Verabschiedung eines ziemlich lahmen Entwurfs haben sie die vorgesehene gesetzliche Beschränkung der Kriegsbefugnisse des Präsidenten aufrechterhalten: Im Falle eines nationalen Notstandes soll es dem Präsidenten erlaubt sein, amerikanische Truppen nur noch für die Dauer von 60 Tagen ins Ausland zu entsenden; danach muß der Kongreß ihre weitere Verwendung genehmigen. Wenn man allerdings in Betracht zieht, daß in jedem größeren Krieg Atomwaffen ins Spiel gebracht werden können, was einen Krieg in vielleicht zehn Tagen beenden würde, so ist dieser Gesetzentwurf mehr als ein moralischer Sieg des Gesetzgebers denn als wirkliche Gefahr für die Macht der Exekutive zu werten.

Man könnte sehr wohl darüber nachdenken, warum die herrschenden Klassen in den USA, deren finanziellen und wirtschaftlichen Interessen man seitens der Nixon-Administration in so extravaganter Weise nachgekommen ist, sich jetzt wirklich zu fragen scheinen, ob ein weiteres Verbleiben Nixons im Amt ratsam ist. Andrew St. George entwickelte in seinem demnächst erscheinenden Buch über Watergate die These, das „unaufhörliche Sammeln geheimer Regierungsdokumente" bedeute, „daß innenpolitisches Informationsmaterial zur Hauptwaffe wird, mit der sich rivalisierende Stellen innerhalb der US-Regierung gegenseitig zu diskreditieren und zu ersetzen versuchen: die CIA schmiedet Komplotte, um das FBI auszustechen. Das FBI arbeitet gegen das Weiße Haus, und das Verteidigungsministerium intrigiert gegen Luftwaffe und Armee." Das Ergebnis bezeichnet St. George als „techno-totalitären Staat". Er zitiert aus einem Buch mit dem Titel „CIA — Mythos und Irrsinn", das vom langjährigen CIA-Agenten J. McGarvey veröffentlicht worden ist: „Die Geheimdienste der USA wenden sich jetzt nach innen, gegen die Bürger dieses Landes ... Der nächste logische Schritt wäre es für eine Regierung, genau das zu tun, was zu tun die Bevölkerung sie verdächtigt: geheimdienstliche Operationen gegen Gruppen und Vereinigungen von Staatsbürgern einzuleiten."

Nicht nur die Zukunft der Demokratie in den USA, sondern der Friede und normale internationale Beziehungen hängen ab vom Ergebnis des internen amerikanischen Machtkampfes. Kein Versuch, die Stimmen derer einzuschnüren und schließlich zu ersticken, die noch willens sind, ihre Meinung zu äußern, kann auf lange Sicht Erfolg haben; nicht einmal ein militärischer Staatsstreich, wie er vor kurzem vom Kongreßabgeordneten Stark als reale Möglichkeit bezeichnet wurde. Die ermutigendste Tatsache inmitten dieser turbulenten Krisen ist die spontane Eruption des Unwillens bei Millionen von Amerikanern. Sie fordern eine Regierung, die wirklich die Zustimmung der Bevölkerung findet.

Martin Kempe

SPD und Bundeswehr

Studien zum militärisch-industriellen Komplex

Kleine Bibliothek, Bd. 29, 279 Seiten, DM 12,80

Aus dem Inhalt:
Die SPD und die Remilitarisierung — Konkurrenz zwischen CDU/CSU und SPD um die Gunst der Militärs — Zustimmung der SPD-Führung zur Wehrpflicht und zur NATO — Das Bündnis mit der Rüstungsindustrie — Die Generalskrise 1966 — Die Affären Grashey und Karst — Die „Schnez-Studie" — Die Ära Helmut Schmidt — Der Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes — Militärische Bildungspolitik, Ausbildung und Disziplinierung.

Pahl-Rugenstein

Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz

Von Niels Beckenbach und Rüdiger Seltz

I

Die im Mai 1973 veranstaltete Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) über Probleme der Klassen- und Sozialstruktur der BRD [1]) ließ erneut erkennen, daß die seit Jahren anhaltende Diskussion über Umfang und Struktur der Arbeiterklasse keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden kann. Kontrovers verlief die Diskussion in Frankfurt vor allem dann, wenn es um das „Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz" ging. Wurde zwar die Bedeutung der im Laufe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts immens entfalteten Produktivkräfte in diesem Zusammenhang durchweg berücksichtigt, so zeichneten sich dennoch unterschiedliche Auffassungen über die „klassentheoretische Behandlung" der Intelligenz ab.

Es ist nicht Aufgabe einer wissenschaftlichen Tagung, zu einem abschließenden Ergebnis zu gelangen; als ein wichtiges Ergebnis der Diskussion muß jedoch angesehen werden die in dieser Prägnanz bislang nicht vorgelegene Fassung des Problems, wie sie von Heinz Jung formuliert wurde: Entweder man hält daran fest, daß die Intelligenz als eine sozialökonomische Schicht aufzufassen ist, oder man gibt den Intelligenzbegriff als Klassenkriterium auf.

Unter diesem Aspekt sollen im folgenden einige in der Literatur vorliegende Beiträge über Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse exemplarisch diskutiert werden [2]). Bei aller Vielfalt der Argumente und zeitweiliger Übereinstimmung im Detail sind dabei im wesentlichen zwei Diskussionsrichtungen auszumachen *).

1) Für einen einheitlichen Intelligenzbegriff und den Status einer eigenständigen sozialökonomischen Schicht wurden bisher vor allem in Anschlag gebracht: a) die historische Diskussion innerhalb der Arbeiterbewegung — mehr oder minder einhellig sah man in der Intelligenz lediglich einen Bündnispartner der Arbeiterklasse; b) die besondere Schul- und Berufsausbildung der Intelligenz, die zum geistigen Arbeiter qualifiziert; c) die zumeist bestimmende bzw. leitende Funktion der Intelligenz in den verschiedensten Bereichen des Systems der gesell-

*) Das Manuskript wurde im Juli 1973 abgeschlossen. Das von Kievenheim/Leisewitz herausgegebene Buch Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973, konnte leider nicht mehr berücksichtigt werden. D. Verf.

1) IMSF-Tagung zum Thema „Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD" 26.—27. 5. 1973, Frankfurt/M; vgl. auch E. Dähne/H. Jung/Ch. Kievenheim, Zur Klassenstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD (Thesen), Reprographie.

2) Heinz Jung, Zu den klassentheoretischen Grundlagen einer sozialstatistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD, in: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Beiträge des IMSF 3, Frankfurt/M Dezember 1972, S. 1—165. — Christof Kievenheim, Zur Entwicklung der geistigen Arbeit und der Intelligenz, in: Klassen- und Sozialstruktur . . ., a. a. O., S. 193 bis 228. — Willi Gerns, Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technische Intelligenz, in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Frankfurt/M 1971, S. 152—158. — Hellmuth Kolbe, Die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Klassenkampf, in: Ökonomische Theorie . . ., a. a. O., S. 189 bis 191. — P. Delitz/J. Marx, Umfang und Struktur der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, in: IPW-Berichte, Heft 7, Oktober 1972, S. 39—45. — R. Melke, Die Masse der Industrieangestellten — Teil der Arbeiterklasse, in: IPW-Berichte, Heft 8, November 1972, S. 35—44. — Zur Darstellung und Kritik vor allem der Positionen von H. Steiner, H. Jung, J. Marx und W. Gerns vgl. den Beitrag: Autorenkollektiv am Institut für Soziologie der FU Berlin, Klassenlage und Bewußtseinsform technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter — Zur Diskussion über die „Technische Intelligenz", Frankfurt/M 1973.

schaftlichen Teilung der Arbeit; d) damit einhergehend gegenüber der Masse der Lohnabhängigen überdurchschnittlich hohe Einkommen und Privilegien und neuerdings e) daß die weit verbreitete Lohnabhängigkeit der Intelligenz [3]) längst nicht die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse ausmache, sondern erst der voll entfaltete Warencharakter der Arbeitskraft.

Ausgangspunkt der Betrachtung ist dabei eine nach relativ fest umrissenen Kriterien bestimmte Arbeiterklasse, zu deren Kern bzw. Peripherie (Jung) sich Annäherungsprozesse anderer sozialer Gruppen und Schichten vollziehen. Allerdings ist für die Intelligenz, die ja gegensätzlich zur Arbeiterklasse definiert wird, der Übergang in die Arbeiterklasse weitgehend versperrt.

2) Einem demgegenüber differenzierten Intelligenzbegriff liegen folgende Kriterien zugrunde: a) der „arbeitsrechtliche" Status der Intelligenz (selbständig, freiberuflich, lohnabhängig); b) die äußerst unterschiedlichen Funktionen der Intelligenz in den Bereichen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, damit zusammenhängend die spezifische Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution (Gerns); c) die Unterscheidung in leitende bzw. nichtleitende Intelligenz in bezug auf ihre klassentheoretische Bedeutung.

Dienen die erstgenannten Kriterien eher dem Bemühen, die Intelligenz von der Arbeiterklasse abzugrenzen, wobei die weitverbreitete Lohnabhängigkeit großer Teile der Intelligenz mehr in den Hintergrund der Betrachtung rückt, so stehen die zuletzt genannten Kriterien im Zusammenhang mit der Frage, welche lohnabhängigen Gruppen im Laufe der Entwicklung des modernen Kapitalismus als der Arbeiterklasse zugehörig betrachtet werden müssen bzw. sich ihr annähern.

Da in allen Beiträgen die Verwissenschaftlichung der Produktion und die damit einhergehende Entfaltung der Produktivkräfte bei der Frage nach den Strukturveränderungen der Arbeiterklasse jeweils starke Beobachtung findet, scheint es zweckmäßig, sich im folgenden auf den Teil der Intelligenz zu beschränken, der darin allseits zugestandenermaßen eine bedeutende Rolle spielt: die lohnabhängige wissenschaftlich-technische Intelligenz.

Dafür spricht auch, daß hier die Abgrenzung zur Arbeiterklasse besonderen Problemen unterliegt (Jung) und die Diskussion über die Alternative Intelligenz als soziale Schicht oder „aufteilen" der Intelligenz auf die Haupt- und Nebenklassen — sich nicht zuletzt an der klassenmäßigen Einschätzung der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz entzündet hat (vor allem Gerns, Kolbe, J. Marx).

Die hier unterschiedenen Richtungen in der Diskussion kommen indessen gleichsam zur Deckung, wenn das Problem „Intelligenz und Leitung" behandelt wird. In diesem Falle weiß man sich überwiegend einig darin, die „leitende" Intelligenz aus der Arbeiterklasse herauszuhalten. Problematisch dabei ist jedoch, daß zumeist unterschiedliche und oft nicht klar erfaßbare Kriterien dafür angegeben werden, was Leitung heißen soll. Wir halten es daher für dringlich, hierauf verstärkt einzugehen, freilich nur soweit es die „technisch-wissenschaftliche Intelligenz" anlangt.

II

Nach *Heinz Jung* ist die „Intelligenz", einschließlich ihres lohnabhängigen Teils, als soziale Schicht zu begreifen und zu analysieren. Jung leitet den Begriff der

[3]) Heinz Jung schätzt, „daß sich mindestens 80 % der gegenwärtigen Studenten später in lohnabhängiger Position wiederfinden". Heinz Jung, a. a. O., S. 5.

Intelligenz als sozialer Schicht in einem ersten Schritt von bestimmten Kriterien als soziale Schicht zu begreifen. Jung leitet die Intelligenz als soziale Schicht in einem ersten Schritt von bestimmten Kriterien ab, die die Arbeiterklasse als eine der beiden Grundklassen definieren [4]). Diese ist aufgrund materieller Bedingungen das eigentliche geschichtliche Subjekt, sie ist, „mit den *modernen Produktivkräften* verbunden, selbst ein Bestandteil und *Träger* derselben" [5]). Für Jung ist die Lohnabhängigkeit eine zwar notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse. Vielmehr erfordern — so Jung — die besonderen Funktionen der Intelligenz und die zumeist damit verbundene besondere und qualifizierte Ausbildung sowie besondere Reproduktionsbedingungen die Abgrenzung zur Arbeiterklasse. Die soziale Stellung der Intelligenz faßt Jung zusammen in dem „Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Leitungsfunktionen bzw. gegenüber der Arbeiterklasse spezifischen Reproduktionsfunktionen" [6]). In einem zweiten Schritt vernachlässigt Jung die Lohnabhängigkeit als Schichtkriterium und sieht nun das Gemeinsame der Intelligenz in den geistigen Funktionen, die sie ausüben, in der besseren Ausbildung und in der privilegierten Arbeit. Hat Jung noch die Lohnabhängigkeit großer Teile der Intelligenz in Rechnung gestellt, so macht er dann einen seiner Auffassung nach entscheidenden Unterschied in den Reproduktionsbedingungen zwischen manueller und geistiger Arbeit geltend. Für die Intelligenz treffe nur bedingt zu, daß diese im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung zum bloßen Verwertungsmittel des Kapitals herabgesetzt werde. Deshalb nämlich, weil für das Kapital „in besonderen Qualifikationen der Arbeitskraft selbst, die unter konkret-historischen Bedingungen nicht beliebig reproduzierbar sind" [7]), Schranken bestehen. Dieses objektive Kriterium geistiger Arbeit konstituiere ein Privileg für die lohnabhängige Intelligenz, und diese Schranken verhindern die Entfaltung des Warencharakters dieser Arbeitskraft bzw. engen sie ein [8]). Und selbst bei aller zu beobachtenden Differenzierung und Verlagerung bestimmter Tätigkeitsarten gerade auch in der materiellen Produktion sei es wichtig zu erkennen, daß die geistigen Tätigkeiten Bereiche umfassen, die von der „traditionellen" Arbeiterklasse nicht besetzt seien. Jung zieht daraus die Schlußfolgerung, daß die Intelligenz sich nach wie vor als besondere soziale Schicht im Kapitalismus reproduziert [9]).

Zu den bisher ausgeführten Kriterien, die Jung anführt zur Begründung eines „entgegengesetzten Verhältnisses" von Arbeiterklasse und Intelligenz, kommt ein weiteres wesentliches hinzu: die Begründung dieses spezifischen Verhältnisses aus dem Gegensatz von geistiger und körperlicher bzw. von Kopf- und Handarbeit. Insbesondere für spezialisierte Arbeitskräfte (damit auch: wissenschaftlich-technische Qualifizierte) notiert Jung, daß deren Ausbildung „mit dem Klassencharakter verbunden ist, den die Arbeitsteilung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit angenommen hat und der sich zuerst mit der kapitalistischen Industrie verstärkt hatte" [10]). Es liegt zumindest die Vermutung nahe, daß Jung hier — auf betrieblicher Ebene — durch die Lohnarbeiter entlang der Teilung von Kopf- und Handarbeit eine Klassenschranke ziehen will. Diese Formulierungen von Jung zum Verhältnis von Kopf- und Handarbeit stehen freilich in einem ungeklärten Verhältnis zu der von ihm getroffenen Feststellung: „In die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte sind deshalb Veränderungen der

4) Vgl. Jung, a. a. O., S. 118 ff.
5) A. a. O., S. 19, Hervorh. d. V.
6) A. a. O., S. 108.
7) A. a. O., S. 123.
8) Vgl. a. a. O., S. 123.
9) Vgl. a. a. O., S. 107.
10) A. a. O., S. 89; vgl. auch a. a. O., S. 170, FN 61.

inneren Gliederung und der inneren Struktur der Arbeiterklasse eingeschlossen, die das jeweilige Gesicht der Arbeiterklasse bestimmen" [11]).

Hellmuth Kolbe konstatiert diesen Sachverhalt ebenfalls und formuliert: „Diese sozialen Prozesse *innerhalb* der Arbeiterklasse bewirken somit, daß sich in der Struktur des Kerns der Arbeiterklasse ebenfalls bestimmte neue Aspekte abzeichnen . . ." [12]). Nach Kolbe bedingt die Entwicklung der Produktivkräfte eine Rücknahme des „feindlichen Gegensatzes" von geistiger und körperlicher Arbeit bzw. von Kopf- und Handarbeit. Er begreift die durch diese Entwicklung hervorgerufenen Veränderungen als Differenzierungsprozesse innerhalb der Arbeiterklasse. Wichtig ist sein Hinweis auf Veränderungen in der Lohnarbeit. Wurde bisher überwiegend „Muskelarbeit" verausgabt, so ergeben sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte Veränderungen der inneren Struktur der Arbeiterklasse durch das Zufließen „neuer Bildungselemente" im Produktionsprozeß in Form technisch-wissenschaftlich qualifizierter Arbeit [13]). Kolbe sieht daher in der lohnabhängigen technischen Intelligenz eine Schicht innerhalb der Arbeiterklasse und formuliert: „Aufgrund ihrer Verbindung mit den modernen Produktionsinstrumenten nehmen jene zum Kern der Arbeiterklasse stoßenden Schichten der wissenschaftlich technischen Intelligenz im modernen Produktionsprozeß eine Schlüsselstellung ein" [14]).

Welche Schlußfolgerungen zieht demgegenüber Jung aus der auch von ihm getroffenen Feststellung, daß die Entwicklung der Produktivkräfte eine Veränderung der inneren Struktur der Arbeiterklasse herbeiführt für die technische Intelligenz — auf dem Hintergrund seiner Formulierung, daß die Arbeiterklasse mit den Produktivkräften verbunden und ihr Träger ist? Auch Jung bestreitet nicht, daß die im Verlauf der Produktivkraftentwicklung hervorgebrachten Technologien entsprechend ausgebildete Lohnarbeiter (u. a. Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler) erfordern. Er kann aber die Träger technisch-wissenschaftlicher Arbeit, die einen wesentlichen Beitrag zur Produktivkraftentwicklung leisten, nur als *„lohnabhängige Zwischenschicht" außerhalb der Arbeiterklasse* denken, weil ihm die Besonderheiten dieser qualifizierten geistigen Arbeit (Privilegien, Ausbildung, andere Reproduktionsbedingungen, Ausübung von Leitungsfunktionen) gleichsam zu objektiven Momenten der Klassenlage werden, und das bedeutet hier: Ausschluß der höherqualifizierten Arbeitskraft aus der Arbeiterklasse — Jung bleibt hier nur noch die These einer Annäherung an die Arbeiterklasse [15]).

Das soziale Rekrutierungsfeld geistiger Arbeit ist für Jung wichtiger als die tatsächlichen Funktionen, die diese qualifizierten Arbeitskräfte im Produktionsprozeß verrichten. Denn für diese entstehen Reproduktionsbedingungen, die sich von den „allgemeinen Bestimmungen" und „allgemeinen Reproduktionsbedingungen" unterscheiden [16]). — Jung sieht diese offenbar auf einfache, sprich manuelle Arbeit beschränkt. Da die Reproduktionsbedingungen dieser qualifizierten Arbeiter an der Grenze der Arbeiterklasse liegen [17]), jene daher trotz ihres Lohnarbeiterstatus nicht Teil der Arbeiterklasse sind, sind offenbar einheitliche Reproduktionsbedingungen für Jung ein Klassenkriterium. Konsequent kann geistige Arbeit nur dann in der Arbeiterklasse sich finden, wenn sie streng genommen die Charakteristika geistiger Arbeit verloren hat. Damit aber kann

11) A. a. O.
12) Kolbe, a. a. O., S. 190. Hervorh.: d. Verf.
13) Hinweis von Hellmuth Kolbe auf dem IMSF-Kongreß.
14) Kolbe, a. a. O., S. 190.
15) Vgl. Jung, a. a. O., S. 95.
16) Vgl. a. a. O., S. 89.
17) Vgl. a. a. O., S. 96.

Jung den Widerspruch nicht auflösen, daß einerseits die moderne Arbeiterklasse Träger der Produktivkräfte ist, die sie aber gerade nicht im vollen Sinne des Wortes sein kann, wenn die produktiven technisch-wissenschaftlichen Arbeitskräfte aus ihr ausgeschlossen werden. Das Problem ist hier nicht, gemeinsame Reproduktionsbedingungen der gesamten Arbeiterklasse zu finden, sondern klarzumachen, daß das Kapital im Bereich geistiger Arbeit im Produktionsbereich in der Tendenz einheitliche Reproduktionsbedingungen herstellt.

Hingegen hat *Willi Gerns* — in Anknüpfung an betriebliche Erfahrungen — aufgezeigt, daß die wissenschaftliche Ausbildung zwar zu einer privilegierten Position führt; entscheidend sei aber die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit des Aufstiegs in „Kommandofunktionen" (Positionen oberhalb der Ebene der Gruppenleitung — also Abteilungsleiter und aufwärts). Bei nicht gegebener Möglichkeit des Aufstiegs in solche Positionen sei auch für technisch-wissenschaftliche Lohnarbeiter objektiv die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse gegeben. Der größere Teil der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz stehe allerdings noch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie [18]).

Auch *Christof Kievenheim* geht es darum, die zentrale Frage zu klären, „ob es innerhalb der Lohnabhängigen bzw. Nichtbesitzer von Produktionsmitteln außerhalb der Arbeiterklasse noch andere Schichten und Gruppen zu differenzieren gibt, die keiner der beiden Hauptklassen angehören" [19]). Dies sei eine Frage, bei der das Merkmal der Intelligenz eine entscheidende Rolle spiele und die nur adäquat angegangen werden kann, wenn der Zusammenhang zwischen geistiger und körperlicher Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft untersucht werde. Erst die Klärung dieses Zusammenhangs ermögliche es, einerseits die Besonderheit der Gruppe der Intelligenz — qua Qualifikation und Stellung im Arbeitsprozeß — gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen auszumachen und andererseits die durch die Form der Verausgabung ihrer Arbeit konstituierte Gemeinsamkeit der Klassenzugehörigkeit mit diesen — speziell mit den Gruppen der nichtwissenschaftlich ausgebildeten Lohnarbeitern — näher zu charakterisieren. Um die oben gestellte zentrale Frage zu klären, führt Kievenheim theoretische Vermittlungsglieder ein, die ein differenziertes Vorgehen bei der Behandlung der Intelligenzproblematik erkennen lassen. Vor jede klassenmäßige bzw. schichtspezifische Zuordnung der „Intelligenz" stellt Kievenheim die Ableitung der Kategorie der „geistigen Arbeit", untersucht er das Verhältnis von materieller und geistiger Produktion, bzw. von Kopf- und Handarbeit, und zeigt dann die Herausbildung der Wissenschaft (Naturwissenschaft und Wissenschaft der Technologie) aus dem Gang der materiellen Produktion auf. Erst dann seien nach Kievenheim die Tendenzen der Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses zu bestimmen. Anders als Jung entgeht Kievenheim dadurch der Gefahr, „Intelligenz" und Arbeiterklasse schon im Ansatz definitorisch auseinanderzureißen. Darüber hinaus gibt der Nachweis der spezifischen Gesellschaftlichkeit, unter welcher sich Wissenschaft konstituiert, und das Aufzeigen der Rückwirkungen der Wissenschaft auf die Ausbildung entscheidenden Aufschluß über die spezifische Stellung wissenschaftlich und technisch qualifizierten Personals im Produktionsprozeß. Als die allgemeinen Bestimmungsmomente für die Stellung dieses Personals im Produktionsprozeß werden dabei angeführt: Erweiterung der Produktionspotenzen und Durchdringung der materiellen Produktion durch wissenschaftliche Arbeit, Subsumtion des Forschungs-, Entwicklungs- und Leitungspersonals als Lohnarbeiter unter das Kapital, Ent-

18) Hinweis von W. Gerns auf dem IMSF-Kongreß.
19) K/L 164? (wo)

wicklung spezifischer Leitungsfunktionen [20]). Mit diesen Momenten sowie mit dem Aufweis der Verdoppelung des Verwissenschaftlichungsprozesses in den Sphären von Ausbildung und Produktion lassen sich für die Träger qualifizierter Arbeitskraft spezifische Bedingungen ihrer Anwendung im Arbeitsprozeß bestimmen. Dabei tritt „die Scheidelinie von geistiger und körperlicher Arbeit ... nicht mehr als eine Erscheinungsform der gesellschaftlichen und betrieblichen Klassenspaltung auf, deren Strukturen vielmehr zunehmend im Bereich der geistigen Arbeit hervortreten" [21]). Auch qualifizierte geistige Arbeit entwickelt sich zur Lohnarbeit, erfährt Standardisierung und Vereinseitigung durch die Abspaltung einfacherer Tätigkeiten innerhalb der nicht-manuellen Arbeit. Daher erhält der „Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital als Widerspruch zwischen Disponibilität und Verwertung eine spezifische Erscheinungsform auch gegenüber den Funktionen der qualifizierten geistigen Arbeit" [22]).

Als Gegentendenzen zur Subsumtion unter das Kapital formuliert Kievenheim bestimmte Spezifika der geistigen Arbeit. Durch die Schranken für deren erweiterte Reproduktion wird der quantitative Umfang dieser Gruppen mit hoher Qualifikation ebenso wie ihre Austauschbarkeit in Grenzen gehalten, sie erhalten darüber hinaus einen relativ höheren Anteil am gesellschaftlichen Lohnfonds, weisen besondere Mobilitätsbedingungen auf und können sogar am umverteilten Mehrprodukt partizipieren [23]).

Welche Schlußfolgerungen lassen sich nun aus dem vorliegenden Ansatz aus den im Bereich technisch-wissenschaftlich qualifizierter Arbeit von Kievenheim entwickelten Tendenzen für die Klassenlage der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ziehen? Unseres Erachtens haben die von Kievenheim selbst erbrachten systematischen Vermittlungsglieder den Nachweis erbracht, daß das Merkmal der „Intelligenz" gegenüber den strukturbestimmenden Elementen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft keine eigenständigen, von der Arbeiterklasse abgehobenen sozialen Strukturen zu begründen vermag. Und zwar dahingehend, daß die Träger von technischen und wissenschaftlichen Qualifikationen als gesonderte und in sich homogene Gruppe von anderen Gruppen klassenmäßig zu unterscheiden wären.

Kievenheim entwickelt in seinem Ansatz wichtige Begründungszusammenhänge zum Verhältnis von geistiger und körperlicher Arbeit, anhand deren die zentralen Momente der Qualifikationsentwicklung innerhalb der Arbeiterklasse erklärbar werden. Kievenheim stellt Argumente für die Schlußfolgerung bereit, daß für die in diese Prozesse eingeschlossenen qualifizierten Lohnarbeiter das Merkmal der „Intelligenz" und darüber hinaus besondere Reproduktionsbedingungen, Lohnhöhe wie auch Ausübung von Leitungsfunktionen keine Klassenkriterien seien, sondern bei der Bestimmung der Klassenlage immer nur als sekundäre Momente in Anschlag gebracht werden können. Im Widerspruch dazu nimmt Kievenheim aber den Intelligenzbegriff als gesellschaftstheoretisch relevante Kategorie wieder auf, so daß er für die Formation des entwickelten Kapitalismus mit der Bezeichnung „Intelligenz" als Zusammenfassung von klassenmäßig unterschiedenen Gruppen (bzw. von verschiedenen Abteilungen oder Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse) die Stellung einzelner Qualifikationsgruppen innerhalb des Klassenzusammenhangs eher begrifflich verwischt als fixiert. Ebenso widersprüchlich wie die Begründung der Intelligenz als „beson-

20) Vgl. Kievenheim, Beiträge . . ., S. 203—207.
21) Ebd., S. 211.
22) Ebd., S. 225.
23) Vgl. ebd., S. 212, 213.

derer sozialer Kategorie" bleibt angesichts der von Kievenheim selbst benannten Differenzierungsmomente sein Versuch, die interne Differenzierung der durch wissenschaftliche Ausbildung gekennzeichneten Gruppen unter dem Oberbegriff der „Intelligenz" aufzuzeigen. So geht z. B. in der Unterscheidung von „Kern"- und „Randgruppen" der Intelligenz (unterschieden nach dem Typus des Abschlusses an Hochschulen oder Fachschulen) zum einen ihre klassenmäßig relevantere Gemeinsamkeit qua Stellung zum Kapital (als produktive Arbeiter) oder auch in staatlichen Forschungsinstitutionen (als unproduktive Arbeiter) verloren. Zum anderen aber verändern sich — das zeigt Kievenheim selbst — die Ausbildungsbedingungen innerhalb des Ausbildungssystems und machen damit die vorgeschlagene Einteilung zumindest in dieser Form fragwürdig.

Überall da freilich, wo Kievenheim systematisch die dem Gegenstand adäquate Begrifflichkeit vorträgt, wird der Intelligenzbegriff ersetzt durch Kategorien, welche die Formbestimmtheit gesellschaftlicher Arbeit ausdrücken [24]). Deshalb kann sein Versuch nicht recht überzeugen, dann wiederum in Anlehnung an Gramsci und Laurent anhand der Unterscheidung von „traditioneller" und „neuer" Intelligenz das Spezifikum geistiger Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber anderen Gruppen festhalten zu wollen [25]). Vor allem bleibt in dem hier interessierenden Zusammenhang der Begriff der „neuen" Intelligenz (als spezifisches Produkt der kapitalistischen Produktionsweise [26])) schlecht faßbar. Wenn Kievenheim die Gruppen der „neuen" Intelligenz vor allem innerhalb der betrieblichen bzw. staatlichen Leitungsstrukturen lokalisieren will, so beinhaltet diese Argumentation eine doppelte Problematik.

Zum einen entwickelt Kievenheim selber, daß die Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung des kapitalistischen Produktionsprozesses speziell im Bereich von Forschung und Entwicklung zum vermehrten Einsatz technisch-wissenschaftlich geschulten Personals führt; gerade hier nimmt er Annäherungstendenzen zu den nicht zur „Intelligenz" gehörigen Arbeitskräften wahr. Das bedeutet aber, daß wesentliche Teile innerhalb der technisch-wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräfte einmal unter die „neue" Intelligenz subsumiert wären und einmal nicht — obwohl beiden Gruppen (mit oder ohne Leitungsfunktionen) ihre technisch-wissenschaftliche Qualifikation gemeinsam ist. Zum anderen sind unseres Erachtens auch die im Leitungssystem beschäftigten qualifizierten Lohnarbeiter nicht dadurch ausreichend gekennzeichnet, wenn ihre Tätigkeit lediglich als „Aneignungsfunktionen fremder Arbeit" [27]) beschrieben werden. Die Kategorisierung der in Leitungsfunktionen Beschäftigten als „neue" Intelligenz wird zudem durch Kievenheim selber noch dadurch in Frage gestellt, daß er hier „... vom Zurücktreten von der Intelligenz spezifischen Strukturen" [28]) spricht. Unklar bleibt auch die weitere Auffächerung der „neuen" Intelligenz nach „Spezialisten in Leitungsfunktionen und Spezialisten ohne Leitungsfunktionen". Insbesondere, was die Gruppe der „Spezialisten" betrifft, so wird diese zudem zusammengebracht mit Angehörigen der freien Berufe und insgesamt als „Teil der lohnabhängigen Zwischenschichten" bzw. „einfachen Warenproduzenten" bestimmt. Letztlich werden dabei die „Ausübung qualifizierter geistiger Arbeit", „spezifische Ausbildung" sowie „ein bestimmtes und gegenüber Nichtqualifizierten ... nicht austauschbares Spektrum von Funktionen" [29]) zu Definitionsmerkmalen für die „Zwischenschichten"-Zugehörigkeit.

[24]) Vgl. ebd. im Schlußexkurs, S. 224 f., wo der Intelligenzbegriff fast nur gewaltsam wieder einzuführen ist.
[25]) Vgl. ebd.
[26]) Vgl. a. a. O., S. 217.
[27]) Vgl. ebd.; vgl. dazu die Ausführungen im letzten Teil dieses Aufsatzes.
[28]) Vgl. ebd., S. 218.
[29]) Vgl. a. a. O., S. 219.

Bei *R. Melke* wird die Stellung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz über eine Klärung und Auffächerung des Angestelltenbegriffs vorgenommen. Melke geht davon aus, daß die Angestellten (technische und kaufmännische) verschiedenen Klassen und Schichten angehören. „Sinnvoll wird der Begriff ‚Angestellte' erst, wenn er die besondere Stellung der unteren und mittleren Angestellten in der Arbeiterklasse ... und die besondere Stellung der hochqualifizierten und der in höheren Leitungsfunktionen beschäftigten Angestellten als Teil der Mittelschichten betont" [30]). Um die besonderen Angestelltenkategorien jeweils bestimmten Schichten oder Klassen zuordnen zu können, müssen nach Melke bestimmte Faktoren beachtet werden. Nicht nur ist dabei als das „wesentliche Merkmal" (Melke) die Stellung zu den Produktionsmitteln zu berücksichtigen, sondern darüber hinaus die Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und die Höhe des Einkommens [31]). Vom „wesentlichen Merkmal" der Stellung zu den Produktionsmitteln her betrachtet, ist nach Melke die „Masse" der Angestellten (in der Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen) eine besondere Abteilung der Arbeiterklasse. Dies ist „unabhängig davon, ob sie produktive Arbeit leisten und Mehrwert produzieren oder nicht" [32]). Diese besondere Abteilung verkauft ihre Arbeitskraft und erhält nur den Wert der Arbeitskraft bezahlt. Sie besitzt keine Produktionsmittel und „übt keine strategischen und wesentlichen operativen Entscheidungsrechte, d. h. Kapitalfunktionen über den Einsatz der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte aus. Im Gegenteil: Sie wird ausgebeutet, indem sie unbezahlte Mehrarbeit leistet, die sich die Bourgeoisie aneignet" [33]). Der Tatbestand der Nichtausübung von Kapitalfunktionen trifft nach Melke 80 % der kaufmännischen und technischen Angestellten, während dagegen nur 5 % „Aufsichts- und Dispositionsbefugnis" haben [34]).

Da Melke nicht alle Angestellten zu einem Teil der Arbeiterklasse rechnet, müssen sich offensichtlich bestimmte Angestelltenkategorien durch Besonderheiten auszeichnen, die zur Ausgrenzung aus der Arbeiterklasse führen. Zu den nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Gruppen zählt Melke mittlere und höhere Leitungskader und die Intelligenz [35]). Zu diesen Gruppen gehört ebenfalls die „Mehrheit" der in der Industrie beschäftigten wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Diese „nähern sich der Arbeiterklasse, ohne ihr anzugehören. Sie (die Mehrheit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, d. V.) hat gegenüber der Masse der Angestellten und Arbeiter ein anderes Niveau geistiger Arbeit und die, allerdings abnehmende Chance, auch höhere Leitungsfunktionen einnehmen zu können" [36]). Üben die technisch-wissenschaftlich Qualifizierten also höhere Leitungsfunktionen aus, so sind sie Teil der „Mittelschichten". Bei Nichtausübung befinden sie sich im Prozeß der Annäherung. Die Kriterien „geistige Arbeit" und „höhere Leitungsfunktion" halten hier also für eine Ausgrenzung aus der Arbeiterklasse her. Andererseits hebt Melke nachdrücklich die wachsende Zahl und Bedeutung der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz (in seinen Formulierungen: „Naturwissenschaftler und technische Angestellte") für die Entwicklung der Produktivkräfte hervor [37]).

Melke befindet sich hier in einem ähnlichen Dilemma wie Jung, nämlich wesentliche Träger der Produktivkräfte aus der Arbeiterklasse heraushalten zu müssen.

30) Melke, a. a. O., S. 35.
31) Ebd., vgl. S. 37.
32) A. a. O., S. 36.
33) Ebd., S. 36.
34) Vgl. a. a. O., S. 39.
35) Vgl. a. a. O., S. 37.
36) A. a. O., S. 36.
37) A. a. O., S. 37.

Bei Melke sind allerdings hierzu noch weitere gravierende Widersprüche festzustellen. Einerseits wächst also Zahl und Bedeutung lohnabhängiger qualifizierter Arbeitskräfte (und das sind nicht nur Techniker, wie Melke manchmal nahelegt [38]). Sie erfüllen weiterhin das wesentliche Kriterium: Nichtbesitz von Produktionsmitteln. Darüber hinaus konstatiert Melke ebenfalls bei der geistigen Arbeit Qualifikationsverschleiß, tendenzielle Annäherung in den Arbeitsinhalten bei Teilen der qualifizierten Arbeitskräfte, Dequalifizierung, mangelnde Disponibilität, teilweise Freisetzung, soziale Unsicherheiten und die abnehmende Chance, über untere Leitungsfunktionen hinauszukommen.

Wenn also tendenziell die Spezifika geistiger Arbeit zumindest bei einem Teil der technischen Intelligenz (Techniker und Ingenieure [39]) sich verflüchtigen, kann nur noch das Kriterium der Ausübung „höherer" Leitungsfunktionen Klassenkriterium sein und dazu herhalten, bei der „Mehrheit" der wissenschaftlich-technischen Intelligenz nur von einer Annäherung zu sprechen. Wie sich das nun andererseits dazu verhält, daß überhaupt nur 5 % der kaufmännischen und technischen Angestellten „Aufsichts- und Dispositionsbefugnis" innehaben, bleibt unerfindlich. Wie sich weiterhin in bezug auf die klassenmäßige Stellung der wissenschaftlich und technisch Qualifizierten „produktive Arbeit" und „Leitung" zueinander verhalten, bleibt ebenso ungeklärt und widersprüchlich, wenn Melke formuliert: „Da ein wachsender Teil der Angestellten, besonders der Techniker, produktive Arbeit leistet und zu direkten Mehrwertproduzenten wird, ... zeigt, wieweit der Angleichungsprozeß der Arbeiter und Angestellten *innerhalb* der Arbeiterklasse schon vorangeschritten ist" [40]). Wieso die Ausübung produktiver Arbeit vor allem den Technikern vorbehalten bleibt — als ob nicht etwa auch ein Ingenieur produktive Arbeit leistet — bleibt unklar. Techniker und Ingenieure (graduierte und diplomierte) bilden einen großen Teil der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz in der Industrie, und sie sind Mehrwertproduzenten. Bei Betrachtung ihrer Stellung und Entwicklung müßte also nach diesen Ausführungen von Melke von Prozessen *innerhalb* der Arbeiterklasse ausgegangen werden. Wie Melke die „Mehrheit" der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in wiederum anderen Begründungszusammenhängen als nicht zur Arbeiterklasse gehörig rechnen kann, bleibt gerade auf dem Hintergrund seiner Ausführungen über die Entwicklungstendenzen geistiger Arbeit und seiner Zahlenangaben über den geringen Prozentsatz derer, die überhaupt höhere Leitungsfunktionen haben, ein unaufgelöster Widerspruch.

Im Ansatz von *P. Delitz* und *J. Marx* hingegen scheinen uns bei der Bestimmung der Klassenlage der technischen Intelligenz die Kriterien des Nichtbesitzes an Produktionsmitteln und des Lohnarbeitscharakters gegenüber den Besonderheiten dieser qualifizierten Arbeitskräfte (geistige Arbeit, Charakter der Tätigkeiten, Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit) noch am ehesten berücksichtigt zu sein. Die Autoren gehen davon aus, daß die Entwicklung der Produktivkräfte Auswirkungen hat auf die innere Struktur der Arbeiterklasse. Die Richtung der dabei herbeigeführten Veränderungen sehen sie in neuen Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Lohnarbeit [41]). Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungstendenzen kommen die beiden Autoren zu dem Ergebnis, daß sich innerhalb der Arbeiterklasse drei Hauptgruppen unterscheiden lassen [42]):

38) Ebd., S. 37.
39) A. a. O., S. 40.
40) A. a. O., S. 36; Hervorh.: d. Verf.
41) P. Delitz/J. Marx, a. a. O., vgl. S. 41 f.
42) Vgl. a. a. O., S. 43.

1) Der Kern der Arbeiterklasse wird von den unmittelbaren Mehrwertproduzenten in der Industrie gebildet. Problematisch ist den beiden Autoren hier, „ob der Teil der technischen Intelligenz in der Industrie, der unmittelbar in die Mehrwertproduktion einbezogen ist, zum Kern der Arbeiterklasse zu rechnen ist, oder — wegen der ausgeprägten Merkmale hochqualifizierter geistiger Arbeit — nur als dem Kern der Arbeiterklasse aggregiert zu betrachten ist. Wir neigen der letzteren Ansicht zu" [43]). Hier wird also das Merkmal der geistigen Arbeit nicht dazu verwendet, die Träger geistiger Arbeit aus der Arbeiterklasse auszuschließen, sondern es dient dazu, innerhalb der Arbeiterklasse selber zu differenzieren.

2) Zu einer zweiten Gruppe rechnen die Autoren Arbeiter und untere Angestelltengruppen (Meister, Techniker, Gruppen- oder Abteilungsleiter) in der übrigen materiellen Produktion. Diese sind nach Auffassung der Autoren nicht unmittelbar in die Mehrwertproduktion einbezogen.

3) Eine dritte Gruppe schließlich besteht aus Arbeitern und unteren Angestellten (im Handel, Kredit- und Versicherungswesen etc.).

Zwar konstatieren die Autoren, daß im Zuge der Produktivkraftentwicklung die Differenzierung der „Schichten" besonders rapide zunimmt. Dennoch halten sie am Begriff *der* Intelligenz als einer sozialen Schicht fest. Lediglich bei der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz sehen die Autoren Kriterien, die es erlauben, diese als einen Teil der Arbeiterklasse auszuweisen. Im unklaren belassen uns die Autoren darüber, wie sie die Leitungsproblematik bei der Bestimmung der Stellung der technischen Intelligenz einschätzen. Sie formulieren zu diesem Problem zwar, daß „die überwältigende Masse der Angestellten keine Leitungs- und Entscheidungsfunktionen" [44]) mehr ausübt, und weiterhin, daß die „Arbeiter außerhalb der materiellen Produktion, die Masse der Angestellten einschließlich jener, die untere Leitungsfunktionen ausüben" [45]), zur Arbeiterklasse gehören. Wie sich aber die Ausübung mittlerer oder auch höherer Leitungsfunktionen der technisch-wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräfte dazu verhält, daß sie gleichzeitig „unmittelbar in die Mehrwertproduktion" einbezogen und daher produktive Arbeiter sind — das Verhältnis dieser beiden Momente zueinander ist von den beiden Autoren ausgespart geblieben. Ein Problem zumal, daß gerade J. Marx in einer früheren Publikation [46]) Anlaß zu ausführlichen Untersuchungen gab und hier unausgesprochen bleibt.

III

Die bisher dargestellten theoretischen Ansätze weisen deutliche Differenzen auf bei der Beantwortung der Frage, wie die verschiedenen Arbeits- und Produktionsbedingungen hinsichtlich der Klassenzugehörigkeit höherqualifizierter (hier: technisch-wissenschaftlich-qualifizierter) Lohnarbeitergruppen zu gewichten sind.

Unbeschadet aller Differenzen unter diesen Autoren besteht unter ihnen jedoch im wesentlichen Einigkeit darin, daß 1) die Spezifik geistiger Arbeit, d. h. durch wissenschaftliche Ausbildung begründete und in besonderen Funktionen im Arbeitsprozeß verausgabte Tätigkeit [47]), und 2) die Ausübung von Leitungsfunktionen — im Sinne der Beaufsichtigung von bzw. Disposition über lebendige

[43]) Ebd., S. 43.
[44]) A. a. O., S. 41.
[45]) A. a. O., S. 42.
[46]) J. Marx, Arbeitskraft, neue Technik, Monopolherrschaft, in: DWI-Forschungshefte, 4/1971, Berlin (DDR).
[47]) Vgl. Merlke, a. a. O., S. 36.

Arbeit — eine gegenüber der Arbeiterklasse abgesonderte soziale Lage begründen. Entweder in sozialökonomischen Kategorien (Lohnabhängige oder „neue" Zwischenschichten bzw. Mittelschichten) oder in gruppenspezifischen Termini, welche auf die Besonderheiten der Ausbildung bzw. des arbeitsrechtlichen Status rekurrieren („technische", „ökonomische", o. a. Intelligenz bzw. Angestellte), findet diese klassen- bzw. schichtenmäßige Differenz zu den „Grundklassen" bei den verschiedenen Autoren ihren Ausdruck. Deshalb sollen beide Problembereiche (Leitung und Spezifik der Arbeitssituation) im folgenden in ihrer sozialökonomischen Bedeutung eingehender behandelt werden.

Der Kategorie der Leitung und Oberleitung kommt bei der sozialökonomischen Differenzierung innerhalb der Lohnabhängigen besondere Bedeutung zu. Zu Recht wird angeführt, daß der Inhalt der Leitungstätigkeit seine Widersprüchlichkeit der Tatsache verdankt, daß diese ebenso auf den unmittelbar gesellschaftlichen Charakter des Arbeitsprozesses zurückgeht, wie sie in der bürgerlichen Gesellschaft eine Funktion der Ausbeutung eines gesellschaftlichen Arbeitszusammenhangs ist [48]).

In den angeführten Ansätzen scheint uns die allgemeine Bestimmung des Leitungsproblems jedoch in einer Hinsicht problematisch zu sein. Die Kategorie der Leitung drückt zunächst nur ein zwiespältiges Verhältnis der mit Leitungsaufgaben beschäftigten Lohnarbeiter innerhalb des produktiven Gesamtarbeiters aus, da diese immer auch als Agenten des Kapitals fungieren und damit in Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten geraten, „... während sie gleichzeitig mit diesen durch ihre Interessen als Lohnabhängige, und damit ebenfalls Ausgebeutete, verbunden sind" [49]).

Indem nun bei verschiedenen Autoren die Funktion der Leitung im Arbeitsprozeß, der als Verwertungsprozeß zugleich Mittel zur Aneignung unbezahlter Arbeit ist, selber zur Aneignungsfunktion wird, erhält die Leitungsfunktion darüber hinaus den Charakter eines klassenmäßig relevanten Diskriminierungsmerkmals. Sofern ein Agent der Leitung bzw. Oberleitung im Aneignungsprozeß „... über die Produktionsmittel verfügt und die Menschen dirigiert, also den Ausbeutungsprozeß leitet" [50]), gerät er in einen Klassengegensatz zu den übrigen Lohnarbeitern, der nicht festzumachen ist an den Besitzverhältnissen der Produktionsmittel. Funktionen im Arbeitsprozeß, die als „strategische und operative Entscheidungsrechte" (Melke) bzw. als „Kommando über lebendige Arbeit" (Gerns) den Ausbeutungsprozeß lebendiger Arbeit organisieren, begründeten daher eine eigentümliche Zwischenstellung: Ihre Träger sind (qua Nichtbesitz eigener Produktionsmittel) nicht der Kapitalistenklasse zugehörig; sie stehen zugleich (qua Funktion im Aneignungsprozeß) im sozialökonomisch begründeten objektiven Gegensatz zur Arbeiterklasse [51]).

Problematisch erscheint uns die Absonderung der Leitungsagenten aus der **Arbeiterklasse deshalb, weil** diesem Verständnis der Leitungsfunktion eine Verwechselung von zwei ganz unterschiedlichen Problemen des Klassenzusammenhangs in der bürgerlichen Gesellschaft zugrundeliegt. Insbesondere werden zwei unterschiedliche Bedeutungen von „Aneignung" nicht auseinandergehalten.

48) Jung, a. a. O., S. 78 ff.; Kievenheim, a. a. O., S. 204.
49) Jung, a. a. O., S. 79; zwar wird zugestanden, daß jeder (produktive) Lohnarbeiter durch Verausgabung „abstrakter Arbeit" ebenso zur Kapitalverwertung beiträgt, indessen wird darauf verwiesen, daß er nicht — im Unterschied zu den Leitungsagenten — in Ausübung seiner konkreten Funktion in Gegensatz zu den übrigen Lohnarbeitern tritt.
50) Jung, a. a. O., S. 32.
51) Da hier auf die Leitungsfunktion abgestellt wird, bleiben davon abgeleitete Besonderheiten (Einkommen usw.) hier außer Betracht.

Zum einen drückt diese Kategorie als „Aneignung fremder unbezahlter Arbeit" bzw. deren Produkt das wesentliche Klassenkriterium der bürgerlichen Gesellschaft aus, anhand dessen sich die Lieferanten unbezahlter Arbeit als Klasse der Lohnarbeiter von der Klasse der Aneigner — der Klasse der Kapitalisten — unterscheiden. Andererseits bezieht sich die „Funktion der Leitung im Aneignungsprozeß" auf eine im Zuge der Teilung der Arbeit in der Fabrik entwickelte konkrete Tätigkeit. Indem nun die Funktion der Leitung im „Aneignungsprozeß" — qua Kommando und Disposition — als historische vom Kapitalisten delegierte Funktion der Verfügung über vergegenständlichte und lebendige Arbeit begriffen wird, erscheint sie selber nicht mehr als — wie immer widersprüchlich bestimmte — Funktion *innerhalb* des Klassenverhältnisses. Vielmehr begründet sie einen klassenmäßigen Gegensatz und weist ihren Trägern einen Platz *außerhalb* der Arbeiterklasse zu. Dabei findet gegenüber dieser widersprüchlich bestimmten Funktion im Arbeitsprozeß die Form der Arbeit als Lohnarbeit zwar Berücksichtigung, diese allein wird als „Klassenkriterium" jedoch als zu eng angesehen [52]). Gegenüber der Form der Arbeit wird hier letztlich ihr konkreter Inhalt zum wesentlichen Bestimmungsmerkmal der Klassenlage. Welche Argumente lassen sich nun gegen diese Interpretation des Leitungsproblems anführen?

1) Es wird von allen hier diskutierten Autoren mehr oder weniger explizit ausgeführt, daß die Funktion der Leitung nicht nur in dem Sinne zwiespältig ist, daß ihre Träger zugleich ausgebeutete Lohnarbeiter sind und in ihrer Funktion den Klassenantagonismus zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten personifizieren, sondern die Funktion, der Inhalt ihrer Tätigkeit ist selber zwiespältig bestimmt. Die Leitung und Planung des Produktionsprozesses, soweit sie aus der unmittelbar gesellschaftlichen Natur des Arbeitsprozesses hervorgeht, ist also auch in der kapitalistischen Gesellschaft nicht auf die ihr innewohnende Gegensätzlichkeit zu den anderen Arbeitern zu reduzieren; sie ist nach der Seite der weiteren Entwicklung des Vergesellschaftungsprozesses eine ebenso unerläßliche und notwendige Bedingung wie die Arbeit, die in mehr oder weniger vermittelter Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes verausgabt wird [53]).

2) Ein weiterer unklarer Punkt betrifft die despotische Form, welche die Leitung gegenüber den unmittelbaren Produktionsagenten annimmt.

In den verschiedenen Ansätzen zur Leitungsproblematik wird dabei verwiesen auf den personal vermittelten Interessengegensatz zwischen Leitungsagenten einerseits sowie der Masse der Arbeiter und Angestellten andererseits [54]), der für das „... Verwertungsmaterial mit einem eindeutigen Klassenstandpunkt verbunden ist" [55]).

Sowohl das Verhältnis von personellen „versachlichten" ökonomischen Formen der Leitungsausübung als auch die innere Differenzierung des Leitungssystems selber scheinen uns aber bei dieser These ungenügend berücksichtigt zu sein.

2a) Die Funktion der Leitung äußert sich im entwickelten kapitalistischen Produktionsprozeß nicht nur in der Form von personaler Beaufsichtigung und Kontrolle, die im hierarchisch gegliederten „Liniensystem" ihren Ausdruck findet. Die eigentümliche Natur des kapitalistischen Produktionsprozesses — ein über

52) Thesen zu den Referaten der IMSF-Tagung am 26. und 27. 5. 1973 in Frankfurt/M zum Thema „Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD".
53) Oft wird dieser Punkt zwar benannt, bei der klassenmäßigen Gewichtung jedoch nicht mehr berücksichtigt (Jung, a. a. O., S. 78 f.).
54) Melke, a. a. O., S. 37.
55) Jung, a. a. O., S. 79.

die sachliche Form des Arbeitsmittels vermitteltes Zwangsverhältnis zu sein — führt im entwickelten kapitalistischen Produktionsprozeß zu ökonomisch versteckten Formen der Disziplinierung der Arbeiter [56]). Diese Seite der „stummen ökonomischen Form", in der sich die Despotie des Kapitals gegenüber den Produzenten geltend macht, spricht z. B. H. Steiner an, wenn er ausführt, daß „auch die moderne Maschinerie, die dem Arbeiter seine Arbeitsbedingungen vorgibt, und direktes Aufsichts- und Kontrollpersonal unmittelbar an seiner Seite erübrigt" [57]). Dies bedeutet aber, daß allen produktiven Arbeitern gegenüber, also auch den „unteren" Lohnarbeitern, die Zwangsnatur des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht als unmittelbares Herrschaftsverhältnis — vermittelt über die Leitungsagenten — gegenübertritt. In dem Maße, wie mit der technologischen und arbeitsorganisatorischen Entwicklung des Arbeitsprozesses dieser eine ganz und gar objektive Gestalt gegenüber den Produktionsarbeitern erhält, löst sich auch der Zwangscharakter des Prozesses mehr und mehr ab von unmittelbar personaler Despotie. Er verschwindet in der technologischen Gestalt des Arbeitsmittels sowie in dem nach scheinbar technologischen Sachgesetzlichkeiten ökonomisierten Ablauf des Arbeitsprozesses selber.

Beide Seiten der Leitung [58]) sind in ihrem Wirkungszusammenhang nicht voneinander isoliert zu betrachten: je mehr der kapitalistische Produktionsprozeß der Verwissenschaftlichung und Vergesellschaftung unterliegt, um so mehr wird das personale System der Leitung ergänzt, z. T. sogar schon abgelöst von scheinbar „sachlich" bestimmten Leitungsmechanismen. Diese „technischen Zwangsgesetze" lassen aber für individuelle Willkür auch von Aufsichtsagenten kaum noch Spielraum [59]).

2b) Schließlich wird das Leitungssystem selber von der Tendenz des Kapitals zur Ökonomisierung lebendiger Arbeit ergriffen. Diese Hierarchisierung und Teilung der Arbeit schließt damit auch innerhalb des Leitungssystems die Entwicklung zum „geistigen Detailarbeiter" ein. Dies bedeutet zugleich für die meisten der im Leitungssystem beschäftigten Lohnarbeiter die zunehmende Schwierigkeit oder gar Unmöglichkeit des Aufstiegs in höhere Leitungsfunktionen [60]). Durch ökonomische Kriterien klassenmäßig von der Arbeiterklasse zu trennen sind vielmehr ausschließlich die der Kapitalistenklasse aggregierten Top-Manager — sofern sie Teile des Profits erhalten, sowie „fungierende" Kapitalisten [61]). Alle anderen Leitungsagenten sind demgegenüber objektiv Teil der Arbeiterklasse.

Neben der Leitungsproblematik — und oft im Zusammenhang hiermit — wird von verschiedenen Autoren (insbesondere Jung, Kievenheim und Melke) mit dem Hinweis auf die Spezifik der Arbeitssituation technisch-wissenschaftlich qualifizierter Lohnarbeiter deren soziale Eigenständigkeit gegenüber der Arbeiterklasse begründet.

Dabei wird vor allem von Jung, Kievenheim und Dähne die Ausgrenzung dieser Lohnarbeiter aus der Arbeiterklasse mit dem „unentwickelten Warencharakter

56) Autorenkollektiv . . ., S. 126 ff.
57) H. Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967, S. 62.
58) Zur ausführlichen Darstellung dieses Sachverhalts vgl. „Klassenlage . . .", S. 199 ff.
59) Diese „stummen" ökonomischen Formen der Leitung, in denen die Despotie des Kapitals nur noch in sachlicher Erscheinungsform auftritt, finden z. B. zunehmend in Verfahren der Arbeitsbewertung und Zeitvorgabe für Arbeiter und Angestellte ihren Ausdruck. Daß mit solchen Verfahren die Ausbeutung lebendiger Arbeit durch ihren wissenschaftlichen Charakter noch intensiver und zugleich durch die ihnen innewohnende Versachlichung anonymer wird, bedingt zugleich — gegenüber Arbeitskonflikten mit unmittelbaren Vorgesetzten — neue Ebenen und Inhalte betrieblicher Auseinandersetzung. Dies wäre anhand von Streikbewegungen vor allem in Frankreich und Italien empirisch weiter zu untersuchen.
60) Auf diesem Sachverhalt hat auch W. Gerns aufgrund von betrieblichen Erfahrungen hingewiesen.
61) Vgl. Braczyk/Herkommer, in: „Blätter", 3/73, S. 286 ff.

ihrer Arbeitskraft" begründet [62]). Wenn Kievenheim z. B. ausführt, daß, durch die Spezifik geistiger Arbeit bedingt, diese höherqualifizierte Arbeit dem Kapital bestimmte Grenzen setzt gegen die eine mit den manuellen Arbeitern vergleichbare Ökonomisierung und dabei auf Spezialisten- ebenso wie auf Leitungs-Tätigkeiten hinweist, so ist ihm zuzustimmen. Dieser Sachverhalt ist durchaus folgenreich für die Ausbildung spezifischer Bewußtseinsformen innerhalb dieser höherqualifizierten Teile der Arbeiterklasse.

Bedenken haben wir allerdings dagegen, diese Besonderheiten als „nicht voll entfalteten Warencharakter der Arbeitskraft" zu interpretieren und damit die entsprechenden Teile höher qualifizierter Lohnarbeiter aus der Arbeiterklasse auszuschließen.

Vor allem J. Marx und H. Kolbe haben überzeugend dargelegt, daß die unterschiedlichen Qualifikationen und daraus resultierende besondere Funktionen ebensowenig sozialökonomisch relevante Unterschiede für die jeweiligen Lohnarbeiter begründen können wie die durch höhere Ausbildungskosten begründete Differenzierung der Arbeitslöhne [63]).

Diese Aussagen gelten um so mehr, als mit der Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses und der damit verbundenen Zunahme wissenschaftlich qualifizierter Arbeit im produktiven Gesamtarbeiter Prozesse der inneren Differenzierung und Entwertung auch der qualifizierten Arbeitskraft immer deutlicher hervortreten [64]). Demgegenüber ist neben Jung und Kievenheim auch Melke zu kritisieren, wenn er einerseits zwar die Masse der Industrieangestellten unter Hinweis auf die „Stärke und Unvermitteltheit ihrer Ausbeutung" [65]) zur Arbeiter-„technischen Intelligenz" nur in einem Verhältnis der Annäherung zur Arbeiterklasse rechnen will, andererseits aber unter Rekurs auf die „Besonderheiten" der Arbeitssituation gerade die relativ am stärksten anwachsenden Gruppen der klasse sieht.

Noch aus einem weiteren Grund erscheint uns das Postulat vom „entwickelten Warencharakter der Arbeitskraft" als Klassenkriterium unhaltbar. Wenn nämlich einerseits als Ausdruck des entwickelten Kapitalverhältnisses die Zunahme der Lohnarbeit — also des Anteils der Bevölkerung, dessen Arbeitskraft durch ihren Warencharakter gekennzeichnet ist — erkannt wird, so ist völlig uneinsichtig, wieso andererseits unter Hinweis auf den besonderen Inhalt der Arbeit für einen Teil der Lohnarbeiterschaft diese Bestimmung wieder zurückgenommen wird und die Träger solcher Funktionen nicht zur Arbeiterklasse gerechnet werden. Demgegenüber ist in Anknüpfung an J. Marx und H. Kolbe hervorzuheben, daß der entwickelte Charakter des Kapitalverhältnisses mit Notwendigkeit eine nach Qualifikationsniveau, Art der Tätigkeit sowie nach Form und Höhe des Einkommens äußerst differenzierte Struktur von Arbeitskräften bedingt [66]), die als gemeinsam ausgebeutete Mitglieder der Arbeiterklasse dem Kapital untergeordnet werden [67]).

---

62) Vgl. Thesen . . ., S. 4 und 6.
63) Vgl. J. Marx, Arbeitskraft, neue Technik, Monopolherrschaft, in: DWI-Forschungshefte, 4/1971, Berlin
64) J. Marx, a. a. O., S. 39 ff.
65) Melke, a. a. O., S. 36.
66) J. Marx, a. a. O., S. 86.
67) Über die angeführten theoretischen Einwände gegen eine klassenmäßig relevante Differenzierung des Warencharakters der Arbeitskraft läßt sich aufzeigen, daß den Autoren auch beim Versuch konkreter empirischer Unterscheidung von mehr oder minder entwickelten Graden des Warencharakters der Arbeitskraft beträchtliche Probleme gegenüberstehen, was sich in sehr unterschiedlichen Kriterien für einen „nicht voll entwickelten" Warencharakter der Arbeitskraft äußert: während bei Jung letztlich wissenschaftliche Ausbildung als Bedingung von Spezialistentum zum entscheidenden Bestimmungsmoment für die sozialökonomischen Besonderheiten technisch-wissenschaftlicher Arbeiter wird, stellt Kievenheim eher auf die Spezifik der Arbeitssituation dieser Lohnarbeiter ab. Gerns schließlich nennt als entscheidendes Kriterium in diesem Zusammenhang die Möglichkeit des Aufstiegs in höhere Leitungsfunktionen.

Unsere Ausführungen über die sozialökonomische Bedeutung technisch-wissenschaftlicher Qualifikationen sowie von Leitungsfunktionen im kapitalistischen Produktionsprozeß sollen keinesfalls die Unterschiedlichkeit und z. T. auch Gegensätzlichkeit dieser Lohnarbeiter gegenüber den anderen Teilen der Arbeiterklasse verdecken. In der Tat sind die unterschiedlichen Qualifikationen und die sich daran knüpfenden Besonderheiten der Arbeits- und Reproduktionssituation die materielle Basis für die Entwicklung besonderer Bewußtseinsformen, die auch in verschiedenen Organisationsformen der technisch-wissenschaftlichen Arbeiter ihren Ausdruck finden.

Die Tendenz zur organisatorischen Vereinheitlichung mit dem größten Teil der Arbeiterklasse kommt demgegenüber darin zum Ausdruck, daß vor allem seit Ende der 60er Jahre die Zahl der in den DGB-Gewerkschaften organisierten technisch-wissenschaftlichchen Arbeiter beständig zunimmt zu ungunsten der berufsständischen und technisch-wissenschaftlichen Vereine sowie der DAG. Auch hierin kommt zum Ausdruck, daß die angeführten Besonderheiten der Arbeitssituation für die entsprechenden Lohnarbeitergruppen keine von der Arbeiterklasse abgetrennte Klassen- oder Schichtenlage begründen können. Wir stimmen daher mit Kievenheim/Leisewitz [68]) überein, daß nicht zuletzt auch die Stoßrichtung der gewerkschaftlichen Politik entscheidend dazu beitragen kann, die zweifellos noch bestehenden Klassenvorurteile bei den technisch-wissenschaftlich qualifizierten Arbeitern abzubauen.

In diesem Zusammenhang ist u. a. an die Beiträge anzuknüpfen, in denen auf der IMFS-Tagung zum Ausdruck kam, daß Solidarisierung der höherqualifizierten Lohnarbeitergruppen mit der Industriearbeiterschaft nicht mit Gleichmacherei gleichgesetzt werden kann. Aufgabe einer gewerkschaftlichen Politik zur Vereinheitlichung der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse muß es sein, neben den materiellen Interessen der Industriearbeiterschaft ebenso die der höher qualifizierten Arbeiter nach Disponibilität, angemessener Entlohnung etc. vertreten und durchsetzen zu helfen, um auf der Basis solcher Vereinheitlichung die gemeinsame objektive Frontstellung gegen das Kapital auch diesen Lohnarbeitergruppen ins Bewußtsein zu heben.

68) „Blätter", 2/71, S. 180.

Bücher

Arbeitslehre klassenneutral?

Christian/Fuchs u. a., Polytechnik in der Bundesrepublik Deutschland? Beiträge zur Kritik der „Arbeitslehre". Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1972, Edition Suhrkamp 573, 295 S., 6,— DM.

Aufgrund von Kriegsgewinnen und Wirtschaftsförderung (ERP) einerseits und großer Massen exploitabler Arbeitskräfte andererseits (Flüchtlinge, Heimkehrer, Zunahme unterbezahlter Frauenarbeit) war der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft durch außerordentlich günstige Kapitalverwertungsbedingungen gekennzeichnet. Die große industrielle Reservearmee (Arbeitslosenquote 1950 = 8,2 %) wirkte sich aus in relativ niedrigen Löhnen und hohen tariflichen Arbeitszeiten (z. B.

3,3 Stunden über dem Niveau Frankreichs), weshalb auch die durchschnittliche Profitrate über der anderer westlicher Länder lag und westdeutsche Produkte günstige Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt fanden. Diese für das westdeutsche Kapital günstigen Bedingungen der Mehrwertproduktion wirkten sich dahingehend aus, daß neben dem Ersatz verschlissener Produktionsmittel hauptsächlich Erweiterungsinvestitionen, nicht aber Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen wurden: Kapital wurde also extensiv genutzt, und der Einsatz technologisch entwickelterer, arbeitssparender Produktionsmittel (intensive Kapitalnutzung) fand nicht statt. Diese Entwicklung führte Anfang der 60er Jahre zu einer Produktivitäts- und Wachstumskrise, als nämlich das Arbeitskräftereservoir durch die expandierende Wirtschaft aufgesogen war und vermittels gewerkschaftlicher Aktivität die Löhne stiegen und die überhöhten Arbeitszeiten abgebaut werden konnten. Jetzt mußten die versäumten Rationalisierungsinvestitionen in Form verstärkter Mechanisierung und Automatisierung der Produktion nachgeholt werden, was allerdings diffizil war, besonders da durch diese neuen Produktionsmethoden auch andere Qualifikationen (nicht aber, wie man zuerst annahm, höhere Qualifikationen) von den Arbeitern gefordert wurden, die aufgrund hergebrachter Ausbildung für *einen* Beruf nicht gegeben waren (Mobilitätsdefizit). Der in dieser Situation ins Leben gerufene Sachverständigenrat dozierte denn auch, daß „Investitionen in den Menschen" ebenso nötig seien wie Investitionen in Sachkapital. Die folgende bildungsökonomische Diskussion, der Ausruf des „Bildungsnotstandes" durch Georg Picht, die Gründung des Wissenschaftsministeriums und die Neueinführung des Fachs „Arbeitslehre" (auf ein Gutachten des „Deutschen Ausschusses" von 1964 hin) waren dann nur der folgerichtige, wenn auch verselbständigte Ausdruck der Verwertungsschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals.

Es ist eine Schwäche der vorliegenden Aufsatzsammlung, daß dieser oben kurz umrissene ökonomische Hintergrund für das Aufleben der Arbeitslehre-Diskussion nicht explizit entwickelt wird. Eine andere Schwäche ist, daß der spezifische Bezug des Bildungssystems zum in unserer Gesellschaft herrschenden Kapitalverhältnis nicht aus dem Begriff des Kapitals selbst abgeleitet wird: denn wenn richtig festgestellt wird, daß die vorhandenen Arbeitslehrekonzepte „stets die Systemstabilisierung vor Augen haben", aber dennoch „heftiger Kritik der Wirtschaft" ausgesetzt seien, so müßten doch Überlegungen in systematischer Hinsicht angestellt werden, diesen Widerspruch zu erklären.

Gelungen ist den Autoren dagegen die empirische Analyse und Kritik von in Schulen praktizierten Unterrichtsmodellen (und -materialien, die bezeichnenderweise meistens von der Industrie zur Verfügung gestellt werden). Alle wollen den künftigen Arbeitnehmer zur bedenkenlosen Anpassung an „autonome" technologische oder betriebswirtschaftliche „Sachzwänge" erziehen.

Auch jener Arbeitslehreansatz, der explizit die Interessen der abhängig Arbeitenden zu artikulieren vorgibt und die künftigen Lohnempfänger zur Wahrung dieser Interessen befähigen will, enthüllt sich der kritischen Prüfung als schlechter Integrationsversuch, wird doch das Arbeitnehmerinteresse von vornherein als abhängige Variable der a priori akzeptierten Rahmenbedingungen des kapitalistischen Systems verstanden. Geradezu grotesk nimmt sich dabei die Definition von Arbeitnehmerinteresse aus: dies sei das Interesse, die eigene Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, wobei der Arbeiter als „Manager seiner Dienstleistungen" auftrete, er „investiert" (!) seine Arbeitskraft dort, wo sie am „gewinnträchtigsten" ist, und — Hokuspokus — der gesellschaftliche Unterschied zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer hat sich verflüchtigt! Beide investieren und beide machen Gewinne ...

Der kritische Aufsatz über Polytechnik in der DDR mit der These, daß dort der emanzipatorische Impetus zugunsten bornierter Berufsausbildung verloren gegangen sei, krankt am unzulänglichen begrifflichen Instrumentarium: es muß gefragt werden, wieweit die Marxschen Kategorien „Produktivkräfte" und „Produktionsverhältnisse" wirklich durch „instrumentales", bzw. „kommunikatives Handeln" ersetzt werden können.

Reinhard Stöcker

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Außenpolitik der BRD

Antje Mattfeld, Modelle einer Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten. Eine rechtliche Betrachtung, Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 198 S., 18,— DM.

Eve Cieslar / Joh. Hampel / Franz-Chr. Zeitler (Hrsg.), Der Streit um den Grundvertrag. Eine Dokumentation, G. Olzog Verlag, München 1973 (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 4), 373 S., 28,— DM.

Claus Arndt, Die Verträge von Moskau und Warschau. Politische, verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Aspekte, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1972, 216 S., 15,— DM.

Rolf Quist, Ostpolitik, Völkerrecht und Grundgesetz, Werner Raith Verlag, Starnberg 1972, 265 S., 12,80 DM. — Bei allen vier Studien stehen rechtliche Aspekte im Vordergrund der Argumentation. Daß die Rechtsprechung die Außenpolitik nachhaltig beeinflussen kann, hat kürzlich das Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum Grundvertrag noch einmal bewiesen. Trotzdem läßt sich eine gewisse Sterilität der Diskussion um die Ost- und Entspannungspolitik, wenn man sie hauptsächlich unter rechtlichen Gesichtspunkten betrachtet, nicht übersehen.

Politik anderer Länder

William Appleman Williams, Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M 1973, 350 S., 28,— DM. — Eine liberale Kritik an der Weltpolitik der USA.

John Somerville, Durchbruch zum Frieden. Eine amerikanische Gesellschaftskritik, Verlag Darmstädter Blätter, Darmstadt 1973, 272 S., 16,80 DM.

Heide Gerstenberger, Zur politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Die historischen Bedingungen ihrer Konstitution in den USA, Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1973, 231 S., 10,80 DM.

Thomas Weingartner, Die Außenpolitik der Sowjetunion seit 1945. Eine Einführung, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1973 (Studienbücher zur auswärtigen und internationalen Politik, Bd. 8), 198 S., 19,80 DM.

Klaus Pickshaus / Dieter Raulf, Klassenkämpfe in Großbritannien heute, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1973, 140 S., 6,— DM.

Soziologie

Horst Holzer, Kommunikationssoziologie, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1973 (rororo studium, Bd. 39), 197 S., 5,80 DM.

Jörg Aufermann / Hans Bohrmann / Rolf Sülzer (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen — Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation, 2 Bde., Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1973, zus. 873 S., 29,60 DM.

Dieter Voigt, Montagearbeiter in der DDR. Eine empirische Untersuchung über Industrie-Bauarbeiter in den volkseigenen Großbetrieben, Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1973 (Soziologische Texte, Bd. 90), 266 S., 28,— DM.

Internationale Beziehungen

Ekkehart Krippendorf (Hrsg.), Internationale Beziehungen, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1973 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 62), 394 S., 38,— DM. — Umfangreicher, die Probleme der Disziplin beleuchtender Reader; eher für Fortgeschrittene als zur Einführung geeignet.

Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft 1973, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Berlin (DDR) 1973, 411 S., 45,— Mark.

Dimitri G. Tomaschewski, Die internationalen Beziehungen der Gegenwart, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1973, 283 S., 12,50 DM.

Medienkritik

GENRES UND GEBRAUCHSWERT

2: Die Jagd

Zur Mythologie des Alltagslebens rechnen auch die Produkte der Massenmedien. Realgesellschaftliche Tatbestände werden dem Bereich des Faßbaren entzogen. Die Ausblendung etwa der Ursachen von Kriminalität in der kapitalistischen Gesellschaftsformation negiert eben dadurch ihren Gegenstand. Zurück bleibt, im Genre des Kriminalfilms, der Mythos des Bösen. Die handelnden Personen bewegen sich in der nur ihnen eigenen Welt der Gangster, Schnüffler und Polypen. Mit der für die Hauptklassen charakteristischen Form der Kriminalität, Vergehen mit und gegen Eigentum, Wirtschaftskriminalität und Diebstahl, mag das Genre nichts zu schaffen haben. Seine Ereignisse sind ohne Ursache. Sie geschehen unvermittelt und sind nicht ableitbar. Die Akteure haben weder soziale noch psychische Motive. Der Kriminalfilm kennt, obwohl er nichts mehr beinhaltet als eine Kette von Morden, doch keine Mörder. Sein Protagonist ist der Killer.

In Serien wie Mannix (ARD, 29. November 1973, 21 h) kann er idealtypisch handeln. Sein Erscheinen bedroht die Szene, in die er tritt — in diesem Fall eine Gruppe jugendlicher Baseballspieler. Der ganze Film dient von nun an der Erneuerung des ursprünglichen Zustandes. Die Wiederherstellung solcher Unmittelbarkeit erfolgt ohne Lernprozesse. Hübsche, einfühlsame doch zurückhaltende Frauen und harte, entschlossen ihren Job erledigende Männer prallen folgenlos aufeinander.

Der Kriminalfilm kennt keine Fälle, denn in ihm ereignet sich nichts. Er berichtet tatsächlich nicht von Verbrechen. Nichts, was in der allgemeinen gesellschaftlichen Situation, was in den konkreten Handlungen der gesellschaftlichen Individuen begründet läge, steht zur Debatte. Das Böse provoziert das Gute, weil es nicht anders kann. Seine Anfeindungen kommen von jenseits des Begreifbaren und haben keine Geschichte. Darum gibt es auch nichts aufzuklären, sondern nur etwas zu beseitigen. In der Ausschaltung von Störfaktoren eines unbefragten Systems findet der Kriminalfilm seine Fabel. Sein Gegenstand ist die Jagd. Aus dem Bereich des Verbrechens mit gesellschaftlicher Ursache wird die kriminelle Tat verlagert in den natürlichen des Lebenskampfes. Aus dem natürlichen Bereich des Lebenskampfes wird sie weiter entrückt in den mythischen der ebenso unbedingten wie bedingungslosen Verfolgung.

In dieser entgesellschaftlichten und leblosen Sphäre gedeihen die Blumen des Bösen ohne Anlaß. Die Aufmerksamkeit des Zuschauers wird nicht auf Ursachen gelenkt und nicht auf Ereignisse gerichtet. Der dramaturgische Aufbau des Kriminalfilms ist vielmehr darauf aus, im Betrachter den Wunsch zu erzeugen, nichts möge geschehen sein. Sein Ablauf besteht daher allein in trivialer Spannung, einer Spannung, die sich an keinerlei Inhalt gebunden weiß. Seine Ende beweist, daß alle Aufregung umsonst war, alle Ängste grundlos ausgestanden wurden: das friedliche Baseballspiel der letzten wie ersten Szene ist ein und dasselbe.

Hierin liegt der spezifische Gebrauchswert des Genres. Gesellschaftlich erzeugte Ängste, selber schon Ausdruck mangelnden Selbstbewußtseins, werden der Ebene des Begriffs zusätzlich entfernt durch ihre Transzendierung in jenen Bereich leerer Spannung, in dem sie grundlos entstehen und folgenlos beschwichtigt werden. Ohne daß gesellschaftliche Ursachen angesprochen würden, behandelt der Kriminalfilm so ihre Folgen. Das Genre fungiert als Vernichtungsanlage für psychisches Potential, das andernfalls nach seiner Herkunft fragen müßte. Eingefangen ins Actionschema der Verfolgungsjagden können Ängste ohne Furcht freigegeben werden: das Genre ist Versicherung dafür, daß nichts geschehen kann.

Günter Giesenfeld / Wulf D. Hund

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der neun EG-Staaten zur Lage im Nahen Osten, abgegeben nach einer Sitzung der Außenminister in Brüssel am 6. November 1973

(Wortlaut)

Die neun Regierungen der Europäischen Gemeinschaft haben ihren Gedankenaustausch über die Lage im Nahen Osten fortgesetzt. Sie betonen, daß die nachstehenden Ansichten nur ein erster Beitrag ihrerseits zur Suche nach einer umfassenden Lösung des Problems sind; sie sind wie folgt übereingekommen:

1) Sie treten nachdrücklich dafür ein, daß die Streitkräfte beider Seiten im Nahostkonflikt gemäß den Entschließungen 339 und 340 des Sicherheitsrats sofort zu den Stellungen zurückkehren, die sie am 22. Oktober innehatten. Sie glauben, daß eine Rückkehr zu diesen Stellungen eine Lösung anderer drängender Probleme im Zusammenhang mit Kriegsgefangenen und der ägyptischen dritten Armee erleichtern wird.

2) Sie hegen die feste Hoffnung, daß im Anschluß an die Verabschiedung der Resolution 338 vom 22. Oktober durch den Sicherheitsrat endlich Verhandlungen über die Wiederherstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten mittels Verwirklichung aller Teile der Sicherheitsratsresolution 242 beginnen werden. Sie erklären sich bereit, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um zu diesem Frieden beizutragen. Ihrer Auffassung nach müssen diese Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden. Sie erinnern daran, daß die Charta dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit übertragen hat. Dem Rat und dem Generalsekretär fällt bei der Herstellung und Wahrung des Friedens mittels Verwirklichung der Sicherheitsratsentschließungen 242 und 338 eine besondere Rolle zu.

3) Sie sind der Auffassung, daß eine Friedensvereinbarung insbesondere auf folgenden Punkten beruhen sollte:

I. Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Gewalt.

II. Notwendigkeit, daß Israel die territoriale Besetzung beendet, die es seit dem Konflikt von 1967 aufrechterhalten hat.

III. Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet sowie seines Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben.

IV. Anerkenntnis, daß bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens die legitimen Rechte der Palästinenser berücksichtigt werden müssen.

4) Sie erinnern daran, daß gemäß Entschließung 242 die Friedensregelung Gegenstand internationaler Garantien sein muß. Sie sind der Auffassung, daß Garantien dieser Art unter anderem durch die Entsendung friedenserhaltender Streitkräfte in die in Artikel 2 (c) der Entschließung 242 vorgesehenen entmilitarisierten Zonen verstärkt werden müssen. Sie stimmen darin überein, daß solche Garantien von hervorragender Bedeutung bei der Regelung der Gesamtsituation im Nahen Osten gemäß der Entschließung 242 sind, auf die der Rat in der Entschließung 338 Bezug nimmt. Sie behalten sich das Recht vor, in diesem Zusammenhang Vorschläge zu unterbreiten.

5) Sie erinnern bei dieser Gelegenheit an die vielfältigen Bande, die seit langem zwischen ihnen und den Anrainerstaaten des südlichen und östlichen Mittelmeeres bestehen. In diesem Zusammenhang bekräftigen sie die Pariser Gipfelerklärung vom 21. Oktober 1972 und erinnern daran, daß die Gemeinschaft beschlossen hat, im Rahmen eines globalen und ausgewogenen Vorgehens Vereinbarungen mit diesen Ländern auszuhandeln.

Dokumente der Vierten Konferenz der blockfreien Länder in Algier vom 4. bis 9. September 1973 (II)

(Wortlaut)

Deklaration über den Kampf um nationale Befreiung

Die Vierte Gipfelkonferenz tagte vom 4. bis 9. September 1973 in Algier.

Nachdem sie Probleme der Entkolonisierung, Apartheid und der Rassendiskriminierung, denen sich die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegenübersehen, geprüft hat, nahm sie folgende Deklaration an:

Die Gegenüberstellung der Völker mit dem Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus und Imperialismus bleibt eine wesentliche Realität unserer Epoche. Sie bringt ständig das gemeinsame Schicksal und die Unteilbarkeit des Kampfes der Völker der Dritten Welt zum Ausdruck.

Die Politik der Blockfreiheit, die heute eines der grundlegenden Ziele des Kampfes für die Unabhängigkeit und Wahrung der nationalen Souveränität ist, identifiziert sich vollkommen mit dem Kampf der unterdrückten Völker um die Befreiung von allen Systemen der Vorherrschaft und Ausbeutung.

Die Verbindungen, die die Bewegung für nationale Befreiung mit den blockfreien Ländern vereinigen, gehen nicht nur aus der Geschichte hervor; sie schöpfen ihre Kraft aus der Annahme gemeinsamer Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, sind Ausdruck ihrer Solidarität vor den Drohungen und ständigen Versuchen des Vorherrschaftssystems, die neuen unabhängigen Länder durch andere Formen der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft zu unterjochen.

Die Vierte Gipfelkonferenz blockfreier Länder unterstreicht, daß die Dritte Welt weiterhin ein ausgesuchter Schauplatz kolonialer Kriege und imperialistischer Intrigen ist. Die Situation auf diesem Gebiet ist durch bewaffneten Widerstand gegen die kolonialistischen Systeme und imperialistische Aggression sowie durch den Kampf um Wahrung und Festigung der nationalen Unabhängigkeit sowie den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Völker gekennzeichnet.

Die Befriedung und Zusammenarbeit in einigen Regionen der Welt bleiben in ihrem Wirken beschränkt und können dem Streben der Völker nach Freiheit, Sicherheit und Frieden nicht entsprechen, solange die Völker sich mit dem weiteren Bestehen des Kolonialismus und Rassismus, der Ausbeutung und fremden Aggression in anderen Teilen der Welt abfinden.

Die Bewegung für nationale Befreiung stößt mit der immer ausdrucksvolleren Aktion politischer, wirtschaftlicher und militärischer Mechanismen zusammen, die die Einfrierung der bestehenden Situation und die Einführung neuer Formen der Unterdrükkung und Ausbeutung anstreben, um den Prozeß der Emanzipation der Dritten Welt aufzuhalten.

In Wirklichkeit wütet der Kolonialismus weiter in verschiedenen Formen, die ihre Wurzel in der politischen Unterordnung und wirtschaftlichen Ausbeutung haben.

Die Situation auf den Territorien, die sich noch unter Fremdherrschaft befinden, und die daraus entstehende Bedrohung der Nachbarländer offenbaren die Absichten des Imperialismus und die Verwundbarkeit der jungen unabhängigen Staaten.

Der Imperialismus wünscht in Wirklichkeit, gleichzeitig über die unermeßlichen Reichtümer dieser Gebiete zu verfügen und die Entwicklung der benachbarten unabhängigen Länder zu erschweren, wobei er zur bewaffneten Aggression und wirtschaftlichen Pression schreitet, um sich endgültig die Kontrolle über das ganze Gebiet innerhalb seiner Globalstrategie zu sichern.

Tatsache ist, daß die Koalition des Systems der Vorherrschaft und Ausbeutung ständig erstarkt, ermutigt durch Monopole und ausländische wirtschaftliche oder finanzielle Interessen, die auf den kolonisierten Territorien ihre Tätigkeit entfalten und in ihren Konzernen das aus den meisten westlichen Ländern kommende Kapital sammeln.

In Südafrika unterstreichen die Unterdrücker die Ansiedlungspolitik. Sie festigen ihr Militärbündnis, das bereits in häufigen Interventionen südafrikanischer Truppen in Rhodesien, Mozambique und Angola zum Ausdruck gelangt ist. Sie machen äußerste Anstrengungen in enger Zusammenarbeit mit großen Monopolen, mit der Aussicht auf eine koordinierte wirtschaftliche Ausbeutung von ganz Südafrika, was die Gefahren vergrößert, die die Existenz des afrikanischen Kontinents bedrohen.

Die Apartheid in der Südafrikanischen Republik ist nicht nur ein System der Rassendiskriminierung, sondern vor allem eine Form des Kolonialismus, die auf der faschistischen Unterjochung der Völker durch die Minderheit ausländischer Kolonisten beruht, die sie ausnützen und ihrer grundlegenden Rechte berauben, indem sie die elementarsten Werte der Menschheit mißachten. In Zimbabwe, Namibia und den unter portugiesischer Herrschaft stehenden Ländern führen rassistische Minderheiten eine systematische Politik der Ansiedlung von Kolonisten durch und strengen sich an, die ethnische Zusammensetzung der Völker dieser Länder zu verändern, ihr Kulturerbe zu vernichten und den Reichtum dieser Länder ausschließlich zu eigenem Nutzen auszubeuten.

Im Zusammenhang damit ist der Fall Palästina, wo der Kolonialismus zionistischer Ansiedler die Form einer systematischen Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat angenommen hat — was eine ernste Gefahr für seine Existenz als Nation darstellt —, mit der Situation in Südafrika fast identisch, wo die rassistische und segregationistischen Minderheit zu den gleichen Methoden der kolonialen Vorherrschaft und Ausbeutung ihre Zuflucht nimmt. In Lateinamerika sehen sich die Völker Puerto Ricos und Panamas einem anachronistischen Kolonialsystem gegenüber; sie kämpfen um die völlige Rückerlangung ihrer Unabhängigkeit und Wahrung der Integrität ihrer Territorien sowie gegen die gleichen amerikanischen Imperialisten, die eine offene Rassendiskriminierung gegenüber der farbigen Bevölkerung durchführen. Ihr Kampf wie auch jener, den die indochinesischen und arabischen Völker um die Befreiung ihrer besetzten Territorien führen, machen einen untrennbaren Teil der Bewegung für die Befreiung der Völker der Dritten Welt aus. Diese Bewegung soll die volle Unterstützung und aktive Solidarität aller Völker der Welt genießen.

Nachdem sie alle friedlichen Mittel genutzt haben und sich der Beharrlichkeit der Kolonialmächte und der Mittäterschaft ihrer Beschützer, einiger NATO-Mitgliedsländer — konkret der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland— gegenübersehen, haben die geknechteten Völker keine andere Wahl, als gerechtfertigterweise zum bewaffneten Kampf zu schreiten, um die Achtung ihrer Rechte auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu erzwingen.

Nach der Konferenz in Lusaka errangen die Befreiungsbewegungen wichtige Siege.

In Angola, Guinea-Bissao und Mozambique wurden riesige Gebiete befreit, in denen ein neues Leben aufgebaut wird.

In anderen Teilen Afrikas, besonders in Namibia und Zimbabwe sowie in Südafrika, werden die politischen und militärischen Kämpfe immer intensiver und zäher.

Trotz der Machenschaften des französischen und englischen Kolonialismus setzen die Völker der Komoren, des sogenannten Französisch-Somalien und der Seyschellen ihren Vormarsch in die Freiheit fort, alle Hindernisse und Versuche zur Zerstückelung des Territoriums überwindend und die strategischen Pläne der kolonialistischen Mächte im Indischen Ozean bloßstellend, wovon die Verlegung des französischen Stützpunktes aus Diego Suarez (Madagaskar) nach Dschibuti zeugt. Trotz der wiederholten Versuche der Ausrottung des palästinensischen Volkes setzt die palästinensische Befreiungsbewegung entschlossen den Kampf für die Befreiung der Heimat fort.

Das Volk in dem noch immer unter spanischer Herrschaft stehenden Teil der Sahara verzeichnete einen großen Erfolg, indem in entsprechenden Resolutionen der UNO-Generalversammlung sein Recht auf Selbstbestimmung anerkannt wurde.

Das Volk Puerto Ricos erzielte einen genauso bedeutenden Erfolg, indem das UNO-Entkolonisierungskomitee sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt hat.

Der historische Sieg der Völker von Vietnam, Kambodscha und Laos stellt einen wichtigen Beitrag zur Befreiung der Völker der Welt dar.

Auf der internationalen Bühne bedeutet die Bestätigung der Legitimität des bewaffneten Kampfes, den die Völker um nationale Befreiung führen, sowie die immer breitere Anerkennung der Befreiungsbewegungen als einzige gesetzliche Vertreter ihrer Völker eine wichtige Errungenschaft.

In Verbindung damit ist der Entschluß der Vereinten Nationen und einiger Spezialorganisationen, den Befreiungsbewegungen den Beobachterstatus zuzuerkennen, besonders zu begrüßen.

Auf diese Erfolge reagierte der Kolonialismus mit erneuter Wildheit und Brutalität, indem er sich sogar der Völkermordmethoden breiten Ausmaßes bediente, wie in Wiriyamu (Mozambique), und dem Terrorismus und politischen Mord den Status staatlicher Institutionen gewährte. Der Meuchelmord am großen afrikanischen Führer Amilcar Cabral und die Ermordung von Eduard Mondlane, dem Präsidenten und Gründer der FRELIMO, sowie dreier Mitglieder der palästinensischen Führung (Kamel Advan, Aba Jussef und Mamal Nassim) zeugt von der verzweifelten Situation und der Sackgasse, in die der Kolonialismus geraten ist.

Die gesteigerte militärische Hilfe — die die Unterdrücker- und Ausbeuterregime weiterhin von einigen westlichen Ländern, der Weltöffentlichkeit zum Trotz, erhalten — und die großen Kapitaleinlagen tragen zur Stärkung ihrer Macht, der Fähigkeit für innere Druckmaßnahmen und ihres aggressiven Potentials bei. Die offensichtliche Festigung der Achse Pretoria—Salisbury—Lissabon, die sich immer mehr nach Tel Aviv erstreckt, bringt die Gleichheit der Ziele dieser Regime zum Ausdruck und verlangt eine harmonische und konsequente Aktion der blockfreien Länder, der nationalen Befreiungsbewegungen und aller anderen Kräfte, die sich für Freiheit, Gerechtigkeit, Fortschritt und Frieden in der Welt einsetzen.

In Anbetracht dieses Erstarkens der Aggressivität von Imperialismus und Kolonialismus muß die konkrete materielle Hilfe an die Befreiungsbewegungen auf allen Gebieten bedeutend vergrößert werden, um ihnen zu ermöglichen, die Situation, der sie sich gegenübersehen, zu überwinden.

Die blockfreien Länder sind sich der Wichtigkeit der Rolle der Dritten Welt im Spiel der hegemonistischen Mächte bewußt — und dessen, daß die verschiedenartigen Schwierigkeiten, denen sie sich im Streben, ihre Souveränität zu bestätigen und ihre Entwicklung zu sichern, gegenübersehen, sie nur in der Überzeugung festigen, daß die Wahrung der eigenen Unabhängigkeit einen untrennbaren Teil der Realisierung der Bestrebungen aller geknechteten Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit bildet.

Der ausdauernde und solidarische Kampf der Völker der Dritten Welt stellt einen entscheidenden Faktor bei der Herstellung neuer internationaler Beziehungen dar, der den internationalen Frieden und die Sicherheit gewährleisten kann.

In diesem Zusammenhang darf die Förderung der Politik der Entspannung und des Friedens in Europa nicht als Faktor der Ermutigung des portugiesischen Faschismus und Kolonialismus gedeutet oder ausgenutzt werden, der den beiden irgendein Ansehen verleihen würde.

Die Befriedung darf auf keinen Fall die Annahme der Bedingungen der Unterdrükkung in Afrika, Asien und Lateinamerika bedeuten — und auch keine Verlegung der

Spannungsgebiete vom europäischen Kontinent in die Länder der Dritten Welt. Eine solche Entwicklung würde eine noch schwerere Herausforderung an die blockfreien Länder und die Bewegung für nationale Befreiung bedeuten. Solange der Kolonialismus in gleich welcher Form besteht, werden die blockfreien Länder und die Befreiungsbewegungen verpflichtet sein, die Freiheit zu wahren, bis der Imperialismus seine Stützpunkte und Anlagen auch in der letzten Kolonie aufgegeben hat. Demnach gehen Unterstützung und Hilfe, die die blockfreien Länder den Völkern im Kampf für die Befreiung gewähren, aus der Einheit des Kampfes, den sie führen, und aus ihrem gemeinsamen Streben hervor.

Die blockfreien Länder sind sich der Notwendigkeit vollauf bewußt, unter allen Bedingungen die Verpflichtung der Solidarität mit den im Kampf stehenden Völkern zu erfüllen.

Mit der Koalition des Vorherrschafts- und Ausbeutungssystems konfrontiert,

— verpflichten sich die Blockfreien, militärische, materielle, politische und moralische Unterstützung für die Befreiungsbewegungen zu verstärken und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ihnen zu ermöglichen, den Kampf erfolgreich zu Ende zu führen. Sie beschließen vor allem folgendes:

1) Gründung eines Unterstützungs- und Solidaritätsfonds zur Stärkung der Wirksamkeit des Kampfes der Bewegungen für nationale Befreiung. Sie appellieren an alle Staaten, die für Gerechtigkeit und Freiheit sind, sowie an alle Institutionen politischen, sozialen oder humanitären Charakters, ihren Beitrag zu leisten.

2) Eröffnung von Büros in den Hauptstädten der blockfreien Länder.

3) Zuteilung von Mitteln, mit denen die Bewegung der Vertreter der Befreiungsbewegungen erleichtert würde;

— verpflichten sich die Blockfreien, eine ständige Aktion für die Mobilisierung ihrer öffentlichen Meinung zugunsten der gerechten Sache der Völker im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit zu führen und ihre Solidarität mit ihnen zu verstärken;

— beschließen sie, alles zu unternehmen, um die kolonialistischen und rassistischen Regime und das Regime der Apartheid zu isolieren. Sie verpflichten sich insbesondere zu folgendem:

1) Abbruch, Suspension oder Einfrierung aller Beziehungen zu Portugal, Südafrika, Rhodesien und Israel.

2) Bloßstellung dieser Regime in allen internationalen Gremien politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Charakters.

3) Organisierung einer Kampagne zur Unterrichtung der Weltöffentlichkeit, besonders in den westlichen Ländern, um die Unterstützung bloßzustellen, die die Regierungen einiger von diesen Ländern dem portugiesischen Kolonialismus und den Regimen in Südafrika, Rhodesien und Israel bieten. Die Westmächte sollen zwischen der Freundschaft mit den blockfreien Ländern und der Unterstützung kolonialistischer und rassistischer Regime wählen;

— Anwendung wirksamer Maßnahmen auf wirtschaftlichem und Handelsgebiet gegen die Länder, die offen alle Beschlüsse über die Isolierung kolonialer und rassistischer Regime verletzen, welche von den wichtigsten internationalen Organisationen beschlossen worden sind;

— Unterstützung von Empfehlungen der Konferenz in Oslo über die Einberufung einer Konferenz von Regierungen, nicht-gouvernementalen Organisationen und Befreiungsbewegungen gegen den Kolonialismus;

— Forderung zur unverzüglichen Anwendung der entsprechenden UNO-Resolutionen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Achtzehnter Jahrgang

Jahresregister 1973

Autorenverzeichnis

	Heft	Seite
Abendroth, Wolfgang: Zur Situation der SPD nach dem Parteitag von Hannover	5	474
— Das Bundesverfassungsgericht als Ersatzgesetzgeber? Bemerkungen zum Urteil des Ersten Senats vom 29. Mai 1973 gegen Hochschulreform und Mitbestimmung	7	705
Albers, Detlev, und *Wand, Kurt:* Der „Stamokap"-Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses	4	364
Albrecht, Richard: Kurt Schumacher, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie (Rezension)	9	1016
Albrecht, Ulrich: Rüstung und Inflation	1	16
Bakojannis, Pavlos: Zu den Ereignissen in Griechenland	12	1273
Beckenbach, Niels, und *Seltz, Rüdiger:* Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz	12	1342
Beyer, Wilhelm Raimund: Die Verzeichnung des antifaschistischen Widerstandes von Ernst Niekisch. Ein weiteres Beispiel des Versagens der Geschichtsschreibung in der BRD	8	872
Boris, Dieter: Zu den Wahlen in Chile	4	342
— Konterrevolution in Chile. Erster Versuch einer Einschätzung	10	1046
Boris, Elisabeth, und *Haustein, Hans:* Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile	1	39
Boris-Abendroth, Elisabeth, und *Haustein, Hans:* Italien, Frankreich und der Putsch in Chile	11	1175
Bosch, Gerhard: Scheuch/Kutsch, Grundbegriffe der Soziologie (Rezension)	8	891
Bosch, Manfred: Franz Fabian (Hrsg.), Arbeiter übernehmen ihren Betrieb (Rezension)	2	196
— Emil Obermann (Hrsg.), Verteidigung: Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr (Rezension)	4	433
— Büchele/Hager/Meyer/Schöning, Militarisierung des Bildungswesens am Beispiel bundeswehreigener Hochschulen (Rezension)	10	1112
Braczyk, Hans-Joachim, und *Herkommer, Sebastian:* Leitende Angestellte als „dritte Kraft"? Zur Integrations- und Spaltungsstrategie des Kapitals	3	72

	Heft	Seite
Bredow, Wilfried v.: MBFR und europäische Sicherheit	2	120
— Dietrich Genschel, Wehrreform und Reaktion (Rezension)	2	195
— Bericht über die Vorbereitung eines internationalen Kongresses in Moskau	4	348
— Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik (Rezension)	7	771
— Zu einigen Problemen der Ost-West-Entspannung	10	1040
Bredthauer, Karl D.: Zu Brandts zweiter Regierungserklärung	2	108
— Entleerter Pluralismus	4	340
— Aus Anlaß des Besuches von Leonid Breschnew	5	453
— Außenpolitik aus Karlsruhe?	6	568
— Europa und das Treffen Breschnew-Nixon	7	684
— Nahostkrieg und Entspannung	11	1149
— Ölkrise?	12	1264
Briese, Volker: Kadettenanstalten der Nation. Das öffentliche Bildungswesen und der „gesellschaftliche" Bedarf in der BRD	2	175
Burchardt, Michael: Grundprobleme einer Neuordnung des westlichen Währungssystems. Währungskrisen sind keine monetären Krisen	2	149
Cobler, Gert: Technokratische Regulierung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Ausbildung im Interesse des Kapitals	8	853
Daniels, Ulrich: Bertelsmann und die Konzentration im Verlagswesen	1	57
Deppe Frank: Fünfzehn Jahre EWG	1	4
Ehrler, Klaus: Prüfstein Westberlin	10	1032
— Zum Parteitag der CDU	12	1267
Eisner, Erich: Zur rechtlichen und politischen Bedeutung des Karlsruher Urteils zum Grundlagen-Vertrag	9	947
Elsenhans, Hartmut, und *Junne, Gerd:* Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise	12	1305
Elsner, Wolfram: Zur Kritik der „Europäischen Sozialunion". Sozialdemokratisierung der EWG als neue Qualität der Integration?	9	926
Felsko, Angelika: Die Erweiterung der EWG und die Westeuropa-Konzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD	4	350
Fischer, Jürgen/Kringe, Michael/Pozimski, Elke/Schaarschmidt, Helmut/Schaarschmidt, Ursula/Schlitt, Beate, und *van Straelen, Wolfgang:* Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA	3	237
— Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA (II)	5	483
Fülberth, Georg: Weder Ministerpräsidentenbeschluß noch Sondergesetz	10	1034
Gärtner, Edgar: Wachstumsdiskussion und Umweltkrise	6	612
— Wachstumsdiskussion und Umweltkrise (II)	8	880
— Zur Funktion des „Club of Rome"	10	1053
Gensior, Sabine, und *Krais, Beate:* Zur Vergesellschaftung von Erziehung und Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft	4	402
— Zur Diskussion um die Berufsausbildung	6	636
Giesenfeld, Günter, und *Hund, Wulf D.:* Aufgaben der Medientechnik	10	1107
— Genres und Gebrauchswert (1: Faßbinders Freiheit)	11	1229
— Genres und Gebrauchswert (2: Die Jagd)	12	1359
Göbel, Michael: Hans See, Volkspartei im Klassenstaat oder Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie (Rezension)	1	91
Goldberg, Jörg: Wirtschaftliches Wachstum oder „Nullwachstum"?	10	1057
Goldschmidt, Werner: Frankreich vor den Wahlen	2	111
Goulding, Cathal: Entwicklung und Ziele der Irish Republican Army (IRA)	4	415
Gruen, Eckhard: Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945—1949 (Rezension)	5	554
Guz, Eugeniusz: Polens Geschichtsforschung und die Historiker der BRD	3	233
— Zum Stand der deutsch-polnischen Schulbuchrevision	7	693
Gwischiani, Dshermen: Die neue Qualität wirtschaftlicher Ost-West-Kooperation	6	570
Hagolani, Elhanan: Der Zionismus als imperialistische Bewegung	11	1159

	Heft	Seite
Hall, Martin: Kongreß kontra Weißes Haus	2	143
— Die Lage in den USA nach dem Truppenrückzug aus Vietnam	4	394
— Zur Wirtschaftslage in den USA	6	631
— Innen- und außenpolitische Auswirkungen der Watergate-Affäre	9	1004
— Die USA und der Putsch in Chile	10	1037
— Die USA am Ende des Jahres 1973	12	1336
Haumann, Heiko: Die Darstellung der Geschichte Sowjetrußlands 1917 bis 1941 in Schulbüchern der BRD	12	1318
Haustein, Hans, u. a.: vgl. *Boris, Elisabeth*	1	39
— Vgl. *Boris-Abendroth, Elisabeth*	11	1175
Hecker-Grabenhorst, Gitta: Rudolf Hrbek, Die SPD, Deutschland und Europa	10	1110
Henry, Ernst: Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR	2	132
Herde, Georg: Der „Bund der Mitteldeutschen"	2	116
— Zur Aktivität der Vertriebenenverbände nach dem Inkrafttreten der Ostverträge	3	290
— Landsmannschaften als Instrumente ideologischer Einwirkung auf die sozialistischen Länder	11	1192
Herkommer, Sebastian, u. a.: vgl *Braczyk, Hans-Joachim*	3	72
Hofschen, Heinz-Gerd, und *Ott, Erich:* Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD	3	254
Holz, Hans Heinz: Zum UNO-Beitritt von BRD und DDR	9	916
Horn, Harald: Irreführende Streitkräftevergleiche	5	455
Hund, Wulf D., u. a.: *vgl. Giesenfeld, Günter*	10	1107
—	11	1229
—	12	1359
Ibrahim, Salim: Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882—1972	5	517
Ipsen, Dirk: Zur Stabilitätsdiskussion	1	13
Janssen, Jörn: Zweihundert Jahre Bodenreformbewegung — für Liberale, Kleinbürger, Reformer, Utopisten und Interessenten	7	727
Junne, Gerd, u. a.: vgl. *Elsenhans, Hartmut*	12	1305
Kahl, Joachim: Hans Albert, Konstruktion und Kritik (Rezension)	5	556
Kapp, K. William: Entwicklungspolitik in neuer Perspektive. Bemerkungen zu Gunnar Myrdals „Politischem Manifest über die Armut in der Welt"	3	315
Katzenstein, Robert: Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus. Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate	7	715
Kipp, Martin, und *Seubert, Rolf:* Zum Elend der bürgerlichen Technikgeschichte	2	159
Knorr, Lorenz: Dollarkrise und Inflation	3	224
— Finanzplanung kontra Sozialstaatsauftrag	6	578
Kostko, Juri: Paritätische Truppenverminderung in Europa	1	9
Krais, Beate, u. a.: vgl. *Gensior, Sabine*	4	402
—	6	636
Krause-Vilmar, Dietfrid, und *Schmitt, Hanno:* Gedanken zur politischen Arbeit in der Schule	1	69
Krims, Adalbert: Katholizismus und gesellschaftlicher Fortschritt in Lateinamerika	9	971
Kringe, Michael, u. a.: vgl. *Fischer, Jürgen*	3	237
—	5	483
Kühnl, Reinhard: Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sein Standort im politischen Spektrum der BRD. Ein Gutachten	11	1202
Lust, Peter: Zur Lage in Kanada	5	458
Matthiessen, Gunnar: Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation	5	461
— Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation (II)	9	1009
— Nach der ersten Phase der KSZE	8	802
— Tendenzen der internationalen Politik und Kriterien der friedlichen Koexistenz	12	1276
Mausbach, Hans: Deutsche Klinik für Diagnostik AG	9	923

	Heft	Seite
Melnikow, Anatoli, und *Zonow, Sergej:* Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus	1	78
— Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus (II)	2	180
Müller, Ludmilla: Einbeziehung der Frauen in die Produktion als Weg zur Emanzipation?	9	988
Naumann, Uwe: Wendula Dahle, Deutschunterricht und Arbeitswelt. — Enzensberger/Nitsche/Roehler/Schafhausen (Hrsg.), Klassenbuch (Rezension)	6	658
Neunhöffer, Friedrich: Jungdemokraten, F.D.P. und Arbeiterbewegung	5	498
Oehlke, Paul: Programmatische Wende der britischen Labour Party	7	689
Ott, Erich, u. a.: vgl. *Hofschen, Heinz-Gerd*	3	254
Pätzoldt, Bjørn: Die Außenkulturpolitik in der Entwicklungsländerstrategie der BRD	6	594
Pickshaus, Klaus: Zur Lage in Großbritannien	3	229
Pozimski, Elke, u. a.: vgl. *Fischer, Michael*	3	237
—	5	483
Priewe, Jan: Theorie und Praxis der Einkommenspolitik in der BRD	9	958
Rau, Eugen: Die Ursachen der säkularen Inflation	8	818
— Die Ursachen der säkularen Inflation (II)	10	1094
Ridder, Helmut: Zum Beginn der Europäischen Sicherheitskonferenz. Perspektiven der friedlichen Koexistenz	7	697
Rigaux, François: Krieg und Frieden in Vietnam	4	346
Rilling, Rainer: Solidarität mit Leber?	8	800
Roth, Winfried: Zur Entwicklung der linkskatholischen Kräfte in Italien	8	841
Ruge, Wolfgang: Helmut Müller, Die Zentralbank — eine Nebenregierung (Rezension)	4	429
Sachs, Emanuel Salomon: Großbritannien nach den Parteitagen	11	1151
Sandkühler, Hans Jörg: Lucien Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit (Rezension)	7	773
Schaarschmidt, Helmut, u. a.: vgl. *Fischer, Jürgen*	3	237
—	5	483
Schaarschmidt, Ursula, u. a.: vgl. *Fischer, Jürgen*	3	237
—	5	483
Schiller, Theo: Zum Urteil über das niedersächsische „Vorschaltgesetz"	6	574
— Anmerkungen zur Situation der FDP	12	1285
Schilling, Wilfrid: Kurswechsel in Italien?	8	806
Schleifstein, Josef: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus	4	378
Schlitt, Beate, u. a: vgl. *Fischer, Jürgen*	3	237
—	5	483
Schmitt, Hanno, u. a.: vgl. *Krause-Vilmar, Dietfrid*	1	69
Schmitt-Lermann, Hans E.: Zum gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschlüssen	8	809
Schöfer, Erasmus: Zum Parteitag der DKP	12	1271
Schweicher, Reinhard: XV. Weltkongreß für Philosophie in Warna	11	1155
Seltz, Rüdiger, u. a.: vgl. *Beckenbach, Niels*	12	1342
Seubert, Rolf: u. a.: vgl. *Kipp, Martin*	2	159
Sprigath, Gabriele: Südvietnam nach Abschluß des Pariser Abkommens	5	507
Stinnes, Manfred: Aspekte des Antimilitarismus in den USA. Das „Honeywell-Project"	7	757
Stöcker, Reinhard: Arbeitslehre klassenneutral? (Rezension)	12	1356
Stössel, Jürgen-Peter: Zur Kritik der Pharma-Industrie	11	1206
van Straelen, Wolfgang, u. a. vgl.: *Fischer, Jürgen*	3	237
—	5	483
Stuberger, Ulf: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Verteidigung + Entspannung = Sicherheit (Rezension)	4	431
Stuby, Gerhard: Der Widerstand gegen die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 und ihre Auswirkungen	1	25

	Heft	Seite
Tibi, Bassam: Romantische Entwicklungsideologien in Afrika. Antiindustrialismus als Alternative?	5	538
— Romantische Entwicklungsideologie in Afrika. Antiindustrialismus als Alternative? (II)	6	645
Tetzlaff, Rainer: Eduardo de Sousa Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa (Rezension)	6	657
Unger, Karl: Amilcar Cabral und der Befreiungskampf Guinea-Bissaos	3	302
— Imperialismus der EWG? Zur Assoziationspolitik gegenüber Afrika	12	1291
Veit, Winfried: Tendenzen des Neokolonialismus in Afrika	7	743
Wahl, E. H.: Kinderlust	1	98
— Rückblick	2	203
— Familiäres	3	327
— Elf Jahre Holzamer	4	428
— „Schaltn mir aus?"	5	553
Wand, Kurt: u. a.: vgl. *Albers, Detlev*	4	364
Weinberg, Peter: Staatsmonopolistische Formierung, Sport und demokratische Bewegung in der BRD	10	1072
Wittenburg, Peter H.: Zur Lage in Griechenland nach dem Referendum	9	920
Zonow, Sergej, u. a.: vgl. *Melnikow, Anatoli*	1	78
—	2	180

Sachverzeichnis

Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

	Heft	Seite
Zur Stabilitätsdiskussion (Dirk Ipsen)	1	13
Der Widerstand gegen die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 und ihre Auswirkungen (Gerhard Stuby)	1	25
Zu Brandts zweiter Regierungserklärung (Karl D. Bredthauer)	2	108
Der „Bund der Mitteldeutschen" (Georg Herde)	2	116
Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD (Heinz-Gerd Hofschen und Erich Ott)	3	254
Leitende Angestellte als „dritte Kraft"? Zur Integrations- und Spaltungsstrategie des Kapitals (Hans-Joachim Braczyk und Sebastian Herkommer)	3	272
Zur Aktivität der Vertriebenenverbände nach dem Inkrafttreten der Ostverträge (Georg Herde)	3	290
Entleerter Pluralismus (Karl D. Bredthauer)	4	340
Der „Stamokap"-Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses (Detlev Albers und Kurt Wand)	4	364
Zur Situation der SPD nach dem Parteitag von Hannover (Wolfgang Abendroth)	5	474
Jungdemokraten, F.D.P. und Arbeiterbewegung (Friedrich Neunhöffer)	5	498
Zum Urteil über das niedersächsische „Vorschaltgesetz" (Theo Schiller)	6	574
Finanzplanung kontra Sozialstaatsauftrag (Lorenz Knorr)	6	578
Wachstumsdiskussion und Umweltkrise (Edgar Gärtner)	6	612
Das Bundesverfassungsgericht als Ersatzgesetzgeber? Bemerkungen zum Urteil des Ersten Senats vom 29. Mai 1973 gegen Hochschulreform und Mitbestimmung (Wolfgang Abendroth)	7	705
Solidarität mit Leber? (Rainer Rilling)	8	800
Zum gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschlüssen (Hans E. Schmitt-Lermann)	8	809
Die Verzeichnung des antifaschistischen Widerstandes von Ernst Niekisch. Ein weiteres Beispiel des Versagens der Geschichtsschreibung in der BRD (Wilhelm Raimund Beyer)	8	872
Wachstumsdiskussion und Umweltkrise (II) (Edgar Gärtner)	8	880
Deutsche Klinik für Diagnostik AG (Hans Mausbach)	9	923
Zur Kritik der „Europäischen Sozialunion". Sozialdemokratisierung der EWG als neue Qualität der Integration? (Wolfram Elsner)	9	926
Zur rechtlichen und politischen Bedeutung des Karlsruher Urteils zum Grundlagen-Vertrag (Erich Eisner)	9	947

	Heft	Seite
Theorie und Praxis der Einkommenspolitik in der BRD (Jan Priewe)	9	958
Weder Ministerpräsidentenbeschluß noch Sondergesetz (Georg Fülberth)	10	1034
Zur Funktion des „Club of Rome" (Edgar Gärtner)	10	1053
Wirtschaftliches Wachstum oder „Nullwachstum"? (Jörg Goldberg)	10	1057
Staatsmonopolistische Formierung, Sport und demokratische Bewegung in der BRD (Peter Weinberg)	10	1072
Landsmannschaften als Instrumente ideologischer Einwirkung auf die sozialistischen Länder (Georg Herde)	11	1192
Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sein Standort im politischen Spektrum der BRD. Ein Gutachten (Reinhard Kühnl)	11	1202
Ölkrise? (Karl D. Bredthauer)	12	1264
Zum Parteitag der CDU (Klaus Ehrler)	12	1267
Zum Parteitag der DKP (Erasmus Schöfer)	12	1271
Anmerkungen zur Situation der FDP (Theo Schiller)	12	1285

Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Zu Brandts zweiter Regierungserklärung (Karl D. Bredthauer)	2	108
Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD (Heinz-Gerd Hofschen und Erich Ott)	3	254
Die Erweiterung der EWG und die Westeuropa-Konzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD (Angelika Felsko)	4	350
Aus Anlaß des Besuches von Leonid Breschnew (Karl D. Bredthauer)	5	453
Außenpolitik aus Karlsruhe? (Karl D. Bredthauer)	6	568
Die neue Qualität wirtschaftlicher Ost-West-Kooperation (Dshermen Gwischiani)	6	570
Die Außenkulturpolitik in der Entwicklungsländerstrategie der BRD (Bjørn Pätzoldt)	6	594
Europa und das Treffen Breschnew-Nixon (Karl D. Bredthauer)	7	684
Zum Beginn der Europäischen Sicherheitskonferenz. Perspektiven der friedlichen Koexistenz (Helmut Ridder)	7	697
Nach der ersten Phase der KSZE (Gunnar Matthiessen)	8	802
Zum UNO-Beitritt von BRD und DDR (Hans Heinz Holz)	9	916
Zur rechtlichen und politischen Bedeutung des Karlsruher Urteils zum Grundlagen-Vertrag (Erich Eisner)	9	947
Prüfstein Westberlin (Klaus Ehrler)	10	1032
Zu einigen Problemen der Ost-West-Entspannung (Wilfried v. Bredow)	10	1040
Nahostkrieg und Entspannung (Karl D. Bredthauer)	11	1149

Politik anderer Länder

Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile (Elisabeth Boris und Hans Haustein)	1	39
Frankreich vor den Wahlen (Werner Goldschmidt)	2	111
Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR (Ernst Henry)	2	132
Kongreß kontra Weißes Haus (Martin Hall)	2	143
Amilcar Cabral und der Befreiungskampf Guinea-Bissaos (Karl Unger)	3	302
Zur Lage in Großbritannien (Klaus Pickshaus)	3	229
Zu den Wahlen in Chile (Dieter Boris)	4	342
Krieg und Frieden in Vietnam (François Rigaux)	4	346
Die Lage in den USA nach dem Truppenrückzug aus Vietnam (Martin Hall)	4	394
Entwicklung und Ziele der Irish Republican Army (IRA) (Cathal Goulding)	4	415
Zur Lage in Kanada (Peter Lust)	5	458
Südvietnam nach Abschluß des Pariser Abkommens (Gabriele Sprigath)	5	507
Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882—1972 (Salim Ibrahim)	5	517
Romantische Entwicklungsideologien in Afrika. Antiindustrialismus als Alternative? (Bassam Tibi)	5	538
Zur Wirtschaftslage in den USA (Martin Hall)	6	631
Romantische Entwicklungsideologien in Afrika. Antiindustrialismus als Alternative? (II) (Bassam Tibi)	6	645
Tendenzen des Neokolonialismus in Afrika (Winfried Veit)	7	743

	Heft	Seite
Aspekte des Antimilitarismus in den USA. Das „Honeywell-Project" (Manfred Stinnes)	7	757
Programmatische Wende der britischen Labour Party (Paul Oehlke)	7	689
Kurswechsel in Italien? (Wilfrid Schilling)	8	806
Zur Entwicklung der linkskatholischen Kräfte in Italien (Winfried Roth)	8	841
Zur Lage in Griechenland nach dem Referendum (Peter H. Wittenburg)	9	920
Katholizismus und gesellschaftlicher Fortschritt in Lateinamerika (Adalbert Krims)	9	971
Innen- und außenpolitische Auswirkungen der Watergate-Affäre (Martin Hall)	9	1004
Die USA und der Putsch in Chile (Martin Hall)	10	1037
Konterrevolution in Chile. Erster Versuch einer Einschätzung (Dieter Boris)	10	1046
Großbritannien nach den Parteitagen (Emanuel Salomon Sachs)	11	1151
Italien, Frankreich und der Putsch in Chile (Elisabeth Boris-Abendroth und Hans Haustein)	11	1175
Zu den Ereignissen in Griechenland (Pavlos Bakojannis)	12	1273
Die USA am Ende des Jahres 1973 (Martin Hall)	12	1336

Internationale Politik

Fünfzehn Jahre EWG (Frank Deppe)	1	4
Paritätische Truppenverminderung in Europa (Juri Kostko)	1	9
MBFR und europäische Sicherheit (Wilfried v. Bredow)	2	120
Zweihundert Jahre USA, fünfzig Jahre UdSSR (Ernst Henry)	2	132
Bericht über die Vorbereitung eines internationalen Kongresses in Moskau (Wilfried v. Bredow)	4	348
Die Erweiterung der EWG und die Westeuropa-Konzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD (Angelika Felsko)	4	350
Irreführende Streitkräftevergleiche (Harald Horn)	5	455
Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation (Gunnar Matthiessen)	5	461
Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882—1972 (Salim Ibrahim)	5	517
Die neue Qualität wirtschaftlicher Ost-West-Kooperation (Dshermen Gwischiani)	6	570
Europa und das Treffen Breschnew-Nixon (Karl D. Bredthauer)	7	684
Zum Beginn der Europäischen Sicherheitskonferenz. Perspektiven der friedlichen Koexistenz (Helmut Ridder)	7	697
Nach der ersten Phase der KSZE (Gunnar Matthiessen)	8	802
Katholizismus und gesellschaftlicher Fortschritt in Lateinamerika (Adalbert Krims)	9	971
Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation (II) (Gunnar Matthiessen)	9	1009
Zu einigen Problemen der Ost-West-Entspannung (Wilfried v. Bredow)	10	1040
Nahostkrieg und Entspannung (Karl D. Bredthauer)	11	1149
Tendenzen der internationalen Politik und Kriterien der friedlichen Koexistenz (Gunnar Matthiessen)	12	1276

Geschichte und Zeitgeschichte

Polens Geschichtsforschung und die Historiker der BRD (Eugeniusz Guz)	3	233
Amilcar Cabral und der Befreiungskampf Guinea-Bissaos (Karl Unger)	3	302
Entwicklung und Ziele der Irish Republican Army (IRA) (Cathal Goulding)	4	415
Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882—1972 ((Salim Ibrahim)	5	517
Zum Stand der deutsch-polnischen Schulbuchrevision (Eugeniusz Guz)	7	693
Die Verzeichnung des antifaschistischen Widerstandes von Ernst Niekisch. Ein weiteres Beispiel des Versagens der Geschichtsschreibung in der BRD (Wilhelm Raimund Beyer)	8	872
Prüfstein Westberlin (Klaus Ehrler)	10	1032
Zum Elend der bürgerlichen Technikgeschichte (Martin Kipp und Rolf Seubert)	2	159
Der Zionismus als imperialistische Bewegung (Elhanan Hagolani)	11	1159
Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise (Hartmut Elsenhans und Gerd Junne)	12	1305
Die USA am Ende des Jahres 1973 (Martin Hall)	12	1336

	Heft	Seite
Bildungs- und Kulturpolitik		
Der Widerstand gegen die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 und ihre Auswirkungen (Gerhard Stuby)	1	25
Bertelsmann und die Konzentration im Verlagswesen (Ulrich Daniels)	1	57
Gedanken zur politischen Arbeit in der Schule (Dietfrid Krause-Vilmar und Hanno Schmitt)	1	69
Zum Elend der bürgerlichen Technikgeschichte (Martin Kipp und Rolf Seubert)	2	159
Kadettenanstalten der Nation. Das öffentliche Bildungswesen und der „gesellschaftliche" Bedarf in der BRD (Volker Briese)	2	175
Zur Vergesellschaftung von Erziehung und Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft (Sabine Gensior und Beate Krais)	4	402
Zur Diskussion um die Berufsausbildung (Sabine Gensior und Beate Krais)	6	636
Zum Urteil über das niedersächsische „Vorschaltgesetz" (Theo Schiller)	6	574
Zum Stand der deutsch-polnischen Schulbuchrevision (Eugeniusz Guz)	7	693
Das Bundesverfassungsgericht als Ersatzgesetzgeber? Bemerkungen zum Urteil des Ersten Senats vom 29. Mai 1973 gegen Hochschulreform und Mitbestimmung (Wolfgang Abendroth)	7	705
Technokratische Regulierung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Ausbildung im Interesse des Kapitals (Gert Cobler)	8	853
Zum gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschlüssen (Hans E. Schmitt-Lermann)	8	809
XV. Weltkongreß für Philosophie in Warna (Reinhard Schweicher)	11	1155
Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sein Standort im politischen Spektrum der BRD. Ein Gutachten (Reinhard Kühnl)	11	1202
Die Darstellung der Geschichte Sowjetrußlands 1917—1941 in Schulbüchern der BRD (Heiko Haumann)	12	1318
Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz (Niels Beckenbach und Rüdiger Seltz)	12	1342
Gesellschaftspolitik		
Bertelsmann und die Konzentration im Verlagswesen (Ulrich Daniels)	1	57
Zum Elend der bürgerlichen Technikgeschichte (Martin Kipp und Rolf Seubert)	2	159
Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD (Heinz-Gerd Hofschen und Erich Ott)	3	254
Leitende Angestellte als „dritte Kraft"? Zur Integrations- und Spaltungsstrategie des Kapitals (Hans-Joachim Braczyk und Sebastian Herkommer)	3	272
Entleerter Pluralismus (Karl D. Bredthauer)	4	340
Der „Stamokap"-Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses (Detlev Albers und Kurt Wand)	4	364
Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Josef Schleifstein)	4	378
Jungdemokraten, F.D.P. und Arbeiterbewegung (Friedrich Neunhöffer)	5	498
Romantische Entwicklungsideologien in Afrika. Antiindustrialismus als Alternative? (Bassam Tibi)	5	538
Finanzplanung kontra Sozialstaatsauftrag (Lorenz Knorr)	6	578
Die Außenkulturpolitik in der Entwicklungsländerstrategie der BRD (Bjørn Pätzoldt)	6	594
Romantische Entwicklungsideologien in Afrika. Antiindustrialismus als Alternative? (II) (Bassam Tibi)	6	645
Zweihundert Jahre Bodenreformbewegung — für Liberale, Kleinbürger, Reformer, Utopisten und Interessenten (Jörn Janssen)	7	727
Aspekte des Antimilitarismus in den USA. Das „Honeywell-Project" (Manfred Stinnes)	7	757
Zur Entwicklung der linkskatholischen Kräfte in Italien (Winfried Roth)	8	841
Die Verzeichnung des antifaschistischen Widerstandes von Ernst Niekisch. Ein weiteres Beispiel des Versagens der Geschichtsschreibung in der BRD (Wilhelm Raimund Beyer)	8	872
Deutsche Klinik für Diagnostik AG (Hans Mausbach)	9	923

	Heft	Seite
Katholizismus und gesellschaftlicher Fortschritt in Lateinamerika (Adalbert Krims)	9	971
Einbeziehung der Frauen in die Produktion als Weg zur Emanzipation? (Ludmilla Müller)	9	988
Zur Funktion des „Club of Rome" (Edgar Gärtner)	10	1053
Wirtschaftliches Wachstum oder „Nullwachstum"? (Jörg Goldberg)	10	1057
Staatsmonopolistische Formierung, Sport und demokratische Bewegung in der BRD (Peter Weinberg)	10	1072
XV. Weltkongreß für Philosophie in Warna (Reinhard Schweicher)	11	1155
Zur Kritik der Pharma-Industrie (Jürgen-Peter Stössel)	11	1216
Die Darstellung der Geschichte Sowjetrußlands 1917 bis 1941 in Schulbüchern der BRD (Heiko Haumann)	12	1318
Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und Technische Intelligenz (Niels Beckenbach und Rüdiger Seltz)	12	1342

Wirtschaft

Fünfzehn Jahre EWG (Frank Deppe)	1	4
Zur Stabilitätsdiskussion (Dirk Ipsen)	1	13
Rüstung und Inflation (Ulrich Albrecht)	1	16
Grundprobleme einer Neuordnung des westlichen Währungssystems. Währungskrisen sind keine monetären Krisen (Michael Burchardt)	2	149
Dollarkrise und Inflation (Lorenz Knorr)	3	224
Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA (Jürgen Fischer, Michael Kringe, Elke Pozimski, Helmut Schaarschmidt, Ursula Schaarschmidt, Beate Schlitt und Wolfgang van Straelen)	3	237
Entwicklungspolitik in neuer Perspektive. Bemerkungen zu Gunnar Myrdals „Politischem Manifest über die Armut in der Welt" (K. William Kapp)	3	315
Die Erweiterung der EWG und die Westeuropa-Konzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD (Angelika Felsko)	4	350
Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA (II) (Jürgen Fischer, Michael Kringe, Elke Pozimski, Helmut Schaarschmidt, Ursula Schaarschmidt, Beate Schlitt und Wolfgang van Straelen)	5	483
Die neue Qualität wirtschaftlicher Ost-West-Kooperation (Dshermen Gwischiani)	6	570
Finanzplanung kontra Sozialstaatsauftrag (Lorenz Knorr)	6	578
Wachstumsdiskussion und Umweltkrise (Edgar Gärtner)	6	612
Zur Wirtschaftslage in den USA (Martin Hall)	6	631
Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus. Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate (Robert Katzenstein)	7	715
Zweihundert Jahre Bodenreformbewegung — für Liberale, Kleinbürger, Reformer, Utopisten und Interessenten (Jörn Janssen)	7	727
Die Ursachen der säkularen Inflation (Eugen Rau)	8	818
Wachstumsdiskussion und Umweltkrise (II) (Edgar Gärtner)	8	880
Zur Kritik der „Europäischen Sozialunion". Sozialdemokratisierung der EWG als neue Qualität der Integration? (Wolfram Elsner)	9	926
Einbeziehung der Frauen in die Produktion als Weg zur Emanzipation? (Ludmilla Müller)	9	988
Zur Funktion des „Club of Rome" (Edgar Gärtner)	10	1053
Wirtschaftliches Wachstum oder „Nullwachstum"? (Jörg Goldberg)	10	1057
Die Ursachen der säkularen Inflation (II) (Eugen Rau)	10	1094
Zur Kritik der Pharma-Industrie (Jürgen-Peter Stössel)	11	1216
Ölkrise? (Karl D. Bredthauer)	12	1264
Imperialismus der EWG? Zur Assoziationspolitik gegenüber Afrika (Karl Unger)	12	1291
Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise (Hartmut Elsenhans und Gerd Junne)	12	1305

Aus ausländischen Zeitschriften

Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus (Anatoli Melnikow und Sergej Zonow)	1	78

	Heft	Seite
Zur Struktur und Bündnispolitik der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus (II) (Anatoli Melnikow und Sergej Zonow)	2	180

Chronik der Monate 1973

1/1, 2/105, 3/221, 4/337, 5/449, 6/565, 7/681, 8/797, 9/913, 10/1029, 11/1145, 12/1261.

Fernseh-Spalte (ab Oktober **Medienkritik**)

Kinderlust (E. H. Wahl)	1	98
Rückblick (E. H. Wahl)	2	203
Familiäres (E. H. Wahl)	3	327
Elf Jahre Holzamer (E. H. Wahl)	4	428
„Schaltn mir aus?" (E. H. Wahl)	5	553
Aufgaben der Medienkritik (Günter Giesenfeld und Wulf D. Hund)	10	1107
Genres und Gebrauchswert (1: Faßbinders Freiheit) (Günter Giesenfeld und Wulf D. Hund)	11	1229
Genres und Gebrauchswert (2: Die Jagd) (Günter Giesenfeld und Wulf D. Hund)	12	1359

Besprochene Bücher

Hans See, Volkspartei im Klassenstaat oder Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie (Michael Göbel)	1	91
Kurzrezensionen: Bücher von Ralph Miliband, Karl Carstens, György Széll, Alexander Uschakow, K. William Kapp/Fritz Vilmar, Manfred Glagow, Stanley Hoffmann, Manfred Clemenz, Dieter Boris	1	93
Dietrich Genschel, Wehrreform und Reaktion (Wilfried v. Bredow)	2	195
Franz Fabian (Hrsg.), Arbeiter übernehmen ihren Betrieb (Manfred Bosch)	2	196
Kurzrezensionen: Bücher von Hans D. Klingemann/Franz U. Pappi, Eberhard Kolb (Hrsg.), Jörg Peter Mentzel/Wolfgang Pfeiler, Günther Anders, Ulrich Albrecht	2	197
Werner Glastetter, Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie (Gerhard Bessau)	3	328
Kurzrezensionen: Bücher von K. H. Domdey/H. D. Kühne, Josef Esser/Frieder Naschold/Werner Väth, Friedrich H. Tenbruck	3	330
Helmut Müller, Die Zentralbank — eine Nebenregierung (Wolfgang Ruge)	4	429
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Verteidigung + Entspannung = Sicherheit (Ulf Stuberger)	4	431
Emil Obermann (Hrsg.), Verteidigung: Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr (Manfred Bosch)	4	433
Kurzrezensionen: Bücher von SIPRI (Hrsg.), Carstens/Mende/Rajewsky/Wagner (Hrsg.), Ernst Deuerlein, Werner Pöls (Hrsg.), Rainer Waterkamp	4	435
Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945—1949 (Eckhard Gruen)	5	554
Hans Albert, Konstruktion und Kritik (Joachim Kahl)	5	556
Kurzrezensionen: Bücher von Hans-Heinrich Standke, Jehuda L. Wallach, Sun Tze, Heidrun Abromeit	5	557
Eduardo de Sousa Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa (Rainer Tetzlaff)	6	657
Wendula Dahle, Deutschunterricht und Arbeitswelt. — Enzensberger/Nitsche/Roehler/Schafhausen (Hrsg.), Klassenbuch (Uwe Naumann)	6	658
Heinrich End, Zweimal deutsche Außenpolitik (Wilfried v. Bredow)	7	771
Lucien Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit (Hans Jörg Sandkühler)	7	773
Kurzrezensionen: Bücher von Juho Kusti Paasikivi, Walter Hollitscher (Hrsg.), Predrag Vranicki, Georg Lichtheim u. a.	7	775
Scheuch/Kutsch, Grundbegriffe der Soziologie (Gerhard Bosch)	8	891
Kurzrezensionen: Bücher von Karl W. Deutsch, Ludwig Elm, Rolf Schmiederer, Sven Papcke, Arthur Kaufmann	8	893
Kurt Schumacher, Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie (Richard Albrecht)	9	1016
Kurzrezensionen: Bücher von David L. Landes, Charles Bloch, Paul Noack	9	1020

	Heft	Seite
Rudolf Hrbek, Die SPD, Deutschland und Europa (Gitta Hecker-Grabenhorst)	10	1110
Büchele/Hager/Meyer/Schöning, Militarisierung des Bildungswesens am Beispiel bundeswehreigener Hochschulen (Manfred Bosch)	10	1112
Kurzrezensionen: Bücher von SIPRI, Gunnar Adler-Karlsson, Rolf-Richard Grauhan, Jens Petersen, Nuscheler/Steffani (Hrsg.), Bermbach/Nuscheler (Hrsg.)	10	1113
Christian/Fuchs u. a., Polytechnik in der Bundesrepublik Deutschland? (Reinhard Stöcker)	12	1356

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher

1/97, 2/201, 3/331, 4/438, 5/559, 6/660, 7/779, 8/895, 9/1021, 10/1116, 11/1230, 12/1358

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, veröffentlicht am 3. Dezember 1972 in Brüssel (Wortlaut)	1	99
Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in der BRD im Jahre 1972	1	100
Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam vom 27. Januar 1973 (Wortlaut)	2	204
Thesen und Forderungen des Initiativausschusses Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt (Wortlaut)	2	212
Abschlußresolution des Kongresses Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt am 20./21. Januar 1973 in Marburg (Wortlaut)	2	219
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 7. und 8. Dezember 1972 in Brüssel (Wortlaut)	3	332
Schlußakte der Internationalen Vietnam-Konferenz vom 2. März 1973 in Paris (Wortlaut)	4	440
Kommuniqué des Internationalen Konsultativtreffens zur Vorbereitung eines Weltkongresses der Friedenskräfte vom 16. bis 18. März 1973 in Moskau (Wortlaut)	4	442
Appell zur Einberufung eines Weltkongresses der Friedenskräfte (Wortlaut)	4	443
Gegenüberstellung der Thesen der „Stamokap"-Kontroverse bei den Jungsozialisten (Zusammenfassungen)	4	444
Kommuniqué über die Gründung eines Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika am 2. Mai 1973 in Gießen (Wortlaut)	5	560
Plattform des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika (Wortlaut)	5	562
Der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, in der BRD vom 18.—22. Mai 1973. Dokumente und Ansprachen	6	661
Aufruf zum Kongreß Hochschulgesetzgebung und zur Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) am 7./8. Juli 1973 in Köln	6	679
Das amerikanisch-sowjetische Kommuniqué vom 25. Juni 1973 (Wortlaut)	7	781
Abkommen zwischen der UdSSR und den USA zur Verhütung von Atomkriegen vom 22. Juni 1973 (Wortlaut)	7	788
Abkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Grundprinzipien der Verhandlungen über die weitere Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vom 21. Juni 1973 (Wortlaut)	7	789
Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR (Wortlaut)	7	790
Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der CSSR im Zusammenhang stehen	7	792
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 13. und 14. Juni 1973 in Kopenhagen (Wortlaut)	7	794
Kommuniqué über die erste Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 3. bis 7. Juli 1973 in Helsinki (Wortlaut)	8	897
Schlußempfehlungen der Helsinki-Konsultationen für KSZE (Wortlaut)	8	898
Kommuniqué zum Abschluß der vorbereitenden Konsultationen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien (Wortlaut)	8	909

	Heft	Seite
Gemeinsame feierliche Erklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien vom 29. Juni 1973 (Wortlaut)	8	909
Interview mit Thomas MacGiolla, Präsident der Sinn Fein-Partei (Wortlaut)	9	1022
Die Charta der Vereinten Nationen (Wortlaut)	10	1119
Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über die Erklärung des Bundeskanzlers gegenüber den Ministerpräsidenten der Länder am 20. September 1973 in Bonn (Wortlaut)	10	1138
Bericht der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder über die Handhabung des Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972 über öffentliche Dienste und verfassungsfeindliche Bestrebungen (Wortlaut)	10	1139
Forderungen des DGB zur Hochschulreform (Wortlaut)	10	1140
Die Resolution 242 vom 22. November 1967 und die weiteren Resolutionen des Weltsicherheitsrates zur Nahostfrage (Wortlaut)	11	1231
Appell des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau vom 31. Oktober 1973 (Wortlaut)	11	1233
Die letzte Ansprache Präsident Salvador Allendes an das chilenische Volk, gehalten am 11. September 1973 (Wortlaut)	11	1235
Appell der Kommunistischen Partei Chiles an das chilenische Volk vom 11. Oktober 1973 (Wortlaut)	11	1237
Dokumente der Vierten Konferenz der blockfreien Länder in Algier vom 4. bis 9. September 1973: Politische Deklaration (Wortlaut)	11	1243
Stellungnahme des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zum Regierungsentwurf für ein Hochschulrahmengesetz (HRG) vom 29. August 1973 und zu den Abänderungsvorschlägen des Bundesrates vom 19. Oktober 1973 (Wortlaut)	11	1252
Erklärung der neun EWG-Staaten zur Lage im Nahen Osten, abgegeben nach einer Sitzung der Außenminister in Brüssel am 6. November 1975 (Wortlaut)	12	1360
Dokumente der Vierten Konferenz der blockfreien Länder in Algier vom 4. bis 9. September 1973 (II): Deklaration über den Kampf um nationale Befreiung (Wortlaut)	12	1361
Jahresregister 1972	1	I-XII

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BAKOJANNIS, Pavlos,* geb. 1935 in Griechenland, Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Athen, München und Tübingen, lebt als Redakteur und Publizist in München; Buchveröffentlichung: Militärherrschaft in Griechenland (1972). *** *SCHÖFER, Erasmus Dr.,* geb. 1931 in Berlin, Studium der Sprachwissenschaften und Philosophie in Berlin, Köln und Bonn, Promotion über „Die Sprache Heideggers", mehrjähriger Vorsitzender des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt", lebt als Publizist und Bühnenautor in Neuß; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *SCHILLER, Dr. phil. Theo,* geb. 1942 in Unterberken/Wttbg., Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *UNGER, Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELSENHANS, Dr. phil. Hartmut,* geb. 1941 in Stuttgart, Studium der Politologie, Soziologie, Geschichte, Romanistik und Philosophie in Tübingen, Westberlin und Paris, gegenwärtig Assistent an der FU Westberlin, Herausgeber eines Bandes über „Erdöl für Europa. Der antiimperialistische Kampf der erdölexportierenden Länder und die Interessenlagen Westeuropas"; ferner Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *JUNNE, Gerd,* geb. 1947 in Nordhausen, Studium der Politologie und Jura in Westberlin und Genf, gegenwärtig Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Hochschule Westberlin, Autor eines Buches über „Spieltheorie in der internationalen Politik", promoviert über „Politische Implikationen des Eurogeldmarktes". *** *HAUMANN, Heiko,* geb. 1945 in Attendorn/Krs. Olpe, studierte Geschichte, Politik, Soziologie und Pädagogik; z. Z. wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar (Osteuropäische Geschichte) der Universität Freiburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der sowjetischen Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BECKENBACH, Niels,* geb. 1941 in Bad Kissingen, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der FU Berlin, Mitglied des Projekts „Technische Intelligenz". *** *SELTZ, Rüdiger,* geb. 1941 in Berlin, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Technische Intelligenz" am Institut für Soziologie der FU Berlin. *** *STÖCKER, Reinhard,* geb. 1946, Studium der Politikwissenschaft, Anglistik und Pädagogik an der Universität Marburg.

Bemerkungen

Druckfehlerberichtigung: Im Aufsatz von Elhanan Hagolani „Der Zionismus als imperialistische Bewegung" in Heft 11/1973 muß es auf S. 1163, 2. Absatz, 4. Zeile, richtig heißen: 45 000 (statt 85 000).

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen Frankfurt am Main (IMSF) sowie eine Werbekarte des Dr. Wenzel-Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Martin Bennhold
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Joachim Hirsch
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Walther Maas
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BAKOJANNIS, Pavlos,* geb. 1935 in Griechenland, Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Athen, München und Tübingen, lebt als Redakteur und Publizist in München; Buchveröffentlichung: Militärherrschaft in Griechenland (1972). *** *SCHÖFER, Erasmus Dr.,* geb. 1931 in Berlin, Studium der Sprachwissenschaften und Philosophie in Berlin, Köln und Bonn, Promotion über „Die Sprache Heideggers", mehrjähriger Vorsitzender des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt", lebt als Publizist und Bühnenautor in Neuß; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MATTHIESSEN, Gunnar,* geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *SCHILLER, Dr. phil. Theo,* geb. 1942 in Unterberken/Wttbg., Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *UNGER, Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELSENHANS, Dr. phil. Hartmut,* geb. 1941 in Stuttgart, Studium der Politologie, Soziologie, Geschichte, Romanistik und Philosophie in Tübingen, Westberlin und Paris, gegenwärtig Assistent an der FU Westberlin, Herausgeber eines Bandes über „Erdöl für Europa. Der antiimperialistische Kampf der erdölexportierenden Länder und die Interessenlagen Westeuropas"; ferner Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *JUNNE, Gerd,* geb. 1947 in Nordhausen, Studium der Politologie und Jura in Westberlin und Genf, gegenwärtig Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Hochschule Westberlin, Autor eines Buches über „Spieltheorie in der internationalen Politik", promoviert über „Politische Implikationen des Eurogeldmarktes". *** *HAUMANN, Heiko,* geb. 1945 in Attendorn/Krs. Olpe, studierte Geschichte, Politik, Soziologie und Pädagogik; z. Z. wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar (Osteuropäische Geschichte) der Universität Freiburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der sowjetischen Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BECKENBACH, Niels,* geb. 1941 in Bad Kissingen, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der FU Berlin, Mitglied des Projekts „Technische Intelligenz". *** *SELTZ, Rüdiger,* geb. 1941 in Berlin, Diplom-Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Technische Intelligenz" am Institut für Soziologie der FU Berlin. *** *STÖCKER, Reinhard,* geb. 1946, Studium der Politikwissenschaft, Anglistik und Pädagogik an der Universität Marburg.

Bemerkungen

Druckfehlerberichtigung: Im Aufsatz von Elhanan Hagolani „Der Zionismus als imperialistische Bewegung" in Heft 11/1973 muß es auf S. 1163, 2. Absatz, 4. Zeile, richtig heißen: 45 000 (statt 85 000).

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen Frankfurt am Main (IMSF) sowie eine Werbekarte des Dr. Wenzel-Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Achtzehnter Jahrgang · Heft 12/1973

Herausgeber

HILDE BENTELE † · KNUT NEVERMANN · HELMUT RIDDER
WILFRIED FRHR. V. BREDOW · REINHARD OPITZ · ROBERT SCHOLL †
GERHARD GOLLWITZER † · MANFRED PAHL-RUGENSTEIN · FRITZ STRASSMANN
URS JAEGGI · HERMANN RAUSCHNING · GERHARD STUBY
GERHARD KADE · HANS RHEINFELDER † · KARL GRAF V. WESTPHALEN
REINHARD KÜHNL · ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats November 1973

1. 11. — Naher Osten. Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir trifft mit Außenminister Kissinger und Präsident Nixon in Washington zusammen, wo sich gleichzeitig der neuernannte ägyptische Außenminister Ismail Fahmi aufhält. Kissinger führt in den nächsten Tagen weitere getrennte Gespräche mit Frau Meir und Minister Fahmi. — Am 2. 11. einigt sich der UN-Sicherheitsrat auf die Erweiterung der ursprünglich aus vier Ländern (Österreich, Schweden, Finnland und Irland) gebildeten Friedenstruppe. Generalsekretär Waldheim erhält den Auftrag, Einheiten von Ghana, Indonesien, Nepal, Panama, Peru, Polen und Kanada zur Teilnahme heranzuziehen. Die Truppen Kanadas (NATO) und Polens (Warschauer Vertrag) sollen Versorgungsaufgaben übernehmen. — Am 4.—5. 11. fassen die Erdöl produzierenden arabischen Staaten auf einer Konferenz in Kuwait den Beschluß, die Förderkapazität im Verhältnis zur Produktion im vergangenen September um 25 Prozent zu reduzieren. Im Dezember solle die Produktion dann noch einmal um 5 Prozent gedrosselt werden. — Vom 5.—10. 11. unternimmt der amerikanische Außenminister Kissinger eine Reise in mehrere arabische und nahöstliche Hauptstädte. Kissinger konferiert in Rabat (5.—6. 11.), Tunis (6. 11.), Kairo (7. 11.), Amman (8. 11.), Riad (9. 11.) und Teheran (10. 11.). Unterstaatssekretär Sisco, der zur Begleitung Kissingers gehört, reist von Kairo zu Konsultationen nach Tel Aviv. — Am 11. 11. unterzeichnen Generalmajor Aharon Yariv (Israel) und General Abdul

Rhani Gamass (Ägypten) an der Straße Suez—Kairo die erste direkte Vereinbarung beider Seiten seit 24 Jahren. Die Zeremonie findet unter der Schirmherrschaft des Befehlshabers der UN-Friedenstruppe, General Ensio Siilas Vuo (Finnland), statt. Das Waffenstillstandsabkommen verlangt eine genaue Einhaltung der Waffenruhe und sieht den nichtmilitärischen Nachschub für die ägyptischen Truppen auf dem Ostufer des Suez-Kanals und den Austausch der Kriegsgefangenen vor. Punkt B lautet: „Beide Seiten stimmen zu, daß zwischen ihnen unmittelbar Diskussionen aufgenommen werden, um die Frage der Rückkehr auf die Positionen vom 22. Oktober im Rahmen der Vereinbarung über das Disengagement und die Trennung der Streitkräfte unter den Auspizien der Vereinten Nationen zu regeln." — Am 12. 11. wird der israelische Kontrollpunkt auf der Straße von Suez nach Kairo geräumt und an die UN-Einheiten übergeben. — Am 13. 11. erklärt Ministerpräsidentin Meir in der Knesseth, eine Rückkehr der israelischen Truppen auf die „fiktiven" Waffenstillstandslinien vom 22. Oktober komme nicht in Frage. — Am 19. 11. erteilt Generalsekretär Waldheim die Weisung, 36 sowjetische Offiziere und 28 weitere amerikanische Offiziere in die UN-Organisation zur Überwachung des Waffenstillstandes im Nahen Osten (UNTSO) aufzunehmen; die USA waren schon vorher mit acht Mitgliedern vertreten.

2. 11. — U N O. Mit 93 gegen 7 Stimmen (Brasilien, Griechenland, Portugal, Spanien, Südafrika, Großbritannien, USA) begrüßt die Generalversammlung die Gründung der Republik Guinea-Bissau. Zu den 30 Staaten, die sich der Stimme enthalten, gehören u. a. Frankreich und die Bundesrepublik. In einer Resolution wird Portugal aufgefordert, die „illegale Besetzung gewisser Gebiete" zu beenden.

2.—4. 11. — D K P. Die Deutsche Kommunistische Partei hält in Hamburg ihren 3. Parteitag ab. Zum neuen Parteivorsitzenden wird Herbert Mies gewählt, der den bisherigen Vorsitzenden Kurt Bachmann ablöst.

3. 11. — U d S S R / B R D. Bundesaußenminister Scheel beendet einen mehrtägigen Besuch in Moskau (31. 10. — 3. 11.). Der Minister hatte mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko konferiert und war von Ministerpräsident Kossygin und Parteisekretär Breschnew empfangen worden. In einem Kommuniqué heißt es u. a.: „Beide Seiten führten einen Meinungsaustausch über Fragen, die mit der Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 zusammenhängen, soweit es ihre bilateralen Beziehungen betrifft. Ausgehend von der Gemeinsamen Erklärung über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, in der BRD vom 21. Mai 1973 (Text in „Blätter", Heft 6/1973, S. 672 ff.) betonten sie die Notwendigkeit der strikten Einhaltung und vollen Anwendung dieses Abkommens." Auf einer Pressekonferenz am 3. 11. in Moskau teilt Scheel mit, er sei mit Gromyko übereingekommen, „in einen Meinungsaustausch zu Fragen der Gewährung von Rechtshilfe einzutreten" und die Frage der „Gewährung von Rechtshilfe für Westberliner Gerichte ... in einer für die interessierten Seiten annehmbaren Form entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen" zu regeln. Scheel fügt hinzu: „Auf der Basis dieser Übereinkunft sollen verschiedene Formen des Rechtshilfeverkehrs geprüft werden einschließlich der Möglichkeit des direkten Verkehrs von Gerichten der Sowjetunion und Gerichten der BRD und Gerichten der Sowjetunion und Westberliner Gerichten."

4. — 7. 11. — R u m ä n i e n / I s r a e l. Der israelische Außenminister Eban folgt einer Einladung von Außenminister Macovescu nach Bukarest. Eban führt Gespräche mit den führenden Politikern Rumäniens und hat auch die Gelegenheit zu einer Unterredung mit Staatspräsident Ceausescu. Spekulationen über ein Zusammentreffen Ebans mit sowjetischen oder arabischen Vertretern während des Aufenthalts in Rumänien werden von allen Seiten ausdrücklich dementiert.

6. 11. — E G. Die Außenminister der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften geben nach Konsultationen in Brüssel eine Erklärung zur Lage im Nahen Osten ab, in der die Notwendigkeit betont wird, „daß Israel die territoriale Besetzung beendet, die es seit dem Konflikt von 1967 aufrechterhalten hat" (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

7. 11. — Ä g y p t e n / U S A. Unmittelbar nach einer längeren Unterredung zwischen Präsident Sadat und dem amerikani-

schen Außenminister Kissinger in Kairo wird in einem Kommuniqué die Wiederaufnahme der im Juni 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern bekanntgegeben.

8. 11. — Bundestag. Das Parlament behandelt in 1. Lesung das Gesetz zum Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Die Debatte wird von Außenminister Scheel eröffnet. Die Bundesrepublik hat den Vertrag am 28. November 1969 unterzeichnet, jedoch bisher nicht ratifiziert. — Am 9. 11. verabschiedet der Bundestag auf der Grundlage entsprechender Kabinettsbeschlüsse einstimmig (bei einer Stimmenthaltung) ein bis Ende 1974 befristetes „Energiesicherungsgesetz", das die Regierung ermächtigt, Maßnahmen zur Einschränkung des Energieverbrauchs zu treffen. Erste Rechtsverordnungen, die ein allgemeines Fahrverbot an bestimmten Tagen und Geschwindigkeitsbegrenzungen für Kraftfahrzeuge vorsehen, werden am 19. 11. erlassen und in Kraft gesetzt.

10.—14. 11. — China/USA. Der amerikanische Außenminister Kissinger hält sich zu Besprechungen mit Außenminister Chi Peng-fei und Ministerpräsident Tschou En-lai in Peking auf. Kissinger besucht auch den Parteivorsitzenden Mao Tse-tung. In einem gemeinsamen Abschlußkommuniqué heißt es u. a.: „Die amerikanische Seite bestätigt erneut: die USA erkennen an, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Meerenge von Taiwan behaupten, es gebe nur ein China und daß Taiwan ein Teil Chinas ist; die Regierung der USA widerspricht dieser Auffassung nicht."

12. 11. — Vatikan/Polen. Papst Paul VI. empfängt erstmalig einen Außenminister der Volksrepublik Polen in Privataudienz. Minister Olszowski trifft im Vatikan auch mit Kardinal Staatssekretär Villot und hohen vatikanischen Diplomaten zusammen.

12.—14. 11. — FDP. Die Freie Demokratische Partei hält ihren 24. Bundesparteitag in Wiesbaden ab. Die Delegierten verabschieden u. a. „Leitlinien einer liberalen Medienpolitik".

18. 11. — Griechenland. Die Regierung verhängt erneut das Kriegsrecht über das ganze Land. Unter Einsatz von Waffengewalt hatte Polizei und Armee zuvor die von Studenten besetzte Technische Hochschule in Athen geräumt und mehr als 200 Studenten festgenommen. — Am 25. 11. übernimmt eine Gruppe von Militärs unter Führung von General Phaidon Gizikis die Macht. Gizikis wird als neuer Präsident vereidigt, neuer Regierungschef wird der ehemalige Finanzminister Adamantios Androutsopoulos. Der bisherige Präsident Papadopoulos und sein Ministerpräsident Markezinis werden unter Hausarrest gestellt.

18.—20. 11. — CDU. Die Christlich-Demokratische Union hält ihren 22. Bundesparteitag in Hamburg ab. Den Delegierten liegen Entwürfe zu vier Themenbereichen vor: Mitbestimmung, Bodenrecht, Vermögensbildung und Berufsausbildung.

22. 11. — Japan. Die japanische Regierung fordert in einer Erklärung den „Abzug der israelischen Streitkräfte aus allen im Krieg von 1967 besetzten Territorien" sowie die „Anerkennung und Achtung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes". Außenminister Ohira begründet vor der Presse die Neuorientierung der japanischen Nahost-Politik mit dem nationalen Interesse des Landes.

26.—29. 11. — Arabische Liga. Die Staatsoberhäupter der arabischen Staaten versammeln sich in Algier zur 6. Arabischen Gipfelkonferenz, in deren Mittelpunkt die Lage im Nahen Osten steht. Libyen und der Irak bleiben den Beratungen, die vertraulich geführt werden, fern. Die Konferenz, die den Alleinvertretungsanspruch der Palästina-Befreiungsorganisation (PLO) für alle Palästinenser bei künftigen Friedensverhandlungen anerkennt, formuliert für die „Verwirklichung des Friedens" zwei Bedingungen: „1. Die Räumung aller besetzten arabischen Gebiete und, vor allem anderen, Jerusalems durch Israel; 2. Die Wiedereinsetzung des palästinensischen Volkes in den vollen Genuß seiner nationalen Rechte."

26.—30. 11. — Indien/UdSSR. Der sowjetische Parteisekretär Leonid Breschnew stattet Indien einen offiziellen Besuch ab. Breschnew und Ministerpräsidentin Indira Gandhi unterzeichnen bei dieser Gelegenheit einen Vertrag über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer Laufzeit von 15 Jahren.